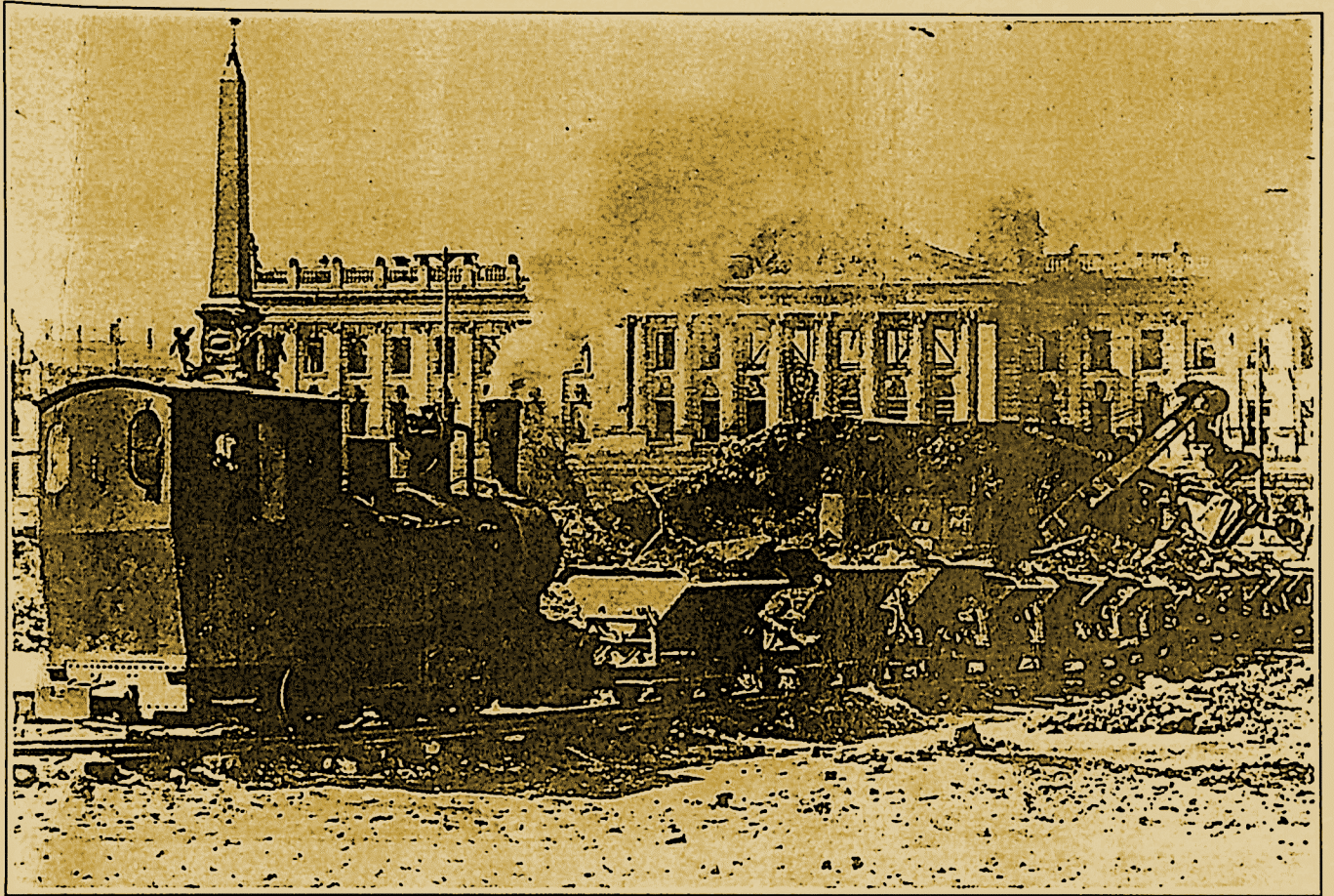


Universität im Aufbruch Leipzig 1945 - 1956



Beiträge
des siebten
Walter-Markov-
Kolloquiums

Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen

UNIVERSITÄT IM AUFBRUCH
BEITRÄGE DES SIEBTEN WALTER-MARKOV-KOLLOQUIUMS

Universität im Aufbruch – Leipzig 1945–1956

BEITRÄGE DES SIEBTEN
WALTER-MARKOV-KOLLOQUIUMS

HERAUSGEGEBEN
VON VOLKER CAYSA
UND HELMUT SEIDEL

ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG SACHSEN 2002

ISBN 3-89819-102-8

© Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V.
Harkortstraße 10
D-04107 Leipzig

Redaktion: Volker Caysa, Ernst Wurl
Satz: Claudia Reichel
Umschlaggestaltung: Hans Rossmann

Herstellung: GNN Verlag Sachsen/Berlin GmbH
Badeweg 1, D-04435 Schkeuditz

INHALT

- 7 Vorbemerkungen der Herausgeber
- 9 *Volker Caysa*
Der andere Gadamer. Über die Wiedergeburt der Hermeneutik aus dem Geist der demokratischen Kulturerneuerung
- 18 *Winfried Schröder*
Die »Arbeitsgemeinschaft Marxistischer Wissenschaftler« an der Leipziger Universität
- 34 *Thomas Kuczynski*
Leipzig – Stern unter den deutschen Nachkriegs-kriegsuniversitäten
- 38 *Joachim Biener*
Von Theodor Litt zu Hans Mayer
- 42 *Dieter Wittich*
Erfahrungen an zwei ostdeutschen Nachkriegs-universitäten: Jena und Berlin
- 52 *Mario Keßler*
Vom »organischen« Intellektuellen zum Partei-historiker. Albert Schreiner (1892–1979)
- 68 *Rolf Weber*
Das Wirken von Ernst Engelberg an der Leipzi-ger Universität
- 72 *Ernstgert Kalbe*
Zum Neubeginn der Ost- und Südosteuropa-Geschichte in Leipzig
- 80 *Franz Lemmens*
Die Medizinische Fakultät der Universität Leipzig – zwischen Bewältigung der Kriegsfolgen und Aufbauarbeit
- 87 *Helga Scherner*
Erinnerungen an Eduard Erkes (1891–1958)
- 95 *Rolf Emmrich*
Verdiente Wirtschaftswissenschaftler bei der antifaschistisch-demokratischen Erneuerung der Leipziger Universität
- 97 *Eva Müller*
Drei bedeutende Leipziger Ökonomen und Statistiker der Aufbruchzeit: Fritz Behrens, Hans Thalmann und Felix Burkhardt
- 100 *Werner Berthold*
Begegnung mit Wieland Herzfelde 1950/51 – Erinnerungen anlässlich seines 100. Geburts-tages
- 102 *Helmut Warmbier*
Persönliche Erinnerungen an Josef Schleifstein
- 111 *Erhard Hexelschneider*
Ein Anfang vor dem Anfang – vom Institut für Ausländerstudium zum Herder-Institut (1951–1956)
- 117 *Gottfried Uhlig*
Voraussetzungen und erste Schritte der Pädag-ogischen Fakultät
- 121 *Alexander Bolz*
Kulturphilosophisches, aufklärerisches und marxistisches Gedankengut in der Ausbildung im Fach Pädagogik 1946 bis 1950
- 125 *Konrad Krause/Walter Jahn*
Anmerkungen zur Vorgeschichte der Grün-dung der Pädagogischen Fakultät an der Universität Leipzig am 1. Oktober 1946
- 134 *Hans Poerschke*
Anfänge marxistischer Journalistik – zwischen wissenschaftlichem Anspruch und Partei-konzept

- 140** *Klaus Höpcke*
Lehrer-Persönlichkeiten an der Fakultät für
Journalistik
- 145** *Werner Müller*
Mein Herz schlug für die Sowjetunion, die
marxistisch-leninistische Philosophie be-
stimmte meinen Lebensweg
- 151** *Helmut Seidel*
Die Einführung des Arbeiter- und Bauern-
studiums – ein Akt sozialer Gerechtigkeit?
- 155** Personenverzeichnis
- 161** Autorenverzeichnis

Vorbemerkungen der Herausgeber

Der hier vorgelegte Band enthält den Ertrag des 7. Walter-Markov-Kolloquiums, das der Thematik »Universität im Aufbruch – Leipzig 1945–1956« gewidmet war. Es fand am 11. und 12. Dezember 1999 in Leipzig statt und wurde, wie auch die anderen Markov-Kolloquien, von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. ausgerichtet. Neben Gemeinsamkeiten mit den vorangegangenen Veranstaltungen war dieses Kolloquium auch durch Besonderheiten charakterisiert.

Gemeinsam war allen Markov-Kolloquien der Bezug auf die gleiche Zeit, die Jahre nach 1945, und den gleichen Ort, die Universität Leipzig, an der die meisten Teilnehmer Jahre oder Jahrzehnte gewirkt haben. Gemeinsam war daher der Zusammenklang von Zeitzeugenaussagen mit den Stimmen derer, die sich in historisch-kritischer Weise der Geschichte der Leipziger Universität zugewandt haben. Erfreulicherweise waren hier auch junge Stimmen deutlich vernehmbar. Entgegen dem vorherrschenden Aktenfetischismus gingen auch die Teilnehmer des 7. Markov-Kolloquiums davon aus, daß historische Wissenschaft zwar Zeitzeugenberichte kritisch zu prüfen hat, aber sie nicht ignorieren kann. Kein noch so gründliches Quellenstudium, aus dem heraus lebendige Geschichte zu rekonstruieren versucht wird, kann Berichte über erlebte Geschichte ersetzen. Erst sie geben dem Geschichtsbild Farbe, Stimmung, Authentizität.

Was das 7. Markov-Kolloquium von den vorangegangenen unterscheidet, ist der Umstand, daß hier keine hervorragende, nachhaltig wirkende Gelehrtenpersönlichkeit in den Mittelpunkt gestellt wurde. Die vorangegangenen Kolloquien waren Walter Markov, Werner Krauss, Hans Mayer, Friedrich Behrens, Ernst Bloch und Emil Fuchs gewidmet. Die Erträge dieser Veranstaltungen liegen vor. Das hier dokumentierte Kolloquium wollte die Ergebnisse der vorangegangenen zusammenfassen und das universitäre Umfeld historisch-kritisch beleuchten, in dem die genannten Professoren gewirkt haben.

In Vorbereitung des 1. Walter-Markov-Kolloquiums wurde geschrieben: »Was immer auch über die Entwicklung der Leipziger Universität zu Recht oder zu Unrecht geschrieben werden möge, unzweifelhaft ist, dass Männer wie Walter Markov – im Verein mit Fritz Behrens, Ernst Bloch, Werner Krauss, Hans Mayer u. a. – neuen demokratischen Geist in die Universität brachten.« Dieser Geist traf auf eine Studentengeneration, die Krieg und Faschismus erlebt hatte und auf der Suche nach einem neuen Sinn des Lebens war. Die Begegnung von antifaschistischem Geist und nach Orientierung suchender Jugend war es, die einen antifaschistisch-demokratischen Aufbruch in dieser Zeit ermöglichte.

Aufbruchzeiten sind glückliche Zeiten, weil in ihnen viele Möglichkeiten angelegt sind. In der Folgezeit wurden nur einige davon realisiert und nicht immer die besten. Das bezeugt die Tatsache, daß die genannten, den radikal-demokratischen Aufbruch repräsentierenden Persönlichkeiten in Konflikt mit denen gerieten, die für Erstarrungen und Dogmatisierungen verantwortlich zeichneten.

Aufbruchzeiten sind reizvolle, lebendige Zeiten, weil sie voller nach vorn treibender Widersprüche sind. Wer allerdings in schematischer Weise von einem »Grundwiderspruch« auf andere schließt, dem unterlaufen Fehlurteile. Solche Fehlurteile sind in Arbeiten, die in den 70er und 80er Jahren über die Leipziger Nachkriegszeit geschrieben wurden, häufig anzutreffen. Die Herausgeber hoffen, dass einige davon hier korrigiert werden konnten.

Aufbruchzeiten sind lehrreiche Zeiten, wenn die Beschäftigung mit ihnen zur Gegenwart in Beziehung gesetzt wird. In ihnen wurden Spuren gelegt, die nicht zu verwischen sind. Zu prüfen, inwieweit welchen Spuren gefolgt werden kann, welche aber in die Talsohle führen, war eine Aufgabe, um deren Lösung sich auch das 7. Markov-Kolloquium bemühte.

Leipzig, Februar 2001

Volker Caysa/Helmut Seidel

VOLKER CAUSA

Der andere Gadamer Über die Wiedergeburt der Hermeneutik aus dem Geist der demokratischen Kulturerneuerung

I

Hans-Georg Gadamer gehört wohl zu den wenigen Philosophenherrschern dieses Jahrhunderts. Das gilt nicht nur für den Wissenschaftspolitiker Gadamer, sondern noch vielmehr für den Interpreten Gadamer. Er gehört zu den Denkern, die ein natürliches Talent zur Herrschaft haben, ohne sie zu beanspruchen, und er gehört zu den Machtmenschen, die selbstbeherrscht mit der Macht umzugehen vermögen. Man darf sich also nichts vormachen: Gadammers Wille zur Interpretation, der sein gesamtes Werk beherrscht, ist ein Wille zur Macht. Wenn Hermeneutik eigentlich von dem Grundsatz ausgeht, »was auch immer einer sagen mag, er hat nie das gesagt, was er sagen wollte«¹, dann schließt das immer auch ein, daß derjenige, der den Anderen versteht, beansprucht, besser, »eigentlicher« zu sagen, was der Andere meint, als dieser es selbst zu sagen vermag. Die Macht, zu sagen, was der Andere meint, heißt aber auch den Anderen zu beherrschen, insofern das Sprechen über sein Sein, dessen Da-Sein schafft. Da wo der Andere verstummt, zu sagen, was er meint, kommt der Hermeneut und sagt ihm, was er eigentlich sagen wollte. Das aber ist nicht nur die Macht des Hermeneuten, sondern auch seine Herrschaft – auch wenn man ihr kritisch gegenübersteht wie Gadamer.

Die Interpretation der philosophischen Wurzeln unserer Kultur ist immer auch Mittel, Herr über die kulturelle Entwicklung der Gegenwart und Zukunft zu werden. Folglich ist Gadamer klar, daß der Kampf um das Verstehen unserer Kultur immer ein Kampf um die interpretatorische Vorherrschaft und kulturelle Hegemonie ist. Insofern hat das Verstehen eine »weltpolitische Bedeutung« und gehört zu den »Weltaufgaben der Zukunft«.² Wer seine kulturelle Hegemonie in einer Gesell-

schaft dauerhaft sichern will, der muß sich um die fortwährenden Neuinterpretation der Grundtexte unserer Kultur bemühen. – Das scheint das Grundmotiv des Lebenswerkes von Gadamer zu sein; es ist dasselbe Motiv, daß Heidegger, Lukács und Bloch zu ihren großen Interpretationen bis ins hohe Alter getrieben hat. Laßt uns miteinander sprechen, legen wir gemeinsam einen Text aus, hören wir auf die Sprache Platons, Hegels oder Hölderlins hieß immer: Laßt uns darüber sprechen, was uns gemeinschaftlich angeht und was zu tun ist, damit der Mensch dem Menschen ein Helfer werde. Insofern beginnt die Veränderung der Welt, um es in ihr aushalten zu können, immer mit einer anderen Interpretation der Welt. Denn nur durch eine andere Weltauslegung bekommt die Welt eine neue Perspektive, nach der man sie verändern kann. Die 11. Feuerbachthese steht dem nicht entgegen, sondern sie verfährt genau nach diesem methodischen Prinzip – und verdeckt es zugleich. Wer also aufhört, die Welt immer und immer wieder zu interpretieren, weil er meint, sie nun endlich, nach so vielen verschiedenen Interpretationen, verändern zu müssen, der verzichtet – strategisch gesehen – auf Weltveränderung. Und das ist ja dann wohl auch – ungewollt und lange unbemerkt – eingetreten: Man glaubte mit einer Interpretation der Weltveränderung in einer sich ständig verändernden Welt auszukommen. Das aber bedeutete nicht nur Stagnation der Weltinterpretation, sondern was viel schlimmer war: Ratlosigkeit gegenüber einer sich verändernden Welt und letztlich Erstarrung, weil man keine Idee mehr hatte, wie man mit den Veränderungen umgehen könnte. Hermeneutik nach Gadamer bedeutet in diesem Kontext auch immer, offen zu sein für die Veränderungen der Welt, offen zu sein für die Veränderung der Lebenswelt. Hermeneutik ist

¹ So Gadamer in einem Galeriegespräch in Jena am 12. 7. 1997. In: »Zukunft ist Herkunft«: Hans-Georg Gadamer und Emil Schumacher in Jena – Ehrenbürger der Universität. Jenaer Universitätsreden 7. Jena 1997. S. 22. ² Vgl. Hans-Georg Gadamer: Vom Wort zum Begriff. In: Gadamer Lesebuch. Tübingen 1997. S. 108.

daher im Kern immer Hermeneutik des Anderen: Sie ist kunstvolle, dialogische Deutung des Anderen und des Anderswerdens und nicht monologische Hermeneutik des Einen, hermetisches Verstehen des Selben, immergleiches Wiedererkennen des Einen im Anderen. Wer das Andere des Einen, wer das Anderswerden gekonnt, d. h. perspektivisch, auszulegen vermag, der beherrscht auch die Veränderung der Lebenswelt. Sicher, man versteht nicht nur, um (den Anderen) zu beherrschen – aber auch! Wer versteht, erwägt nicht nur, was der andere denkt, er bemächtigt sich auch seiner! Ein Wille zur Macht als Wille zur politischen Herrschaft ohne den Anderen verstehen ist Gadamer blind für die Macht der Interpretation, die sich des Anderen viel tiefer bemächtigt, als es jede von außen auferzwungene Herrschaft vermag. Dem Politiker ist Macht alles und ohne Macht ist ihm alles nichts; dem Philosophen ist Verstehen alles und ohne Verstehen ist auch die Macht nichts, denn die wahre Macht über das Leben beginnt beim Verstehen des Lebens.

Zweifelsohne hat Gadamer die Heideggersche Provinz »urbanisiert«. ³ Das bedeutet auch, daß er Heideggers Wille zur monologischen Herrschaft neuhumanistisch zurückgenommen hat in die Macht dialogischen Verstehens. Natürlich schließt das eine Ent-Radikalisierung Heideggerschen Denkens ein. An die Stelle des Heideggerschen Gottsuchertums, an die Stelle der Suche nach dem ganz Anderen, dem Anderen des Seins, nach dem Seyn, tritt die Wiederentdeckung des dialogischen Seins der Sprache. *Sein, das verstanden werden kann, ist Sprache* ⁴ – das bedeutet nach Gadamer: Miteinandersprechen, einander verstehen, stiftet vernünftiges Dasein. Im Gespräch erfahren wir unser lebendiges Dasein, vermitteln wir uns unsere Erfahrungen und stiften dadurch unser geschichtliches Da-Sein. Die Sprache ist kein totes Sein, das man analysieren und formalisieren kann, um das Leben zu vereineindeutigen, ihm seine Widersprüchlichkeit zu nehmen, um es in ihm aushalten zu können, sondern die Sprache ist selbst ein Geschehen, das vernünftiges Miteinanderleben durch vernünftiges Miteinandersprechen begründet. Das diesen Grundsätzen einer dialogischen Hermeneutik entsprechende

Hauptwerk ist »Wahrheit und Methode«. Es ist die Summe der Gadammerschen Denkentwicklung und entstammt dem Geist der demokratischen Kulturerneuerung Deutschlands nach dem zweiten Weltkrieg in Ost und West. Im folgenden soll es daher darum gehen, welche Ideen aus seiner Leipziger Rektoratszeit in Gadamer Summe der Hermeneutik eingingen.

II

Am 5. Februar 1946 hielt der ordentliche Professor für Philosophie Hans-Georg Gadamer bei der Übernahme des Rektorats anlässlich der Wiedereröffnung der Universität Leipzig eine Festrede mit dem Titel: »Über die Ursprünglichkeit der Wissenschaft«. Gadamer löste den konservativen Rektor Bernhard Schweitzer ab, der nicht nur als »Mann der Amerikaner« galt, sondern auch als »davon besessen, Marxisten vom Lehrkörper fernzuhalten« ⁵. Gadamer galt dagegen als Mann der Mitte und der Vermittlung. Sein Auftreten war undoktrinär und liberal, diplomatisch und sachlich, konzilient und mäßigend. Wie Theodor Litt vertrat er die Auffassung, daß der Marxismus als wissenschaftliche Doktrin auch in der akademischen Ausbildung berücksichtigt werden müsse, verwahrte sich aber gegen die Instrumentalisierung des Marxismus zur Propagierung des Programms einer bestimmten politischen Partei. An der Universität ist der Marxismus nur als notwendiges, wenn auch allein nicht schon hinreichendes Erkenntnisinstrumentarium von Interesse. Der mit dieser Interpretationstechnik verbundene politische Wille hat nicht Gegenstand der universitären Lehre zu sein. ⁶ Diese Position hatte nicht nur zur Konsequenz, den Marxismus als unpolitischen Kathedermarxismus, ihn als unpolitisches Erkenntnisinstrumentarium wie eine Technik, die für beliebige Zwecke angewandt werden kann, zu verstehen, sondern sie bewirkte immerhin auch die Berufung von Werner Krauss, Arthur Baumgarten und Walter Markov an die Universität Leipzig, die Gadamer wesentlich beförderte. Der »unpolitische« Rektor Gadamer trat aber auch konsequenterweise zur Freude seiner professoralen Kollegen nach wie vor für die Autonomie der Universität gegenüber der Politik ein. Er war allerdings

³ Vgl. Jürgen Habermas: *Philosophisch-politische Profile*. Frankfurt am Main 1981. S. 393. ⁴ Hans-Georg Gadamer: *Wahrheit und Methode*. Tübingen 1960. S. 450. ⁵ Vgl. Jean Grondin: *Hans-Georg Gadamer. Eine Biographie*. Tübingen 1999. S. 268, 270. ⁶ Vgl. auch Jean Grondin: *Hans-Georg Gadamer*. S. 290 und Volker Caysa u. a.: »Hoffnung kann enttäuscht werden« – Ernst Bloch in Leipzig. Frankfurt am Main 1992. S. 20/21.

auch bereit, die Unversitätspolitik in den Kontext einer demokratischen und antifaschistischen, ja sozialistischen Erneuerung der deutschen Kultur zu stellen. Und dies war nicht nur eine taktische Anpassung gegenüber den neuen Machthabern. Der Mann, der am 29. Mai 1941 als NS-Reisekader in einem Vortrag vor dem Deutschen Institut in Paris, also der kulturpolitischen Abteilung der deutschen Botschaft, mit dem Titel »Volk und Geschichte im Denken Herders« in Herder den »Visionär einer neuen Grundkraft im staatlichen Bereich«, die das »völkische Leben« meinte, sah,⁷ scheint nun, 1946, eine völlige Umkehr vollzogen zu haben. Hatten wir es 1941 mit einem Gelehrten zu tun, der sich sehr wohl als kulturkonservativer und elitärer Unpolitischer verstand, niemals aber als National-Sozialist, so tritt uns 1946 ein Mann entgegen, der wohl den damaligen realsozialistischen politischen Dogmen nicht nur skeptisch, sondern wahrscheinlich ablehnend gegenüberstand, der aber ihren sozial-humanen Kern und ihren echten Kulturerneuerungsanspruch für sich sozial-traditionalistisch, sozial-konservativ umdeutet und der daher gegenüber den politischen Vorstellungen der SMAD durchaus offen ist, ohne sich verbiegen zu müssen, weil er die Notwendigkeit einer demokratischen Erneuerung der deutschen Nachkriegsgesellschaft voll anerkennt.

Diese Wende Gadamers sollte man nicht nur konzeptionell, sondern auch existentiell ernst nehmen und nicht als opportunistische Übernahme des »sozialistischen« und »antifaschistischen« Vokabulars der Russen« oder als »taktische Euphemisierung« verdächtigen.⁸ Denn vor uns steht 1946 ein Mann, der immerhin durch sein Gutachten von 1945 Werner Krauss vor dem Strang (mit)gerettet hatte, vor uns steht ein Mann, der zwar nicht zum engen Verschwörererkreis von Goerdeler, wohl aber zu dessen engeren Diskussionskreis gehörte, und vor uns steht ein Mann, dessen talentierteste Studentin, Käte Lekebusch, am 7. November 1944 vor dem Volksgerichtshof in Berlin wegen Wehrkraftzerstörung angeklagt wurde und nur durch sehr viel Glück und Geschick

dem Tod im KZ Ravensbrück entkam.⁹ Sicher war Gadamer kein Widerstandskämpfer der ersten Reihe. Aber sein Ethos, die Haltung, die sein Werk und seine Person durchherrscht, seine Liebe zur Tradition, seine Toleranz, seine Unabhängigkeit und Unbestechlichkeit im Urteil, sein Verständnis für Menschliches, Allzumenschliches, sein ständiges Bemühen, gerecht zu sein, auch wenn dies Gerechtsein quer zu den eigenen Vorstellungen und Wünschen steht, führten dazu, daß er sich auch für die engagierte, die von dem Staat verfolgt und mit dem Leben bedroht wurden, mit dem er sich so geschickt arrangiert hatte.

Dem neuernannten Rektor Gadamer war klar, die »Stunde Null« ist die »Stunde der Bewährung« – für die gesamte Nation und folglich auch für die Universität Leipzig. Nur wenn man bedenkt, daß der damals knapp 46jährige Gadamer bis dahin sein gesamtes Gelehrtenleben der Wahrung der Tradition gewidmet hatte, weil er darin den Grund aller staatlichen und kulturellen Gemeinschaftlichkeit sah, wird man die tiefe Erschütterung, aber auch Umkehr begreifen können, die in der damaligen Feststellung enthalten ist: »Wir alle sind uns darüber klar, daß inmitten der ungeheuren Veränderung unseres gesellschaftlichen Lebens, die wir heute erleben, die Aufgabe nicht mehr sein kann, das Alte und durch eine ehrwürdige Tradition Geheiligte festzuhalten und vor dem Sturmwind der Weltgeschichte zu schützen.«¹⁰ Denn schaut man zurück auf die Selbstanpassung und Instrumentalisierung von Kultur, Wissenschaft und Universitäten in der Zeit des Nationalsozialismus, dann scheint ihr »Lebensrecht ungewiß geworden« zu sein. Daher steht man vor einer ganz neuen Aufgabe: »das Lebensgesetz der Universität neu zu bestimmen.« Dies aber ist »keine innerakademische Angelegenheit«, sondern eine gesamtgesellschaftliche.¹¹ Gadamer ist es sehr ernst damit, daß die Universität einen Beitrag zur demokratischen Erneuerung zu leisten hat, und das bedeutet, daß die durch Wissenschaft mögliche Naturbeherrschung »künftig nicht mehr zur

7 Hans-Georg Gadamer: *Volk und Geschichte im Denken Herders*. Frankfurt am Main 1942. S. 22. 8 *Dem entgeht nicht ganz Jean Grondin in seiner Gadamer-Biographie*. Vgl. Jean Grondin: *Hans-Georg Gadamer*. S. 270, 275. 9 Vgl. ebenda. S. 228–260. 10 Hans-Georg Gadamer: *Über die Ursprünglichkeit der Wissenschaft*. Leipzig 1947. S. 3. An dieser Einsicht hielt er auch wissenschaftspolitisch nach seinem Weggang aus Leipzig fest. Folglich bemerkt er zu den Lehren seines Leipziger Rektorats: »Was ich lernte war vor allem die Unfruchtbarkeit und Unmöglichkeit alles restaurativen Denkens, und als ich zwei Jahre später in den Westen ging, als Professor nach Frankfurt, war ich über die Illusionen der dortigen Unversitätspolitik, an deren Spitze damals Hallstein stand, ziemlich fassungslos.« Hans-Georg Gadamer: *Philosophische Lehrjahre*. Frankfurt am Main 1977. S. 124. 11 Ebenda. S. 4.

Zerstörung und Vernichtung, nicht mehr im Dienste partikularer Interessen – des Kapitals, des Militärs, im Dienste der Machtgier und der Selbstvergottung Einzelner oder ganzer Völker, sondern zum sozialen Fortschritt, zur Steigerung der allgemeinen menschlichen Wohlfahrt, zu Werken des Friedens allein ausgeübt werde«¹². Gadamer sagt dies im Bewußtsein, daß »wir im Bereich der Wissenschaft und der wissenschaftlichen Erziehung vor den gleichen Aufgaben stehen, vor denen unser Volk als Ganzes steht. Nur darüber kann es Meinungsverschiedenheiten geben, woher die Kraft geschöpft wird, um dieser Aufgabe zu genügen. Hier glauben die einen von uns, sie komme letzten Endes aus dem Unglauben an den Menschen und dem Glauben an Gott, die anderen dagegen stellen sich auf den Glauben an den Menschen allein. Dieser Gegensatz steht noch offen in die Zukunft der Menschheit hinein, aber er gefährdet nicht die Solidarität aller, die eine freiheitliche Entwicklung unseres Volkes und eine friedliche Zukunft der Menschheit anstreben. Denn uns alle vereint das Bewußtsein der Größe unserer Aufgabe. Es gilt zu erkennen, in welchem Grade die Staatsgesinnung unter den Deutschen zerrüttet und verwüstet ist. Wer das erkannt hat, wird ihrer Erneuerung alle Kräfte seines Lebens weihen. Möge unsere Universität, die dieser Aufgabe dient, und möge die deutsche Wissenschaft, vom Vertrauen aller zukunftsvollen Kräfte unserer Nation getragen, auf dem Wege einer humanen Kultur vorangehen und den deutschen Namen reinigen und wiederherstellen.«¹⁵

Rüdiger Bubner hat völlig Recht: Diese Sätze sind »kein der Not der Stunde abgeborgtes Ornament«.¹⁴ Es sind programmatische Sätze im Gesamtwerk Gadamers. Es geht aber nicht nur um die Reinigung und Erneuerung einer humanen Kultur und um die Wiederherstellung der Würde der deutschen Kultur, sondern dies sind Gadamer zu realisierende (Teil-)Aufgaben, um etwas Umfassenderes zu verwirklichen: Die Bildung einer humanen, zivilen, gerechten Gesellschaft durch »die gemeinschaftsbildende Kraft der Kultur«. Unter diesem Titel erschien in der Göttinger Universitätszeitung am

15.4.1946 in revidierter und gekürzter Form ein Vortrag Gadamers vor dem Kulturbund Leipzigs über die »Ziele und Aufgaben des Kulturbundes«, den dieser schon am 2. Dezember 1945 gehalten hatte. Man hat diese Rede treffend als das »Manifest des Gadamerschen Rektorats« bezeichnet.¹⁵ In ihr spricht Gadamer mit nie wieder erreichter, vielleicht auch nicht angestrebter Offenheit über die kulturpolitischen Ziele seiner Rehabilitierung der Hermeneutik, die ja als Kulturphilosophie immerhin den Anspruch einer philosophischen Zivilreligion hat. Diese Kulturphilosophie als Zivilreligion, nachdem auch der andere Gott gestorben war, steht ganz in der Tradition der Kulturerneuerungskonzeption der »II. Unzeitgemäßen Betrachtung«, in der gefordert wird: »Das Volk, dem man eine Kultur zuspricht, soll nur in aller Wirklichkeit etwas lebendig Eines sein und nicht so elend in Inneres und Äußeres, in Inhalt und Form auseinanderfallen. Wer die Kultur eines Volkes erstreben und fördern will, der erstrebe und fördere diese höhere Einheit und arbeite an der Vernichtung der modernen Gebildetheit zu Gunsten einer wahren Bildung, er wage es, darüber nachzudenken, wie die durch die Historie gestörte Gesundheit eines Volkes wiederhergestellt werden, wie es seine Instincte und damit seine Ehrlichkeit wiederfinden könne.«¹⁶ Wie für Nietzsche ist dies für Gadamer mit der Aufgabe verbunden, die deutsche Einheit im kulturellen Sinne herzustellen, die für ihn nicht nur höher steht als die politische Wiedervereinigung, sondern die kulturelle Einheit ist Bedingung der Möglichkeit einer echten politischen Einheit der Deutschen. So ist es auch nicht verwunderlich, daß Gadamer 1990 sehr skeptisch gegenüber der Anschlußpolitik der Kohl-Regierung war und es für sinnvoller hielt, daß eine zeitlang zwei deutsche Staaten weiter existieren sollten.¹⁷ Diese Skepsis gegenüber der Scheckbuchmentalität Kohls und der daraus folgenden Vereinnahmungspolitik äußerte Gadamer in persönlichen Gesprächen anläßlich seines Leipzig-Besuches im Herbst 1996 nicht nur gegenüber dem Autor dieser Zeilen immer wieder. In dieser Frage war er ganz Nietzscheaner, auch wenn

12 Ebenda. S. 7. 13 Ebenda. S. 16. 14 Vgl. Rüdiger Bubner: *Laudatio auf Hans-Georg Gadamer*. In: *Sinn und Form*. Berlin 49(1997)1. S. 10. 15 Vgl. Jean Grondin: *Hans-Georg Gadamer*. S. 276. Die in dieser Rede enthaltene kulturphilosophisch-humane Besinnung stellt auch konzeptionell einen wichtigen Wendepunkt Gadamers in seinem kritischen Verhältnis zu Heideggers politischen Konservatismus dar. Dies vernachlässigt völlig: Teresa Orozco: *Platonische Gewalt. Gadamers politische Hermeneutik der NS-Zeit*. Hamburg 1995. 16 Friedrich Nietzsche: *Vom Nutzen und Nachteil der Historie für das Leben*. In: *Friedrich Nietzsche: Kritische Studienausgabe*. Band 1. München, Berlin, New York 1988. S. 274/275. 17 Vgl. Jean Grondin: *Hans-Georg Gadamer*. S. 364.

er andererseits sehr kritisch gegen Nietzsche eingestellt ist.¹⁸ Denn Nietzsche war in bezug auf den Sieg der Deutschen im deutsch-französischen Krieg 1871 der Auffassung, daß es ein Irrtum sei anzunehmen, »der grosse Waffen-Erfolg der Deutschen bewaise irgend Etwas zu Gunsten dieser Bildung – oder gar ihren Sieg über Frankreich«. ¹⁹ Wer glaubt, daß mit den deutschen Waffen die deutsche Kultur ihre Überlegenheit gegenüber der französischen bewiesen habe, der verfällt in einen höchst verderblichen Wahn, der »im Stande ist, unseren Sieg in eine völlige Niederlage zu verwandeln: in die Niederlage, ja Exstirpation des deutschen Geistes zu Gunsten des ›deutschen Reiches«. ²⁰

Was Gadamer im deutschen Vereinigungsprozeß nach 1989 störte, war die Selbstgerechtigkeit der damaligen Bundesregierung. Nun, auch er sprach von den »neu hinzugekommenen Provinzen«. Aber er tat dies im Bewußtsein, daß zwar das Modell, auf das er jahrzehntelang gesetzt und für das er einiges auch wissenschaftspolitisch getan hatte, sich durchgesetzt hatte, daß dieser Sieg gar kein Grund zu vorlautem Triumphgeschrei sei, daß dieser politische Sieg keine Lösung, sondern ein kulturelles Problem ersten Ranges sei. Denn das Problem schien ihm, wie gestalten wir nun diese Einheit tatsächlich, da sie zwar formal, aber material nicht existiert. »Ja«, sagte er einmal mit der Geste eines römischen Senators, »wir haben neue Provinzen hinzugewonnen, aber wir müssen ihnen nun auch ermöglichen, selbständig ihre Zukunft in die Hand zu nehmen. Nur so wird aus dem Anschluß eine wirkliche Vereinigung, wenn jeder das Seinige tut und auch hat.« Diesen Gerechtigkeitsstandpunkt brachte er zur Verteidigung des Marxismus an den ostdeutschen Universitäten nach der Wende zu Geltung. Während Jan Robert Bloch nach

der Wende im Frühjahr 1990 in der Kantine der Deutschen Bücherei in Leipzig verkündete: »Wir wollen keine Rache, aber Rente«, was im Klartext Rente als Rache hieß, hielt Gadamer an seinem differenzierten Umgang mit dem Marxismus als wissenschaftlicher Theorie und als politischer Doktrin fest. Auch er war gegen die Übermacht und Monopolstellung des Marxismus in den Sozial- und Geisteswissenschaften der DDR, aber das hieß nicht, daß er für die völlige Verdammung des Marxismus an den Universitäten auf dem Gebiet der ehemaligen DDR überhaupt war und dies gut hieß. Jedes ideologische Eiferertum schien ihm bei seinen Besuchen 1993 und 1996 in Leipzig fremd. Anlässlich dieser Besuche schien er tief befriedigt – wie jemand, dem selbst Gerechtigkeit widerfahren ist. Er trat aber nicht als Triumphator auf, weil er wußte, welche Probleme die Vereinigung auch wissenschaftspolitisch gebracht hatte. Seine übergeifende Frage war wieder: »Was müssen wir jetzt gemeinsam tun, um die vorhandenen Probleme zu bewältigen?«

Die Ende 1945 in der Kulturbundrede offen dargelegten kulturpolitischen Ansprüche seiner philosophischen Hermeneutik sind also nicht nach seinem Weggang aus Leipzig gegenstandslos geworden, und sie haben auch sein wissenschaftspolitisches Wirken bis heute bestimmt.²¹ Am 2. Dezember 1945 formulierte Gadamer vor dem Kulturbund in Leipzig unzweideutig und überhaupt nicht unpolitisch: »Insofern, meine ich, wird die wirtschaftliche Basis des Kulturbundes ganz genau das darstellen, was die grosse politische Gesamtzukunft unseres Volkes von uns auch verlangen wird: eine sozialistische Gemeinschaft des Arbeitens, des Könnens und des Lernens. Wir arbeiten damit an einer wirklichen demokratischen Erneuerung unseres staatlichen Lebens, weil

*18 Dies belegt insbesondere Gadamers Aufsatz: Nietzsche – der Antipode. Das Drama Zarathustras (1984). In: Hans Georg Gadamer: Gesammelte Werke. Band 4. Tübingen 1987. Vgl. auch Jean Grondin: Hans-Georg Gadamer und die französische Welt. In: Günter Figal (Hrsg.): Begegnungen mit Hans-Georg Gadamer. Stuttgart 2000. S. 157–159. Die von Jean Grondin festgestellte »Nietzscheferne« Gadamers gilt vor allem für das Spätwerk Nietzsches. Für die Periode der »Unzeitgemäßen Betrachtungen« ist eher eine »Nietzschenähe« zu konstatieren. Vgl. Hans-Georg Gadamer: Präludium: Erinnerung und Geschichte. In: Dieter Borchmeyer (Hrsg.): »Vom Nutzen und Nachteil der Historie für das Leben«. Frankfurt am Main 1996. **19** Friedrich Nietzsche: Ecce Homo. In: Friedrich Nietzsche: Kritische Studienausgabe. Band 6. München, Berlin, New York 1988. S. 316. **20** Friedrich Nietzsche: David Strauss der Bekenner und Schriftsteller. In: Friedrich Nietzsche: Kritische Studienausgabe. Band 1. München, Berlin, New York 1988. S. 159/160. **21** Für diese Interpretation spricht wissenschaftspolitisch gesehen nicht nur, daß ohne Gadamers außergewöhnliche Förderung ein Mann wie Jürgen Habermas nicht solch eine Erfolgsgeschichte geworden wäre, der wohl der wichtigste marxistische Philosoph in Deutschland nach Lukács und Bloch ist. Sondern dafür spricht auch, daß er seinem Biographen Jean Grondin erlaubt hat, an zentraler Stelle seiner Biographie aus dem Manuskript der Kulturbundrede zu zitieren.*

es uns auf die Freisetzung dieser Kräfte ankommt, nicht nur derer der Schaffenden, sondern ebenso auch der Aufnehmenden.«²² Desweiteren fordert er: »Wir müssen zu einem echten Kulturleben gelangen. Das bedeutet, daß wir uns nicht mit der Kultur als einer bloßen Welt der Bildung genügen lassen, daß Kunst, Wissenschaft, alle Gestaltung unseres sozialen Selbstbewußtseins nicht mehr gedacht wird in der Form der Erlösung von dem Druck der Wirklichkeit, sondern als Ausdruck und Erhöhung dieser Wirklichkeit selbst. Der Blick auf die Situation unserer klassischen Kultur kann uns dabei die Aufgabe sehr deutlich machen. Wie dort aus dem Freiheitspathos der französischen Revolution und des Eintretens des Bürgertums in das politische Leben ein Anspruch auf Bildung einer kulturellen Gesellschaft als eines Kreises von Schaffenden, Nachschaffenden und Aufnehmenden entstand, so muß auch heute eine Integration der Gesellschaft, eine Zusammenschließung aller einzelnen versucht werden. Ich bin dabei fest überzeugt, daß das nur ein Versuch von einer Seite her ist und daß von der anderen Seite her auch gearbeitet werden muß. Es ist kein Zufall, sondern Ausdruck einer gesellschaftlichen Wirklichkeit, daß die Kultur in dieser Weise zu einer bloßen Bildungswelt herabgesunken war, aber ebenso überzeugt bin ich, daß es die Gegenwirkung der Kulturarbeit auf die gesellschaftliche Wirklichkeit gibt, daß gleichsam die gemeinschaftsbildende Kraft der Kultur einen politischen Faktor für die Zukunft eines demokratischen Deutschland darstellt. Es kommt also nicht nur darauf an, Kunst und Wissenschaft zu pflegen, sondern es kommt darauf an, alle kulturellen Daseinsformen für das Gesamtleben der Gesellschaft fruchtbar werden zu lassen.«²³ Dadurch kommt es für Gadamer nicht nur zu einer Sammlung der Kultur und aller Kulturinteressierten, sondern auch zu einer Sammlung aller Produktiven über den engeren Kulturbereich hinaus, was schließlich zu einer notwendigen »Sammlung der Gesellschaft« führt.²⁴ Die Wiederherstellung eines echten Kulturlebens ist Gadamer Bedingung der Möglichkeit der Herstellung eines echten, solidarischen Gesellschaftslebens. Die Neubildung der Kulturgesellschaft ist ihm die entscheidende Voraussetzung, daß man trotz

Armut, Zerstörung und Chaos gemeinsam und jenseits der Dualismen von Produktiven und Unproduktiven, Schaffenden und Aufnehmenden wieder produktiv wird. Aufgabe der Kultur ist es daher, an dem zu arbeiten, »was man heute Volkssolidarität nennt, die nicht nur eine Aktion oder eine Aufgabe der Zeit ist, sondern der Sinn unserer ganzen Existenz.«²⁵

Will man nun die Grundmotive des Gadamerischen Leipziger Rektorats zusammenfassen, sind folgende zu nennen:

1. Kultur als gemeinschaftsbildende Kraft, das offene Gespräch mit allen erneuerungswilligen Kräften als Basis gemeinschaftlichen Handelns.

2. Demokratisierung der Universität, was einschließt, daß wissenschaftliche Paradigmen vertreten werden dürfen, die bisher ausgeschlossen wurden, was insbesondere den Marxismus betrifft. Dafür müssen auch die entsprechenden institutionellen Voraussetzungen geschaffen werden.

Wenn Gadamer von »Demokratisierung«²⁶ (nicht nur in bezug auf die Universität) sprach, dann meinte das nicht nur Selbstverwaltung, Selbstbestimmung, Freiheit der Forschung und Lehre, Denk-, Rede-, Meinungsfreiheit, freie Wahlen, sondern dann war das durchaus radikaler gemeint, insofern die untersten sozialen Schichten wirklich in die Machtausübung einbezogen werden sollten, insofern mit dem bürgerlichen Bildungsprivileg gebrochen werden sollte, insofern eine neue Verteilungsgerechtigkeit zwischen Armen und Reichen in der Gesellschaft hergestellt werden sollte. Demokratisierung hieß also die schreiendsten Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten zu beseitigen und Chancengleichheit zu ermöglichen. Es hieße aber Gadamer's Rede von der Demokratisierung überzuinterpretieren, wenn man darin auch die Forderung erkennen würde, die kapitalistische Gesellschaft, die die genannten Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten produziert, solle gänzlich abgeschafft werden.²⁷ Das hat er wohl sein ganzes Leben lang für einen vielleicht schönen, aber im Grunde auch barbarischen Traum gehalten, werden doch damit für ihn wesentliche Voraussetzungen der modernen Gesellschaft in Frage gestellt.

22 Zit. nach Grondin, J.: *Hans-Georg Gadamer*. S. 276. *23* Hans-Georg Gadamer: *Die gemeinschaftsbildende Kraft der Kultur*. In: *Göttinger Universitätszeitung* vom 15. 4. 1946. S. 5. *24* Vgl. ebenda. S. 5/6. *25* Ebenda. S. 6. Vgl. auch Jean Grondin: *Hans-Georg Gadamer*. S. 276. *26* Vgl. Hans-Georg Gadamer: *Arbeiterstudium und Universität*. In: *Kultur & Kritik. Leipziger philosophische Zeitschrift* (1994) 6 vom März. S. 114. *27* Vgl. Jean Grondin: *Hans-Georg Gadamer*. S. 274.

3. Öffnung der Universität gegenüber allen gesellschaftlichen Kräften, insbesondere der Arbeiterklasse, Brechung des bürgerlichen Bildungsmonopols, Sozialisierung der Universität.

Wobei hier der Begriff »Sozialisierung« im Sinne von Solidarisierung mit sozial- und bildungspolitisch Benachteiligten, Beseitigung von Ungerechtigkeit, aber auch oft in Sinne gegenseitiger Hilfe, einer »Kameradschaft des Herzens«²⁸ zwischen Lehrenden und Lernenden wie auch zwischen den Studenten gebraucht wird. In diesem Sinne redet Gadamer in »Arbeiterstudium und Universität« davon, daß es »wohl nur ein sozialistisches Bewußtsein für uns alle gibt«.²⁹ Sozialismus ist daher für ihn keine bestimmte Gesellschaftsform oder politische Doktrin, sondern eine Frage der zwischenmenschlichen, aber auch der politischen und sozialen Gerechtigkeit, die für ihn in jeder Gesellschaft positiv bewältigt werden muß, will sie wirklich human sein. Gerechtigkeit ist in diesem Sinne für Gadamer bis heute mit dem Schaffen von »Gleichgewichtslagen« verbunden, mit dem »gewissen instinktiven Gefühl für Gleichgewicht«, mit der Blick für das Angemessene, Maßvolle, Gemäßigte, auch Ausgleichende, mit dem »Treffen der richtigen Maß-Regeln« verbunden, was einschließt, bestimmte Maß-Regelungen zu unterlassen oder zurückzunehmen, auch wenn sie formal-rechtlich gerechtfertigt sind.³⁰ Dieser Gerechtigkeitsstandpunkt ermöglichte es Gadamer, daß er sowohl den Ungerechtigkeiten des Nationalsozialismus, des Realsozialismus, der repräsentativen Demokratie der Bundesrepublik und der Wiedervereinigung immer kritisch gegenüberstand. Immer ist die Frage, ist das, was da augenblicklich geschieht, wirklich gerecht und wie können wir Gerechtigkeit herstellen, um auf der Basis gegenseitiger Anerkennung human miteinander leben zu können. Die Anerkennung des Anderen aber heißt für Gadamer, auf den Anderen zu hören, ihm zuzuhören und mit ihm gemeinsam etwas zu gestalten. Für Gadamers Verstehenslehre ist die Anerkennung des Anderen nahezu selbstverständlich. Seine Hermeneutik enthält daher nicht nur die praktizierte Utopie zwangloser, herrschaftsfreier Verständigung, sondern auch die pragmatische Utopie einer nahezu selbstverständlich gewährten Gerechtigkeit.

Gadamer versuchte während seines Leipziger Rektorats, die Universität an veränderte Öffentlichkeitsstrukturen anzupassen, sie zu modernisieren, zu demokratisieren. Nach seinen eigenen Äußerungen hat er an dieser Programmatik auch nach seinem Weggang aus Leipzig festgehalten, und so ist es auch zu erklären, daß er den bildungsphilosophischen Ansatz von Jürgen Habermas wesentlich förderte, der bekanntlich in seiner Habilitationsschrift das Thema des »Strukturwandels der Öffentlichkeit« zum Gegenstand hatte. Übergreifend blieb das Bestreben, mit den Mitteln der philosophischen Kultur einen Beitrag zur Demokratisierung der Gesellschaft und der Universität selbst zu leisten. Das aber war und ist für Gadamer nur möglich, wenn sich die Wissenschaft auf ihre Quellen, auf ihre Ursprünglichkeit und ihre ursprünglichen Aufgaben besinnt, was wiederum nur möglich ist, besinnt sich die Wissenschaft des Ethos, aus dem sie entsprungen ist. So ist denn nicht verwunderlich, daß in der Rektoratsrede vom Februar 1946 die Macht der Wissenschaft im Leben der Menschen auf den »Mann der Wissenschaft« zurückbezogen wird, der durch ein bestimmtes Ethos auch die Wissenschaft als vorbildhafte Lebensform verkörpert. Der Mann der Wissenschaft ist sachlich, entschieden und bescheiden.

Die Tugend der Sachlichkeit meint höchste Konzentration auf diese und »Versunkenheit in die Sache selbst«, »das unbedingte Eingehen auf die Sachen, unter Vergessen jeglicher Rücksicht auf die anderen, wie auf sich selbst, auf Gott und die Welt«.³¹

Die Tugend der Entschiedenheit meint: »Der Mann der Wissenschaft geht im Verfolg seiner Arbeit durch Zweifel an sich selbst, die bis zur Verzweiflung anwachsen können. So schwer ist es, nicht seiner Mitwelt, sondern dem inneren Gebot der Wahrheit und der Erkenntnis genug zu tun. Was er zu sagen hat, sind Wahrheiten, die erst die Zukunft zu allgemeiner Anerkennung bringen wird. Das ist die Tragödie des Forschertums. Er ist zwar Kind seiner Zeit und Welt und doch immer schon über sie hinaus in einer neuen, schwer zu ertragenden Einsamkeit. Aber er bringt aus ihr zurück, was die stärkste Kraft des Charakters ist: eigenes Urteil und unbedingte Entschiedenheit für das Erkannte.«³²

28 Hans-Georg Gadamer: *Arbeiterstudium und Universität*. S. 121. 29 *Ebenda*. S. 120. 30 Vgl. Hans-Georg Gadamer: *Vom Wort zum Begriff*. In: *Gadamer-Lesebuch*. Tübingen 1997. S. 104-105. 31 Hans-Georg Gadamer: *Über die Ursprünglichkeit der Wissenschaft*. S. 14. 32 *Ebenda*. S. 14/15.

Die Tugend der Bescheidenheit meint: »Es gehört zu ihm bereite Anerkennung des Urteils anderer und die Abstreifung jeden Hochmuts des eigenen Standes. Achtung vor jeder redlich getanen Arbeit, welcher Art sie auch sei, muß ihm selbstverständlich sein. So besitzt er eine innere Freiheit von den Vorurteilen seiner gesellschaftlichen Herkunft und ist der natürliche Gefährte aller fortschrittlichen Kräfte einer Gesellschaft.«³³

Die Erläuterung dieser drei Tugenden endet nun jedesmal mit einer Art Refrain: »Wäre – die Kraft dieser Sachlichkeit, dieser Entschiedenheit, dieser Bescheidenheit – in allen Männern der deutschen Wissenschaft groß genug gewesen, die schwächliche Anpassung an das nationalsozialistische Regime wäre für sie keine Versuchung geworden.«³⁴ Das ist nun aber nicht nur ein typisch Gadamerischer Schluß, für den das Gedachte immer eine existentielle Verbindlichkeit besitzt, sondern hier kommt ein Grundproblem moderner Wissenschaft zur Sprache, das Gadamer immer beschäftigt hat: Alle Wissenschaft wird nur dann humanisierend auf des Leben zurückwirken, dem sie entstammt, ist mit ihr ein bestimmtes Ethos verbunden. Das heißt nicht, die Wissenschaft durch ein Ethos zu fesseln, sondern sie für ihre ursprünglichen Aufgaben zu befreien. So kann man denn mit Gadamer sagen: Hätte die deutsche Wissenschaft sich auf ihr ursprüngliches Ethos zurückbesonnen und davon führen lassen, dann hätte sie sich nicht vom Führer verführen lassen und hätte ihm widerstehen können. Insofern ist dem Gadamerischen Konservatismus nicht nur etwas Unpolitisches, sondern auch grundlegend Widerständiges, ja Antifaschistisches, Antitotalitäres eigen. Das Gadamerische Wissenschaftsethos zielt aber noch auf etwas anderes, an das zu erinnern am Beginn des Zeitalters der biotechnologischen Reproduzierbarkeit des Menschen vielleicht nicht ganz unnützlich wäre: Nur soweit die Wissenschaft der Humanisierung des Lebens dient, wollen wir ihr dienen. Gewiß, wir können nicht auf das Messen der Wissenschaft in unserem Leben verzichten, aber ohne den Sinn für Angemessenheit ist unser Leben und auch die Wissenschaft nicht menschlich. Dieser Sinn für Angemessenheit kann nicht gemessen werden, er kann nicht kausal erklärt werden,

er ist schwer oder womöglich überhaupt nicht quantifizierbar, aber man kann ihn im Gespräch, im Zuhören, im Miteinanderreden erfahren. Für alles Beweise zu verlangen war schon Aristoteles eine Zeichen von Unbildung. Das gilt Gadamer nicht nur für die Philosophie, sondern erst recht im zwischenmenschlichen Umgang. Wer mit dem anderen nur nach den Gesetzen der Logik verfährt und um jeden Preis logische Widersprüche im Gespräch vermeiden will, »von dem wird eine Kälte ausgehen, bei dem es den anderen friert. Man muß schon ein bißchen wärmer sein, wenn man Menschen Solidarität fühlbar machen will und dem Anderen das Bewußtsein gibt, daß man ihn meint und auf ihn eingehen will.«³⁵ Es ist daher einsichtig, daß Gadamer's Hermeneutik keine scientistische Methodenlehre enthält.³⁶ »Wahrheit und Methode« hat mit wissenschafts- und erkenntnistheoretischem Methodologismus wenig im Sinn. Die hermeneutische Methode ist daher mehr als Vademecum des dialogischen Verstehens denn als Logik der Erklärung des Anderen zu begreifen. Gadamer's Hermeneutik schlägt eher vor, einem Weg zu folgen, den Erscheinungen nachzugehen, um so deren Wahrheit für uns verständlich zu machen, als durch ein festes Regelwerk das Wesen eines Gegenstandes wissenschaftlich zu erklären. Seine Hermeneutik neigt daher dazu, Geschichten von der Begegnung mit den Erscheinungen eines Gegenstandes zu erzählen, Philosophiegeschichte zu erzählen und nicht bloß wissenschaftlich zu schreiben. Hermeneutische Philosophie hebt folglich die Herrschaft der wissenschaftlichen Methode über die Philosophie auf. Diese Aufhebung ist aber nicht antiwissenschaftlich, sondern transwissenschaftlich gemeint. Denn wissenschaftlich-methodische Erklärungen des Verstehens sind ihr nicht ausreichend, um zu begreifen, wie man immer schon versteht. Die Methoden der Wissenschaft sind nur ein Weg, um zu verstehen, aber es gibt noch andere Methoden des Verstehens als die der modernen Wissenschaften, und diesen Methodenreichtum zu hegen und zu pflegen ist Aufgabe der philosophischen Hermeneutik. Gegen den erkenntnistheoretischen Methodologiedogmatismus der scientistischen Philosophie setzt die hermeneutische Philosophie daher den Methoden-

³³ Ebenda. S. 15. ³⁴ Ebenda. S. 14/15. ³⁵ So Gadamer in seiner *Wiederkunftsrede vom 22.10.1993 in Leipzig*. Vgl. Hans-Georg Gadamer: *Über die Aktualität der Hermeneutik*. In: Volker Cayssa/Klaus-Dieter Eichler (Hrsg.): *Philosophiegeschichte und Hermeneutik*. Leipzig 1996. S. 322. ³⁶ Vgl. Udo Tietz: *Hans-Georg Gadamer zur Einführung*. Hamburg 1999. S. 29.

pluralismus. Gegen eine Logik der Forschung mit der man alles erklären aber nichts verstehen kann, setzt die Hermeneutik die grundlegende Einsicht, daß man mehr verstehen kann als man annimmt, wenn man sich eingesteht, daß man nichts verstanden hat, auch wenn man es gut erklärt hat.

Verstehen heißt aber nicht nur den Standpunkt des Anderen anzuerkennen und zu erwägen, sondern es meint wesentlich auch Verständigung, dem Anderen nach-zu-denken, hinter Widersprüchen und Gegensätzen das Gemeinsame zu suchen. Wenn wir in diesem Sinne den anderen verstehen, wenn wir versuchen, ihn nicht nur ein- und abzuschätzen, sondern wenn wir versuchen, ihm gerecht zu werden, also ihn in seinen eigenen Maßen zu erkennen und anzuerkennen, dann üben wir uns in eine Fähigkeit ein, die grundlegend ist für die gemeinschaftsbildende Kraft der Kultur, dann üben wir uns in eine Fähigkeit ein, die ich als den Grund von Kultur überhaupt bestimmen möchte, wir üben uns nämlich in die Fähigkeit ein, anzuerkennen, das der Andere recht haben könnte.

Dieser Einsicht immer wieder genügen zu wollen ist das Credo der Gadammerschen Hermeneutik. Dieses historische Apriori muß alle unsere Handlungen begleiten, soll Gerechtigkeit möglich sein. Dieses Credo ist der Grund einer jeden Demokratisierung und Kulturerneuerung.

Hermeneutik nach Gadamer ist also nicht die Kunst, alles und nichts zu verstehen und immer und überall recht zu haben, wie das dem Herrn der Hermeneutik oft unterstellt wurde. Sondern Hermeneutik ist vor allem der Versuch, die Gedanken des Anderen, auch wenn man sie nicht teilt, zu verstehen; die Kunst der Hermeneutik ist das Vermögen, vom Standpunkt des Anderen aus denken zu können, auch wenn man diesen Standpunkt nicht teilt. Das schließt ein anzuerkennen, daß man vielleicht selbst nicht verstanden hat und der Andere recht haben könnte. Da bedeutet sich zurückzunehmen, zurückzutreten, den Anderen zu Wort, zur Sprache, zur Geltung kommen zu lassen. Einander zu verstehen aber ist als elementarer Akt zu begreifen, aufeinander zuzugehen, aufeinander einzugehen, miteinander zu gehen, miteinander leben zu lernen, sich ein-

ander zu helfen. Insofern bedingen sich Verstehen und Solidarität gegenseitig: Ich muß nicht nur den Willen zur Solidarität haben, um zu verstehen, sondern der Wille zu Verstehen ermöglicht auch erst Solidarität. Hier zeigt sich, daß Hermeneutik eben keine unpolitische Philosophie ist, auch wenn sie so erscheint. Denn die Herstellung von Gerechtigkeit, die Praktizierung von Solidarität ist nicht vom Verstehen des Anderen zu trennen, ja das Sein des Verstehens ist Bedingung der Möglichkeit für Solidarität und Gerechtigkeit.

Insofern aber die Gadammersche Hermeneutik das Andere, Verdrängte, Vergessene zur Sprache und auch zur Anerkennung verholfen hat, ist sie zutiefst dem Geist einer demokratischen und gerechten Erneuerung der deutschen Nachkriegsgesellschaft verpflichtet. Wer in ihr bloß politischen Konservatismus oder den Geist der ideologischen Reaktion erblickt, der verkennt nicht nur Gadammers persönliche Entwicklung in den Jahren zwischen 1945 und 1947, sondern der gehört allzuoft auch zu denen, die nicht anerkennen wollen, daß der Andere doch recht haben könnte. Und wenn die letzten zehn Jahre etwas bewiesen haben, dann dies: Daß sich eine wie auch immer verstehende Linke eine solche Mißachtung des Anderen nicht mehr erlauben kann. Gewiß geht es nicht darum, sich um jeden Preis zu verständigen, sondern die Basis der Kunst des Verstehens ist die Anerkennung des Anderen, auch wenn ich den zunächst nicht verstehe. Aber nur auf dem Grund des Willens zur Anerkennung des Anderen wird es möglich, den anderen vielleicht doch zu verstehen und gemeinsam zu handeln. Deshalb scheint mir die Hermeneutik Gadammerscher Prägung eine reale Philosophie der Wiedervereinigung zu sein, wenn auch nicht »die ideale Philosophie der Wiedervereinigung«³⁷. Denn in dieser Philosophie der tatsächlichen Begegnung, des Zuhörens, des Hörens auf die Sprache des Anderen, des wirklichen Sprechens mit dem Anderen, des Gesprächs, wird der Geist der Anerkennung des Anderen und des gemeinschaftlichen Handelns praktiziert und nicht bloß propagiert. Was uns vereint, ist, daß wir durch den Willen zur Verständigung anerkennen lernen, daß der Andere recht haben könnte, und so können alle zu ihrem Recht kommen.

³⁷ Vgl. Sebastian Kleinschmidt: *Gegenüberglück. Über zwei an Hans-Georg Gadamer nicht gestellte Fragen*. In: Günter Figal (Hrsg.): *Begegnungen mit Hans-Georg Gadamer*. Stuttgart 2000. S. 119.

WINFRIED SCHRÖDER

Die »Arbeitsgemeinschaft Marxistischer Wissenschaftler« an der Leipziger Universität

1. Sucht man nach Spuren der »Arbeitsgemeinschaft marxistischer Wissenschaftler« an der Leipziger Universität, dann findet man sie in der »Einheit«, der »Theoretischen Zeitschrift des wissenschaftlichen Sozialismus«¹ und im »Forum«, der »Zeitschrift für das geistige Leben an den deutschen Hochschulen«.² Einen späteren kurzen Hinweis gibt es noch in dem von der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED 1979 herausgegebenen Band »Zur Geschichte der marxistisch-leninistischen Philosophie in der DDR. Von 1945 bis Anfang der sechziger Jahre«.³

Aus diesen Dokumenten ist zu entnehmen, daß die »Arbeitsgemeinschaft« von einer kleinen Gruppe von namhaften Genossen Professoren der Leipziger Universität unter Mitwirkung anderer Dozenten der verschiedenen Fakultäten am 30. Januar 1948 gegründet wurde.

In der Nachkriegsgeschichte war das Jahr 1948 ein besonderes Jahr, nicht nur weil in Ost und West des 100. Jahrestages der Revolution von 1848 gedacht wurde. Es war das Jahr der beginnenden Balkankrise mit dem folgenreichen Konflikt zwischen der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien (FVRJ) und der UdSSR, der zu dem drakonischen Strafgericht Stalins gegen die »Agenten des amerikanischen Imperialismus«, gegen die »Trotzkisten/Titoisten« führte.⁴ Zugleich war das Jahr 1948 das Jahr der separaten Währungsumstellung in den Westzonen und in Westberlin. Mit dieser administrativen Maßnahme wurde nicht nur die Spaltung des Nachkriegsdeutschlands der vier Besatzungszonen eingeleitet, sondern erreichte auch der antikommunistische

Kalte Krieg in Europa gegen die UdSSR und die sowjetische Besatzungszone eine neue Qualität: »Die Realität zweier dem System nach gegensätzlich strukturierter deutscher Staaten« wurde denk- und entwicklungsbestimmend.⁵

In der Logik der globalen Politik des USA-Imperialismus dagegen lag es, daß bereits im Juni 1950 in Korea eine zweite antikommunistische Front eröffnet wurde.⁶ Daran schloß im Jahre 1964/65 der verbrecherische Krieg der USA gegen die Demokratische Republik Vietnam an.

Mit dem Artikel »Die deutschen Friedenswünsche und das Friedensbekenntnis der deutschen Intelligenz«, der am 23. April 1951 in der Studentenzeitschrift »Forum« erschien, hat Werner Krauss auf diese Entwicklung eindeutig reagiert.

Sein Artikel stand unter der Losung: »Studenten! Demonstriert am 1. Mai gemeinsam mit den Werktätigen ganz Deutschlands gegen die Remilitarisierung, für den Abschluß eines Friedensvertrages im Jahre 1951!«⁷

Die Genossen Professoren, die sich am 30. Januar 1948 zu dem wissenschaftlichen und politischen Unternehmen der »Arbeitsgemeinschaft marxistischer Wissenschaftler« entschlossen hatten – ein Unternehmen, das bewußt mit den antimarxistischen und antikommunistischen Traditionen deutscher Universitäten brach –, gehörten zu der kleinen Zahl deutscher Akademiker, die in der Zeit der NS-Herrschaft ihr Leben im Kampf gegen den Faschismus eingesetzt hatten. Nach Kriegsende waren sie im Alter zwischen vierzig und fünfzig Jahren nach

1 Vgl. *Einheit*. Berlin 3(1948)4. S. 374/375. 2 Vgl. *Forum*. Berlin 2(1948)5. S. 5. 3 Vgl. *Zur Geschichte der marxistisch-leninistischen Philosophie in der DDR. Von 1945 bis Anfang der sechziger Jahre*. Berlin 1979. S. 112. 4 Victor Klemperer: *So sitze ich denn zwischen allen Stühlen [Tagebücher 1945–1959]*. Bd 1–2. Hrsg. von Walter Nowojski unter Mitarbeit von Christian Löser. Bd. 2. Berlin 1999. S. 215, 796, 485 (im folgenden: *Viktor Klemperer: Tagebücher*). 5 Walter Markov: *Zwiesprache mit dem Jahrhundert. Dokumentiert von Thomas Grimm*. Berlin und Weimar 1989. S. 174 sowie *Wilfriede Otto: Zu den Hintergründen der berühmten Säuberungsaktionen in der SED Ende der 40er/ Anfang der 50er Jahre*. Mielke wollte einen »Schulfall« inszenieren. In: »*Neues Deutschland*« vom 22./23. September 1990. S. 13. 6 Siehe: »*Neues Deutschland*« vom 24./25. Juni 2000. S. 15. 7 Werner Krauss: *Das wissenschaftliche Werk*. Hrsg. im Auftrag der Akademie der Wissenschaften der DDR von Werner Bahner, Manfred Naumann und Heinrich Scheel. Band 1: *Literaturtheorie, Philosophie und Politik*. Hrsg. von Manfred Naumann. Berlin, Weimar 1984. S. 660.

Leipzig gekommen, um »bei der moralischen Entrümpelung und dem geistigen Wiederaufbau Deutschlands, bei der Errichtung von tragfähigen Grundlagen des Sozialismus« tätig mitzuhelfen und mitzuwirken.⁸ Es waren *Fritz Behrens* (1909–1980), der Politökonom und Gründungsdekan der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Leipzig (Gewifa), den Markov einen »roten Hans Albers« nennt,⁹ *Gerhard Harig* (1902–1966), der Physiker und »Buchenwalder«¹⁰, *Walter Markov* (1909–1995), der Historiker, der aus dem Zuchthaus Siegburg kam, *Werner Krauss* (1900–1976), der Marburger Romanist und Widerstandskämpfer der »Roten Kapelle«, und *Albert H. Schreiner* (1892–1979), Interbrigadist und Kommandeur der Centurio Thälmann im Stab in Alabacet, der aus der Emigration in den USA nach Leipzig gekommen war.¹¹

2. *Walter Markov*, der im Oktober 1946 auf abenteuerlichen Wegen von Bonn an die Leipziger Universität gelangt war, erinnert sich im Jahre 1989: »Wir wurden unterwegs dreimal von sowjetischen Kontrollen angehalten. Sie machten keine schlechten Augen, als ich ihnen in holprigem Russisch verriet, daß ich »für fest« nach Leipzig verzöge, um dort an der Universität Russische Geschichte zu lehren. »Aber doch wohl *alte* russische Geschichte?« Der Gedanke, ein Deutscher würde sich (1946!) an Sowjetgeschichte heranwagen, war ihnen offensichtlich nicht ganz geheuer. [...]

Wenn mich mein Gedächtnis nicht täuscht, hatte ich zu jener Zeit keine übertriebenen Illusionen. Als Historiker wußte ich, daß sich Neues nur unter Mühen und Qualen durchsetzt, mit Blick auf die dramatischen Begleitumstände am Rande der Befreiung von 1945, die ja keineswegs ein rotes Paradies verhießen, sondern schmerzhaft Geburt einer andersartigen Gesellschaft mit der Zukunft als Trumpf. [...]

Getäuscht habe ich mich vielleicht – oder einer Illusion nachgegangen –, was den Umgang zwischen Revolutionären selbst betrifft, also was man im weiteren Sinne innerparteiliche Demokratie nennen könnte. [...]

Die Gewifa war als Kampfinstrument gegen Reaktion und für den Fortschritt konzipiert. Ihre Gründung

erfolgte auf Befehl der Sowjetischen Militäradministration. [...]

Als ich für die ersten Gewifa-Schwalben (und natürlich auch für die Fachhistoriker) im Sommersemester 1947, nun schon etwas sicherer im Auftritt, »Russische Geschichte von der Bauernbefreiung 1861 bis Stalingrad 1943« las, erschien ein Vortrupp der Studenten, die besonderer Art waren: oft im Klassenkampf erfahrene, zu meist schon etwas ältere Genossen, die Positionen aufgaben, um auf der Hochschule dazuzulernen. Mehrere von ihnen hatten Haft oder KZ hinter sich. Andere wiederum waren aus der Ost- oder West-Emigration zurückgekehrt. Es gab Söhne und Töchter berühmter Väter unter ihnen, aber auch »Stalingrader«. Zwischen uns herrschte weniger ein Lehrer-Schüler- als vielmehr ein Kameradschaftsverhältnis unter verwegenen Burschen«¹²

Bereits im Jahre 1947 hat Walter Markov sein wissenschaftliches und politisches Credo als marxistischer Historiker im »Forum« verkündet:

»Niemand wird den Wunsch hegen, den historischen Materialismus für seine Unterdrückung in anderen Teilen Deutschlands durch ein Monopol in der Ostzone zu entschädigen; es sei denn, daß er ihn vorsätzlich durch Innzucht ruinieren möchte. Zu fordern ist für alle deutschen Universitäten der freie Wettstreit beider Theorien, die Verpflichtung, sich mit ihnen bekannt zu machen. Es heißt kein Geheimnis preisgeben, wenn wir behaupten, eine Belehrung darüber, was historischer Materialismus *nicht* ist, stehe in ihrer Dringlichkeit bereits vor der Feststellung, was er eigentlich sei. Das enthält in Quintessenz schon Engels' bekannter Brief vom 25. Januar 1894. Der Satz, daß es kein Verstehen mit Hilfe eines Universalschlüssels irgendeiner allgemeinen geschichtlich-philosophischen Theorie gibt, die, da sie alles auf einmal erklärt, nichts erklärt, ist bester Marx, und niemand hat die Neigung, Antworten auf konkrete Fragen in der logischen Entwicklung allgemeiner Wahrheiten zu suchen, tiefer verspottet als Lenin.«¹⁵

5. *Werner Krauss*, dem es »als moralische Pflicht [erschien], in die sowjetische Besatzungszone zu gehen,

8 *Walter Markov: Zwiesprache*. S. 154. 9 *Ebenda*. S. 156, 16f. 10 *Ebenda*. S. 161. 11 *Ebenda*. S. 181 sowie *Deutsche Geschichte in Daten*. Berlin 1969. S. 771 und *Klaus Hermsdorf, Hugo Fetting, Silvia Schlenstedt: Exil in den Niederlanden und in Spanien*. Leipzig 1981. S. 273, 277. 12 *Walter Markov: Zwiesprache*. S. 152–162 sowie *Viktor Klemperer: Tagebücher*. Bd 1. S. 505, 544, 552, 605. 13 *Walter Markov: Historia docet? In: Forum*. Berlin 1 (1947)4. S. 8/9.

da es [wie er an Martin Hellweg am 13. 7. 1946 schreibt], »weder für Deutschland noch für uns in Deutschland ein anderes Projekt des Lebens« gebe, war im Sommer 1947 von Marburg nach Leipzig gegangen. Zu dieser Zeit war ihm bereits bewußt, daß »es [...] für den Kapitalismus keine ausweglose Situation (gibt), außer wenn ihm der Ausweg endgültig durch die sozialistischen Gegenkräfte verlegt wird.«¹⁴

Über den Universitäts- und Zonenwechsel von Krauss berichtet Hans Mayer am 23. August 1949 in der »Täglichen Rundschau«:

»Als Professor Krauß [sic!] 1947 die Berufung als Ordinarius der Romanistik an die Universität Leipzig erhielt, folgte er dem Ruf mit Bereitwilligkeit. Er hatte sich auf seinem Marburger Lehrstuhl immer isoliert fühlen müssen. Hatte es 1945 wenigstens in der Theorie noch ausgesehen, als sollte eine demokratische Erneuerung der Universitäten auch im Westen geleistet werden, so erwies sich die Praxis unter der aktiven Förderung der Amerikanischen Militärregierung schon bald als Prozeß der Wiedereingliederung nazistischer Gedankengänge und Propagandisten. Die klare Haltung des Wissenschaftlers Krauß [sic] war daher in Marburg ebenso unerwünscht wie sein klares Bekenntnis zu einem einheitlichen und demokratischen Deutschland und seine schroffe Haltung gegenüber aller Art der antisowjetischen Hetze. In Leipzig hat Professor Krauß [sic] [...] vor allem die Möglichkeit, die Fruchtbarkeit der neuen gesellschaftswissenschaftlichen Betrachtungsweise auf dem Gebiet seines Faches als Forscher und Lehrer zu erweisen.«¹⁵

Auffällig ist, daß marxistische Philosophen nicht zu den Gründungsmitgliedern dieser »Arbeitsgemeinschaft« gehörten. Ernst Bloch, der Nachfolger von Hans-

Georg Gadamer¹⁶ auf dem Lehrstuhl für Philosophie der Leipziger Universität, war zu dieser Zeit noch in den USA. Er hielt erst am 24. Mai 1949 in Leipzig als Direktor des Instituts für Philosophie seine programmatische Antrittsvorlesung zum Thema: »*Universität, Marxismus und Philosophie*«. ¹⁷

4. Der 30. Januar 1948. Der Gründungstag der »*Arbeitsgemeinschaft marxistischer Wissenschaftler*« war ein geschichtsträchtiges Datum. Es war der 15. Jahrestag der Einsetzung der faschistischen Hitler-Regierung und des Aufrufs der KPD zum Generalstreik und zur Bildung einer antifaschistischen Einheitsfront.¹⁸ Den Eröffnungsvortrag hielt Gerhard Harig zum Thema »*Wissenschaft und Marxismus*«¹⁹ und es folgte ein Vortrag von Werner Krauss zum Thema »*Lenins »Materialismus und Empirio-kritizismus« und das Ende der bürgerlichen Philosophie*«²⁰. Daran schloß ein Vortrag von Albert H. Schreiner über »*Die marxistische Staatstheorie seit dem »Kommunistischen Manifest«*« an.

Wie aus der Information des »Forums«, Heft 5/1948, zu entnehmen ist, waren für die nächsten Veranstaltungen folgende Vorträge vorgesehen:

Gerhard Harig: »*Das Kausalitätsproblem im Lichte des dialektischen Materialismus*«;

Walter Markov: »*Die Ideologie in der deutschen Geschichtswissenschaft von Treitschke bis Spengler*« und

Fritz Behrens: »*Sombart und die Krise in der bürgerlichen Nationalökonomie*«.

In dem Eröffnungsvortrag »*Wissenschaft und Marxismus*« von Gerhard Harig heißt es, daß die »Arbeitsgemeinschaft« »der Vertiefung des marxistischen Wissens und der Anwendung des wissenschaftlichen Sozialismus sowohl auf die Einzelgebiete der Wissenschaften wie auf die brennenden Fragen der deutschen Gegenwart« dienen solle.

14 Werner Krauss: *Das wissenschaftliche Werk*. Bd. 1. S. 18, 422. 15 »Tägliche Rundschau« vom 23. August 1949. S. 1307. 16 Teresa Orozco: *Platonische Gewalt. Gadammers politische Hermeneutik der NS-Zeit*. Berlin, Hamburg 1995. S. 220. 17 Walter Markov: *Zwiesprache*. S. 180-184 sowie Ernst Bloch: *Universität, Marxismus, Philosophie (Antrittsvorlesung in Leipzig, 24. Mai 1949)*. In: Ernst Bloch: *Philosophische Aufsätze zur objektiven Phantasie*. Frankfurt am Main 1985. Werkausgabe. Bd. 10. S. 270-291 und Hans Heinz Holz: *Philosophie in der Zeitwende. Zum geschichtlichen Ort Ernst Blochs*. In: »*Deutsche Volkszeitung*«. vom 25. August 1977. S. 11. 18 *Deutsche Geschichte in Daten*. S. 718f. 19 Gerhard Harig: *Wissenschaft und Marxismus. Auszug aus der Ansprache zur Eröffnung der Arbeitsgemeinschaft marxistischer Wissenschaftler an der Universität Leipzig am 30. Januar 1948*. In: *Einheit*. Berlin 3(1948)4. S. 374-375 sowie: Helmut Steiner: *Notizen zu einer Gesellschaftsbiographie des Fritz Behrens (1909-1980)*. In: *Ich habe einige Dogmen angetastet ... Werk und Wirken von Fritz Behrens. Beiträge des vierten Walter-Markov-Kolloquiums*. Hrsg. von Eva Müller, Manfred Neuhaus und Joachim Tesch. Leipzig 1999. S. 21. 20 Werner Krauss: *Das wissenschaftliche Werk*. Hrsg. im Auftrag der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften von Manfred Naumann. Band 7: *Aufklärung III. Deutschland und Spanien*. Hrsg. von Martin Fontius. Berlin, New York 1996. S. 258ff.

»Es ist unsere Aufgabe«, erklärt Harig, »den deutschen Weg zum Sozialismus durch Anwendung der marxistischen Theorie auf das Deutschland von heute gangbar zu machen. [...] Die doppelte Aufgabe unserer Arbeitsgemeinschaft: Führung des ideologischen Kampfes sowie Erweiterung und Anwendung der Leitsätze des Marxismus-Leninismus auf die deutsche Gegenwart ergänzen sich wechselseitig, sind eine ohne die andere nicht denkbar. [...] Lenin bezeichnete es geradezu als Aufgabe des Marxismus auf ideologischem Gebiet, »es zu verstehen, die eigene Linie durchzuführen und die ganze Linie der uns feindlichen Klassen und Kräfte zu bekämpfen.«²¹

Nicht weniger programmatisch war der Vortrag von Werner Krauss über »Lenins »Materialismus und Empirio-kritizismus« und das Ende der bürgerlichen Philosophie»²². Der aktuelle Anlaß für die Wahl dieses Thema war offenkundig der bevorstehende 40. Jahrestag der Veröffentlichung von Lenins Werk »Materialismus und Empirio-kritizismus« im Mai 1949.

In deutscher Sprache war Lenins Werk erstmals im Jahre 1927 erschienen, und zwar als erster veröffentlichter Band seiner »Sämtlichen Werke« in deutscher Sprache (»Sie haben ja keine Ahnung, wie der Brecht über den Lenin begeistert war. [...] Wir sind ja mit ihm aufgewachsen. [...] Das war das erste Futter, wo wir Marx neu lesen konnten.«²³). Im Jahre 1932 hatte dann an der Leipziger Universität Johannes Heinz Horn – dessen Leben im Januar 1958 als stellvertretender Direktor des Instituts für Philosophie tragisch endete²⁴ – mit der Arbeit »Lenin als Philosoph« promoviert.²⁵ Zwanzig Jahre später, im Jahre 1947, erschien wieder eine deutschsprachige Ausgabe von »Materialismus und Empirio-kritizismus« in der Neubearbeitung der deutschen Übersetzung von Dr. phil. Frida Rubiner, und zwar in Moskau, im Verlag für fremdsprachige Literatur.

Krauss hatte mir Lenins Arbeit im Jahre 1950 dringend zum Studium empfohlen, nachdem ich bei ihm

am Romanischen Institut der Humboldt-Universität Berlin wissenschaftlicher Assistent geworden war. Die Gespräche veranlaßten mich damals, mir die 1947 erschienene Ausgabe zu besorgen.

Diese Ausgabe unterscheidet sich übrigens noch in verschiedener Hinsicht von Band 14 der 1962 vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU und vom Institut für Marxismus-Leninismus bei ZK der SED im Dietz Verlag Berlin besorgten Ausgabe.

Krauss' Lenin-Vortrag war kein Vortrag einer Gedächtnisfeier der gewöhnlichen Art. Schon im Jahre 1946/47 hatte Krauss in dem Aufsatz »Über marxistische Abweichungen in älterer und jüngerer Zeit« auf Lenins Kampfschrift »Materialismus und Empirio-kritizismus« Bezug genommen. Hier weist er darauf hin, daß Lenin in dieser Schrift die »erschöpfende Gegenkritik aus der einzigen damals unversehrt gebliebenen marxistischen Stellung« zur Phase des »kritischen Revisionismus« gibt, in der »man sich [...] vor die Alternative gestellt [sah], entweder mit Kautsky einen unrevolutionären, undialektischen Marx zu konstruieren oder mit Bernstein offen die Revisionsbedürftigkeit des Marxismus zu bekennen«, eine Alternative, die nach Krauss »in keinem Fall über Marx hinausführ[te], sondern [...] unweigerlich mit einem Rückfall in die von ihm überwundene Metaphysik« endete.²⁶

In dem Lenin-Vortrag vom Januar 1948 würdigt Krauss Lenins Werk als »das gültige Vorbild einer marxistischen Stellungnahme zu einer geistigen Lage, die sich schon außerhalb der Lebenserfahrungen von Marx und Engels gebildet hatte«,²⁷ das heißt unter historischen Verhältnissen, die von Marx und Engels nicht vorausgesehen wurden und nicht vorausgesehen werden konnten.

Krauss als scharfsichtiger Beobachter der Ideologie- und Zeitgeschichte und auch als ausgezeichnete Kenner der Schriften Lenins sah sich damit durch Lenin zugleich in dem Marxismus-Verständnis bestätigt, daß

21 Gerhard Harig: *Wissenschaft und Marxismus. Auszug aus der Ansprache zur Eröffnung der Arbeitsgemeinschaft marxistischer Wissenschaftler an der Universität Leipzig am 30. Januar 1948.* In: *Einheit.* Berlin. 3(1948)4. S. 375. 22 Werner Krauss: *Das wissenschaftliche Werk.* Bd. 1. S. 499–515, 677–682. 23 Hans Eisler: *Gespräche mit Hans Bunge. Fragen sie mehr über Brecht.* Leipzig 1975. S. 142f., 360. 24 *Zur Geschichte der marxistisch-leninistischen Philosophie in der DDR. Von 1945 bis Anfang der sechziger Jahre.* Berlin 1979. S. 192f.; Michael Franzke: *Die ideologische Offensive. Ernst Bloch, SED und Universität.* Leipzig 1992. S. 234. 25 Dieter Wittich: *Zur Entstehungs- und Rezeptionsgeschichte von W.I. Lenins Werk »Materialismus und Empirio-kritizismus«.* Sitzungsbericht der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig. Philologisch-historische Klasse Band 127. Heft 2. Berlin 1986. S. 23. 26 Werner Krauss: *Das wissenschaftliche Werk.* Bd. 1. S. 419f. 27 *Ebenda.* S. 501.

die Geschichte des philosophischen Denkens mit »der in sich abgeschlossenen klassischen Philosophie« ihr Ende gefunden habe, Marx kein Testamentsvollstrecker oder Erneuerer und Vollender des philosophischen Denkens sei, sondern der Begründer einer neuen wissenschaftlichen Denk- und Analyse-methode. Vom »Ende der Philosophie« zeugte nach Krauss insbesondere die »akademische Gegenwartsphilosophie«, die aus eben diesem Grunde »bei Lichte besehen nur eine eklektische Umbildung der klassischen überlieferten Systeme zustande bringen« konnte.²⁸

»Trog der Marxismus nicht«, heißt es bei Krauss, »so war es nicht mehr möglich, über Hegel hinaus neue philosophische Systeme zu erstellen. Alle nachhegelschen philosophischen Ansätze mußten als eklektische Verbindungen von veralteten Formeln entlarvt werden können oder sich als Beschreibungen subjektiver Zustände im Sinne der fortschreitenden Selbstentfremdung der bürgerlichen Bewußtseinsträger verraten. Lenins »Empiriekritizismus« besitzt vielleicht seine größte Bedeutung in dieser kritischen Entlarvung aller zeitgenössischen Versuche einer Theoriebildung.« [...] »Die Behauptung vom veralteten Marxismus ließe sich schon durch die Feststellung widerlegen, daß alle nachmarxistischen Versuche einer philosophischen Systembildung nicht nur hinter Marx, sondern hinter Hegel zurückfallen.« [...]

»Wir wollen nicht die tragische Rolle dieser nachgeborenen Philosophie verkennen, die sich durch die Anerkennung der marxistischen Stellung aufhebt und sich durch die Verkennung dieser fortschrittlichen Bewußtseinshaltung unweigerlich zum Scheitern verurteilt. Die Philosophie ist damit gleichsam heimatlos geworden, es sei denn, sie läßt sich an der Spiegelung ihres zerrissenen Bewußtseins genügen oder sie überläßt sich dem selbstvergessenen Eklektizismus im Kult der alles überlebenden Tradition.«²⁹ [...]

»Der Marxismus ist wissenschaftlicher Sozialismus. Damit beansprucht der Sozialismus als eine Wissenschaft gewürdigt zu werden, aber zugleich nimmt er die Wissenschaft für seine Ziele in Anspruch. Erst der Marxismus hat in einer so grundsätzlich radikalen Weise die Theorie in den Dienst der Praxis genommen. Erst

durch den Marxismus ist die Praxis zum bedingungslosen Kriterium der Theorie geworden, aber eben darum war diese Theorie in einer bis dahin unvorstellbaren Weise ermächtigt, die Gestaltung der materiellen Praxis zu übernehmen. Der politische Realismus der marxistischen Bewegung ist das gerade Gegenteil der berüchtigten deutschen »Realpolitik«, die schon Marx als das verächtliche Zeugnis einer neudeutschen Gesinnungsakrobatik entlarvt.«³⁰

So gesehen war aus der Sicht von Krauss auch Lenin kein »marxistischer Philosoph«, der das philosophische Denken von Marx und Engels einem teleologischen Endziel ewiger Wahrheiten entgegenführte. Was Lenin als Schüler von Marx auszeichnete, war für Krauss vielmehr, daß er die neue wissenschaftliche Analyse-methode von Marx und Engels auf die Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse des beginnenden 20. Jahrhunderts anzuwenden verstand und so zu zeitgemäßen Erkenntnissen gelangte, die politische Orientierungen und Entscheidungen ermöglichten. Daher kann nach Krauss auch »*Materialismus und Empiriekritizismus*« noch »unsere Stellungnahme zu einer neuerdings veränderten Lage anleiten.«³¹

Noch im September 1964 findet Krauss auf dem Hegel-Kongreß in Salzburg eine erneute Bestätigung für diese Urteile: »Die Hegelei erwies sich neuerdings als eine Form der Rückkehr ins Unverbindlich-Allverbindliche, als philosophische Selbstbefriedigung.«³²

Mit diesem wissenschaftlich-revolutionären Marxismusverständnis – mit der materialistischen Dialektik als Kernstück³³ – sah sich Krauss in prinzipieller Übereinstimmung mit dem Marxismusverständnis von Lenin in »*Was sind die Volksfreunde und wie kämpfen sie gegen die Sozialdemokraten (Antworten auf die gegen die Marxisten gerichteten Artikel des »Russkoje Bogatstwo«)*« und auch in »*Materialismus und Empiriekritizismus*«, und er befand sich damit zugleich in einem eindeutigen Gegensatz nicht nur zum Hegel-Marxismus, sondern auch zum geschlossenen Systemdenken der marxistisch-leninistischen Philosophie und ihrer geschichtsphilosophisch-selektiven Erbeteologie und Endzeitideologie, die Helmut Seidel nicht unbegründet die »Aschenputtel-Methode« nennt.

28 Ebenda. S. 504–507, vgl. S. 462–466. 29 Ebenda. S. 506–508. 30 Ebenda. S. 514. 31 Ebenda. S. 501. 32 Werner Krauss: *Vor gefallenem Vorhang*. Hrsg. von Manfred Naumann. Frankfurt am Main 1995. S. 175. 33 Werner Krauss: *Das wissenschaftliche Werk*. Bd. 1. S. 500.

Nicht zufällig versteht daher Krauss auch »Lenins Betrachtungsweise« gerade darum als im tiefsten philosophisch, »weil sie das Bewußtsein auf die Spitze des Zeitverständnisses emporhebt« und so »alles vergangene Philosophieren aufhebt«. Und dies erklärt nach Krauss auch, warum »Lenins Betrachtungsweise« »alle an dieser Vergangenheit haftenden Philosophen gegen sich aufbringt«. ³⁴

Es ist offenkundig, daß die besondere Bedeutung des Lenin-Vortrages von Krauss bisher weder für sein wissenschaftliches Marxismusverständnis hinlänglich begriffen wurde, noch für den folgenden Verlauf der Entwicklung seiner wissenschaftlichen und politischen Biographie, sein alternatives Projekt »neue *Wissenschaftlichkeit*«. ³⁵ Krauss' Projekt war offenkundig in der Tradition von Walter Benjamin, der 1931 in dem Aufsatz »Literaturgeschichte und Literaturwissenschaft« die Literaturgeschichte nicht nur als eine Disziplin, sondern als »ein Moment der allgemeinen Geschichte« begriffen hatte ³⁶ und in methodologischer und politischer Übereinstimmung mit Bertolt Brecht ³⁷ gezielt darauf gerichtet, als Alternative zum »abgewirtschafteten« Positivismus und zur »geistesgeschichtlichen Ideologie« ³⁸ durch eine »gesellschaftswissenschaftliche Orientierung« ³⁹ die »Forschung auf den Weg einer neuen Betrachtung zu bringen« ⁴⁰ und die marxistische Methode in der gesellschaftswissenschaftlichen »Einzelwissenschaft« ⁴¹ von der Literatur durchzusetzen, um so der Geschichtlichkeit literarischer Phänomene, ihrer »geschichtlichen Zeugniskraft« ⁴² gerecht zu werden. ⁴⁵

So sind für Krauss als »materialistischen Dialektiker«, der den Marxismus als die »Methode einer allseitigen Verknüpfung der Gegensätze (begreift), in denen sich die Wirklichkeit entfaltet« ⁴⁴, nicht nur die Geschichte der Literatur und der Philosophie, sondern auch die der Wissenschaften nur im Rahmen der »gesamten gesellschaftlichen Dialektik« zu verstehen und nicht in Unabhängigkeit von ihr. ⁴⁵

Logischerweise existieren daher für Krauss auch die Wissenschaft, verstanden als Antonomie von »neutraler« »unpolitischer« Wissenschaft ⁴⁶ und von Politik, verstanden als »staatliche Mythenfabrikation« nicht als isolierte Bereiche in einem bipolaren Verhältnis zueinander. Sie sind vielmehr als Wissenschaft und als Politik in dieser Zweiteilung ein wechselseitig aufeinander bezogenes widersprüchliches gesellschaftliche Verhältnis, das als solches historisch überwindbar ist. Denn eine »neutralisierte Wissenschaft«, die im Faschismus »ihre Ruhe bewahren durfte« ⁴⁷ ist für Krauss eine Wissenschaft, die jeder Wirkung entsagt hat und die »ihren Seinsgrund in formalistischer Selbstbeschränkung aufgab« ⁴⁸. Sie »war vonnöten, um den Spielraum der staatlichen Mythenfabrikation zu sichern«. ⁴⁹ Damit ist zugleich gesagt, daß die Überwindung einer »neutralen Wissenschaft« der entscheidende Schritt zur Überwindung der »staatlichen Mythenfabrikation« ist.

Und es folgt daraus weiter, daß die Unterordnung der Wissenschaft unter die Politik weder mit einer Politisierung der Wissenschaft noch mit einer Verwissenschaftlichung der Politik vereinbar sind, sondern lediglich mit einer dem Anschein nach verwissenschaftlichten Politik, die die Wissenschaft zu ihrer Selbstlegitimation instrumentalisiert.

Die historische Alternative zu diesem entfremdeten Verhältnis von Wissenschaft und Politik war für Krauss das Projekt »neue *Wissenschaftlichkeit*«, das politisches Handeln wissenschaftlich historisch begründet und orientiert und damit auch eine verwissenschaftlichen Politik ermöglicht. Nach Krauss ging es bei diesem Projekt daher darum, »die Wissenschaft neu zu bestimmen« und damit auch »das Verhältnis der Wissenschaftler zum politischen Wesen«. ⁵⁰

Dementsprechend ist auch die Perspektive »einer *parteilichen Wissenschaft*« (November 1950) ⁵¹ für Krauss eindeutig eine Perspektive, die – anders als bei Ernst Bloch in »*Parteilichkeit in Wissenschaft und Welt*« ⁵² – auf wis-

³⁴ Werner Krauss: *Das wissenschaftliche Werk*. Bd. 1. S. 508f. ³⁵ *Ebenda*. S. 64, 57, 79f., 128, 588. ³⁶ Walter Benjamin: *Gesammelte Schriften*. Bd. 3. Frankfurt am Main 1972. S. 283–290. ³⁷ Hans Eisler: *Gespräche mit Hans Bunge*. Fragen sie mehr über Brecht. Leipzig 1975. S. 124. ³⁸ Werner Krauss: *Das wissenschaftliche Werk*. Bd. 1. S. 9. ³⁹ *Ebenda*. S. 57. ⁴⁰ *Ebenda*. S. 80. ⁴¹ *Ebenda*. S. 64. ⁴² *Ebenda*. S. 57. ⁴³ *Ebenda*. S. 295ff. ⁴⁴ *Ebenda*. S. 415. ⁴⁵ *Ebenda*. S. 296. ⁴⁶ Werner Krauss: *Marburg unter dem Naziregime*. In: *Sinn und Form*. Berlin 35(1983)5, S. 941–945 sowie Hans Eisler: *Gespräche mit Hans Bunge*. Fragen sie mehr über Brecht. Leipzig 1975. S. 386. ⁴⁷ Werner Krauss: *Das wissenschaftliche Werk*. Bd. 1. S. 509. ⁴⁸ *Ebenda*. ⁴⁹ *Ebenda*. ⁵⁰ *Ebenda*. S. 373. ⁵¹ *Ebenda*. S. 5/6. ⁵² Ernst Bloch: *Parteilichkeit in Wissenschaft und Welt*. In: Ernst Bloch: *Philosophische Aufsätze zur objektiven Phantasie*. Werkausgabe. Bd. 10. Frankfurt am Main 1985. S. 330–344.

senschaftliche Forschung, auf einen »Zuwachs an objektiver Erkenntnis« gerichtet ist und nicht auf subjektive politische Bekenntnisse und politische Selbstbestätigung:

»Nicht die Parteilichkeit ist es, die den Vorrang des historischen Materialismus begründet, sondern ein sachlicher Vorrang, durch den er den Wahrheitssuchenden zum Parteiergreifen verpflichtet. Parteilich ist das Begreifen der Geschichte, insofern es darauf ankommt, die Partei der Geschichte selbst zu ergreifen. Die Partei der Geschichte – das ist im geschichtlichen Kampf die fortgeschrittenste Klasse, die mit dem Sieg *ihrer* Sache den Sturz der Klassenherrschaft bereitet.«⁵³ Andernfalls wäre es auch unverständlich, warum Krauss, da es ihm um die »Verwissenschaftlichung der politischen Meinungsbildung« geht⁵⁴, bereits im Januar 1948 in seinem Lenin-Vortrag vor der »völligen Abdankung der marxistischen Theorie zugunsten der politischen Praxis« warnt⁵⁵ und warum er diesen Vortrag programmatisch mit einer Bemerkung von Marx über den Unterschied von »wissenschaftlichen Versuchen zur Revolutionierung einer Wissenschaft« und einer »populären Darstellung« abschließt:

»Wirklich populär können wissenschaftliche Versuche zur Revolutionierung einer Wissenschaft niemals sein. Ist aber einmal die wissenschaftliche Grundlage gelegt, so ist das Popularisieren leicht. Werden die Zeiten etwas stürmischer, so kann man auch die Farben und Tinten wieder wählen, die eine populäre Darstellung *dieser* Gegenstände gebieten würde.«⁵⁶

Es scheint mir daher nicht unbegründet, insbesondere in dem Lenin-Aufsatz von Krauss ein exemplarisches Dokument dafür zu sehen, daß sich das wissenschaftliche Marxismusverständnis und das philosophisch-geschichtsphilosophische, obwohl sich beide auf Marx, Engels und Lenin beziehen, prinzipiell voneinander unterscheiden und daher im konkreten Fall auch zu gegensätzlichen politischen Positionen und Konflikten führen können.

Im Jahre 1995 hat Manfred Naumann in abgestimmter Aktion mit Hans Robert Jauß⁵⁷ und Martin Fontius⁵⁸

in einer biographischen Studie zum Thema »*Ein aufgeklärter Gelehrter in Deutschland*« über seinen Lehrer berichtet: Werner Krauss habe nach 1945 »politiknahe Abhandlungen« publiziert, Texte, die den »Marxismusproblemen« gewidmet seien, die sich »wie ein Bekenntnis zur Orthodoxie des Marxismus-Leninismus lesen«⁵⁹ und die, wie »die Studie über Lenin [...] heute ein wenig veraltet wirken« dürften.⁶⁰ Bereits im Jahre 1951 habe Krauss dann jedoch als Aufklärungsforscher – nach »den gescheiterten Renovierungsversuchen« des aktuellen Zeitbewußtseins »mit der Methode politknaher Diskurse« – wissenschaftliche Wege beschritten, die als »Rückzug in historische Katakomben gedeutet werden« könnten.⁶¹ Es ist nicht zu übersehen, daß diese antithetisch zweitgeteilte Präsentation der Krauss-Biographie noch der Tradition der geschichtsphilosophischen marxistisch-leninistischen Erbeteologie verpflichtet ist, lediglich mit zeitgemäß gewendeten Vorzeichen. Damit ändert sich die Perspektive und Marschrichtung. Nicht mehr der Vormarsch, sondern der Rückzug ist Programm.

Das ist mehr als bedenklich. Mit dieser Rückzugsthese wird das Krauss-Projekt »neue *Wissenschaftlichkeit*«, der zukunftsgerichtete Beitrag von Krauss zu einer wissenschaftsgeschichtlichen (und nicht philosophischen) marxistischen Alternative zum *Positivismus* – mit dem »das Bürgertum tränenlos von den Träumen seiner heroischen Vorzeit Abschied genommen« hat⁶² – und zur »*geistesgeschichtlichen Ideologie*« – die sich nach wie vor als Versuch entpuppt, »die Legitimierung für das Kulturmonopol der herrschenden Klasse zu finden«⁶³ – in eine »vergangenheitsbewältigende« Legende verkehrt.

Zu erinnern ist daher daran, daß sich Krauss durchaus bewußt war: »Wo immer ein positives Verhältnis zur Aufklärung gesucht wird, ist eine progressive Wissenschaftsströmung am Werk. Die Reaktion dagegen ist überall da zu finden, wo eine Verunklärung der Aufklärung durch Unterschiebung skeptischer und pessimistischer Motive versucht wird. Es wird nach all dem nicht wundernehmen, daß sich auch auf diesem Wissensgebiet in Deutschland Fortschritt und Reaktion

53 Werner Krauss: *Das wissenschaftliche Werk*. Bd. 1. S. 5. 54 *Ebenda*. S. 373. 55 *Ebenda*. S. 513. 56 *Ebenda*. S. 515. 57 Hans Robert Jauß: *Werner Krauss – wiedergelesen*. In: *lendemains* 18(1993)69/70. S. 192f. 58 Martin Fontius: *Werner Krauss und die Deutsche Akademie der Wissenschaften. Aus der Vorgeschichte institutionalisierter Aufklärungsforschung*. In: *lendemains*. Tübingen 18(1993)69/70. S. 225ff. 59 Manfred Naumann: *Ein aufgeklärter Gelehrter in Deutschland: Werner Krauss*. In: *Ebenda*. S. 214f. 60 *Ebenda*. S. 215. 61 *Ebenda*. S. 219. 62 Werner Krauss: *Das wissenschaftliche Werk*. Bd. 1. S. 21. 63 *Ebenda*. S. 9, 29.

jeweils im Schutz ihrer verschiedenen Staatlichkeit begegnen. Die Erforschung der Aufklärung kann nicht als eine Rückkehr oder Flucht in die Geschichte abgetan werden. Wir müssen vielmehr in dieser Bewegung die unabdingbare Vorgeschichte unserer eigenen Epoche, die Voraussetzung unserer eigenen gesellschaftlichen Probleme, den Ansatz und die Vorstufe unserer eigenen Bewußtseinsbildung erkennen.«⁶⁴

Und weiter: »Niemals wird sich die bürgerliche Gesellschaft aus freien Stücken ihr Wissenschaftsmonopol entwinden lassen: Sie verteidigt damit nicht mehr ihre bessere Form des Wissens, ihre klassischen Bildungsideale, sondern die Notwehr hat sie gezwungen, eine Riegelstellung gegen den gefährlichen Auftrieb des wissenschaftlichen Sozialismus zu bilden.«⁶⁵

Es gibt für mich keinen ernsthaften Grund zu der Annahme, Krauss habe diese historischen Erfahrungen und Erkenntnisse in den 50er Jahren oder später verworfen.

Wie lange die »Arbeitsgemeinschaft marxistischer Wissenschaftler« bestanden hat, ist mir nicht bekannt, und auch nicht, welchen Aktionsradius sie hatte. Es ist jedoch nicht anzunehmen, daß sie länger als bis zum Jahre 1950 existierte. Albert H. Schreiner, der von 1947 bis 1950 Professor für Außenpolitische Geschichte an der Gewifa der Universität Leipzig war,⁶⁶ arbeitete später in Berlin am Marx-Engels-Lenin-Institut, am Museum für Deutsche Geschichte und an der Deutschen Akademie der Wissenschaften.⁶⁷ Und Gerhard Harig wurde im Frühjahr 1951 zum Staatssekretär für das Hoch- und Fachschulwesen der Deutschen Demokratischen Republik berufen.⁶⁸

Im Zusammenhang mit der Gründung der »Arbeitsgemeinschaft marxistischer Wissenschaftler« ist offenkundig auch die Konstituierung der Herausbergemeinschaft der »Leipziger Schriften zur Gesellschaftswissenschaft« zu sehen, die ab 1949 im Bibliographischen Institut Leipzig, Vereinigung Volkseigener Betriebe Land Sachsen, erschienen.

Ihr gehörten an: Dr. Fritz Behrens, o. Professor an der Universität Leipzig; Dr. Werner Krauss, o. Professor; Albert Schreiner, o. Professor; Dr. Gerhard Harig, Professor und Dr. Walter Markov, Professor.

In der Ankündigung der »Leipziger Schriften« heißt es: »Der Umformungsprozeß, in dem sich unser gesellschaftliches Leben befindet, stellt nicht nur hohe Anforderungen an den heutigen Menschen im praktisch-politischen Sinne, sondern verlangt auch eine gründliche wissenschaftliche Klärung aller einschlägigen Fragen. Hierbei haben die gesellschaftswissenschaftlichen Fakultäten unserer Hochschulen in Forschung und Lehre wichtige Aufgaben.

Die »Leipziger Schriften zur Gesellschaftswissenschaft« werden Untersuchungen monographischer Art ebenso wie grundsätzliche Darlegungen aus dem Arbeitsbereich der gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät bringen. Die Hefte werden in zwangloser Folge erscheinen. Gleichzeitig (mit der Studie von Fritz Behrens) gelangt zur Ausgabe: Heinz Such: *Wirtschaftspolitik und Sachmängelhaftung*. In Vorbereitung befindet sich: Hans Mühlestein: *Bürgerlicher und sozialistischer Humanismus*; Albert Schreiner: *Staat und Außenpolitik*.«

Als Heft 1 der »Leipziger Schriften zur Gesellschaftswissenschaft« erschien 1949 die Studie von Fritz Behrens: »Hermann Heinrich Gossen oder die Geburt der »wissenschaftlichen Apologetik« des Kapitalismus«.

5. *Objektivismus, positivistischer Revisionismus, Intellektualismus, Linksradikalismus, Parteifeindlichkeit, Troztkismus, Titoismus. Maoismus, moderner Revisionismus, Antikommunismus oder was?*

Die Geschichte der »Arbeitsgemeinschaft marxistischer Wissenschaftler« an der Leipziger Universität ist nicht nur unter dem Gesichtspunkt der wissenschaftlich und ideologisch widersprüchlichen »Vergangenheitsbewältigung« nach 1945 in der sowjetischen Besatzungszone und DDR ein Lehrstück. Sie ist es auch unter dem Gesichtspunkt der inneren politischen Widersprüche des revolutionären Gesellschaftsformationswechsels in der DDR. Ihre Gründungsmitglieder mit ihrem wissenschaftlichen Marxismus-Leninismus-Verständnis befanden sich offenkundig nicht nur im Widerspruch zur marxistisch-leninistischen Philosophie und ihrer geschichtsphilosophischen Erbe- und Legitimationsideologie,⁶⁹ sondern auch in einer kritisch-solidarischen Kon-

⁶⁴ Werner Krauss: *Das wissenschaftliche Werk*. Bd. 7. S. 256. ⁶⁵ Werner Krauss: *Das wissenschaftliche Werk*. Bd. 1. S. 512f. ⁶⁶ Viktor Klemperer: *Tagebücher*. Bd. 1. S. 623. ⁶⁷ Siehe ebenda. Bd. 1. S. 844 Anm. 623. ⁶⁸ Ebenda. Bd. 2. S. 147, 784 Anm. 147. ⁶⁹ Hermann Axen: *Zur Entwicklung der sozialistischen Nation in der DDR*. Vortrag unter dem Titel: *Der VIII. Parteitag der SED über die Entwicklung der sozialistischen Nation in der DDR am 7. Juni 1973 auf der theoretischen Konferenz der Bezirksleitung Berlin der SED gehalten*. Berlin 1973. S. 19–21; Fritz Selbmann: *Um die Nation*. Rede vor dem Präsidialrat des Kulturbundes der DDR am

frontation mit der »machiavellistisch« (W. Krauss) staatssozialistischen Politik,⁷⁰ die sich durch die marxistisch-leninistische Philosophie legitimiert sah.

Bereits am Ende der 40er/Anfang der 50er Jahre waren drei der prominenten Gründungsmitglieder der »Arbeitsgemeinschaft marxistischer Wissenschaftler«, die »Roten Professoren« der ersten Stunde *Fritz Behrens*, *Werner Krauss* und *Walter Markov*, ungewöhnlichen ideologisch-politischen Angriffen von Seiten der Partei- und Staatsführung ausgesetzt.

Dabei ist zu bedenken: Fritz Behrens war nicht nur 1946/47 Gründungsdekan der »Gewifa«.⁷¹ Das heißt, der Fakultät, die nach Gerhard Harig »das Zentrum der marxistisch-leninistischen Wissenschaft an der Universität Leipzig bis 1950 (bildete), und die die wichtigste politische Stütze der Partei der Arbeiterklasse an der Universität« war. Zugleich war Behrens Vorsitzender der im September 1946 konstituierten SED-Betriebsgruppe an der Universität Leipzig.⁷²

Und Werner Krauss, der im Sommer 1947 von Marburg nach Leipzig gegangen war⁷³ und hier die Funktion des Direktors des Romanischen Instituts der Leipziger Universität wahrnahm, war am 11./12. Februar 1948 (zusammen mit Alexander Abusch, Johannes R. Becher und Heinrich Deiters) mit beratender Stimme in den Parteivorstand der SED kooptiert worden und gehörte ihm bis zur Bildung des ZK der SED im Juli 1950 an.⁷⁴

Erste Hinweise auf Entwicklungswidersprüche und politische Konflikte, die Krauss betreffen, finden sich in dem Briefwechsel mit Peter Huchel⁷⁵ und in den »Tagebüchern« von Viktor Klemperer. Schon im Februar 1948 heißt es hier: »Krauss sagte: überall sitze ein Emigran-

tenklügel, man müsse heute, um in Deutschland zu florieren, Emigrant oder Nazi sein, am besten beides«.⁷⁶

Und am 5. Mai 1949 berichtet Klemperer über folgendes Gespräch mit Krauss in »Auerbachs Keller«: »Er ist leidend u. schwer verbittert. Überall regiere Reaction, Paul Wandel e tutti quanti respektieren die alten Wissenschaftler, Frings etc. ist allmächtig, Wartburg commandiert, Neuberts Nichtigkeit hält sich – mit Jan verhandelt die Berliner *Freie Universität*. – Viel Wissen, erstaunlich viel Wissen u. viel bitterer Hochmut in Krauss. Zugleich auch kaum verhehlter Ehrgeiz. Ich wüßte gern, was er in Wahrheit von mir hält. In der Hermlin-Affaire findet er es schöne, daß SED: SED angreife, will über das Thema Objektivität schreiben.⁷⁷ Neubert übrigens habe in einer Philol. Ztschr. des Westens sehr häßlich über unsere Ostuniv. geurteilt.«⁷⁸

6. *Fritz Behrens und Werner Krauss »die Spitze einer trotzkistischen Gruppe oder Bewegung« (1949/50).*

Im Juni 1949 war an der Leipziger Universität, im Rahmen des Rajk-Prozesses in Ungarn,⁷⁹ der Gewifa-Dozent Bernhardt Steinberger (geb. 1917), Widerstandskämpfer gegen das Naziregime und Emigrant, durch das sowjetische Innenministerium verhaftet worden.⁸⁰ Im November wurde er als »Spion und Konterrevolutionär« durch ein sowjetisches Fernurteil zu fünfzehn Jahren Arbeitslager verurteilt. Dieses Urteil wurde im September 1955 annulliert. Steinberger kehrte in die DDR zurück und wurde 1956 von der SED rehabilitiert. Erneut wurde Steinberger dann Ende November 1956 im Zusammenhang mit den Ermittlungen gegen Wolfgang Harich verhaftet und als »Revisionist« und Mitorganisator einer »staatsfeindlichen Gruppe« angeklagt und verurteilt.⁸¹

26.1.1973. In: *Neue Deutsche Literatur. Berlin 21(1973)6*. S. 3–8; Hans Koch: *Grundfragen der Aneignung des kulturellen Erbes bei der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR*. In: *Das kulturelle Erbe in unserer sozialistischen Gesellschaft. Wissenschaftliches Kolloquium 21.–23. Oktober 1975 in Weimar*. Berlin 1976. S. 8–30; Walter Dietze: *Aufgaben und Probleme der Aneignung des bürgerlich-humanistischen Kunst- und Kulturerbes (unter besonderer Berücksichtigung der deutschen Aufklärung, Klassik und Romantik)*. In: *Das kulturelle Erbe in unserer sozialistischen Gesellschaft. Wissenschaftliches Kolloquium 21.–23. Oktober 1975 in Weimar*. Berlin 1976. S. 72–99; Claus Träger: *Erbeproblematik in der ersten Revolutions-etappe 1945 bis 1949*. In: *Ders.: Studien zur Erbetheorie und Erbeanneignung*. Leipzig 1981. *Die SED und das kulturelle Erbe. Orientierungen, Erungenschaften, Probleme*. Berlin 1988. 70 Werner Krauss: *Das wissenschaftliche Werk*. Bd. 1. S. 373, 509. 71 Helmut Steiner: *Notizen zu einer Gesellschaftsbiographie*. S. 20. 72 Ebenda. S. 21. 73 Walter Markov: *Zwiesprache*. S. 185f. 74 Viktor Klemperer: *Tagebücher*. Bd. 2. S. 776 Anm. 104. 75 Peter Huchel: *Wie soll man da Gedichte schreiben. Briefe 1925–1977*. Hrsg. von Hub Nijssen. Frankfurt am Main 2000. 76 Viktor Klemperer: *Tagebücher*. Bd. 1. S. 505. 77 Siehe: »Die kurze Vorbemerkung über eine parteiliche Wissenschaft« von Krauss, datiert von November 1950. In: Werner Krauss: *Das wissenschaftliche Werk*. Bd. 1. S. 539. 78 Viktor Klemperer: *Tagebücher*. Bd. 1. S. 645. 79 Ebenda. S. 687. 80 Wilfriede Otto: *Zu den Hintergründen der berühmten Säuberungsaktionen*. S. 13. 81 Herbert Crüger: *Verschwiegene Zeiten. Vom geheimen Apparat der KPD ins Gefängnis der Staatssicherheit*. Berlin 1990. S. 139, 150f.

Kurze Zeit nach der Verurteilung Steinbergers im November 1949 wurde den Genossen Fritz Behrens und Werner Krauss vom damaligen Kreis-Vorsitzenden der SED in Leipzig, Horst Sindermann, »auf einer Besprechung zur Vorbereitung der Delegiertenkonferenz der Leipziger Universitätsgruppe« vorgeworfen, sie würden »die Spitze einer trotzkistischen Gruppe oder Bewegung bilden«. ⁸²

Wie wir heute wissen, hatte zu dieser Zeit das Kleine Sekretariat der SED auf Moskauer Weisung die politische Überprüfung der Westemigranten angeordnet. ⁸⁵

Fritz Behrens und Werner Krauss waren sich natürlich bewußt, was eine derartige Anschuldigung bedeutet.

Krauss reagierte sofort darauf mit folgendem Schreiben an den Vorsitzenden der Zentralen Kontrollkommission der SED:

»An den Gen. Leipzig, 9. Februar 1950
Hermann Matern
Vorsitzenden der Zentralen Kontrollkommission

Werter Genosse Matern!

Als Mitglied des Parteivorstandes fühle ich mich verpflichtet, den Parteivorsitzenden zur Kenntnisnahme und der Zentralen Kontrollkommission zur Einleitung eines Verfahrens den folgenden Tatbestand zu unterbreiten:

Bei einer in diesem Winter hier durchgeführten Besprechung zur Vorbereitung der Delegiertenkonferenz der Leipziger Universitätsgruppe hat der Gen. Horst S i n d e r m a n n vor zahlreichen Zeugen die Äußerung getan, der Genosse Fritz B e h r e n s würde mit mir die Spitze einer trotzkistischen Gruppe oder Bewegung bilden. [...]

Wenn ich zu der vorgebrachten Anschuldigung Stellung ergreife, so setze ich dabei voraus, dass dem Gen. Sindermann die Schwere des gegen mich gerichteten Vorwurfs in vollem Ausmass bewußt war. Der Gen. Sindermann besitzt hinlängliche Parteierfahrung und sozialistisches Bewusstsein, um eine klar und eindeutige Kenntnis über den Tatbestand erworben zu haben, den wir als Trotzkismus bezeichnen: den Versuch von Agenten, bezahlten Spionen oder Verrätern, durch spontanen oder organisatorischen Zusammenhalt, durch

Sabotageakte und Nachrichtenübermittlung an den Klassenfeind den sozialistischen und demokratischen Aufbau zu gefährden und dazu vor allem das Vertrauen in die Sowjetunion als dem Hort des Fortschritts und Friedens und als dem Vorbild einer zum Sozialismus gereiften Gesellschaft mit doppelzünftigem Argumenten zu erschüttern.

Diese gegen mich erhobene Beschuldigung steht in einem so ungeheuerlichen Widerspruch zu meinem Parteigewissen, zu den gegebenen Beweisen meiner Parteiverbundenheit und den mir dafür gewährten Beweisen des Vertrauens, das mich ein solcher Vorwurf überhaupt nicht berühren könnte, wenn er nicht von einem führenden Funktionär unserer Partei ausginge und damit ein schwerwiegendes Interesse unserer Partei ins Spiel gesetzt worden wäre.

Ich muß aus diesem Grund den Schutz der Partei in Anspruch nehmen *und um die sofortige Einleitung eines Verfahrens in dieser unaufschiebbaren Angelegenheit bitten.* [...]

Dem Gen. Sindermann standen alle Möglichkeiten einer erschöpfenden Unterrichtung offen, um meine lückenlose und vielfach beglaubigte Haltung seit meinem Eintritt in die Widerstandsbewegung bis auf den heutigen Tag in jeder Phase und in jeder Einzelheit zur Kenntnis zu nehmen. Ich muß den Vorwurf eines leichtfertigen Verhaltens mit allem Nachdruck so lange gegen ihn aufrecht erhalten, bis mir eine volle Aufklärung über die Gründe und Hintergründe dieser ungeheuerlichen Verdächtigung zuteil wird.

Mit sozialistischem Gruß und in Verbundenheit. ⁸⁴

Für mich wäre es daher durchaus denkbar, daß mit dieser Trotzkismus-Denunziation auch ein weiterer Vorfall im Zusammenhang stehen könnte, eine Bahnkontrolle von Krauss und mir durch einen »Kriminalbeamten in Zivilkleidung« auf einer Fahrt von Leipzig nach Berlin am 24. November 1950. Ich erinnere mich noch sehr gut daran. Mit einem Protestbrief an Erich Mielke, der seit Februar 1950 Staatssekretär im Innenministerium war und in dieser Funktion wohl auch zuständig für die Kriminalpolizei, reagierte Krauss auch in diesem Fall unmittelbar und sehr entschieden. Auch dieser Brief ist überliefert.

⁸² Brief von W. Krauss an H. Matern vom 9. Februar 1950. In persönlichem Besitz (3 SEiten). – W.S.; Helmut Steiner: Notizen zu einer Gesellschaftsbiographie. S. 22. ⁸³ Wilfriede Otto: Zu den Hintergründen der berühmigten Säuberungsaktionen. S. 13.

⁸⁴ Brief von W. Krauss an H. Matern vom 9. Februar 1950.

»An den Gen. Milke [sic!]
Berlin

24. Nov. 50

Werter Genosse Milke!

Ich fühle mich verpflichtet, Dir über einen Vorfall zu berichten, der nach meiner Meinung im Interesse unserer Partei der Nachprüfung und Deiner besonderen Kenntnisnahme bedarf.

Ich muss meinem Bericht vorausschicken, dass ich neben meiner Tätigkeit als Professor der Romanischen Philologie in Leipzig mit der Leitung des Romanischen Instituts der Humboldt-Universität beauftragt und aus diesem Grunde gezwungen bin, jeweils die letzten Tage der Woche in Berlin zu verbringen. Bei meiner letzten Reise nach Berlin befand sich in meiner Begleitung der Assistent meines Berliner Instituts, Gen. Winfried Schröder, der am Vortag zu einer Besprechung des unter meiner Obhut stehenden romanistischen Nachwuchses der DDR nach Leipzig gekommen war. Wir benutzen am Freitag den 24. Nov. den um 8.32 abfahrenden D-Dienstzug mit Platzkarten II. Klasse. Während der Fahrt stellte sich ein Kriminalbeamter in Zivilkleidung zur Kontrolle unserer Papiere und Mappen ein. Schröder und ich trugen das Parteiabzeichen. Von den drei Mitreisenden konnte man nicht annehmen, dass sie Anhänger unserer Sache waren. Jedenfalls verfolgten sie mit schadenfroher Neugier das eingehende Verhör, dem der Gen. Schröder durch den Beamten in einem äusserst aggressiven Tonfall unterworfen wurde. [...]

Wie der Gen. Schröder so nahm auch ich bei der Befragung eine korrekte und ruhige Haltung ein, in dem Bestreben, den für die Partei so abträglichen Auftritt so schnell wie möglich zu beenden. Meine Haltung hatte aber die umgekehrte Wirkung. Der Beamte bezichtigte mich des Professorenhochmuts und hielt sich dafür schadlos, indem er meine Papiere und Manuskripte mit chikanöser Umständlichkeit durchwühlte. [...]

Ich möchte zum Schluss nicht ganz verschweigen, dass dieser Vorfall auch eine persönliche Seite besitzt. Trotz der von meiner Haftzeit noch herrührenden Erschütterung meiner Gesundheit habe ich zu meinen schon bestehenden Verpflichtungen den aufreibenden Auftrag übernommen, die verfahrenen Verhältnisse an

der Berliner Universität auf meinem Gebiet zu bessern. Es ist wohl kein unbilliges Verlangen, wenn ich als bewährter Antifaschist, als Nationalpreisträger und als Genosse einen wirksamen Schutz vor beschimpfenden Prozeduren parteifremder oder unzulänglich belehrter Beamter in Anspruch nehme, um den mir erteilten Auftrag auch in Zukunft durchzuführen.

Mit sozialistischem Gruss!«⁸⁵

Ob und wie Hermann Matern und Erich Mielke auf diese Briefe von Krauss reagiert haben, ist mir nicht bekannt. Am 22. Februar 1950 teilte jedoch Wilhelm Pieck, in seiner Funktion als Parteivorsitzender, Krauss mit, er wolle »dem Entscheid der Kontrollkommission nicht vorgreifen«. Offenbar ist diese Mitteilung jedoch so zu verstehen, daß die Parteiführung nicht an einer Zuspitzung dieser Angelegenheit interessiert war. Am 7. Juni 1950 schickten Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl an Krauss ein Glückwunschsreiben zum 50. Geburtstag.⁸⁶

Erneut wurde Werner Krauss am 14. Juni 1951 von dem Cheflektor des Verlages Volk und Wissen und »Vizepraesident des kulturellen Beirats«,⁸⁷ dem Genossen I. M. Lange, unter Berufung auf Stalins Aufsatz über den Marxismus und die Fragen der Sprachwissenschaft (veröffentlicht am 22. Juni 1950 in »Tägliche Rundschau«) in der Zeitschrift »die neue Schule« ideologisch-politisch angegriffen.⁸⁸

Der Vorwurf lautete, Krauss würde in der Sprachwissenschaft den Standpunkt von Marr und Mestschaninov vertreten, den Stalin als unmarxistisch zurückgewiesen hatte. Er gipfelt in der Behauptung: »Da das Araktschejew-Regime der Marrschule ja weitgehend auch unsere deutsche Sprachforschung in der Deutschen Demokratischen Republik – soweit sie fortschrittlich sein wollte – beherrschte, kann man niemandem einen Vorwurf machen, wenn er mit Marr'schen Gedankengängen operiert.«⁸⁹ Diese ideologisch-politische Denunziation war für Krauss kein Grund, die Diskussion über Stalins Sprachauffassung zu beenden. Im Jahre 1968 bezieht er sich in der kollegialen Belehrung des Konstanzer Romanisten Hans Robert Jaub über »die marxistische Methode der Literaturbetrachtung« erneut kritisch darauf: »Stalin hat aber keineswegs die Sprache in einen von seiner ökonomischen Basis befreiten Überbau er-

⁸⁵ In persönlichem Besitz (zwei Seiten) – W.S. ⁸⁶ Manfred Naumann: *Ein aufgeklärter Gelehrter in Deutschland*. S. 215f. ⁸⁷ Viktor Klemperer: *Tagebücher*. Bd. 1. S. 639, S. 638 Anm. 49. ⁸⁸ Werner Krauss: *Das wissenschaftliche Werk*. Bd. 8. S. 409f. ⁸⁹ Ebenda. S. 410.

hoben, sondern ihre vollständige Unabhängigkeit von der gesamten gesellschaftlichen Dialektik behauptet. Aber ganz abgesehen davon, daß die Stalinsche Sprachauffassung keineswegs unumstritten ist, ist doch Literatur in einem ganz anderen Sinne ein von ideologischen Faktoren bestimmtes Phänomen.«⁹⁰

Obwohl der Genosse I. M. Lange als »Vicepraesident des kulturellen Beirats« offenkundig auch an dem Scheitern der Bemühungen von Krauss wesentlichen Anteil hatte, in den Jahren 1950/51 den Sammelband »*Variationen und Versuche. Über einige Themen der neueren Bewußtseinsgeschichte*« zu veröffentlichen, in dem auch der Vortrag »*Lesins »Materialismus und Empiriokritizismus« und das Ende der bürgerlichen Philosophie*« erscheinen sollte,⁹¹ ist auch dieser ideologisch-politische Konflikt bisher in seiner Motivation und Funktion bisher kaum beachtet worden. Klemperer, bei dem I. M. Lange promoviert hat, nachdem von Krauss sein Promotionsvorhaben abgelehnt worden war, nennt ihn im April 1949 den »mächtige[n] Mann«, der »sich mit Krauss überworfen hat«⁹².

Im Januar und Februar 1958 hat Krauss – nach dem Entstalinisierungs-Parteitag der KPdSU im Februar 1956 und nach den folgenreichen politischen Ereignissen des Jahres 1957 in der DDR⁹³ – in zwei Briefen an seinen Schüler Erich Köhler seine politische Position im Sinne seines marxistischen Selbstverständnisses und mit Berufung auf die Politik Wladislaw Gomulkas offenbart. In Übereinstimmung mit seinem Urteil über die Ereignisse des 17. Juni 1953⁹⁴ und seiner späteren Notiz vom 23. August 1966⁹⁵ solidarisiert sich Krauss hier mit der kritischen »sozialistischen Intelligenz« und bekennt sich zu »eine[r] sozialistischen Legalität« und zur »moralische[n] Substanz der Partei«. Gleichzeitig distanziert er sich aber auch hier nach wie vor prinzipiell vom »Westen« und von einer »Schwenkung nach Westen« à la Harich und nimmt, auf die DDR bezogen, eindeutig gegen »einen verfinsterten Machiavellismus und eine Politik des Kampfes aller gegen alle« Stellung, gegen die »bürokratische Spitze«, gegen die »Gesslerleute« und

gegen die »epileptische Verkrampfung der Diktatur« und die »berserkerhaften Wutausbrüche des Diktators«.⁹⁶

Fast ein Jahrzehnt später und wenige Monate nach den rigorosen und folgenreichen Eingriffen des SED-Politbüros in Intellektuellendebatten und Kunstprozesse in der DDR auf dem 11. Plenum des ZK der SED vom Dezember 1965 veröffentlichte Krauss dann im Akademie Verlag Berlin einen Band zu der »Politischen Preisfrage der Philosophischen Klasse der Königlich Preussischen Akademie der Wissenschaften« vom Jahr 1780 zu dem Thema: »*Ob die Regierenden berechtigt oder verpflichtet seien, das Volk zu seinem eigenen Besten zu hintergehen: »Est-il utile de tromper le peuple?»*« Schon 1959 hatte er hervorgehoben, daß diese Preisfrage »keine staatsrechtliche Doktorfrage mehr [war]; sie hatte auch nichts von der zweideutigen Metaphysik einer Pilatusfrage an sich – die politische Praxis der Regierenden stand diesmal selbst zur Debatte.«⁹⁷

Bei dem sich in diesem Zusammenhang aufdrängenden Vergleich der von Krauss dokumentierten aufgeklärten politischen Praxis des Königs von Preußen im 18. Jahrhundert mit der politischen Praxis der Regierenden in der DDR mußte letztere als ein Rückfall in voraufklärerische despotische Zeiten erscheinen.

7. Walter Markov ein »Parteifeind« (1950/51)

Im Januar 1951 wurde Walter Markov bei der Parteiüberprüfung mit den Vorwürfen »titoistische Anschauungen«, »Objektivismus« und »Parteifeindlichkeit«⁹⁸ aus der Mitgliedschaft der SED ausgeschlossen und ihm zugleich der Status als Verfolgter des Naziregimes aberkannt.

Am 17. Januar 1951 war in der »Leipziger Volkszeitung« auf Seite 3 zu lesen: »Im ZK-Beschluß heißt es: »Die Erfahrungen lehren, daß die imperialistischen Agenturen sich besonders bemühen, klassenfremde und vor allen Dingen kleinbürgerliche Elemente sowie Anhänger und Mitglieder parteifeindlicher Gruppierungen wie KPO, ISK, trotzkistische und andere ähnliche Gruppen für ihre feindliche Tätigkeit einzusetzen.«

⁹⁰ Werner Krauss: *Das wissenschaftliche Werk. Bd. 1. S. 296.* ⁹¹ *Ebenda. S. 537f.* ⁹² Viktor Klemperer: *Tagebücher. Bd. 1. S. 638ff., 644.* ⁹³ Winfried Schröder: *Leipzig 1957: Romanisches Institut. In: lendemains. Tübingen 19(1994)73. S. 129–135.* ⁹⁴ Walter Markov: *Zwiesprache. S. 206f.* ⁹⁵ Werner Krauss: *Vor gefallenem Vorhang. S. 177.* ⁹⁶ Peter-Volker Springborn: *Briefe von und an Werner Krauss. In: Werner Krauss: Wege – Werke – Wirkungen. Hrsg. Ottmar Ette/Martin Fontius/Gerda Haßler/Peter Jehle. Aufklärung und Europa. Schriftenreihe des Forschungszentrums Europäische Aufklärung e.V. Berlin 1999. S. 312–314.* ⁹⁷ Werner Krauss: *Das wissenschaftliche Werk. Bd. 7. S. 192–202.* ⁹⁸ Walter Markov: *Zwiesprache. S. 197ff.*

Ein Beispiel der Parteifeindlichkeit zeigte die Überprüfung des Mitgliedes Prof. Walter Markov. Markov schrieb einen sehr langen Lebenslauf, der aber keinen Einblick in sein Leben und in seine Entwicklung bietet. Er beantwortet alle Fragen klug überlegend und ausweichend. Es ergab sich, daß er Verbindungen zu westdeutschen Reaktionären hat und darüber hinaus enge persönliche Beziehungen zu Offizieren der anglo-amerikanischen Besatzung hatte. Die Kommission ist der Meinung, daß seine Anschauungen »titoistisch« sind. So steht er auf dem Standpunkt, daß der Imperialismus heute nur ein »Westentaschenimperialismus« ist. Damit verniedlicht er den räuberischen, aggressiven Charakter des anglo-amerikanischen Imperialismus und versucht, die Probleme des Klassenkampfes zu verwischen. Das geht aus seiner objektivistischen Äußerung, die er vor der Kommission tat, hervor. Er sagte: ich gehöre auch zu den Leuten, die den Klassenkampf nicht übermäßig schätzen.«⁹⁹

Auf die Frage, wie Markov die Vorwürfe, mit denen seine Parteiausschluß begründet wurde, aufgenommen habe, antwortete er in »Zwiesprache mit dem Jahrhundert«: »Mit großer Betroffenheit, verständlich, doch auch mit Verwunderung über die vorgebrachten Argumente. [...] Damals, 1951, war es insofern schwierig, als man nicht wußte, wie es weitergehen wird, was noch auf uns zukommt. Ich hatte Familie, Kinder und sagte mir: Nun hast Du schon zehn Jahre im Knast verloren, und jetzt geht der Ärger auf neue Weise los! Gefahr für Leib und Leben zwar war in der DDR so gut wie keine vorhanden, man konnte (vorausgesetzt man wollte) jeden Tag über Berlins offene Grenze gehen. Ich bin daraufhin angesprochen worden. Nicht, daß mir gleich jeder Lehrstuhl in der BRD angeboten wurde, aber immerhin bemühte sich beispielsweise ein Percy E. Schramm in Göttingen sehr und lange, mich zu gewinnen. Solchen Leuten pflegte ich zu sagen: Ich gehöre nicht zu jenen, die auf den ersten Schreckschuß hin das Weite suchen. Ich bin vor den Feinden nicht davongelaufen, als es hart auf hart ging. Warum sollte ich vor den Genossen und dem alten Onkel WU wegen einer Meinungsverschie-

denheit davonlaufen? Wir haben nur einige familiäre Vorkehrungen getroffen.«¹⁰⁰

Es spricht für die prinzipienfeste Haltung Walter Markovs, daß er auch nach der Revision des Beschlusses des Politbüros der SED vom August 1950 zum Verhalten gegenüber Westemigranten – in dessen Gefolge 1950/51 sehr viele Parteimitglieder ausgeschlossen oder von der Mitgliederliste gestrichen worden waren – das Angebot des 28. Plenums des ZK der SED im Juli 1956 ablehnte, wieder der SED beizutreten.¹⁰¹

Und es spricht gleichfall für Markov, daß er sich trotz der ihm unterstellten »Parteifeindlichkeit« und trotz seines Ausschlusses aus der SED für die Veröffentlichung der Arbeit von Rudolf Herrnstadt »Die Entdeckung der Klassen. Die Geschichte des Begriffs Klasse von den Anfängen bis zum Vorabend der Pariser Julirevolution 1830«¹⁰² einsetzte.¹⁰³ Herrnstadt war auf dem 15. Plenum der SED im Juli 1953 gemeinsam mit dem damaligen Minister für Staatssicherheit, Wilhelm Zaisser, wegen »fraktioneller Tätigkeit« und »Vorbereitung eines innerparteilichen Putsches« aus dem ZK der SED und im Januar 1954 aus der SED ausgeschlossen worden.

Anzumerken wäre hier, daß sich Walter Markov im Jahre 1957, wie Ralf Schröder berichtet, bei einem Rigorosum gegen die Auffassung wandte, »Stalin sei ein »Großinquisitor außerhalb der Legende«. Er hielt ihn für einen Smerdjakow und vermutete, Stalin wäre sehr stolz gewesen, würde er mit Dostojewskis Großinquisitor verwechselt werden.«¹⁰⁴

8. Fritz Behrens – eine »revisionistische Erscheinung« im »schroffen Gegensatz zum Marxismus-Leninismus« und zur »Arbeiter-und-Bauern-Macht in der DDR«. (1957)

Am schwersten betroffen von den politischen Repressions- und Disziplinierungsmaßnahmen des Politbüros der SED unter Walter Ulbricht war von den Gründungsmitgliedern der »Arbeitsgemeinschaft marxistischer Wissenschaftler« Fritz Behrens. Nach dem XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 und nach der 3. Parteikonferenz der SED im März 1956 wollte er mit seinem Schüler und Assistenten Arne Benary eine öffentliche Diskussion »über die bestmögliche Verwirklichung der

⁹⁹ zitiert nach Walter Markov: *Zwiesprache*. S. 197. ¹⁰⁰ *Ebenda*. S. 199. ¹⁰¹ Veit Dideczuneit: *Walter Markov und die SED-Bezirksleitung Leipzig im Dezember 1956*. In: »Wenn jemand seinen Kopf bewußt hinhielt ...« Beiträge zu Werk und Wirken von Walter Markov. Leipzig 1995. S. 47 Anm. 10. ¹⁰² VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1965. ¹⁰³ Rudolf Herrnstadt: *Das Herrnstadt-Dokument*. Hrsg., eingel. und bearb. von Nadja Stulz-Herrnstadt. Hamburg 1990. S. 37–43. ¹⁰⁴ Michail Bulgakow: *Dokumente und Materialien. Gesammelte Werke*. Bd. 13/2. Berlin 1996. S. 148; siehe auch Walter Markov: *Zwiesprache*. S. 64, 138.

möglichen Überlegenheit der Planwirtschaft über den Kapitalismus« anregen.¹⁰⁵

Nach den Ereignissen in Ungarn am 4. November 1956 und nach der Verhaftung von Wolfgang Harich, Manfred Hertwig, Bernhard Steinberger und Walter Janka Ende November und Anfang Dezember 1956 beschloß das Sekretariat der SED am 18. Dezember 1956, die bereits gedruckte Broschüre von Behrens und Benary nicht auszuliefern, da einige Thesen »im gegenwärtigen Zeitpunkt die starke Gefahr in sich bergen, den Leser politisch zu desorientieren und demobilisierend auf die notwendige Festigung unserer Staatsmacht wirken können«¹⁰⁶.

Bereits auf der Delegiertenkonferenz der Parteiorganisation der SED der Karl-Marx-Universität Leipzig vom 21. bis zum 22. Dezember 1956 hatte Walter Ulbricht als Gast programmatisch verkündet »*Was wir wollen und was wir nicht wollen*« (sein Diskussionsbeitrag erschien am 30. Dezember 1956 im »Neuen Deutschland«). Auf dem 30. Plenum des SED-Zentralkomitees vom 30. Januar bis 1. Februar 1957 eröffnete Ulbricht dann den Generalangriff gegen den »modernen Revisionismus« an den Hochschulen und Universitäten der DDR und namentlich gegen Fritz Behrens. Der Begriff »moderner Revisionismus« schloß alle Versuche eigenständigen marxistischen und sozialistischen Denkens – inspiriert durch den XX. Parteitag der KPdSU und ähnliche »Tautwetter«-Bestrebungen in Polen und Ungarn – ein. Ihre Ächtung und Verurteilung erfolgte auf unterschiedliche Weise: Strafprozesse und Haft, Ausschluß aus politischen Entscheidungsgremien, öffentliche politische Kriminalisierung, stillschweigende Funktionsablösung und publizistische Einschüchterung. »Behrens wurde nicht verhaftet, aber auf nachhaltige Weise öffentlich an den Pranger gestellt. Wurde die Harich-Gruppe zum Inbegriff der Konterrevolution, so standen »Behrens/Benary« als Symbol für wirtschaftspolitischen und theoretischen Revisionismus.«¹⁰⁷

Der Revisionismus-Angriffe gegen Behrens führten dazu, daß Behrens nach dem 30. Plenum des ZK der SED vom 30.1./1.2.1957 aus seinen Regierungssämtern entlassen wurde und selbst die Akademie der Wissenschaften seine monatlichen Bezüge kürzte.

In dem Referat von Walter Ulbricht auf dem 30. Plenum heißt es: »Genosse Behrens hält folgende Auffassung für richtig: »Die Auffassung, daß der Staat alles könne und daß jede, auch die privateste Angelegenheit staatlich geleitet und kontrolliert werden müsse, ist aber nicht sozialistisch, sondern »preußisch«, das heißt junkerlich-monopolistisch. Sozialistisch, das heißt marxistisch-leninistisch, ist die Auffassung vom Absterben des Staates in dem Maße, wie die sozialistischen Produktionsverhältnisse sich festigen und die kapitalistische Bedrohung unwirksam wird. Das aber bedeutet, daß die Selbstverwaltung der werktätigen Massen im staatlichen Leben in der Selbstverwaltung der Wirtschaft ihre Ergänzung finden muß. Sozialismus verlangt Selbstverwaltung der Wirtschaft durch die Werktätigen, weil die Vergesellschaftung der Produktionsmittel ihre Ergänzung durch die Vergesellschaftung der Verwaltung erfordert.«

Trotz »Sympathiekundgebungen« dieser Genossen für die Arbeiter- und Bauernmacht kann kein Zweifel daran bestehen, daß die Konsequenz solcher Maßnahmen *geradezu die Preisgabe der Arbeiter- und Bauernmacht, ihre Liquidierung* wäre. Die hier skizzierte Auffassung steht im schroffen Widerspruch zur Lehre des Marxismus-Leninismus über die Rolle des Staates und über den demokratischen Zentralismus.«¹⁰⁸

Nach dieser Revisionismus-Kampagne veröffentlichte Behrens im Jahre 1962 Band I eines »*Grundrisses der Geschichte der politischen Ökonomie*«, der insgesamt 5 Bände umfassen sollte. Band I: *Die politische Ökonomie bis zur bürgerlichen Klassik*, Akademie-Verlag Berlin. In seinen einführenden Bemerkungen beruft er sich auf einen Ratschlag, den Lenin seinen Lesern in »Materialismus und Empiriokritizismus« gibt: »Doch – wer den *Feind* will verstehen, muß in *Feindes* Lande gehen«.

In einem Aufsatz aus dem unveröffentlichten Nachlaß »*Der real existierende Sozialismus*« (in erster Fassung in den 60er Jahren entstanden und 1978/79 nochmals bearbeitet) betont Behrens:

»Unbestreitbar: das Bild des real existierenden Sozialismus entspricht nicht dem Bild, das die Klassiker des Marxismus von ihm hatten. Die Diktatur *des* Proletariats ist eine Diktatur *über* das Proletariat, die Diktatur nur *einer* Partei. Statt daß die Errungenschaften der

105 Helmut Steiner: Notizen S. 24. 106 Ebenda. S. 25. 107 Ebenda. 108 Walter Ulbricht: *Grundfragen der Politik der SED*. Berlin 1957. S. 50f.

bürgerlichen Demokratie erweitert und vertieft sind, wurden sie eingeschränkt oder sogar abgeschafft. Der real existierende Sozialismus machte aus der nur formal bürgerlichen keine materiale sozialistische Demokratie. Er schaffte sie kurzerhand ab und bezeichnete das, was er an die Stelle der Demokratie setzte, als Diktatur des Proletariats. Aber proletarische Diktatur ist sozialistische Demokratie! Sicher es gibt auch historische Ursachen – [...]

Der demokratische Zentralismus ist als Prinzip bürgerlich-demokratischer Formen der Leitung und Regierung von Parteien und Staaten Hemmschuh sowohl individueller spontaner Aktivitäten als auch spontaner Massenaktionen. Seine Gefährlichkeit für die Verwirklichung des Sozialismus liegt in seiner Verinnerlichung durch Erziehung und Gewöhnung an den Glauben an Führer, Helden, große Könner und Experten, in solcher Verinnerlichung des Glaubens an die Natürlichkeit eines Informationsvorsprungs, der in Wahrheit nur ein Informationsmonopol ist, ohne das keine bürgerliche Gesellschaft bestehen, ohne dessen Beseitigung daher aber auch keine sozialistische Gesellschaft entstehen kann. [...]

Unter Marxisten gibt es heute drei Varianten der Charakteristik der Gesellschaft des real existierenden Sozialismus, spezifisch seiner sowjetrussischen Form: Die *erste* Einschätzung charakterisiert sie als eine neue Despotie. Die *zweite* begreift sie als eine zwar deformierte, aber zu reformierende Arbeiter- und Bauernmacht, und die *dritte* als Staatskapitalismus.

Es scheint jedoch, daß man den real existierenden Sozialismus als Variante eines modernen Staatsmonopolismus begreifen muß, als eine »linke« Variante, wenn man will! Der real existierende Sozialismus ist keine Übergangsperiode zwischen Kapitalismus und Sozialismus, bzw. gar schon Kommunismus, sondern eine selbständige gesellschaftliche Formation. Walter Ulbricht zog diese Konsequenz, als er zum 100. Jahrestag des Erscheinens des »Kapital« im September 1967 erklärte, der Sozialismus sei »nicht eine kurzfristige Übergangsphase in der Entwicklung der Gesellschaft ..., sondern eine re-

lativ selbständige sozialökonomische Formation in der historischen Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus. [...]

Es ist leicht einzusehen, daß diese Erhebung des realen Sozialismus in den Rang einer »relativ selbständigen« Gesellschaftsformation lediglich die ideologische Widerspiegelung der Herrschaft einer Bürokratie ist, die auf einer falschen Einschätzung und Bewertung des sowjetischen sogenannten Grundmodells beruht. Die Sicht des Sozialismus als eigene Formation ist eine adäquate ideologische Widerspiegelung einer historisch bestimmten und begrenzten gesellschaftlichen Praxis, die weder Allgemeingültigkeit noch marxistische Tradition beanspruchen kann.¹⁰⁹

In »Zur Geschichte der marxistisch-leninistischen Philosophie in der DDR« vom Jahre 1979 wird zwar auf die »Arbeitsgemeinschaft marxistischer Wissenschaftler« kurz hingewiesen, aber der marxistisch-leninistische Historiker Walter Markov bleibt unerwähnt und der marxistisch-leninistische Romanist Werner Krauss findet sich nur in einer Fußnote. Dafür ist von Fritz Behrens jedoch oft die Rede, allerdings nur, um sich von einem »revisionistischen Theoretiker« vehement zu distanzieren, dessen Auffassungen »in schroffem Gegensatz zum Marxismus-Leninismus standen und auf eine Preisgabe, ja Liquidierung der Arbeiter- und Bauernmacht in der DDR hinausliefen«.¹¹⁰ Ist das die Methode marxistisch-leninistischer Wissenschaftsgeschichtsschreibung im Zerrspiegel einer aparten marxistisch-leninistischen Philosophie oder eines aparten philosophischen marxistisch-leninistischen Denkens?

Aber auch in der nicht weniger anspruchsvollen Geschichte »Die SED und das kulturelle Erbe« von 1988, ein Dokument der philosophischen (marxistisch-leninistischen) Erbeteleologie, sucht man nach dem marxistisch-leninistischen Historiker Walter Markov vergeblich und findet hier lediglich einen Satz mit einem nichtssagenden und wenig kenntnisreichen Hinweis auf Georg Lukács, Werner Krauss und Gerhard Scholz.¹¹¹

Die hier punktuell dokumentierten Widersprüche und Konflikte namhafter Gründungsmitglieder der »Ar-

¹⁰⁹ Fritz Behrens: *Der real existierende Sozialismus*. In: *Utopie konkret (später umbenannt in Utopie kreativ)*. Berlin (1990)2. S. 85–89; 3. S. 39. ¹¹⁰ Autorenkollektiv der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED unter der Leitung von Vera Vrona: *Zur Geschichte der marxistisch-leninistischen Philosophie in der DDR. Von 1945 bis Anfang der sechziger Jahre*. Berlin 1979. S. 112, 334, 455, 646. ¹¹¹ *Die SED und das kulturelle Erbe. Orientierungen, Errungenschaften, Probleme*. Berlin 1988. S. 177.

beitsgemeinschaft marxistischer Wissenschaftler« mit dem staatsoffiziellen marxistisch-leninistischen Philosophieverständnis und mit der ihm entsprechenden »machiauellistischen« staatssozialistischen Politik werfen eine Reihe grundsätzlicher wissenschaftsgeschichtlicher und politischer Fragen auf, die weder in der Vergangenheit noch in der Gegenwart gestellt und beantwortet wurden.

Sie gehören zur Geschichte der DDR und sind zugleich ein Indiz dafür, daß auch diese Geschichte keine eindimensionale teleologische Einheitsgeschichte unter dem Banner der marxistisch-leninistischen Philosophie war, sondern ein sich in inneren und äußeren Widersprüchen vollziehender historischer Prozeß, der Widersprüche im Marxismus-Leninismus-Verständnis einschloß, die zu politischen Konflikten führten. Eine »Vergangenheitsbewältigung« mit der ahistorisch-typologischen Entweder-Oder-Klassifikationsformel »Opfer« versus »Täter« verfehlt daher von vornherein die wissenschaftliche und politische Realität in ihrer spezifisch historisch antagonistischen und nicht-antagonistischen Widersprüchlichkeit und damit auch in ihrer geschichtsoffenen Perspektive. Diese Sicht ist nicht nur methodo-

logisch unseriös, sondern erweist sich als eine negativ teleologische »Vergangenheitsbewältigung«, die lediglich auf ideologisch-politische »De-Legitimierung«, »Verteufelung« und »Abwicklung« marxistisch-leninistischen Denkens und antikapitalistischer Politik in der DDR gerichtet ist, nicht aber auf historischen Erkenntnisgewinn.

Krauss, als historisch-dialektischer Marxist, wußte was er sagte, als er nach der Befreiung vom Faschismus in seinem Vortrag zur Gründung der »Arbeitsgemeinschaft marxistischer Wissenschaftler« betonte: »Der Triumph der russischen Reaktion hatte nicht nur die revolutionäre Praxis gelähmt, sondern setzte sich fort in einer Reihe von ideologischen Zersetzungsversuchen. [...] Lenins »Empiriokritizismus« hatte eine negative und eine positive Aufgabe zu erfüllen, so wie die Situation der russischen Revolutionäre in der Nachrevolutionären Zeit ihre negative und positive Seite aufwies. Die verlorene Revolution war zugleich auch die Revolution die gemacht worden war.«¹¹² Und 1949 an anderer Stelle: »Eine gemachte Revolution ist, auch wenn sie mit der Niederlage endet, keine verlorene Revolution.«¹¹³

Leipzig – Stern unter den deutschen Nachkriegsuniversitäten

Captatio benevolentiae: Ich bin weder »alter Leipziger« noch Universitätshistoriker, als allgemein interessierter Wirtschaftshistoriker habe ich jedoch immer die Entwicklung der Leipziger Universität in den ersten Nachkriegsjahren als eine zwar kurze, aber ungemein faszinierende Periode deutscher Universitätsgeschichte empfunden. Meine Bemerkungen sind nicht das Resultat eingehender Archivforschung sondern eher holistischer Natur, und so kann ich nur hoffen, daß sie anregend genug sind für weitere Forschungen zum Gegenstand.

Im ersten Nachkriegsjahr hatte Leipzig eine völlig normale Universität in dem Sinne, daß sie sich in nichts von anderen im besetzten Deutschland unterschied. Der Lehrkörper bestand zu 95% aus Leuten, die ihre Lehre und Forschung im gerade untergegangenen »Dritten Reich« betrieben hatten, mehr oder minder angepaßt den herrschenden politisch-ideologischen Bedingungen. Sofern nicht Exponenten nazifaschistischer Ideologie und Politik, hatten sie durchaus Gelegenheit, sich auch den neuen politisch-ideologischen Gegebenheiten unter dem Besatzungsregime anzupassen. So, wie es der erste Rektor der neu eröffneten Universität, Hans-Georg Gadamer (* 1900), später in seinen Erinnerungen beschrieb: »Mir war von Anfang an klar, daß die Russen mißtrauische Leute waren, und ich begegnete ihnen daher immer mit absoluter Offenheit, auch mit entschiedenem offenen Widerspruch. Wenn ich mich mit demselben nicht durchsetzte, und das war natürlich meistens so, konnten sich die Russen darauf verlassen, daß ich ihre Anweisungen – auch gegen meine Überzeugungen – jedenfalls genau durchführte.«*

Was Gadamer hier ganz offenherzig einbekennt, traf sicherlich auf gar nicht wenige jener zu, die zwischen 1935 und 1945 und auch danach an der Universität waren, gleichgültig, ob sie später in den Westen gingen oder in Leipzig blieben. Nehmen wir beispielsweise Hermann August Korff (1882–1963), der die Erstauflage von Band III seines *opus magnum* (*Geist der Goethezeit*) »den

Helden unseres Freiheitskampfes« widmete, und zwar »am Tage der Einnahme von Paris, 14. Juni 1940«, jedoch in der Zweitaufgabe von 1949 Widmung und Anlaß der Datierung wegließ.

Nun kann gesagt werden, daß solche Gestalten wie Korff – zu nennen wären hier wohl auch die Germanisten Theodor Frings (1886–1968) und (ab 1948) Franz Dornseiff (1888–1960), der spätere »Archivpapst« Hellmut Kretzschmar (1893–1965), ab 1950 auch der Mediävist Heinrich Sproemberg (1889–1966), zudem die Theologen Albrecht Alt (1883–1956) und Ernst Sommerlath (1889–1983) usw. usf. –, daß all diese Gelehrten den »neuen Herren« nur als »Feigenblätter« dienten. Ich halte wenig von solchen Etikettierungen, sie sind ebenso niveaulos und insinierend wie die früher üblichen, daß, wer in den Westen ging, seine »wahre« Gesinnung »hinter antifaschistischen Lippenbekenntnissen verborgen« hätte.

Im übrigen bleibt zu konstatieren, daß politische Umbrüche im Deutschland des 20. Jahrhunderts im akademischen Bereich zumeist nicht mit Feigenblättern geschmückt waren – weder wurde 1933 nach der »Machtergreifung« so verfahren noch 1990 nach dem »Anschluß«. Ich halte diese Differenz für recht wesentlich. Sie erklärt zwar nicht, warum Leipzig für kurze Zeit zum Stern erster Ordnung am akademischen Firmament im Nachkriegsdeutschland wurde, wohl aber, warum es nicht in einem schwarzen Loch verschwand.

Die Vision des schwarzen Loches und noch mehr die Realität des nahezu vollständigen Zusammenbruchs bewog eine ganze Anzahl Emeriti, sich der Universität wieder zur Verfügung zu stellen, so etwa den Romanisten Philipp August Becker (1862–1947) und den Historiker Rudolf Kötzschke (1867–1949), nicht zu vergessen den unter den Nazis faktisch zwangsemeritierten Theodor Litt (1880–1962), der sich allerdings schon 1947 in den Westen berufen ließ.

* Hans-Georg Gadamer: *Philosophische Lehrjahre. Eine Rückschau. Frankfurt am Main 1977. S. 127f.*

Manche, die nach 1945 zu ordentlichen Professoren berufen wurden, hatten zwar schon an der Leipziger Universität gelehrt, aber entweder in untergeordneter Position, so etwa der Kunsthistoriker Johannes Jahn (1892–1976), oder sie waren 1933 entlassen worden, so der Jurist Erwin Jacobi (1884–1965) – 1947/48 Nachfolger von Gadamer als Rektor – und der Sinologe Eduard Erkes (1891–1958). Erkes, vor 1933 Sozialdemokrat, trat 1945 der KPD bei, übrigens auch der Althistoriker Otto Theodor Schulz (1879–1954) und der Nordist Walter Baetke (1884–1978), die seit 1925 bzw. 1935 Lehrstühle in Leipzig innehatten.

Das Wirken der 16 Vorgenannten und der vielen Ungenannten war notwendige Voraussetzung dafür, daß die Universität ihre einzigartige Position erringen konnte – hinreichende Voraussetzung war es nicht. Dafür war, wie stets in der Geschichte, die Berufung neuer Leute vonnöten, akademisch gebildet und politisch engagiert zugleich, welterfahren und zugleich einem neuen Deutschland zugewandt, ganz neue Positionen aufbauend und zugleich an der Zusammenarbeit mit den altingesessenen Kollegen interessiert.

An erster Stelle – zumindest dem Alphabet nach – ist hier Fritz Behrens (1909–1981) zu nennen: Seit 1932 Mitglied der KPD, hatte er im Statistischen Reichsamts »überwintert«, war 1941 sogar Lehrbeauftragter für Statistik an der deutschen Universität Prag geworden; nun, 1946, wurde er nach Leipzig berufen und zugleich Dekan der ersten gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät, die es an einer deutschen Universität gegeben hat. Ernst Bloch (1885–1977), der Philosoph und Utopist, war mit 63 aus dem amerikanischen Exil zurückgekehrt und erhielt erstmals in seinem Leben einen Lehrstuhl – übrigens in der Nachfolge von Gadamer. Auch der Mediziner Felix Boehnheim (1890–1960) kehrte aus den USA zurück und erhielt nicht nur eine Berufung in seinem Fach, sondern später – deshalb ist er hier genannt – eine als Direktor des Karl-Sudhoff-Instituts für Geschichte der Naturwissenschaften und Medizin. Hermann Budzislowski (1901–1978), nach 1933 Chefredakteur der *Neuen Weltbühne*, kam aus dem amerikanischen Exil auf den Lehrstuhl für Publizistik. Auguste Cornu (1888–1981), ursprünglich Gymnasialprofessor in Frankreich, erhielt mit 60 seine erste Berufung auf einen Lehrstuhl – in Leipzig, wo er vor allem Kulturgeschichte lehrte und an seiner grundlegenden Doppelbiographie über Marx und Engels schrieb. Emil Fuchs (1874–1971), religiöser So-

zialist und bis 1933 Professor für Religionswissenschaft in Kiel, kam aus schweizerischer Emigration zunächst nach Hessen und 1949 nach Leipzig, wo er das Institut für Religionssoziologie aufbaute. Henryk Grossmann (1881–1950), Ökonom und bis 1933 im Frankfurter Institut für Sozialforschung, als Vertreter des linken Flügels der Frankfurter Schule an der *New School for Social Research* in New York, kam 1949 an die Universität. Gerhard Harig (1902–1966), bis 1933 Assistent für theoretische Physik an der TH Aachen, dann am Institut Istorii Estestvoznanii i Techniki Leningrad, 1938 in Danzig verhaftet und ins KZ Buchenwald verschleppt, wurde 1947 Professor für Geschichte der Naturwissenschaften und Technik und hielt 1948 die erste Hauptvorlesung im Fach Dialektischer und Historischer Materialismus an einer deutschen Universität. Wieland Herzfelde (1896–1988), berühmt durch den von ihm geleiteten Malik-Verlag, wurde 1948 Professor für Soziologie der neueren Literatur. Werner Krauss (1900–1976), 1942 noch außerplanmäßiger Professor für Romanistik an der Universität Marburg geworden, dann als Mitglied der »Roten Kapelle« verhaftet und zum Tode verurteilt, kam 1947 aus Marburg nach Leipzig. Julius Lips (1895–1950), bis 1933 Professor für Völkerkunde an der Universität Köln, kam 1948 aus den USA und gründete das Institut für Ethnologie und Rechtssoziologie. Walter Markov (1909–1995), 1934 in Geschichte an der Universität Bonn promoviert, ab 1936 wegen illegaler Arbeit im Zuchthaus, erhielt nach der Habilitation 1949 einen Lehrstuhl in Leipzig. Georg Mayer (1892–1973), 1933 als Privatdozent gemafregelt und entlassen, »überwinterte«, zunächst als Privatgelehrter, dann als Wehrmachtsbeamter, und wurde 1947 als Professor für Volkswirtschaftslehre nach Leipzig berufen. Hans Mayer (1907–2001), bis 1933 Jurist, kam aus der schweizerischen Emigration zunächst nach Frankfurt/Main und erhielt dann eine Professur für Literaturwissenschaft in Leipzig.

14 neue Namen – und über jeden ließe sich nicht nur eine Monographie verfassen, über die meisten sind sie schon verfaßt. Ich bin wahrlich kein Anhänger patriarchalisch organisierter Ordinariatenuniversität, angesichts dieser Aneinanderreihung von Namen erlaube ich mir aber doch die Frage: Welche deutsche Nachkriegsuniversität verfügte an der Jahreswende 1949/50 über einen derartigen Lehrkörper? Und selbst wenn wir die Jahre 1918–33 berücksichtigen, so hält auf nichtnaturwissenschaftlichem Feld allenfalls Heidelberg stand.

Es bleibt nicht allein die Frage, wieso Leipzig innerhalb von drei bis vier Jahren eine so illustre Universität wurde, da ist auch die nicht weniger wichtige, wieso der Stern schon zehn Jahre später nahezu erloschen und Leipzig wieder zu einer ganz normalen Universität geworden war.

Die 14 hier genannten waren 1950 samt und sonders überzeugte Sozialisten, zumeist vor 1945 der KPD beigetreten und politisch höchst aktiv. Spätestens seit Abhandlung des »Falls Natonek« war die Universität, wenn ich für einen Moment den heute üblichen Sprachgebrauch übernehmen darf, »von den Kommunisten beherrscht«. Aber – und damit komme ich zur ersten Besonderheit – was waren das für Kommunisten? Entweder kamen sie aus der sog. »Westemigration« oder aus dem illegalen Kampf in Deutschland, und dann zumeist auch aus den westlichen Besatzungszonen. Nur einer von ihnen hatte den stalinistischen Terror in der Sowjetunion hautnah erlebt und war ihm, so makaber dies klingt, durch seine Verschleppung nach Deutschland entkommen. Zweitens – aber das wäre, wie auch alles Nachfolgende, anhand von Akten zu prüfen – schien es der sowjetischen Militäradministration (SMAD) wohl günstig, ein intellektuelles Zentrum im »roten Sachsen« – so der Sprachgebrauch vor 1933 – aufzubauen, auch als Gegengewicht zum politisch »unsicheren« Berlin. Drittens waren ehemals Illegale und Westemigranten in den Augen nicht so sehr der SMAD, sondern vor allem der in der Sowjetunion geschulten SED-Oberen »viel zu unsichere Kantonisten«, also viel zu eigensinnig, als daß sie mit ihrem Namen und Gewicht an der Berliner Universität Einfluß gewinnen sollten.

All dies änderte sich langsam – aber bevor ich darauf eingehe, muß ich zumindest anmerken, daß es in den westlichen Besatzungszonen diese Probleme nicht gab, denn dort war man an Emigranten gleich welcher Couleur oder gar Illegalen überhaupt nicht interessiert, man bat niemanden zurückzukehren, und machte weiter in gehabter Weise. Leute, die aus dem Osten flohen und Sozialisten blieben, erhielten zuweilen eine geduldete, aber langsam ausbaufähige Randexistenz wie etwa Wolfgang Abendroth (1906–1985) in Marburg, häufiger – wie etwa Leo Kofler (1907–1995) und Walter Braeuer (1906–1992) – wurden sie auf Plätze außerhalb der Universitäten verwiesen, denen sie im Grunde erst in den 60er Jahren wieder nähertreten konnten. Symptomatisch im doppelten Sinne war die Position der Frankfurter Schu-

le – einerseits näherten sich deren Vertreter erst Anfang der 50er Jahre, zunächst immer befristet und auf eigener Finanzbasis, der Universität, andererseits war Frankfurt bis 1968 faktisch die einzige Universität in der alten Bundesrepublik, wo eben deshalb überhaupt grundlegend Neues entstand.

Zurück nach Leipzig, dessen Standortvorteile langsam verschwanden – zunächst durch die Spaltung Berlins und den Aufbau der »Freien Universität« im Westteil der Stadt, dann durch die Gründung der DDR, die Abschaffung der Länder und die aus der Zentralisierung sich ergebende neue Hauptstadtfunktion Ostberlins, weiter durch wirkungsvollere politische Repression und schließlich durch den Aufbau gesellschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute an der Akademie der Wissenschaften zu Berlin. Aus Leipzig selbst kam hinzu, daß im Gefolge der Bildung der Bezirke ein antiintellektueller Scharfmacher wie Paul Fröhlich (1913–1970) vom Kreis- zum Bezirksparteichef avancierte und später in den obersten Führungszirkel der SED aufstieg.

Aber ich bin zu rasch vorangeschritten. Kommunistische Gesellschaftswissenschaftler saßen um 1950 weder in sicheren Positionen noch in politisch wertfreien Elfenbeintürmen. Markov, 1951 aus der SED ausgeschlossen, wurde im selben Jahr mit dem Aufbau des Instituts für Geschichte der Europäischen Volksdemokratien beauftragt. Was wohl mag Krauss, damals ja noch Mitglied des ZK der SED, zu dieser Koinzidenz der Ereignisse gesagt haben? Behrens wurde ja nicht erst 1956 als »Revisionist« gemaßregelt, schon sein Buch über *Hermann Heinrich Gossen oder Die Geburt der »wissenschaftlichen Apologetik« des Kapitalismus* disqualifizierte ihn 1949 in den Augen mancher Gralshüter des Stalinismus zum »Bucharinisten« und »Trotzkisten« – er blieb trotzdem, mehr oder minder unangefochten, an der Universität und stieg 1954 kurzzeitig in staatliche Führungspositionen auf. Schlecht in eindimensionale Sichten paßt auch, daß Harig, 1951–57 Staatssekretär für Hoch- und Fachschulwesen, kurz vor seiner Rückkehr an die Universität erklärte, er wäre froh, wenn auf seinem Grabstein dereinst stünde: Er hat noch größeren Unsinn verhindert. Daß er und sein Kollege Boehnheim sich ab 1957 ausgesprochen »geliebt« haben, gehört auch in die Geschichte. Aber da war Leipzigs Stern schon im Sinken ...

Leipzig hat ab 1950 unersetzliche Verluste erlitten, und zwar auf die verschiedenste Art. Zunächst starben 1950

Lips und Grossmann, 1954 gingen Behrens und Cornu nach Berlin, Ende der 50er Jahre ging Krauss endgültig nach Berlin. Das Alter forderte seinen Tribut – Boenheim, Fuchs und Herzfelde wurden Emeriti.

Selbstredend ein gänzlich anderer Fall war die Zwangsemeritierung von Bloch im Jahre 1957. Er blieb 1961 im Westen, 1963 folgte ihm Hans Mayer. Aber es ist bemerkenswert: Von den großen Gestalten der Leipziger Universität ging vor dem Mauerbau keine in den Westen. Trotz aller Kleinkariertheit und Borniertheit, Leipzig und das »kleine Land mit dem großen Anspruch« lag ihnen näher als Tübingen und die alte Bundesrepublik.

Aber reichen diese Faktoren – Zentralisierung und die Sogwirkung Berlins, Stalinisierung und das Wüten Fröhlichs, Mauerbau und sog. natürliche Fluktuation – hin, die spätere Normalität der Leipziger Universität zu erklären? Ich glaube schon – wenn sie in entsprechende Kontexte gestellt werden.

Der erste Kontext ist all jenen, die sich mit Wissenschaftsgeschichte gleich welcher Epoche befassen, wohlbekannt: Eine Gruppe kann mit einem Federstrich zerschlagen oder auch längerfristig ausgetrocknet werden – ein Neuaufbau gelingt, wenn überhaupt, erst nach Jahren und Jahrzehnten. Insofern konnten die nach Fröhlichs Tod (1970) gebesserten Verhältnisse in Leipzig am grundsätzlichen Tatbestand ebensowenig etwas ändern wie der in der DDR 1971 einsetzende und schon 1975 wieder abgebrochene Aufbruch zu neuen Ufern. Zu vieles war zerschlagen worden, so daß alles »heiße Bemühen« letztlich im »Gut gemeint« versanden mußte. Die Übriggebliebenen – viele, nicht alle – hatten nach jahrelangen Querelen – menschlich verständlich, wissenschaftlich unverzeihlich – einfach »die Schnauze voll« und wollten »ihre Ruhe haben«. Manche, furchtlos gegen den Feind, fürchteten den Freund. Wieder andere waren froh, endlich frühere Wirkungsfelder bestellen

zu können, etwa Budzislawski, nun wieder Chefredakteur der *Weltbühne* in Berlin.

Ein zweiter Kontext, ebenfalls nicht furchtbar neu in der Geschichte, betraf die unterschiedliche Sozialisation der alten und der neuen Generation. Die Alten hatten die ihre in der bürgerlichen Gesellschaft erfahren, an der bürgerlichen Universität – einerseits im offenen oder auch verdeckten Kampf gegen sie, andererseits doch, zumindest bis 1953, als Mitglied derselben. Sie – die Alten und ihr bürgerliches Umfeld – mochten sich gegenseitig nicht, bekämpften sich, ließen sich aber – die Zeit der Naziherrschaft ausgenommen – gegenseitig am Leben. Diese Haltung wirkte zunächst weiter, anders wäre der Aufbau der Universität nach 1945 gar nicht zu bewerkstelligen gewesen. Aber nach vollbrachtem Aufbau schien die Haltung nicht mehr vonnöten, sie schien antiquiert – dies zumindest – und wurde bestenfalls als Schrulle toleriert. Sie war deshalb auch – bestimmte Glücksfälle ausgenommen – Schülerinnen und Schülern kaum zu vermitteln. Die gesellschaftlichen Verhältnisse waren, auch dank der Lehrer, so anders geworden, daß deren Erfahrungen überholt und Rückblicke allenfalls von historisch-moralischem Wert erschienen.

Wer in Geschichte bewandert ist, weiß natürlich, daß gerade errungene Siege die sicherste Grundlage für zukünftige Niederlagen sind – aber wer wendet historisches Wissen schon gern auf die eigene Gegenwart an? Die ist bekanntlich immer »ganz anders«. Wie schnell die Vergangenheit jedermann und jede Frau einholen kann, ist uns seit einigen Jahren wieder bekannt. Von daher ist es schon ganz wichtig, die Vergangenheit nicht aus dem Auge zu verlieren, nicht nostalgische Verklärungen, sondern historische Untersuchungen zu betreiben. Denn – wer weiß – vielleicht holt uns ja die Vergangenheit wieder einmal ein, und dann müssen wir doch gegen die alten Fehler gewappnet sein, damit wir endlich neue machen können.

JOACHIM BIENER

Von Theodor Litt zu Hans Mayer

Ich habe von 1946 bis 1949 an der neugegründeten Universität Leipzig studiert, wobei die fachliche Substanz für die Fächer Deutsch und Geschichte an der Philosophischen Fakultät vermittelt wurde. Mit Hilfe des Faches Erwachsenenbildung war es möglich, ein viertes Studienjahr an der Philosophischen Fakultät zu erreichen. Um bei Prof. Hans Mayer, der damals noch an der Gewerkschaft tätig war, die Staatsexamensarbeit in Literaturgeschichte für das Lehramt an der Oberstufe schreiben zu können, ließ er sich von Deutsch bzw. Germanistik auf Literatursoziologie umschreiben, was Dekan Prof. Eduard Erkes wohlwollend erlaubte.

An der Pädagogischen Fakultät war er als Mitglied der LDPD zweimal zum Mitglied des studentischen Fakultätsrates gewählt worden. Der Fakultätsrat selbst wählte ihn zum Vorsitzenden.

Bei der ersten geheimen Abstimmung stellte er sich mit der Variation eines Freiligrath-Verses vor: Der Fakultätsrat stehe »auf einer höheren Warte als auf den Zinnen der Partei«. Als er 1949 zum dritten Male hätte kandidieren können, war ihm vorher von studentischen Mitgliedern der SED signalisiert worden (er hatte bei der ersten Wahl 75 % aller Stimmen bekommen, also auch viele SED-Stimmen), nach Einführung der Parteidisziplin könnten sie ihn fortan nicht mehr wählen. Daher verabschiedete er sich von der Tätigkeit als demokratisch gewählter Studentenvertreter in der Wahlversammlung im »Eiskeller« (in der Nähe des Connewitzer Kreuzes) wiederum mit einer Zitat-Variation: »Ein Gespenst geht um«: die Parteidisziplin.

Inzwischen hat sogar Erik Neutzsch in einem Fernsehinterview die Parteidisziplin in Frage gestellt, ihre strikte Befolgung als Fehler bezeichnet.

Meine wesentlichsten Studiererlebnisse waren die Lehrveranstaltungen der Professoren Theodor Litt und Hans Mayer. Die Begegnung mit Litt stand im Studienjahr 1946/47 am Anfang meines Studiums; die Hinwendung zu Hans Mayer erfolgte sofort nach dessen Ankunft in Leipzig im Herbst 1948.

Im Studienjahr 1946/47, Litts letztem Leipziger Jahr,

belegte ich alles, was der Philosoph und Pädagoge anbot. Im Wintersemester 1946/47: Geschichte der Pädagogik dreistündig, Kants Philosophie ebenfalls dreistündig, Herders Bildungstheorie einstündiges Seminar; im Sommersemester 1947: Geschichte der Pädagogik II wiederum dreistündig; Die Selbstkritik der europäischen Kultur seit Rousseau bis Karl Marx und Friedrich Nietzsche zweistündig.

Die Vorlesung über Geschichte der Pädagogik führte trotz Sechsstündigkeit von der Antike nur bis etwa 1830. Der dritte moderne Teil entfiel plötzlich infolge Litts Weggang nach Bonn. Vom Seminar über Herders Bildungstheorie besitze ich keine zusammenhängende kopierbare Nachschrift.

Wie kamen die zusammenhängenden ausführlichen Nachschriften zustande? Um die Spontanachschriften des Vortages (Litt las ja fast jeden Tag bei jeweils fünf Wochenstunden) bis zu den nächsten Litt-Vorlesungen in Reinschrift gebracht zu haben, möglichst unter Wahrung der Littschen Diktion, war ich im Internat der Pädagogischen Fakultät in der Gustav-Freytag-Straße 42, auch im kalten Winter 1946/47, oft früh um fünf oder noch eher aufgestanden. Das notwendige Papier hatte in der papierarmen unmittelbaren Nachkriegszeit mein Vater als Arbeiter bei der Demontage der Hoesch-Papierfabrik in Königstein-Hütten »besorgt«, d.h. unter dem Jackett »mitgehen« lassen. Der Buchbinder meines Heimatortes Königstein fertigte daraus die erforderlichen Schreibhefte.

Nachdem das aus Bonn nach Leipzig in die Karl-Heine-Str. 22b verlegte Litt-Archiv in der Presse dazu aufgerufen hatte, Material von oder über Litt zur Verfügung zu stellen, bot ich meine sämtlichen Mitschriften (acht Hefte) an. Frau PD Dr. Eva Matthes, die damalige Leiterin des Archivs, war offenbar beeindruckt von Umfang, abgerundeter Formulierung und Lesbarkeit der Handschrift der Nachschriften und veranlaßte die Fotokopierung – fünfzig Jahre »danach«. In der Absicht, die Nachschriften je aus der Hand zu geben oder gar fotokopieren zu lassen, hatte ich wahrhaftig nicht »mitgeschrie-

ben«. Ich war der Meinung gewesen, jeder Hörer Litts müsse so oder ähnlich verfahren. Aber es ist ja möglich, daß es viele weitere intensive Nachschriften gibt, deren Hersteller nur vom Appell des Archivs nicht erfahren haben.

Wie sehe ich die einzelnen Vorlesungen heute? Es beeindruckt die kulturhistorische Substanz in der »Geschichte der Pädagogik« und bei der »Selbstkritik der europäischen Kultur seit Rousseau«. Besondere Affinitäten des Interpreten zum dargestellten Gegenstande ergaben sich in der Pädagogik-Vorlesung z. B. zu den »Schwarmgeistern«, zu den Spiritualisten Thomas Müntzer, Andreas von Karlstadt und Sebastian Franck als Entdeckern der Individualität, oder zu Friedrich August Wolf, dem Begründer der klassischen Philologie. Dieses Kolleg geriet geradezu zur subtilen Anverwandlung durch Litt, der eben auch Philologe war (er hatte 1904 in Altphilologie über römische Autoren in lateinischer Sprache promoviert). In der Wolf-Vorlesung war auch der umstrittene, aber für Philologenmentalität signifikante Satz zu notieren: »Wer über dem Stoffe steht, braucht keine Methode«.

Ein immanentes Prinzip der Pädagogik-Vorlesungen war die kritische Auseinandersetzung mit NS-Ideologie. Bereits im zweiten Satz der Gesamtvorlesung, also fast am absoluten Beginn, wandte sich Litt gegen die Verabsolutierung der Rassistheorie: »Niemals darf eine Spezialgeschichte wie die der Rasse für sich allein gesehen werden«.

Stoffbedingte organische Möglichkeiten zur Zurückweisung faschistischen Gedankengutes ergaben sich im Zusammenhang mit dem Autarkiestreben Spartas und mit dem Mittelalter. Litt widerlegte die Berufung der Nazis auf das Mittelalter, indem er z. B. mittelalterliche deutsche Kunst als organische Synthese von Germanentum und Christentum wertete und damit die Theorie von der »Überfremdung«, von der Schichtentheorie zurückwies. Litt war damit für mich an der Universität der erste eindrucksvolle Erzieher zum Antifaschismus, den unserer nie als »verordnet« empfunden hat.

Als Höhepunkt aller Littschen Lehrveranstaltungen betrachtete ich schon damals, im heißen Sommer 1947 im überfüllten Hörsaal 5 der einstigen Handelshochschule in der Ritterstraße, die Vorlesung über »Die Selbstkritik der europäischen Kultur«. Das Kolleg eilte von Höhepunkt zu Höhepunkt: Rousseau, Johann Georg Hamann als »merkwürdige Verschmelzung von Mystik

und Sensualismus«, Winckelmann als Begründer des Neuhumanismus, Schillers »Briefe zur ästhetischen Erziehung« als Klage über den Verlust der Totalität durch arbeitsteilige Zerstückelung mit der Vorahnung der späteren Verdinglichung, Pestalozzi als Anwalt der Armen, die Romantik als Kulturkritik sub specie des Christentums.

Die Vorlesung über Karl Marx vermittelte Grundpositionen und Grundbegriffe von Marx' Theorie, sie hatte darstellenden Charakter, sie war nicht unkritisch, aber noch nicht polemisch (im Unterschied zum Vortrag »der Kommunismus, ein weltgeschichtliches Experiment« aus dem Jahre 1958).

Die große Resonanz des wiederum souverän frei gesprochenen Kollegs Auge in Auge mit den gespannt mitgehenden Hörern, nur auf den kleinen Stichwortzettel vertrauend, entsprach dem Umbruchscharakter der Zeit und dem Bedürfnis der Hörer nach Zusammenschau und Antworten.

Tendenziös wirkte die häufige und zudem auf Marx nicht zutreffende Betonung der Systemimmanenz der vorgestellten Kulturkritik. Die Kulturkritik werde mit Mitteln der (bürgerlichen) Kultur geübt, war ein Leitmotiv, über das der Stoff bisweilen hinauswies.

An der Kant-Vorlesung fesselt mich heute besonders die Behandlung der »Kritik der Urteilskraft«, die Darstellung von Kants Vorstoß zur Rolle des Individuellen im Kunstschaffen, im vollendeten Kunstwerk und bei der Kunstrezeption. Im Vergleich zu den bisweilen doch stark bekenntnishaften historischen Vorlesungen wirkte das Kant-Kolleg aber insgesamt eher interpretierend.

Am Morgen nach dem abendlichen Streitgespräch zwischen Litt und Dr. Hermann Ley und Ministerialrat Becker in der nicht aufgeräumten Kongreßhalle (andere Säle hatten sich als zu klein erwiesen) stand, ganz offensichtlich als Dank von Studenten für den ideellen Sieg des Philosophen über die materialistischen Widersacher, ein Blumenstrauß auf dem Katheder der Kant-Vorlesung im Hörsaal 11 im alten, 1968 mitgesprengten Universitätsgebäude. Wie mir Carsten Heinze vom Litt-Archiv mitteilte, faßte Litt in einem Brief diesen Strauß als Zeichen dafür auf, daß die Zeit der rüden Attacken z. B. des Nationalsozialistischen Studentenbundes gegen ihn endgültig vorbei sei.

Woraus bezog Theodor Litt seine geistige Widerstandskraft, sein diszipliniertes, gebändigtes Pathos? Er schöpfte sie wohl aus humanistischen geschichtlichen

Epochen wie der klassischen Antike und der Renaissance und aus dem Humanitätsideal der deutschen Klassik, besonders Friedrich Schillers.

Schon damals glaubte ich den stilistischen Einfluß Schillers zu spüren, des Verfassers der ästhetischen Schriften »Über naive und sentimentalische Dichtung« und der »Briefe zur ästhetischen Erziehung«, etwa in der Vorliebe für Prägungen wie »emporarbeiten«, »emporbilden«, »emporläutern«, »Zerfächerung« oder »Entselbstung«.

Der Literaturkritiker Rudolf Walter Leonhardt, der Litt wahrscheinlich als Student in Bonn gehört hatte, meinte anlässlich Litts Tod: Ob Litt der größte deutsche Philosoph seiner Zeit war, das sei zweifelhaft; auf jeden Fall sei er ein großer Rhetor und ein unübertrefflicher Lehrer gewesen.

Victor Klemperer hebt die große »nie entgleisende Eloquenz« Litts hervor (V. Klemperer: »So sitze ich denn zwischen allen Stühlen. Tagebücher 1945–1959«, Berlin 1999. Bd. 1. S. 262). Das gilt stilistisch wie inhaltlich. Er sprach in vorbildlicher aufrechter und zugleich gestenarmer Haltung frei und zugleich druckreif. Alles wirkte stilisiert und zugleich faßlich. Es lag sprachlicher Glanz über seinen Vorlesungen. Auch dies war zweifellos ein Grund für die ausführliche, um Nähe zur Littschen Diktion bemühte Mitschrift.

Hans-Georg Gadamer war zwar auch sprachbewußt, aber sein Vortragsstil wirkte im Vergleich zu Litt unruhig, »existenzialistisch« nervös.

Mein Studium führte mich schließlich zu Hans Mayer. Gleich nach der Ankunft des antifaschistischen jüdischen Emigranten gestaltete ich, gefesselt vom umfassenden geistigen Profil des Wissenschaftlers und Schriftstellers und seiner Rhetorik, den bevorstehenden Abschluß meines Studiums an der Pädagogischen Fakultät um. Ich gab das bereits erhaltene Examensarbeitsthema über politische Lyrik des Vormärz an den Historiker Karl Buchheim zurück, um bei Hans Mayer über Heinrich von Kleist schreiben zu können.

1950/51 zog er mich zur organisatorischen Absicherung seiner Literaturveranstaltungen heran. Die Abschlußarbeit nach acht Semestern schrieb ich bei ihm über »Effi Briest«, »Madame Bovary« und »Anna Karenina«, also über ein komparatistisches Thema, wie Mayer überhaupt von Anfang an mindestens ein intuitiver Komparatist war.

Als Dissertationsgegenstände bot er mir Fontane, Rilke

und Hermann Hesse an. Ich entschied mich für »Fontane als Literaturkritiker«. Damit war ich 1954, abgesehen von den »Externen« Wilhelm Girnus und Ernst Schumacher, sein erster Leipziger Promovent in Literaturgeschichte.

Ich habe mich nie an der Kritik an Mayer beteiligt. Ich hatte auch nach seinem Weggang brieflichen Kontakt mit ihm. Besonders glücklich war ich, als mir der Rowohlt-Verlag 1968 die erste und wohl beste Festschrift für Mayer (zum 60. Geburtstag) schickte; froh auch darüber, daß das »schwarze Heft«, wie Fritz J. Raddatz es nannte, den Zoll passiert hatte.

Die Verwurzelung in der geistig bewegten unmittelbaren Nachkriegszeit und die Berufung auf Hans Mayer haben mir bei meiner Tätigkeit als Dozent für Literaturgeschichte an der Pädagogischen Hochschule Leipzig bei Direktoren und Funktionären nicht zum Vorteil gereicht, wohl aber in der Lehre bei Studenten.

Ich war Zurücksetzungen und Benachteiligungen ausgesetzt, die 1991 zu meiner ideellen Rehabilitierung führten. Ein ausführliches Bekenntnis zu Professor Hans Mayer findet sich in dem Band 3 der Walter-Markov-Kolloquien zu »Hans Meyers Leipziger Jahren«.

Zu meinen unterrichtlichen Kraftquellen gehörte übrigens auch Jürgen Kuczynski, vor allem durch seine Schriften über Literatur und Ästhetik, zur Geschichtsschreibung und zur Philosophiegeschichte.

Was verbindet Hans Mayer und Theodor Litt, was trennt sie?

1. Beide sind eindrucksvolle Redner und glänzende Stilisten. Beide sprechen frei, beide sind von »nie entgleisender Eloquenz«. Mayer spricht noch akzentuierter und griffiger, auch und gerade beim »allmählichen Verfertigen der Gedanken beim Reden«, das bei Litt seltener auftritt (H. M. liebte den Kleistschen Essay über »Die allmähliche Verfertigung ...«, den er beim Kleist-Gedenken 1977 in der Akademie der Künste am Hansseatenweg vortrug).

2. Beide sind streitbare, polemische Naturen.

3. Beide sind überzeugte und überzeugend wirkende Dialektiker. Litt war theoretisch und praktisch ein Gegner metaphysischer Einseitigkeiten. Meyers Dialektik entfaltet sich auf der Basis des historischen Materialismus.

4. Beide sind Anwälte der Geschichte, beider Konzeptionen wurzeln im geschichtlichen Denken. Für Litts Widerstand ist deutsche Klassik, namentlich Schiller, ein

wesentlicher Impuls. Mayer schreibt und lehrte aus einem umfassenden geschichtlichen Auftrag heraus, wobei die deutsche Klassik ebenfalls ein wesentliches Zentrum ist.

5. Beide sind Antifaschisten, Mayer als überzeugter und aktiver echter Emigrant, Litt als innerer Emigrant (1937 freiwilliges Ausscheiden aus dem Universitätsdienst, nach dem Vortrag über »Die Krisis des Geistes« im November 1941 vor über 800 Personen in Dresden Redeverbot durch die Gestapo).

Die nachfolgende Entwicklung führte beide Wissenschaftler wieder auseinander. H. M. kam nach Leipzig, ohne in der DDR seine geistige Selbständigkeit und Unabhängigkeit aufzugeben. Im legendären Hörsaal 40 prägte er sein Literaturgeschichtsbild weiter aus. Sein Weggang erfolgte zu der Zeit, als die Kritik der SED an ihm zur Kampagne wurde (seit Januar 1963 systematische Angriffe von SED-Mitgliedern aller Philologien gegen ihn in der Universitätsparteizeitung, Wandzeitungsartikel »Eine Lehrmeinung zuviel«) und als die germanistischen Hochschullehrpläne vereinheitlicht wurden, so daß die Gefahr der Einschränkung seines Lehrangebotes bestanden hätte, was für ihn nicht hinnehmbar gewesen wäre.

Litt vollzog in der alten BRD gewisse Anpassungen, z. B. in Form der Steigerung des Antikommunismus und durch die Zurücknahme der Bedeutung Goethes für die Pädagogik. Der Karlsruher Pädagoge Prof. Dr. Claus Günzler sprach im Mai 1999 auf der Jahresversammlung der Goethe-Gesellschaft in Weimar geradezu von Vertreibung Goethes aus der westdeutschen Pädagogik seit 1955 durch Litt. Andererseits hatte Litt, Vorträgen von Eva Matthes auf dem Litt-Symposium im Oktober 1998 zufolge, im Westen radikaldemokratische Positionen bewahrt, die nach 1945 in Ostdeutschland verbreitet waren.

Dazu sind zu rechnen:

1. Mißtrauen in die charakterbildende Wirkung klassisch-humanistischer, gymnasialer Bildung als Garantie gegen den Massenwahn (Verführbarkeit durch den deutschen Faschismus),

2. kritische Position gegenüber Ernst Jüngers Ästhetisierung menschlicher Tragik,

3. Kritik am oszillierenden Juristen Carl Schmitt.

Ich bin sehr dankbar dafür, daß ich in der Zeit des geistigen Aufbruchs unmittelbar nach Krieg und Faschismus an der Universität Leipzig studieren konnte.

DIETER WITTICH

Erfahrungen an zwei ostdeutschen Nachkriegsuniversitäten: Jena und Berlin

Ich habe schon genügend Veranstaltungen dieser Art erlebt oder selbst mitgestaltet, um nicht über deren Gefahren informiert zu sein. Sie tun sich besonders häufig dann auf, wenn sog. Veteranen zum Wort greifen. Als ich selber dessen noch nicht verdächtig war, habe ich entsprechende Beiträge stets unter dem etwas sentimental anmutenden, doch immerhin Hans Fallada entlehnten Titel »Damals bei uns daheim« einzuordnen versucht. Nun bin ich selbst in die keineswegs nur erfreuliche Lage geraten, diese Sparte zu bedienen, muß also die Gefahr meiden, nur für den Vortragenden selbst interessante Elementar- oder Protokollsätze zu äußern.

Dennoch werde ich auf solche Sätze nicht verzichten können. Ich möchte nämlich auch etwas von der studentischen Atmosphäre mitteilen, wie ich sie damals erlebte, und das scheint mir ohne die Wiedergabe auch von singulären Ereignissen kaum möglich. Freilich sind solche Erinnerungen dreifach gebrochen: einmal durch den großen zeitlichen Abstand, der heute zur geschilderten Zeit besteht, und der nolens volens eine filternde Rolle ausübt; dann durch mentale Wandlungen des Subjekts des Erinnerns, die diesem unbemerkt blieben; und schließlich dadurch, daß ich meine damaligen Erlebnisse als jemand sammelte, der in der DDR den besseren, den allein zukunftsträchtigen deutschen Staat sah. Wäre ich ein Gegner der DDR gewesen, würde ich das gemeinsam mit vielen Zeitzeugen Erlebte nicht nur anders werten, sondern hätte auch andere Eindrücke gewonnen. Meine studentischen Erlebnisse sind also ein Ausschnitt aus der Erfahrungswelt ihrer Zeit, wenn sie auch die Erlebnisse eines beträchtlichen Teils meiner Generation sind. Man kann sie nicht ignorieren, wenn bekannte Fehler aus der DDR durch die heute Regierenden und die derzeit Mächtigen nicht weiterhin kopiert werden sollen.

Erschwerend für mich kommt noch hinzu, daß ich während des hier zu beratenden Zeitraumes zwar studiert habe, doch nicht in Leipzig. Meine Universitäten waren vielmehr Jena und Berlin. Aber war es eigentlich nicht egal an welchem Ort man, wie es heute offiziell

und alles nivellierend heißt, in einem »autoritären System«, einer »Diktatur« studierte? War nicht alles und jedes »gleichgeschaltet«? Wir Studenten der frühen 1950er Jahre empfanden dies keineswegs so. Wir waren in Jena »momentan Klausianer« geworden, wie wir im Anschluß zu Engels' bekannter Bemerkung über sein und Marxens frühes Verhältnis zu Feuerbach gern betonten. Die in Leipzig von Ernst Bloch vertretene Philosophie konnte uns folglich nicht sonderlich nahe stehen. Das galt namentlich seit der Jenenser Logik-Konferenz des Jahres 1951, auf der Bloch unsere Leib- und Magenwissenschaft, die mathematische Logik, eine »dürre Abdankung der Philosophie« genannt hatte. Das war als hätte man unsere Regimentsfahne besudelt, das Erkennungszeichen unseres Jenenser Studentenhaufens, das, was unsere philosophische Ausbildung von der in Leipzig und Berlin so auffällig unterschied. Dabei verstanden wir von mathematischer Logik eigentlich recht wenig, nur so viel etwa, wie in dem Buch »Grundzüge der theoretischen Logik« von David Hilbert und Wilhelm Ackermann auf den ersten dreißig Seiten zu erfahren war. Wer von uns Studenten über diese magische Grenze hinaus in dieses Buch eingedrungen wäre, für den hatte unser Lehrer Georg Klaus begehrenswerte Buch- oder Geldprämien in Aussicht gestellt. Doch nie war Klaus in die Verlegenheit geraten, sich von seinen potentiellen Gaben tatsächlich trennen zu müssen. Unser institutsspezifisches Wissen war also alles andere als umfangreich oder tiefergehend, wohl aber damals unter Philosophen, zumal solchen der DDR, selten.

Meinem Jenenser Studium waren Turbulenzen vorausgegangen. Der Direktor der »Oberrealschule für Jungen« in Schmalkalden erklärte mir nach dem Abitur 1948 kurz und bündig: »Herr Wittich, bei Ihnen setzen wir uns gar nicht erst für einen Studienplatz ein. Sie gehen ohnehin nach Westdeutschland. Schließlich ist Ihr Onkel ja in Göttingen Mathematikprofessor.« Das war das Aus für meinen Wunsch, Mathematik und Chemie mit dem Ziel des höheren Lehramtes zu studieren. Wollte man dennoch Lehrer werden, so bot mein Heimatort eine

einzigste Alternative: Die Pädagogische Fachschule für Russisch. Frau Budgin, die Leiterin unseres Kurses, empfing mich dort allerdings mit den Worten: »Uschasno (d. h. schrecklich), Herr Wittich, wenn ich Ihren Vater nicht kennen würde, würde ich hier sofort kündigen«. Ein Jahr vorher war ich nämlich aus dem sprach- in den naturwissenschaftlichen Zweig der beiden Abiturklassen geflohen, allein deshalb, weil der naturwissenschaftliche Zweig noch frei von russischer Sprache war. Damit hatte ich aber Frau Budgin zutiefst brüskiert, war sie doch auch auf der Oberschule meine Lehrerin gewesen. Nachdem ich noch ein Jahr Russisch parallel an zwei Dorfschulen meines Heimatkreises recht und schlecht unterrichtet hatte, wurde ich endlich zum Studium in Jena zugelassen. Natürlich zu dem der Pädagogik, mit den Fächern Slavistik und Geschichtswissenschaft.

Als ich mein Studium antrat, hatte ich kaum eine Vorstellung davon, wie es an einer Universität zugeht. Lediglich der bekannte Spruch »In Jene lebt's sich bene« verhielt mir ein wenig Orientierung. Mein Vater, der als Volksschullehrer ein Leben lang darunter gelitten hatte, keine akademische Ausbildung erfahren zu haben, redete mir ein, ich müsse jedem Professor, dessen Hörer ich zu werden wünsche, einen Antrittsbesuch in seiner Wohnung abstatten. Davor graute mir sehr: Er gab mir ins Einzelne gehende Ratschläge, welche Tageszeit für einen solchen Besuch die beste wäre, wie ich mich dabei zu benehmen oder welche meiner beiden Hosen und welches meiner drei Hemden ich dabei tragen sollte. Keinesfalls dürfe ich das einstige HJ-Hemd wählen, da es wegen der miserablen Nachkriegsfärbung seine ursprüngliche Bestimmung kaum zu verbergen vermöge. Kurz, mein Vater hatte mir das Universitätsleben als eine höchst exotische Angelegenheit nahezubringen versucht, die mit meinem bisherigen Dasein kaum etwas gemein hatte. Derart auf akademische Merkwürdigkeiten der verschiedensten Art durchaus gefaßt, überraschte es mich doch, als zur allerersten Vorlesung, die ich in Jena besuchte, der Professor auf einem Lehnstuhl in den Saal getragen wurde. Weniger verwunderte mich, daß es ausgerechnet vier Frauen waren, welche, jede auf ein Stuhlbein verteilt, die Last trugen und dabei ihren Herren voller Ehrfurcht anblickten. Wir lebten damals ja noch im tiefsten Patriarchat. Für einen Augenblick wähnte ich, daß der Lehnstuhl eigentlich eine Sänfte hätte sein sollen, eine solche aber in der Not der Nachkriegsjahre nicht

aufzutreiben gewesen wäre. Auch war ich mir nicht sicher, ob der Lehnstuhl nicht in Wahrheit ein Lehrstuhl sei. Dann wurde mir jedoch klar, daß der Professor sehr krank sein mußte, aber seine akademischen Pflichten dennoch nicht versäumen wollte. Im folgenden Jahr schon ist er verstorben. Es war der bekannte Slavist Reinhold Trautmann (1883–1951).

Ab 1951 schon arbeitete ich mit etwa einhundert weiteren Studenten als Hilfsassistent im eben gegründeten »Gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudium«. Diese Tätigkeit lenkte meine Aufmerksamkeit auf einen unscheinbaren Zettel am Schwarzen Brett der Uni. Er sollte nun mein weiteres akademisches Schicksal lenken. Klaus forderte auf diesem Zettel Studenten beliebiger Institute auf, sich in die Fachrichtung Philosophie umschreiben zu lassen. Von der ganzen Uni kam nur eine Person dieser Aufforderung nach, und die war ich.

Mit Georg Klaus kam ich dann, zusammen mit weiteren fünf Jenenser Philosophiestudenten, 1953 an die Humboldt-Universität. Der Bayer Georg Klaus hatte eine solche Hausmacht als Bedingung für seine Übersiedlung nach Berlin gefordert, und der damalige Prorektor für Studienangelegenheiten der Humboldt-Universität, Robert Havemann, hatte dem auch zugestimmt. An der Humboldt-Universität habe ich dann mein Diplom abgelegt, promoviert und mich habilitiert, bis ich dann 1966, genau 100 Jahre nach der Schlacht von Königgrätz, nach Leipzig kam, also in eine Stadt, die nicht nur 1866 allem aus Preußen Kommenden eher reserviert gegenübergestanden hatte. Die Gefahr, sozusagen als »Preuße« an einer sächsischen Universität der verspäteten »Rache für Sadowa« eines Napoleons III. ausgeliefert zu sein, schien mir jedenfalls nicht gänzlich gebannt. (»Sadowa« war die u. a. in Frankreich übliche Bezeichnung der Schlacht von Königgrätz. »Rache für Sadowa« war eine der Losungen, mit der der französische Kaiser Napoleon III. seine Landsleute 1870 für einen Krieg gegen Preußen-Deutschland zu begeistern suchte.) Daß meine Vorfahren als Kurhessen damals auch erst zwangsweise zu Preußen erklärt worden waren, interessierte nun niemand mehr, auch nicht, daß mein Großvater, was das Militärische und die Verwaltung betraf, immerzu und eher verächtlich von den »Preußen« sprach, als einer quasi fremden Macht, der man sich leider habe beugen müsse. Ich kam aus Berlin und das besagte für manchen 1966 nicht alles, aber doch viel. In Berlin hatte mir Walter Jopke zum Abschied noch mit

auf dem Weg gegeben, er sei gepannt, ob Leipzig mich oder ich Leipzig besiege. Ich glaube, es lief auf einen insgesamt erfreulichen Kompromiß hinaus.

Ich hatte also in der frühen DDR das Glück, mehrere Universitäten und mehrere Fachrichtungen erleben zu können, wofür ich bis heute dankbar bin. Auf zwei Besonderheiten meiner Studentenzeit während der ersten Hälfte der 1950er Jahre in Jena und Berlin möchte ich nun etwas näher eingehen.

1. Eine erste Besonderheit meines Studiums bestand darin, daß ich in den Fächern Pädagogik und Philosophie an Fachrichtungen studierte, in deren Lehrkörper auffallend viele Dozenten waren, die sich in der Zeit des Faschismus widerspenstig verhalten und oft sogar offenen Widerstand geleistet hatten. Am Berliner Institut für Philosophie war das Mitte der 1950er Jahre sogar nahezu ausnahmslos der Fall. Hermann Scheler, Georg Klaus kamen aus dem KZ Mauthausen bzw. Dachau, Walter Besenbruch und Klaus Zweiling waren im Zuchthaus gewesen, Wolfgang Harich hatte als Deserteur illegal in Berlin gearbeitet, Wolfgang Heise war aus rassistischen Gründen in einem Sonderlager der Organisation Todt eingesperrt gewesen, Heinrich und Maria Simon hatten als sogenannte »Volljuden« in ständiger Lebensgefahr geschwebt. Dabei war politisch der Berliner Lehrkörper keineswegs nur aus Mitgliedern der einstigen KPD zusammengesetzt. So hatte Hermann Scheler vor 1933 zunächst der SAP und dann der KPO angehört, weil er auf Betreiben auch von Klaus Zweiling Anfang der 1930er Jahre wegen zu starker kommunistischer Neigung aus der SAP verbannt worden war. Nun lehrten sie gemeinsam am gleichen Institut marxistisch-leninistische Philosophie. Bei den Angehörigen eines solchen Lehrkörpers mußte geradezu spontan Sympathie gegenüber der Sowjetunion als ihrer Befreierin und damit auch zur DDR vorherrschen. Dies ungeachtet dessen, daß beispielsweise Klaus unentwegt wegen irgendwelcher bürokratischer Versäumnisse kritisiert wurde oder Hermann Scheler und Klaus Zweiling sich zu rechtfertigen hatten, warum sie vor 1933 Linksparteien angehört hatten, die nicht bedingungslos nach der Moskauer Pfeife tanzen wollten und die nun nicht mehr als koscher galten. Aber solche Trübsal trat bei ihnen hinter der Befreiung aus faschistischem Joch deutlich zurück.

Am 17. Juni 1953 stand für sie deshalb nicht der Protest gegen politische Willkür im Vordergrund, sondern daß damit zugleich eine endlich begonnene sozialisti-

sche Lebensweise, die sich den erlebten kapitalistischen Imponderabilien bewußt zu entziehen suchte, zutiefst bedroht schien. Nur von einem solchen persönlichen und geschichtlichen Hintergrund her ist zu verstehen, daß ich Georg Klaus am Morgen des 18. Juni 1953, als vor unserem Jenenser Institut ein sowjetischer Panzer wachte, nicht nur die Worte sprechen hörte: »Genosse Wittich, ich glaube, wir können die Parteiabzeichen wieder anlegen«, sondern auch: »Es gibt historisch Augenblicke, wo ein sowjetischer Panzer einen ästhetisch stärkeren Eindruck als ein Gemälde von Rubens auszulösen vermag«.

Wir Studenten waren jedenfalls stolz, von Lehrern unterrichtet zu werden, die in der eben erst überwundenen faschistischen Zeit, die damals noch in aller Erinnerung war, sich so aufrichtig verhalten hatten. In Berlin empfand ich es geradezu als persönliches Glück, zu den Senatswahlen am 5. Dezember 1954 in Westberlin der Gruppe um Robert Havemann, einem von den Nazis zum Tode verurteilten Antifaschisten, angehören zu dürfen. Havemann stritt damals für die SED im Wahlkreis Spandau-West um einen Abgeordnetensitz.

Zusammen mit Siegfried Wollgast, der auch aus Jena kam und später zu einem bekannten Spezialisten für die Geschichte der frühbürgerlichen Philosophie wurde, suchten wir Wähler in ihren Wohnungen oder, was in dem uns zugewiesenen Kietz damals noch verbreitet war, in ihren Gartenlauben auf. Der Empfang war meist freundlich, zumal dann, wenn in der Eile der Vorstellung die von uns besuchten Westberliner Bürger statt »Wir kommen von der Es E De ...« verstanden »Wir kommen von der Es Pe De ...« Dann hieß es, »Kommen Sie doch zu einer Tasse Kaffee herein« usw. Sobald der Hörfehler aufgeklärt war, konnte die Lage für uns recht mulmig werden. Einmal verwies man uns augenblicklich der Wohnung und drohte mit der Polizei. Unsere wichtigste »Erkenntnis« aus diesen Einsätzen war: In Mehrfamilienhäuser stets zuerst die Mieter der obersten Etage aufsuchen und dann Etage für Etage nach unten gehen, um nicht beim Rückweg böse Überraschungen erleben zu müssen. Mit unserem Studium hatte das freilich nicht allzuviel zu tun.

Doch waren die politischen Aufträge, die uns als Studenten der Humboldt-Universität erreichten, unvergleichlich anregender, als es das in Jena geübte politische Trockenschwimmen sein konnte. Es hatte sich bald in gegenseitigen Verdächtigungen und Kritteleien ausgetobt.

Mehrfach wurden im Studienjahr 1952/53 Kommilitonen meiner Seminargruppe scharfer politischer Kritik unterzogen. Das geschah stets auf Drängen des Sekretärs der SED-Universitätsparteileitung, Manfred Wagenhaus. Als »Parteiorganisator des ZK der SED« war er für uns politisch wenig erfahrene und hinsichtlich der Verbrechen des Stalinismus völlig unkundige Studenten eine Autorität. Gegen ihn kam folglich auch der längst emeritierte Professor der Philosophie Paul F. Linke (1876–1955) nicht an, als er uns Studenten einmal bei einem Besuch des Instituts ermahnte, miteinander im Sinne des von Karl Marx gewollten Humanismus umzugehen. Skrupel gegenüber einem immer wieder erlebten politisch repressiven Vorgehen galten nicht nur anderen, sondern leider auch uns Studenten selbst als »kleinbürgerlich«. In einem Fall habe ich meine Zustimmung zu einem Antrag auf Exmatrikulation seelisch überhaupt nicht verkräften können. Es handelte sich um Michael Wegner, der später Slavistik-Professor und sogar Nationalpreisträger der DDR wurde. Er wurde damals vom Studium verbannt, weil er nach Meinung von Wagenhaus zu viel Sport treibe und sich deshalb politisch zu wenig engagiere. Ich werde niemals den enttäuschten Blick »Mischas« vergessen, den er mir angesichts auch meiner Zustimmung zuwarf. Ich schwor mir, bei so etwas nie wieder mittun zu wollen. Ob ich einen solchen Schwur eingehalten hätte, bezweifle ich. Der »Neue Kurs« der SED-Führung ersparte mir zum Glück die Probe. Diese Repressionen und die mit ihnen bei manchem Mittäter ausgelösten quälenden moralischen Selbstzweifel waren umso verwerflicher, als sie in zumindest einem Fall, wie ich weit später erfuhr, nur aus dem Grund inszeniert worden waren, um einen für eine gewünschte »Republikflucht« ausgesuchten Studenten ein politisches Alibi zu verschaffen. In Berlin jedenfalls erschien uns ehemaligen Jenenser Studenten die politische Atmosphäre weit ungewzwungener und vor allem deutlich stärker auf tatsächliche Gegner einer sozialen Umgestaltung gerichtet.

Das belegt auch eine politische Aktion an der TU Berlin-Charlottenburg, die bereits am 19. Juli 1954, also vor den Wahlen, stattfand. Der damalige Bundeskanzler Konrad Adenauer sollte seitens dieser Universität mit einem Ehrendoktor geehrt werden. Da Westberlin offiziell nicht zur BRD gehörte, mißfiel dies der SED-Führung. Sie sann auf Gegenaktionen. Deshalb ließ sie ca. einhundert »Einlaßkarten« zur Adenauer-Veranstaltung

fälschen und verteilte sie an ebensoviele Studenten unserer Universität. Man sagte uns noch, daß sich die echten Karten von den unsrigen nur dadurch unterscheiden, daß erstere auch innen gelb gehalten sind, während wir Karten ausgehändigt bekamen, die nur eine gelbe Deckschicht besaßen. Aber solcherlei Feinheiten hätten nur dann eine Rolle spielen können, wenn die Karten bei der Kontrolle angerissen worden wären. Das war aber nicht der Fall. Daß wir nur mit gefälschten Karten den Ort der Ehrenpromotion betreten konnten, bekümmerte uns nicht im mindesten. Gefälschte Dokumente zählten damals zu den eher gewöhnlichen Mitteln, wie sie jede der beiden Seiten, die sich in Berlin politisch bekämpften, einsetzten. Mit unseren Pseudo-Eintrittskarten fanden wir uns jedenfalls als erste im Großen Physikalischen Hörsaal der TU ein, der insgesamt vielleicht dreihundert Plätze umfaßte. Der Saal füllte sich bis auf den letzten Platz, aber zur großen Überraschung für die Veranstalter standen vor der Tür immer noch Dutzende von Besuchern, die ihre Einladungskarten schwenkend, lauthals Einlaß begehrten. Da wir die pünktlichsten »Gäste« gewesen waren, baten uns nun Verantwortliche der TU, ihnen bei der Absperrung des Saales zu helfen. Wir taten das gern. Dann kam Adenauer und wurde seitens der Studenten eher verhalten begrüßt, von uns Ostberliner Studenten selbstverständlich gar nicht. Der damalige Bundeskanzler redete nun ein paar Sätze, von denen mir nur einer in Erinnerung geblieben ist, nämlich, daß ein selbsterarbeiteter Dokortitel auch etwas wert sei. Wir warteten auf das Stichwort für unseren geplanten »spontanen« Aufbruch. Das sollte allerdings nicht von Adenauer kommen, sondern von Hermann Kant. Es lautete »Nieder mit der EVG!« (EVG = Europäische Verteidigungsgemeinschaft). Als Kant diese Worte endlich in den Saal rief, brachen wir tumultartig auf. Ich hatte mich vorsichtshalber in die Nähe der Ausgangstür gesetzt und war der allererste, der die Pfortnerloge erreichte. Ein Polizist sprang heraus und rief mir zu, ob die Veranstaltung mit dem Bundeskanzler schon beendet sei. Sie hatte ja erst vor etwa fünfzehn Minuten begonnen. Ich bejahte, rannte zum S-Bahnhof und war heilfroh, als ich wieder die ärmlichen Auslagen in den Geschäften am Bahnhof Friedrichstraße erblickte.

Eine solche Randalie empfanden wir als eine willkommene Abwechslung im grauen Studienalltag, von der wir noch lange erzählten. Politisch war sie eher kontra-

produktiv, so konnte man schwerlich Freunde an den Westberliner Universitäten gewinnen. Es war eine typische KPD-Aktion, wie sie für die Zeit bis 1955 nur allzugut bekannt waren: aufsehenerregend, aber völlig nutzlos. Für uns Akteure traf das allerdings nicht zu: Wir hatten fortan vor der von uns überlisteten Westpolizei weniger Angst. Für ein paar Tage konnten wir uns sogar als richtige kleine Helden fühlen.

2. Mit der oben skizzierten Besonderheit meines Studiums, nämlich von Verfolgten des NS-Regimes unterrichtet zu werden und es ihnen unter den Bedingungen unserer Zeit ein wenig gleichtun zu wollen, war allerdings eine weitere fast zwangsläufig verbunden. Sie wurde bei mir durch die erstgenannte Besonderheit überschattet und ist mir als etwas, das gleichfalls unsere akademische Ausbildung deutlich beeinflusst hat, erst viel später bewußt geworden ist. Ich wurde nämlich in der Philosophie (wie früher schon in Pädagogik) fast ausnahmslos von Lehrern unterrichtet, die erst zwei oder drei Jahre zuvor mit einem akademischen Amt betraut worden oder zum ersten Mal in ihrem Leben überhaupt an eine Universität gelangt waren. Es waren Lehrer, denen allesamt die wissenschaftlich und methodisch außerordentlich wichtigen Assistentenjahre ebensowenig vergönnt gewesen waren, wie etwa ein langjähriger vertrauter Umgang mit einem erfahrenen Ordinarius. Wissenschaftlich gesehen waren sie so etwas wie Waisenkinder. Manche unter ihnen, wie z. B. Hermann Scheler, hatten nicht einmal ein Gymnasium besuchen können, andere, darunter auch Georg Klaus, hatten nur wenige Semester studiert. Die wenigen, die einen Hochschulabschluß aus der Zeit vor 1945 besaßen, hatten diesen oft für ein ganz anderes Gebiet erreicht, als es das war, was sie nun zu lehren hatten. Am auffälligsten war das wohl bei Hermann Ley, einem 1944 in Leipzig promovierten Zahnmediziner, der nun als eine Art marxistischer Naturphilosoph mit dem wenig schmeichelhaft gemeinten Ruf leben mußte, er wäre, was selten genug geschehe, auf gleich zwei wissenschaftlichen Gebieten »der Größte«, nämlich der größte Philosoph unter den Zahnärzten und der größte Zahnarzt unter den Philosophen.

Ein einigermaßen »normales« akademisches Leben lernte ich nur bei den Jenenser Historikern kennen. Zwar waren auch hier zwei meiner drei akademischen Lehrer, nämlich Karl Griewank und Hugo Preller, erst nach 1945 zu Professoren berufen worden, aber sie hat-

ten sich in ihrem bisherigen Leben vorwiegend mit Wissenschaft beschäftigen können. Hingegen war mein dritter akademischer Lehrer bei den Historikern, Friedrich Schneider, schon seit 1924 Professor für »Mittlere und Neuere Geschichte«. Er schien inzwischen so unauflöslich mit seinem Spezialgebiet verwachsen zu sein, daß er von uns Studenten stets nur »der Dante-Schneider« genannt wurde.

Die zwangsläufige Unerfahrenheit unserer philosophischen Lehrer hingegen in wissenschaftlicher und hochschulpädagogischer Arbeit hat besonders methodisch die Arbeit noch Jahrzehnte beeinträchtigt. Unsere damaligen Lehrer bauten mit großem persönlichen Elan sozusagen auf der grünen Wiese eine marxistisch-leninistische Philosophie auf. Manche von ihnen waren dabei auch wegen ihrer geringen wissenschaftlichen Erfahrungen viel zu stark auf »unerschütterbare Wahrheiten« oder »hehre Vorbilder« angewiesen, als dies theoretischem Denken eigentlich zuträglich sein konnte. Im strengen Sinne hatte deshalb in der jungen DDR auch kein, wie man es mitunter vernimmt, philosophischer Paradigmenwechsel stattfinden können. Es wurde vielmehr ein vorwissenschaftliches und deshalb vorparadigmatisches Denken mühevoll in ein lehr- und denkmäßig einigermaßen handhabbares Muster überführt. Einen tatsächlichen philosophischen Paradigmenwechsel hätte es dann gegeben, wenn gestandene Vertreter des Neukantianismus, der Lebensphilosophie oder des Neopositivismus zu marxistischen Positionen übergetreten wären. Sie hätten dann alles an theoretischer Erfahrung, methodischem Können, philosophischer Problemsicht, was sie vor ihrer Konversion erworben hatten, dem Marxismus sozusagen als Morgengabe überreicht. Nur das war damals in der DDR nicht der Fall.

Was der jungen DDR-Philosophie durch die genannte Eigenerart ihrer Herausbildung intellektuell zunächst verlorenging, zeigt auf seine Art ein Buch des Jenenser nicht-marxistischen Philosophen Paul F. Linke. Linke lebte während meiner Studentenjahre noch und lehrte sogar noch. Letzteres habe ich, obwohl ich am Jenenser Philosophischen Institut studierte, damals aber nicht einmal gewußt. Das Buch, an dem er damals schrieb, trug den Titel »Niedergangerscheinungen in der Philosophie der Gegenwart. Wege zu ihrer Überwindung« (München 1961). Es macht in eindrucksvoller und einsichtiger Weise auf konzeptionelle, methodische und

sprachliche Mängel aufmerksam, wie sie in der damaligen nichtmarxistischen Philosophie weit verbreitet waren. Aber keineswegs nur dort! Für alle Kritikpunkte Linkes, angefangen von einem mangelndem philosophischen Problembewußtsein bis hin zu einer semantisch unsaubereren, zu Forschungszwecken ungeeigneten Sprache, hätte die damals gelehrte marxistisch-leninistische Philosophie nicht auch, sondern sogar noch weit mehr sein Adressat sein können und müssen. Das wird sofort einsichtig, wenn man die damals in der DDR weit verbreiteten Schriften von F. I. Chaßchatschich »Über die Erkennbarkeit der Welt« (Berlin 1949) und »Materie und Bewußtsein« (Berlin 1955) den von Linke vorgetragenen Maßstäben theoretischer Arbeit unterwirft. Es tut sich geradezu ein intellektueller Abgrund auf. Es brauchte vieler Jahre, um ihn wenigstens einigermaßen zu überbrücken. Allein schon der oft sehr unsaubere und ungelenke Umgang mit Begriffen und Termini, der bald in der DDR-Philosophie einsetzte, zeigte, daß die mangelnde Professionalität des philosophischen Denkens bei Chaßchatschich weithin die des damaligen Marxismus-Leninismus überhaupt war.

Dieser Umstand wie das für die betrachtete Zeit viel beklagte dogmatische Denken hatten aber m. E. in der frühen DDR nicht nur politische und methodologische, sondern auch höchst personelle Gründe. Ein neu in die Wissenschaft geworfener Lehrer muß viel häufiger zu dem scheinbaren Rettungsring dogmatischer Verkündigung und ewiger Wahrheit greifen, als das ein alter, sozusagen gestandener »Hase« nötig hat. Sehr offensichtlich erlebte ich das in Jena bei dem Historiker Felix Gentzen, der später nach Leipzig wechselte. Er war erst in der sowjetischen Gefangenschaft für den Marxismus gewonnen worden, bis dahin aber Berufsoffizier bei der Artillerie gewesen. In Jena hatte er nun das Fach »Geschichte der UdSSR« zu unterrichten. Nahezu sklavisch hielt er sich an das eben in deutscher Übersetzung erschienene Lehrbuch von A.M. Pankratowa – nicht, weil Felix Gentzen ein geborener Dogmatiker war, sondern weil ihm auf Grund seines bisherigen Lebenslaufes damals gar keine andere Chance blieb.

Solche Mängel im damaligen akademischen Unterricht hinterließen bei den Studenten auch unbeabsichtigte Folgen. Sie vermittelten eine Vorstellung von wissenschaftlicher Arbeit, die deutlich unter dem lag, was geisteswissenschaftliche Forschung tatsächlich an fachlichen Kenntnissen, methodischem Können oder Fleiß

verlangt. So war es nicht nur jugendlichem Wagemut geschuldet, als mir Harald Wessel, der in Jena gleichfalls Pädagogik studierte und später ein bekannter Journalist wurde, etwa 1951 vorschlug, wir sollten während der nächsten Semesterferien endlich eine marxistische Theoriengeschichte der Pädagogik schreiben. Daraus konnte natürlich nichts werden.

Georg Klaus, der es sicher am wenigsten nötig gehabt hätte, gestand während meiner Studienzeit die wissenschaftlichen Lücken, wie sie seinem bisherigen Lebensweg geschuldet waren, offen ein. Jedenfalls hörte ich von ihm mehrmals, daß er seine Professur nur auf »Kredit« erhalten habe; diesen habe er erst noch abzuzahlen. Ich habe eine solche nüchterne, wenn auch zweifellos untertriebene Bewertung der persönlichen wissenschaftlichen Arbeit niemals wieder erlebt, obwohl das einige seiner Kollegen weit nötiger gehabt hätten. Niemals hat Georg Klaus, wenn es um seine wissenschaftliche Reputation ging, die erlittene KZ-Haft auch nur ansatzweise ins Spiel gebracht, abgesehen vielleicht davon, daß er zusammen mit Kurt Schumacher inhaftiert gewesen sei. Diese kritische, nur die tatsächliche erbrachte wissenschaftliche Leistung gelten lassende Einstellung gegenüber sich selbst, erklärt den schließlich selbstmörderischen Arbeitsenthusiasmus von Klaus, der bereits 1974 im Alter von nur 61 Jahren verstarb. Doch war er auch der erste marxistisch-leninistische Philosoph der DDR, dem man in der BRD Respekt zollen mußte.

An dieser Stelle erhebt sich allerdings die Frage, ob auf die Erfahrungen der bisherigen Professoren der Philosophie ziemlich radikal verzichtet werden mußte, um geschichtlich über die kapitalistische Gesellschaft hinausgehen zu können. Diese Frage erscheint um so berechtigter, als nach 1945 personell ein philosophischer Elitewechsel zunächst nur sehr punktuell und keineswegs umfassend möglich war (etwa im Unterschied zu dem, was nach 1989 in ostdeutschen Hochschulen geschah). Verdrängung der alten Professorenschaft konnte zunächst oft nur bedeuten, den Platz für eine nur allmählich heranwachsende neue Elite freizumachen. Trotz dieses Tatbestandes kann die eingangs gestellte Frage weder mit einem klaren Ja noch mit einem eindeutigen Nein beantwortet werden.

Angesichts der historisch beispiellosen Verbrechen des deutschen Faschismus mußte man nach 1945 auch in Westdeutschland besonders aktive und fanatisierte

NS-Professoren entlassen. Deren weiterer Verbleib an einer Universität hätte dieser selbst den Schein eines wie immer benannten Neuanfangs genommen. Ein solcher akademischer Lehrer war z. B. an der Universität Greifswald der Professor der Philosophie Hermann Schwarz (1867–1951). Schwarz war seit 1923 Mitglied der NSDAP gewesen und hatte diese in vielen Publikationen, wie etwa 1933 in seinem Buch »Nationalsozialistische Weltanschauung. Freie Beiträge zur Philosophie des Nationalsozialismus aus den Jahren 1919–1933«, aktiv ideologisch gefördert. Er propagierte einen religiös verbrämten Faschismus. Da Schwarz 1922/23 sogar Rektor der Universität Greifswald gewesen war, wird heute darüber gestritten, ob man sein Porträt aus dem Konzilsaal, wo es übrigens auch zu DDR-Zeiten unbehelligt neben den Bildern anderer Rektoren hing, endlich entfernen soll.

Doch so eindeutig wie bei Hermann Schwarz offenbarte sich 1945 die politisch-ideologische Vergangenheit manches anderen Philosophieprofessors keineswegs. In Jena hatte bis 1948 Hans Leisegang (1890–1951) Philosophie gelehrt. Er war in der NS-Zeit zeitweise (1937–1941) von seinem Amt als Professor aus politischen Gründen suspendiert worden, da ihm die Nazis zu proletarisch erschienen waren. Dennoch konnte dieser höchst konservative Gelehrte sicher nicht an der Universität eines Landes weiter lehren, dessen erklärtes und historisch gerechtfertigtes Ziel es war, breite Volksschichten sozial zu befreien. Denn Leisegang hatte ihnen in der Gesellschaft den Platz zugewiesen, für immer Dienstboten einer Oberschicht zu sein.

Anders verhielt es sich mit dem damals jungen Jenenser Philosophieprofessor Max Bense (1910–1990). Er half nach 1945 mit großem persönlichen Einsatz der Universität, ihr faschistisches Erbe zu überwinden. Doch 1949 verließ dieser versierte Semiotiker und Wissenschaftstheoretiker die Universität und ging nach Westdeutschland. Von seinem späteren Leben her darf vermutet werden, daß ein wichtiger Grund hierfür ein autoritärer, undemokratischer und intellektuell oft sehr anspruchsloser Arbeitsstil war, der sich damals in Ostdeutschland nach sowjetischem Vorbild immer stärker ausbreitete. Philosophen wie Bense waren sicher keine grundsätzlichen Gegner einer sozialen Bewegung zum Sozialismus hin, wohl aber einer solchen, die demokratische Entscheidungen und Beratungen autoritären Strukturen, den wissenschaftlichen Diskurs dogmatischen Festlegungen opferte. Solchen Philosophen

geschah nach 1945 ebenso Unrecht wie später jenen früheren DDR-Wissenschaftlern, die deshalb aus den Hochschulen verdrängt wurden, weil sie die Vorzüge der DDR gegenüber der BRD höher als die der BRD gegenüber der DDR gewertet und entsprechend in ihrem Leben gewirkt hatten. Wurden im Falle der Nazi-Professoren (metaphorisch gesprochen) Vertreter der absoluten politischen Falschheit von den Hochschulen entfernt, so ersetzen in Ostdeutschland in den Jahren nach 1989 Repräsentanten einer relativen politischen Wahrheit die Vertreter einer anderen. Dabei war das Wahrsein der ersten mit dem Falschsein der zweiten inkompatibel und das Wahrsein der zweiten mit dem Falschsein der ersten. Die moralische Fragwürdigkeit eines solchen Vorgangs liegt auf der Hand.

Kommen wir aber auf die Jahre nach 1945 noch einmal zurück: Jene Philosophieprofessoren, deren Denken fundamentalen sozialen Veränderungen entgegenstand, konnten schwerlich einen Platz an ostdeutschen Universitäten beanspruchen. Doch nicht wenige der damals entlassenen, in die akademische Bedeutungslosigkeit oder nach Westdeutschland verdrängten Professoren der Philosophie und anderer Gesellschaftswissenschaften (etwa der Wirtschaftswissenschaften, der Jurisprudenz oder der Pädagogik) scheiterten an einem ungefestigten und unsicheren politischen System, das dogmatisch, autoritär sowie intellektuell oft unterhalb gewohnter akademischer Normen agierte.

Aber hätte die DDR-Philosophie auch nur die Chance gehabt, ihr längst vorhandenes, wenn auch damals nur ansatzweise beherrschtes marxistisches Paradigma später immer besser ausfüllen und sich dabei zunehmend »verwissenschaftlichen« zu können, wenn sie zunächst nicht in einem intellektuellen Schutzraum hätte leben können? Ihr insgesamt höchst mangelhaftes theoretisches und methodisches Niveau ist zudem keineswegs allein den damals tonangebenden kommunistischen und marxistisch-leninistischen Kreisen geschuldet. Denn die bürgerliche Gesellschaft – damals wie heute – toleriert im günstigsten Fall ein paar akademische Fundamentalkritiker des Kapitalismus, aber sie bildet keinesfalls die für eine postkapitalistische Gesellschaft benötigten Intellektuellen gezielt und in einem ausreichenden Maße aus. Auch deshalb wird der Übergang von einer kapitalistisch dominierten Gesellschaft zu einer sozialistischen immer wieder im intellektuellen Bereich zu Brüchen, auch zu Tragik führen. Aber

war das selbst bei einer gewöhnlichen theoretischen Umwälzung bzw. Revolution in der Wissenschaft jemals anders?

Wie die Dinge nun einmal in Ostdeutschland nach 1945 gelaufen waren, blieb für die neu an die Universität berufenen philosophischen Lehrkräfte als Ausweg vielfach nur die nachholende wissenschaftliche Qualifizierung. Als Studenten erlebten wir diese in teils belustigender, teils tragischer Weise. Wolfgang Harich etwa hielt im Studienjahr 1953/54 im Auditorium maximum der Humboldt-Universität eine brillante Vorlesung über Hegel, mittels der er nicht zuletzt die Damenwelt entzückte. Diese Veranstaltung fand ja in der Zeit statt, als Wolfgang Harich für den Aufbau-Verlag gerade das Buch »Der junge Hegel« von Georg Lukács lektorierte. Zusätzlich zu dieser Vorlesung oblag es ihm, für ein Semester noch eine einstündige Vorlesung über den französischen Materialismus zu absolvieren. Für diese blieb ihm weder Zeit noch war er durch seine bisherigen Studien auf eine solche Veranstaltung sonderlich vorbereitet. So verkündete er uns zu ihrem Beginn forsch: »Meine Damen und Herren, ich kenne zur französischen Aufklärung keine bessere Darlegung als das Werk von Hermann Hettner ›Literaturgeschichte des 18. Jahrhunderts‹.

Hettner (1821–1882) hatte dieses Werk zuerst von 1856 bis 1870 herausgegeben und in dessen zweitem Teil das Thema »Aufklärungsideen in Frankreich« behandelt. Nachdem Harich uns über Hettners Arbeit knapp informiert hatte, fuhr er fort: »Hettners Werk ist heute schwer zu beschaffen. Deshalb habe ich beschlossen, es Ihnen im Laufe dieses Semesters vorzulesen«. So las uns Harich mehrere Monate lang lediglich das Buch von Hettner vor. Wir Studenten aber kamen via Harich zu dem gewiß seltenen Genuß, über siebzig Jahre nach dem Tod eines bedeutenden Gelehrten noch seiner Vorlesung beigewohnt zu haben.

Zum Tragisch-Komischen schon zählte die Vorlesung über »Dialektischen Materialismus« von Kurt Hager, der neben seiner Arbeit im ZK der SED auch noch eine Professur an unserem Institut innehatte. Da er oft zu seiner Vorlesung verhindert war, hatte ein junger Assistent diese im Auditorium maximum der Universität zu verlesen. Ich hatte dies nach dem XX. Parteitag der KPdSU zu erledigen. Das Vorlesungsmanuskript brachte Minuten vor Beginn der Lektion ein Mitarbeiter des ZK angeschleppt. Dank des zu verlesenden Manuskripts sah ich nun, wie Kurt Hager den XX. KPdSU Parteitag für sich ausgewer-

tet hatte. Überall, wo die Namenskombination »Marx, Engels, Lenin« auftauchte (und das war nahezu auf jeder Seite der Fall), fand sich am Ende immer ein dicker Tintenstrich, mit dem offensichtlich ein weiterer Name unkenntlich gemacht worden war. Das war alles, was dieser national und international folgenreiche Parteitag in der Vorlesung eines damals schon einflußreichen Parteideologen vorerst an Spuren hinterlassen hatte.

Als ausgesprochen tragisch nun empfand ich folgendes Ereignis. In Berlin hatte sich Klaus von Kollegen zu einer Vorlesung über logische Grundlagen der Mathematik drängen lassen, wenn auch mit einem Zusatz, der übertriebene Erwartungen abwehren sollte. Der einschränkende Zusatz lautete: »für Philosophen«. Damit glaubte Klaus sich auf ein rein internes Unternehmen unseres Instituts eingelassen zu haben, das außerhalb desselben niemand interessieren würde. Was Klaus aber nicht wußte, war, daß damals an der Humboldt-Universität, was Vorlesungen über Mathematik betraf, eine Art akademische Hallstein-Doktrin galt: Zu solchen Vorlesungen seien ausschließlich berufene Professoren der Mathematik befugt. Ein solcher war Klaus selbstverständlich nicht. Schon zu Klaus' zweiter Vorlesung erschien, umgeben von seinen Assistenten, der Ordinarius für Grundlagen der Mathematik an der Universität, Karl Schröter, ein Schüler von Heinrich Scholz aus Münster. Nach kurzem Hinhören stellte er angesichts aller Studenten an Georg Klaus examinierende Fragen, wie »Herr Professor Klaus, wie kommen Sie eigentlich in der von Ihnen eben dargelegten Ableitung von der zweiten zur dritten Zeile?« Schon seine Anrede war eine Injurie gegenüber Klaus. Karl Schröter kannte gut die Instrumentarien, welche die globale Professorenschaft über viele Jahrhunderte ersonnen hatte, um sich gegenseitig, wenn nicht foltern, so doch wenigstens gründlich beleidigen, ärgern oder nachhaltig verachten zu können. So war ihm natürlich bekannt, daß die Anrede eines Kollegen mit »Herr Professor« das Gegenteil von Ehrerbietung besagte. Solche wäre mit der Anrede »Herr Kollege« oder einfach »Herr Klaus« angezeigt gewesen. Die Anrede eines Kollegen mit »Herr Professor« hingegen sollte das tiefe Befremden darüber ausdrücken, daß dieser einen solchen Titel trug, denn eigentlich sei er dessen gar nicht würdig. Um so mehr hatte aber Schröter in seinen gegen Klaus erhobenen fachlichen Einwänden recht. Klaus, der solche professionelle logische Strenge von seinen Studenten nicht zu fürchten brauch-

te, suchte sich mit der Kreide an der Tafel festzuklammern, ohne aber eine Antwort zu finden. Ähnliches wiederholte sich noch in zwei oder drei weiteren Vorlesungen von Klaus. Dann suchte Georg Klaus Schröter in seiner Wohnung auf und bot diesem an, seine Vorlesung fortan zu übernehmen. Das geschah auch.

Schröter versicherte uns als erstes und dann immer wieder, daß in seiner Vorlesung, im Unterschied zu der von Klaus, nicht »gezaubert« werde. Bei ihm ginge alles mit rechten Dingen zu.

Seitdem nannten wir unter uns den verehrten Georg Klaus nur noch den »großen Zauberer«, nicht wissend, daß Thomas Mann in seiner Familie bereits mit der gleichen Bezeichnung bedacht worden war.

Wie froh waren wir Klaus-Schüler, als kurze Zeit später Schröter in der von ihm übernommenen Vorlesung ein schwerer Lapsus unterlief. Um uns seine Kenntnis der »Geschichte der KPdSU. Kurzer Lehrgang« zu demonstrieren (was auch 1953 eine für einen Professor der Mathematik kaum für möglich gehaltene Belesenheit bedeutet hätte), wettete Schröter in seiner Vorlesung (wohlgemerkt zu den logischen Grundlagen der Mathematik) urplötzlich gegen zwei »Herren« namens »Otzov« und »Chwost«. Sie wären von (so wörtlich) »Herrn Lenin« völlig zu Recht kritisiert worden. Kurze Verblüffung und dann schallendes Gelächter war die Antwort der Philosophie-Studenten. Ihnen war, was den »Kurzen Lehrgang« angeht, gut bekannt, daß die Namen der dort kritisierten »Otsowisten« (von otzovat' – abberufen) und »Chwostisten« (von chwost – Schwanz) nicht (wie etwa die Bezeichnung »Marxisten« oder »Leninisten«) von Personennamen hergeleitet waren. Die von Schröter in seiner Vorlesung vorgeführten »Herren Otzov und Chwost« waren also reine Phantome.

Auch Karl Schröter habe ich für mein weiteres akademisches Leben zu danken. Doch betrifft dies weniger seine akrobatisch demonstrierten logischen Ableitungen, die ich längst wieder vergessen habe und von denen ich nicht einmal weiß, ob ich sie jemals zur Gänze begriffen hatte. Nein, es ist mehr die eben geschilderte Begebenheit. Mit ihr hat Karl Schröter mir zu einer Einsicht verholfen, die ich mit für das Wichtigste meiner akademischen Ausbildung halte und die außerhalb der

Universität nur weit mühsamer erlangt werden kann: Es gibt keine über jeden Zweifel erhabene Autoritäten. Auch die höchsten Bildungsstätten eines Landes, selbst deren festeste Bollwerke und klügste Kämpen sind vor Fehlern und Irrtümern nicht gefeit.

Meine Zeit ist leider um. Ich hoffe, Ihnen wenigstens angedeutet zu haben, daß ein Studium in der frühen DDR facettenreicher war, als man im Nachhinein vielleicht vermuten könnte.

NACHTRAG

Nach meinem Vortrag wurde ich gefragt, ob nach 1945 die Integration von Professoren mit einem unüblichen Ausbildungsgang in die Hochschulen Ostdeutschlands nicht auch Vorteile für Studenten und Forschung gebracht habe. Ein in der Alt-BRD Jahrzehnte später beklagter Zustand, daß sich »unter den (professoralen) Talaren der Muff von tausend Jahren« verberge, sei doch damit gemindert oder verhindert worden. Mit den akademischen Spätankömmlingen seien ja auch innovative Denk- und Verhaltensweisen, insbesondere ein bis dahin weitgehend ausgegrenzter politischer Geist mit vielen demokratischen Forderungen an die Hochschulen gelangt usw. Ich kann solchen Einwänden nur zustimmen. Doch ist in DDR-Publikationen zur ostdeutschen Hochschulgeschichte nach 1945 auf den letztgenannten Aspekt stets und eingehend verwiesen worden. Der von mir in meinem Vortrag hervorgehobene Gesichtspunkt blieb dagegen zumeist unbeachtet. Ich habe deshalb das Leipziger Markov-Kolloquium des Jahres 1999 genutzt, um diesen oft »übersehenen« Tatbestand ostdeutscher Nachkriegsgeschichte ebenfalls geltend zu machen. Er verdeutlicht die Widersprüchlichkeit des Universitätsgeschehens in dieser Zeit.

Wie insgesamt lückenhaft die Entlassung von faschistisch aktiven Professoren an der Universität Jena nach 1945 erfolgte oder auf Grund von mangelnden Kenntnissen über die politische Vergangenheit einzelner Hochschullehrer erfolgen konnte, hat kürzlich die Chirurgin und Wissenschaftshistorikerin Susanne Zimmermann gezeigt. Sie konnte, fußend auf ihrer Habilitationsschrift von 1995¹, nachweisen, daß auch mir aus

¹ Susanne Zimmermann: *Die Medizinische Fakultät der Universität Jena während der Zeit des Nationalsozialismus. Band 2 der Ernst-Haeckel-Haus-Studien. Monographien zur Geschichte der Biowissenschaften und Medizin. Berlin 2000.*

meiner Jenenser Studentenzeit bekannte Professoren sich noch wenige Jahre früher aktiv für das faschistische Deutschland eingesetzt hatten. So der damalige Rektor und Biologe Otto Schwarz (1900–1982, Rektor 1948–1951 und 1958–1962), der sich auf die biologische Kriegführung spezialisiert hatte; weiter Victor Görttler (1897–1982, DDR-NPT), Veterinär-Mediziner, den der Nazi-Rektor Karl Astel (1898–1945, Prof. der »Züchtungslehre und Vererbungslehre«, der aus der Friedrich-Schiller-Universität eine SS-Uni machen wollte; Rektor 1939–1945) einst bescheinigt hatte, »ein Mann unserer Front« zu sein; ferner Jussuf Ibrahim (1877–1953, DDR-NPT, Ehrenbürger von Jena), der an Euthanasieverbrechen aktiv beteiligt war – ebenso wie sein ehemaliger Oberarzt und SS-Obersturmführer Johann Duken, der später Professor in Heidelberg wurde, und der Amtsnachfolger Ibrahims, der aus Leipzig kommen-

de Erich Häßler (geb. 1899); der Psychiater Rudolf Lemke, der die Zwangskastration von Homosexuellen gefordert hatte und zu dessen Vorlesungen später auch ich (wie alle Jenenser Pädagogikstudenten) geschickt wurde; der Anatom Hermann Voss (in der DDR »Hervorragender Wissenschaftler des Volkes«), der eng mit der Gestapo von Lodz zusammengearbeitet hatte u. a. Nur wenige der von Frau Zimmermann vorgeführten Naziaktivisten waren als solche bereits in der 1985 erschienenen »Alma mater Jenensis. Geschichte der Universität Jena« (Weimar 1985) genannt worden.²

Zu den bereits in dem erwähnten DDR-Buch »Alma mater Jenensis« als Nazi-Aktivisten kritisierten Wissenschaftlern, die nun bei Zimmermann erneut bloßgestellt werden, gehören: Karl Astel, Hans Günther, Berthold Kihn.

²Vgl. auch die Rezension von Herbert Altenburg zum Buch von Susanne Zimmermann. In: »Junge Welt«. Berlin vom 25.9.2000.

MARIO KESSLER

Vom »organischen« Intellektuellen zum Parteihistoriker Albert Schreiner (1892–1979)

Albert Schreiner, der von 1947 bis 1952 an der Leipziger Universität wirkte, entstammte nicht dem Bürgertum, sondern dem Proletariat. Er war ein organischer Intellektueller im Sinne Antonio Gramscis: Er erwarb sein Wissen nicht durch Studium und akademische Arbeit, sondern in der praktischen beruflichen Tätigkeit und in der Arbeiterbewegung. Schreiner gehörte zu jenen Intellektuellen, die, von einer sozialen Gruppe hervorgebracht, dieser Gruppe »nicht nur auf ökonomischem, sondern auch auf sozialem und politischem Gebiet Homogenität und das Bewußtsein ihrer eigenen Funktion verleihen.«¹ Albert Schreiners Leben war zu unterschiedlichen Zeiten von Partearbeit, politischem Außenseitertum, Exil und wissenschaftlicher Tätigkeit geprägt.

1. DER INTELLEKTUELL TÄTIGE BERUFS- REVOLUTIONÄR

Albert Hermann Schreiner wurde am 7. August 1892 in Aglasterhausen, Kreis Mosbach in Baden, geboren.² Sein Vater war ein gewerkschaftlich und politisch organisierter Metalldreher. »Meine Mutter«, schrieb der fünfundsachtzigjährige Schreiner in einem ausführlichen Lebenslauf, »entstammte der Familie eines Landmetzgers. Sie hatte ein hartes, arbeitsreiches Leben, um 11 Kinder, wovon 7 am Leben blieben, über Wasser zu halten, denn der Vater war oft arbeitslos, vor allem in Zeiten

der Krisen, und ohne Unterstützung gab es entbehrungsreiche Wochen und Monate.«³ Schreiner besuchte sieben Jahre die Volksschule in Chemnitz, das achte Jahr wurde ihm wegen guter Leistungen erlassen. Vom 10. Lebensjahr an mußte er als »Ausläufer« (Bote) zum Lebensunterhalt der Familie beitragen.

1906 siedelte die Familie nach Stuttgart über, wo Schreiner im folgenden Jahre eine Lehre als Maschinenschlosser – mit elfstündiger Arbeitszeit – aufnahm. Abends besuchte er eine Fachschule. 1911 bestand er die Gesellenprüfung. Da er als Lehrling einen großen Teil seiner Kollegen für den Deutschen Metallarbeiterverband (DMV) und für die neu gegründete Sozialistische Arbeiterjugend gewonnen hatte, der er ab 1908 angehörte, wurde er nach Beendigung der Lehrzeit sofort entlassen.

Am 7. August 1910 trat Schreiner der SPD bei. Das Jahr 1911 sah ihn auf Wanderschaft durch Italien, die Schweiz, Österreich, Slowenien und Ungarn. Danach arbeitete er in Dresden als Mechaniker in der Fotobranche und nahm seine erste gewerkschaftliche Funktion als Betriebsobmann bei Ica Dresden-Reik wahr.

Im Oktober 1912 zur Infanterie nach Freiberg eingezogen, erlebte Schreiner den Beginn des Ersten Weltkrieges als Soldat. Im August 1914 kam er an die Westfront und war bis 1917 im Frontdienst, seit 1916 als Offiziersstellvertreter. Im September 1918 verwundet,

¹ Antonio Gramsci: *Quaderni del carcere. Heft 12*, zit. nach: Ders.: *Zu Politik, Geschichte und Kultur. Ausgewählte Schriften*. Hrsg. von Guido Zamis. Leipzig 1980. S. 222. – Eine erweiterte Fassung dieses Aufsatzes erscheint als Kapitel 6 meines Buches: *Exilerfahrung in Wissenschaft und Politik. Remigrierte Historiker in der frühen DDR. Köln etc. 2001.* ² Die biographischen Daten entstammen, wenn nicht anders vermerkt, folgenden Quellen: Albert Schreiner: *Lebenslauf (Abschrift)*. In: *Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch)*, SgY 30/0850, Bl. 1–3 (im folgenden: Schreiner: *Lebenslauf 1*); D.L. (Dieter Lange): *Albert Schreiner zum Gedenken*. In: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG)*. Berlin 26(1979)12. S. 1179f.; Joachim Petzold: *Albert Schreiner (1892–1979)*. In: *Wegbereiter der DDR-Geschichtswissenschaft. Biographien*. Hrsg. von Heinz Heitzer u. a. Berlin (Ost) 1979. S. 280–299; Hermann Weber: *Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD, Bd. 2. Frankfurt am Main 1969*. S. 289f.; Theodor Bergmann: »Gegen den Strom«. *Die Geschichte der Kommunistischen Partei-Opportunisten*. Hamburg 1987. S. 422f. ³ Ein Exemplar dieses im Januar 1978 abgeschlossenen Lebenslaufes, das 21 Seiten umfaßt, befindet sich in der MfS-Akte über Schreiner: *Die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU)*. MfS-Zentralarchiv. HA IX/11, Bd. 286, Bl. 20 (im folgenden: Schreiner: *Lebenslauf 2*).

benutzte er seinen Urlaub, um sich von der Truppe zu entfernen. Am 15. September 1918 heiratete er Emma Hermann (1892–1975). Ende Oktober wurde Schreiner Mitglied des Stuttgarter Arbeiter- und Soldatenrates. Am 5. November 1918 gab er dessen Zeitung heraus, die den Titel »Die Rote Fahne« trug.⁴

Mit Ausbruch der Revolution wurde Albert Schreiner Vorsitzender des Stuttgarter Arbeiter- und Soldatenrates, der ihn Ende November 1918 als Kriegsminister in die erste württembergische Revolutionsregierung berief. Er übte diese Funktion aber nur einen Tag aus. Im Dezember nahm er am ersten Reichsrätekongreß in Berlin teil und wurde Mitbegründer der KPD in Württemberg. Anfang 1919 war er der militärische Führer der Januar-kämpfe in Stuttgart, die auch dort zum Rückzugsgefecht der Revolution wurden. Nach der Niederlage der Aufständischen wurde Schreiner verhaftet und bis Juni 1919 in Untersuchungshaft in Rothenburg gehalten. Daran anschließend wurde er jedoch nach vierzehntägiger Verhandlung im Prozeß gegen Edwin Hoernle und Genossen freigesprochen. Bis zu seiner erneuten Verhaftung nahm Schreiner seine »agitatorische und journalistische Tätigkeit« wieder auf.⁵ Zum Jahreswechsel 1919/20 nahm er nach eigenen Angaben an einer geheimen Parteischulung in Hanau teil und ging danach als Volontär zur »Roten Fahne« – nicht nach Stuttgart, sondern nach Berlin.

Während des Kapp-Putsches war er wieder in Stuttgart. 1929 schilderte er in der »Illustrierten Geschichte der Deutschen Revolution« die erfolgreiche Abwehr dieses konterrevolutionären Staatsstreiches durch die Arbeiterbewegung.⁶

Die putschistische Märzaktion, jene KPD-Revolte in Mitteldeutschland, die im Frühjahr 1921 zur Trennung Paul Levis von der Partei führte, brachte Schreiner erneut in Haft, gegen die er mit einem achttägigen Hungerstreik protestierte. Ende 1921 war er Chefredakteur der Stuttgarter »Süddeutschen Arbeiterzeitung«. 1922 wurde er Landesvorsitzender des KPD-Bezirktes Württemberg. Im November 1922 nahm er in Moskau am

IV. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale teil und traf auch mit Lenin zusammen. Im Sommer 1923 siedelte Schreiner nach Berlin über, um in der Redaktion der »Roten Fahne« zu arbeiten. Ab September wurde er illegaler militärischer Leiter der Bezirke Nordwest (Hamburg, Bremen und Hannover).

Der von der KPD erhoffte, angezettelte und zu spät abgeblasene »deutsche Oktober« endete mit dem Fiasco des isoliert gebliebenen Hamburger Aufstandes. Daran anschließend begab sich Schreiner »wegen Krankheit zur Kur« nach Odessa.⁷ 1924 kehrte er nach Berlin zurück, um den paramilitärischen Roten Frontkämpferbund (RFB) mit aufzubauen: Er wurde Chefredakteur der »Roten Front«, des RFB-Blattes; eine Funktion, die er bis 1927 ausübte.⁸

2. ZWISCHEN KPD UND KPDO

Mit dem VI. Weltkongreß der Komintern wurde im August 1928 jene Politik eingeleitet, die im angeblichen »Dritten Turnus von Kriegen und Revolutionen« die Brücken zur Sozialdemokratie, aber auch zu den antikolonialen Befreiungsbewegungen niederriß. Zur gleichen Zeit gelangten Informationen über einen Korruptionsskandal, die sogenannte Wittorf-Affäre, und die Mitwisserschaft des KPD-Vorsitzenden Ernst Thälmann in die Presse. Der fälligen Absetzung Thälmanns als Parteivorsitzender folgte am 6. Oktober 1928 auf Druck Stalins die Wiedereinsetzung durch das Exekutivkomitee der Komintern. Dies zerriß die KPD; eine größere Gruppe erfahrener Funktionäre, zu der Albert Schreiner gehörte, leistete Widerstand gegen die sowjetische Einmischung. Auf einer ZK-Sitzung am 13. und 14. Dezember wurden die Wortführer der Opposition, Heinrich Brandler und August Thalheimer, aus der KPD ausgeschlossen. Jacob Walcher, Paul Frölich, August Enderle und Albert Schreiner wurden ultimativ aufgefordert, sich zu unterwerfen. Sie lehnten ab und gründeten mit einer Reihe weiterer ausgeschlossener oder ausgetretener Genossen am 29. Dezember die KPD-Opposition

4 Vgl. Albert Schreiner: *Die erste »Rote Fahne« in Stuttgart*. In: »Neues Deutschland«. Berlin vom 6. Dezember 1958. 5 Schreiner: *Lebenslauf* 1. Bl. 1. 6 *Der Kapp-Putsch*. In: *Illustrierte Geschichte der Deutschen Revolution*. Berlin 1929. 7 Schreiner: *Lebenslauf* 1. Bl. 2. 8 Vgl. Kurt Finker: *Geschichte des Roten Frontkämpferbundes*. Berlin (Ost) 1981. S. 71, 110. Nach Differenzen mit dem 2. RFB-Vorsitzenden Willy Leow schied Schreiner im Sommer 1927 aus der Bildungsarbeit wieder aus. Er arbeitete danach an der Herausgabe der Schriften Franz Mehrings mit, wie er der Leipziger Universität am 25. August 1947 mitteilte. SAPMO-BArch. NY 4198/84. Bl. 112.

(KPDO).⁹ Diese verstand sich zunächst als eine organisierte Richtung innerhalb des deutschen Kommunismus und erstrebte die »Reform an Haupt und Gliedern« der KPD. Die Beziehungen zur sowjetischen KP sollten auf der Ebene gleichberechtigter Partner geregelt werden.¹⁰

Die zweite Reichskonferenz der KPDO wählte im Oktober 1929 in Weimar eine engere und eine erweiterte Reichsleitung. Albert Schreiner gehörte der engeren Leitung zur Erledigung der laufenden Arbeiten an. Zu diesen Arbeiten gehörte die Einrichtung von Schulungskursen, von denen im Winterhalbjahr 1929/30 in Berlin vierundzwanzig angeboten wurden. Schreiner war einer der Referenten.¹¹

Unter seinen publizistischen Beiträgen für die KPDO-Zeitung »Gegen den Strom« ist vor allem eine Artikelseerie zum Thema »faschistische Parolen und Schlagworte« hervorzuheben. Sie erschien Anfang 1930, als die NSDAP noch eine kleine Gruppe im Reichstag war.¹² Schreiner setzte sich in diesen Artikeln mit faschistischen Propagandaschlagworten wie dem »schaffenden und raffenden Kapital« der »Zinsherrschaft und Zinsknechtschaft«, der »Sozialisierung der Banken«, »Kommunalisierung der Großwarenhäuser« oder der »Verstaatlichung von Trusts« auseinander.

Im Oktober 1932 tat Schreiner einen Schritt, der seine KPDO-Genossen in der Ortsgruppe Berlin-Spandau völlig überraschte: Er trat zur KPD über, nur um wenig später diesen Schritt rückgängig zu machen und zur KPDO zurückzukehren. Nach diesem zweimaligen Seitenwechsel erklärte er, den Kopf verloren zu haben. Heinrich Brandler widersetzte sich der Wiederaufnahme Schreiners in die KPDO zunächst entschieden. Dann stimmte er zu und vertrat die Meinung, nun kenne man

den KPD-Spitzel in der KPDO.¹⁵ Die Beziehungen der KPDO-Mitglieder zu Schreiner waren nunmehr von Mißtrauen bestimmt.

5. »HITLER TREIBT ZUM KRIEG« ALBERT SCHREINER IM EUROPÄISCHEN EXIL

Im Januar 1933 wurde die erste deutsche Republik von den Nazis zerstört. Die staatliche Verfolgung der Arbeiterbewegung begann. Albert Schreiner konnte im April nach Frankreich flüchten. Dort näherte er sich erneut der KPD an und versuchte, KPDO-Mitglieder zur Rückkehr in die KPD zu bewegen.¹⁴ Doch erst im November 1935 wurde er wieder in die KPD aufgenommen.¹⁵ Er wurde Sekretär des Thälmann-Komitees (einer Initiative zur Befreiung des KPD-Vorsitzenden aus der Nazihaft) und Mitglied im KPD-dominierten Volksfront-Komitee.¹⁶ Wie er 1965 schrieb, arbeitete er an einer Reihe Bücher redaktionell mit¹⁷ und veröffentlichte eine Aufsichten erregende Trilogie, deren Bände in mehrere Sprachen übersetzt wurden: »Hitler treibt zum Krieg« (1934), »Hitlers Luftflotte startbereit« (1935) und »Hitlers motorisierte Stoßarmee« (1936). Nach seiner Rückkehr aus Spanien schloß Schreiner einen vierten Band an: »Vom totalen Krieg zur totalen Niederlage Hitlers«.

Schreiner schrieb das Buch »Hitler treibt zum Krieg« unter Mithilfe von Rudolf Feistmann innerhalb von anderthalb Jahren und schloß es am 1. September 1934 ab.¹⁸ Aus konspirativen Gründen konnte Schreiner nicht als Autor genannt werden. Die Sekretärin der englischen Union für demokratische Kontrolle, Dorothy Woodman, zeichnete als Herausgeberin, das Buch wurde als Übersetzung aus dem Englischen ausgegeben.

⁹ Vgl. Theodor Bergmann: »Gegen den Strom«. S. 36ff.; Karl Hermann Tjaden: *Struktur und Funktion der KPD-Opposition (KPO). Eine organisationssoziologische Untersuchung zur »Rechts«-Opposition im deutschen Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik*. Meisenheim 1964. Reprint Hannover 1983. S. 109ff. ¹⁰ Vgl. die Analyse der politischen Plattform der KPDO bei Theodor Bergmann: »Gegen den Strom«. S. 48ff. ¹¹ Vgl. ebenda. S. 117, 126. ¹² A. Sch.: *Faschistische Parolen und Schlagworte*. In: *Gegen den Strom*. 1930, Nr. 3, S. 49f.; Nr. 4, S. 68; Nr. 5, S. 81f.; Nr. 7, S. 112f.; Nr. 8, S. 125f. ¹³ Vgl. Theodor Bergmann: »Gegen den Strom«. S. 422. ¹⁴ Nach Informationen von Theodor Bergmann; vgl. derselbe: »Gegen den Strom«. S. 422f. ¹⁵ »Ich nahm in dieser Zeit die Arbeit mit Hilfe und im Einverständnis der Partei auf, um zur Liquidierung der KPDO im Lande beizutragen und gute Arbeitergruppen in die Partei zurückzuführen«, so Schreiner 1978. Schreiner: *Lebenslauf* 2. Bl. 28. ¹⁶ Vgl. Schreiner: *Lebenslauf* 1. Bl. 2. ¹⁷ Brief Albert Schreiners an Wilhelm Sternfeld, 23. November 1965. In: *Deutsches Exilarchiv 1933–1945*. Frankfurt am Main. Nachlaß Wilhelm Sternfeld, Mappe Albert Schreiner. ¹⁸ Fast anderthalb Jahrzehnte später erwähnte Fritz Behrens, Schreiner habe zu diesem Buch drei Kapitel verfaßt (vgl. Behrens' Brief an die Sächsische Landesregierung, Ministerium für Volksbildung, vom 20. Juni 1947. In: *Universitätsarchiv (UA) Leipzig*. Nr. 271. Personalakte (PA) A. Schreiner, Bl. 3); die Reprintausgabe nennt Schreiner aber als alleinigen Autor. Auf Feistmanns Mithilfe verwies Wolfgang Kießling: *Partner im »Narrenparadies«*. Der Freundeskreis um Noel Field und Paul Merker. Berlin 1994. S. 268.

Die Quellenbasis bildeten vor allem deutsche Zeitungsberichte und offizielle Memoranden der Nazi-Verfahren. Hinzu kam eine Reihe interner NS-Dokumente, »die zum Teil illegal Genossen in Deutschland besorgt und Kuriere nach Paris gebracht hatten«, wie es im Nachwort zur DDR-Neuausgabe hieß.¹⁹

Die Gestapo vermutete, daß die Informationen von einem hohen Reichswehroffizier stammten. Sie blieb Schreiner auf der Spur und beschlagnahmte nach der Eroberung von Paris sein Archiv. Es kam zur Auswertung nach Berlin. Dort interessierte sich 1945 der sowjetische Geheimdienst dafür und brachte die Materialien nach Moskau. Im Oktober 1957 erhielt Schreiner vom DDR-Innenministerium eine Mitteilung, ihn betreffende Archivadokumente in Empfang zu nehmen. Es waren seine Pariser Unterlagen.²⁰ Doch befindet sich ein Teil der Schreiner betreffenden Materialien noch in einem Moskauer Sonderarchiv, wo sie bislang nicht erschlossen werden konnten.²¹ Sie könnten Hinweise zu Schreiners Forschungstätigkeit und zur Arbeit des KPD-Auslandsbüros in Paris enthalten, das damals von Franz Dahlem geleitet wurde. Schreiner darf Dahlems Mitarbeiterstab zugerechnet werden.

Eine Forschungsarbeit des Ministeriums für Staatssicherheit vom Dezember 1986 nennt einige Kontaktpersonen, die Schreiner relevantes Material übermittelten: Hierunter befanden sich die Angehörigen des M-Apparates²² der KPD Hans Ebeling, Wilhelm Thows und Gert Caden, die sämtlich in Schlüsselstellungen der Rüstungsindustrie und der militärischen Forschung eingeschleust werden konnten.²³

Das Buch enthielt eine Reihe damals nur schwer auffindbarer Informationen, so eine Liste deutscher Rüstungsbetriebe mit den Namen der betreffenden Firmen und Gesellschaften, den Orten, an denen Rüstungsproduktion betrieben wurde, Angaben über die Herstellung

von Kriegsmaterial sowie über die Besitzverhältnisse der einzelnen Werke. Schreiner betonte, »daß die deutsche Kriegsindustrie von einigen großen Konzernen fast vollkommen beherrscht wird, die ihrerseits wieder ausgedehnte internationale Beziehungen haben.«²⁴ Er gab unter anderem präzise Hinweise auf Lieferungen französischer und britischer Rüstungskonzerne, Schneider-Creuzot und Vickers-Armstrong, an Deutschland.²⁵

Das angehäuften Tatsachenmaterial konnte Schreiner für die beiden weiteren Bände seiner Auseinandersetzung mit der nazistischen Kriegsmaschinerie verwenden. »Hitlers Luftwaffe startbereit«, das ebenfalls unter dem Namen von Dorothy Woodman erschien, und das unter dem Pseudonym Albert Müller herausgegebene Buch »Hitlers motorisierte Stoßarmee« erhielten positive Kritiken. Der Rezensent der Basler »National-Zeitung« war auf der richtigen Spur, als er schrieb, »Hitlers motorisierte Stoßarmee« erscheine »zur rechten Zeit [...] Hinter dem Autor A. Müller, wohl einem Decknamen, verbirgt sich ein Fachmann, der militärisch offenbar bis ins Letzte Bescheid weiß. Das Buch ist sachlich und keine Hetzschrift.«²⁶

Schreiner sollte seine militärischen Kenntnisse bald an einem ganz anderen Frontabschnitt verwenden. Mit Beginn des Spanischen Bürgerkrieges schickte die KPD einige Funktionäre nach Barcelona, die dort, zusammen mit einigen hundert Freiwilligen, am 7. August 1936 eintrafen. Der frühere Reichstagsabgeordnete Hans Beimler übernahm pro forma die politische Leitung der deutschen Kommunisten in Spanien. Als politischer Leiter war Beimler zugleich Verbindungsmann zur spanischen KP. Die drei anderen Funktionäre, Willi Wille, Hermann Geisen und Albert Schreiner, waren für den militärischen Einsatz vorgesehen und wurden Offiziere der »Centuria Thälmann«.²⁷ Unter dem Namen »Schindler« kämpfte Schreiner zunächst bei Tardienta an der Ara-

¹⁹ Lothar Berthold/Dieter Lange, *Nachwort zu: Albert Schreiner, Hitler treibt zum Krieg (Antifaschistische Literatur in der Bewährung. Bd. 1)*. Berlin (Ost) 1978. S. 510. Alle Buchzitate erfolgen nach dieser Ausgabe. ²⁰ Vgl. das Nachwort von Lothar Berthold und Dieter Lange zu *Albert Schreiner: Vom totalen Krieg zur totalen Niederlage Hitlers (Antifaschistische Literatur in der Bewährung, Bd. 4)*, Berlin (Ost) 1980. S. 279f. ²¹ Vgl. *Der Archivar*. Siegburg. 45(1992)3. S. 458ff. Ich verdanke diesen Hinweis meinem 1999 verstorbenen Kollegen Joachim Petzold, der in den fünfziger Jahren Schreiners Assistent war. ²² Abkürzung für Militärpolitischer Apparat (Bezeichnung des KPD-Nachrichtendienstes). ²³ Der Bericht, eine Geheime Verschlusssache, wurde mit der Nummer GVS MfS 014-460/86 versehen und befindet sich in: BStU, MfS-Zentralarchiv. HA IX/11. SV 1/81, Bd. 286. ²⁴ Albert Schreiner: *Hitler treibt zum Krieg*. S. 168. ²⁵ Vgl. ebenda. S. 181. ²⁶ »National-Zeitung«, Basel vom 17. März 1936, zit. nach dem Anhang zur Neuausgabe von *Albert Schreiner: Vom totalen Krieg*. S. 265. ²⁷ Vgl. Patrick von zur Mühlen: *Spanien war ihre Hoffnung. Die deutsche Linke im Spanischen Bürgerkrieg 1936 bis 1939*. Berlin (West)/Bonn 1985. S. 146; Jean-Michel Palmier: *Weimar en exil. Le destin de l'emigration intellectuelle allemande antinazie en Europe et aux Etats-Unis*. Paris 1990. S. 521.

gon-Front, wurde Kommandeur der Centuria und nahm ab Dezember 1936 als Stabschef der XIII. Internationalen Brigade, der die Centuria Thälmann angehörte, an den Kämpfen bei Teruel teil. Im Sommer 1937 wurde er Operationschef der 45. Division, danach als Lehrer an die Offiziersschule beim Stab der Interbrigaden in Pozorubio bei Albacete eingesetzt. Von Pozorubio wurde Schreiner an die Schule der KPD nach Benicasim geschickt. Schreiner empfand dies auch später noch als eine Degradierung und als Ausdruck des Mißtrauens gegen einen Genossen, der jahrelang einer Oppositionsgruppe, der KPDO, angehört hatte.²⁸

Im Mai 1938 war Schreiner wieder in Paris. Er betätigte sich auf Beschluß der KPD im Volksfront-Ausschuß und gab dessen Organ sowie ein Memorandum über die deutsche Wiederaufrüstung heraus. Er arbeitete auch am illegalen Deutschlandsender mit. Der wichtigste Ertrag dieser Zeit war jedoch sein Buch »Vom totalen Krieg zur totalen Niederlage Hitlers«, das er im April 1939 fertigstellte.

Schreiner untersuchte die geistige Aufrüstung des deutschen Volkes durch die Nazipropaganda, durch vormilitärischen und militärischen Drill, durch Heldenkult und rassistische Propaganda. Er analysierte die »militarisierte Arbeitskraft«, über die das Regime in einer Kriegszwangswirtschaft verfügen werde. Nicht zuletzt würden die Frauen im Kriegsfall rücksichtslos zur Dienstpflicht in der Rüstungsindustrie, gezwungen.

Die rückhaltlose Expansionspolitik des Hitler-Regimes werde die westlichen Staaten und die Sowjetunion zum gemeinsamen Handeln zwingen. Das Nazireich sei gegen eine solche Koalition sehr bald chancenlos. Dann aber würde sich der »durch Terror erzwungene Schein der Einheit des deutschen Volkes und seiner Bedrucker [...] als der stärkste Bluff erweisen. Die sozialen Spannungen, heute noch mit Knüppel und Beil niedergehalten, werden sich im Kriege mit elementarer Gewalt entladen.«²⁹ Für den Nationalsozialismus werde es »keinen Schutz vor der Niederlage« geben. »Das deutsche Volk selber wird Vollstreckerin dieser Niederlage werden, weil sie die Vorbedingung der Freiheit Deutschlands ist.«³⁰

Die Hoffnung, daß die Deutschen Hitler schließlich beseitigen würden, hielt das gesamte antifaschistische Exil aufrecht. Weder Schreiner noch kaum ein anderer der Vertriebenen vermochte sich vorzustellen, daß die übergroße Mehrheit des deutschen Volkes Hitler bis in den Abgrund hinein folgen und hinterher erklären würde, niemand habe von etwas gewußt. Das deutsche Volk wurde nicht zum Vollstrecker von Hitlers Niederlage, statt dessen wurden Millionen scheinbar ganz normaler Männer (und Frauen) zu Hitlers willigen Vollstreckern.

4. WAS SOLL AUS DEUTSCHLAND WERDEN? SCHREINER IN DEN USA

Ende Mai 1939 verhandelte Schreiner mit einem französischen Verlag über eine Übersetzung seines soeben erschienenen Buches. Auf seine Frage, wann die französische Ausgabe erscheinen könne, antwortete der Verlagsvertreter: Anfang September. Schreiners Antwort war: »Anfang September ist der Krieg da.«³¹ Doch es war eine Sache, den Kriegsbeginn vorauszusagen, aber eine andere Sache, das eigene Überleben und das Überleben der Familie zu sichern. Die Emigranten waren den Maßnahmen der französischen Bürokratie ausgeliefert: Sie wurden interniert; auch Schreiner kam ins Lager. Er selbst merkte hierzu nur lakonisch an: »Lagerleben, Flucht aus dem Lager, Verhaftung, Polizeigefängnis, Lager, wieder Flucht, erneut Verhaftung und so fort.«³²

Ende 1940 standen die Nazis in Nordfrankreich, und die Lager im Süden boten kaum Sicherheit. Rudolf Leonhard, der bekannte Schriftsteller, appellierte in einem verzweifelten Brief an Hubertus Prinz zu Löwenstein, den Präsidenten der American Guild for German Cultural Freedom, Schreiner zu einem amerikanischen Visum zu verhelfen: »Ein besonders dringender Fall ist der meines hier« – im Lager Des Milles – »befindlichen Freundes Albert Schreiner. Sie kennen ihn als Militärschriftsteller, wissen, was er bedeutet und was ihn bedroht. Wenn nicht eilige Maßnahmen ergriffen werden, steht ihm eine Überführung bevor, die eine Wirkung der Angelegenheit sehr komplizieren würde. Läßt sie sich nicht telegraphisch regeln?«³³ Schreiner versuchte auch

²⁸ Vgl. den entsprechenden Vermerk im Nachlaß Schreiners in: SAPMO-BArch. NY 4198/77. Bl. 5. ²⁹ Schreiner: *Vom totalen Krieg*. (Reprint-Ausgabe), S. 258. ³⁰ Ebenda. S. 264. ³¹ *Erinnerungen von Albert Schreiner aus dem Jahre 1936*, abgedruckt ebenda. S. 272. ³² Ebenda. ³³ Rudolf Leonhard an Hubertus Prinz zu Löwenstein, 17. Dezember 1940. In: *Deutsches Exilarchiv 1933–1945*.

jetzt, Fäden des antifaschistischen Widerstandes zu knüpfen: Er berichtete von einem Genossen, der deshalb im Auftrag der Parteileitung nach Paris fuhr.³⁴ Schließlich war Schreiner, auch dank der Hilfe von Rudolf Feistmann, im Februar 1941 in dem von Flüchtlingen überfüllten Marseille. Er wollte nach Mexiko, doch erhielt er in den USA kein Transitvisum. Er konnte jedoch in den Vereinigten Staaten bleiben.

Im Mai 1941 nahm Schreiner in New York seine politische Arbeit wieder auf. Er wurde Mitglied der German American Emergency Conference und Mitarbeiter ihrer monatlich, später zweiwöchentlich erscheinenden Zeitung »The German American«. Diese wurde in deutscher Sprache publiziert und erreichte eine Auflage bis zu 10 000.³⁵ Schreiner schrieb auch für die in Mexiko erscheinende Zeitschrift »Freies Deutschland«, für das KP-Organ »Daily Worker« und unter Pseudonym für die »New Masses« und für »Reader's Scope«. ³⁶ Seinen Lebensunterhalt verdiente er sich als Maschinenschlosser, und er lernte rasch Englisch. Schreiner hatte es in mancher Hinsicht etwas leichter als viele andere Exilanten intellektueller Berufe, die kaum Chancen auf dem amerikanischen Arbeitsmarkt hatten.

Die KPD bemühte sich seit dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion auch im amerikanischen Exil um möglichst enge Kooperation mit nichtkommunistischen Kräften im Sinne der Anti-Hitler-Koalition. Deutsche Kommunisten beteiligten sich intensiv an der Arbeit im überparteilichen Council for a Democratic Germany, dessen Gründung am 2. Mai 1944 erfolgte.³⁷ Die Grundsatzserklärung des Council nannte als Vorbedingung jeglicher Lösung der deutschen Problematik »die Besiegung des Nationalsozialismus, die Vernichtung seiner Träger und die Ausrottung seines Geistes und in jedem anderen Land.«³⁸ Das deutsche Volk wurde zur »Erhebung«

gegen das Hitler-Regime aufgerufen. Die Deutschen dürften nicht an der Entmachtung derjenigen gehindert werden, die für den Aufstieg Hitlers verantwortlich waren. »Das gilt in besonderem Maße für den Großgrundbesitz, die Großindustrie und die Militärkaste, deren Zusammenwirken das deutsche Schicksal wieder und wieder unheilvoll bestimmt hat.« Gefordert wurden die Auflösung des Großgrundbesitzes und die Beseitigung des Militarismus sowie die Ausschaltung der diesen Gruppen dienenden Beamten, während für die Großindustrie – dies mag als Kompromißlösung begriffen werden³⁹ – eine Kontrolle (statt Sozialisierung) vorgesehen war.

Albert Schreiner wurde einer der wichtigen Persönlichkeiten im Council. Bereits am 15. März 1944 hatte er dem Theologen Paul Tillich, der als Vorsitzender des Council vorgesehen war, Vorschläge für den Entwurf der Erklärung unterbreitet. Schreiner drängte unter anderem auf eine Passage im Text, wonach bei der Neuregelung der Wirtschaftsbeziehungen darauf zu achten sei, »daß die deutsche Produktivkraft nicht erneut zur Erringung einer politischen Vormachtstellung Deutschlands in Europa ausgenützt werden kann und die Gefahr einer deutschen Wiederaufrüstung vermieden wird.«⁴⁰ Am 7. April 1944 konnte Schreiner an Tillich eine Liste prominenter Persönlichkeiten telegraphieren, die das Projekt des Council unterstützten: die Schriftsteller Lion Feuchtwanger, Heinrich Mann und Berthold Viertel sowie die Schauspieler Elisabeth Bergner, Paul Czimmer, Alexander Granach, Leopold Jessner, und Fritz Kortner.⁴¹

Über die Mitwirkung Schreiners im Council kam es zu heftigen Auseinandersetzungen. Um den überparteilichen Charakter zu betonen, sollten KPD-Mitglieder erst nach Verabschiedung eines Programms zugelassen wer-

American Guild for German Cultural Freedom/Deutsche Akademie im Exil. Akte Rudolf Leonhard. »Überführung« bedeutete Auslieferung an die Nazis. 34 Erinnerungen von Albert Schreiner. S. 272. 35 Vgl. Jean-Michel Palmier. Weimar en exil. S. 800. 36 Michael Anders (Albert Schreiner): What Will We Do With Germany? In: »New Masses« vom 17. August 1943. S. 11f.; Alfred Wöllner (Albert Schreiner): How Shall We Punish the Nazis. In: »Reader's Scope« vom September 1944, S. 61–67. Vgl. den von Schreiner ausgefüllten Fragebogen in: Deutsches Exilarchiv 1933–1945. Nachlaß Wilhelm Sternfeld, Mapped Albert Schreiner. 37 Zur Geschichte des Council vgl. Was soll aus Deutschland werden? Der Council for a Democratic Germany in New York 1944–1945. Hrsg. von Ursula Langkau-Alex/Thomas M. Ruprecht. Frankfurt am Main, New York 1995. 38 Die Erklärung ist abgedruckt ebenda. S. 155–159. Hiernach dieses und die folgenden Zitate. Sie wurde zuerst veröffentlicht in: »The German American« vom 15. Mai 1944. 39 So verstand es Eike Middell in: Exil in den USA. Kunst und Literatur im antifaschistischen Exil 1933–1945. Bd. 3. Leipzig 1979. S. 189f. 40 Albert H. Schreiner an Paul Tillich, 15. März 1944. In: Harvard University, School of Divinity, Cambridge, Massachusetts, bMS Ger 135: Paul Tillich Correspondence. 41 Schreiner an Tillich, 7. April 1944. Ebenda.

den. Schreiner schrieb daraufhin am 10. April an Tillich: »Wo ich politisch mitwirke, will ich es nicht als Statist tun.«⁴² Er wollte vielmehr die Deklaration in Presse und Radio verbreiten.⁴³ Unter anderem war er Mitverfasser einer Denkschrift zu Gewerkschaftsfragen.⁴⁴ Als der Mediziner Felix Boenheim Albert Schreiner ausdrücklich als Mitglied des Vorbereitungsausschusses nannte, traten die Sozialdemokraten Friedrich Stampfer und Hedwig Wachenheim aus diesem aus.⁴⁵

Die heftigste Attacke gegen Schreiner kam von Ruth Fischer. Die Wortwahl läßt Rückschlüsse auf die damalige politische und wohl auch moralische Verfassung der früheren KPD-Vorsitzenden zu. Sie verstieg sich zu bloßen Spekulationen und schrieb:

»Albert Schreiner ist ein alter deutscher Kommunist, der sehr früh mit dem Geheimdienst der deutschen kommunistischen Partei verbunden war, der wiederum eng an die russischen Geheimdienste in Deutschland angebunden war. Nach einem kurzen »oppositionellen« Zwischenspiel war er, zweifelsohne als Belohnung für seine besonderen Gaben und in Voraussicht künftiger Dienste, einer der sehr wenigen Oppositionellen, die die kommunistische Partei jemals wieder aufnahm. Er diente Stalin treu, besonders in Spanien und unter den Flüchtlingen. Sein Rang in der GPU entspricht etwa dem eines Majors, und er ist einer jener erbarmungslosen, brutalen Typen, denen eine ganz undurchsichtige Rolle im Nachkriegsdeutschland zugeordnet ist. Eine Zusammenarbeit mit solchen Typen wie Schreiner ist ein unver-

zeihliches Verbrechen und macht den Weg frei für den Triumph des Stalinismus.«⁴⁶

Zu dieser Zeit verfaßte Schreiner gemeinsam mit Albert Norden und Gerhart Eisler das Buch »The Lesson of Germany«⁴⁷. Es suchte »die Frage zu beantworten: Wie geschah es, daß ein Volk wie die Deutschen, mit solch einer alten Arbeiterbewegung, von seinen Imperialisten in die größte Schmach und Katastrophe seiner Geschichte geführt werden konnte? Das vorliegende Buch ist ein bescheidener Versuch, die jüngste Geschichte Deutschlands zu erläutern. Es wird dem Leser helfen, damit den zukünftigen Weg des deutschen Volkes besser zu gehen, die Zukunft im Augenschein der Vergangenheit zu meistern.«⁴⁸ Die Schrift verfolgte, wie Eisler schrieb, den Gedanken, die »Doppelpersönlichkeit Deutschlands historisch herauszuarbeiten und zu illustrieren.«⁴⁹ Wie in den Büchern von Paul Merker »Deutschland – Sein oder Nicht Sein?« und Alexander Abusch »Der Irrweg einer Nation« ging es auch hier um die Bloßlegung der Rolle des deutschen Imperialismus und Militarismus, um die langwierigen Folgen der staatlichen Zersplitterung, aber auch um den Einfluß der politischen Romantik und des Irrationalismus, um die Abwendung von der Aufklärung des Westens.

Schreiner wollte mit seiner Arbeit zu diesem Buch die lange Periode des Exils abschließen. Er hielt Kontakt unter anderem zu Hermann Duncker, Jacob Walcher und auch Bertolt Brecht, die gleich ihm in die Sowjetische Besatzungszone zurückkehren wollten.⁵⁰ Im

⁴² Schreiner an Tillich, 10. April 1944. Ebenda. ⁴³ Schreiner an Tillich, 24. April 1944. Ebenda. ⁴⁴ Die Denkschrift ist abgedruckt in: Was soll aus Deutschland werden? S. 171–180. Die weiteren Mitverfasser waren Friedrich Bärwald, Siegfried Aufhäuser, Paul Hagen (d. i. Karl Frank) und Jacob Walcher. Die beiden Letztgenannten gehörten früher ebenfalls der KPDO an. Zum Anteil von Hagen-Frank an der Herausbildung des Council vgl. Albrecht Ragg: *The German Socialist Emigration in the United States 1933 to 1945*. Ph. D. Thesis. Loyola University of Chicago 1977. S. 404ff. ⁴⁵ Vgl. Claus-Dieter Krohn: *Der »Council for a Democratic Germany« In: Was soll aus Deutschland werden?* S. 30. Boenheim ging, wie Schreiner, nach dem Krieg an die Universität Leipzig. Vgl. die vorzügliche Biographie von Thomas M. Ruprecht: *Felix Boenheim. Arzt, Politiker, Historiker. Eine Biographie*. Hildesheim etc. 1992. ⁴⁶ Ruth Fischer: »Free Germans« in Moscow calling New York. In: *The Network*. Stanford (1944)3. S. 2. In: Karl Frank Collection, Box No. 7, Folder ID: Ruth Fischer and »The Network«. Hoover Institution Archives, Stanford, California. Zur Perzeption des Council durch das FBI vgl. Heike Bungert: *Das Nationalkomitee und der Westen. Die Reaktion der Westalliierten auf das NKFD und die Freien Deutschen Bewegungen 1943–1948*. Stuttgart 1997. S. 141ff. ⁴⁷ Schreiner schrieb den historischen Teil von der Reformation bis zum Ersten Weltkrieg sowie die Teile über Hitlers Eroberungspläne und über die Barbarei der Hitlerschen Kriegführung. Vgl. Schreiners Publikationsverzeichnis in: *UA Leipzig*. Nr. 271. Bl. 10. ⁴⁸ Gerhart Eisler/Albert Norden/Albert Schreiner: *The Lesson of Germany*. New York 1945. S. 8. ⁴⁹ Gerhart Eisler im Vorspann des Manuskriptes »The Lesson of Germany«. In: *SAPMO-BArch*. NY 4198/33. Bl. 1. ⁵⁰ Eintrag Brechts im »Arbeitsjournal«, Juni/Juli 1945: »lese das LEHRGEDICHT schreiner, walcher, duncker vor, eindruck überraschend.« Bertolt Brecht: *Arbeitsjournal 1938–1955*. Berlin (Ost), Weimar 1977. S. 404. Schreiner schrieb von seinem »Freundschaftsverhältnis« zu Brecht in seinem Lebenslauf 2, Bl. 34. Vgl. auch den Briefwechsel Schreiners mit Brechts Witwe Helene Weigel in: *SAPMO-BArch*. NY 4198/70. Bes. Bl. 423.

Dezember 1946 reiste er mit einem sowjetischen Schiff über Odessa und von dort im Zug über Moskau nach Berlin. Das amerikanische Federal Bureau of Investigation (FBI) registrierte penibel die Rückkehr des »Kominintern-Agenten« nach Deutschland, obwohl die Kominintern bereits im Mai 1943 aufgelöst worden war.⁵¹

5. SPÄTE ARBEIT AN UNIVERSITÄT UND AKADEMIE

Nach seiner Rückkehr war Schreiner zunächst in der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung tätig. Aus dieser Zeit resultiert die auch später enge Beziehung zu deren Präsidenten, Paul Wandel. Schreiner beriet Wandel bei den anstehenden Neuberufungen für ostdeutsche Universitäten. So meldete er seine Bedenken gegen eine eventuelle Berufung des sehr konservativen Juristen Adolf Grabowsky nach Leipzig an.⁵²

Schreiner selbst bot sich überraschenderweise die Chance einer Tätigkeit als Universitätslehrer. Fritz Behrens, Dekan der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät (Gewifa) der Leipziger Universität, schrieb ihm am 24. April 1947 und bat ihn, in Leipzig den Aufbau eines Institutes für Weltpolitik zu übernehmen. Dies stehe zwar nicht in unmittelbarer Verbindung mit einer Lehrtätigkeit an der Universität, doch sei eine spätere Berufung nicht ausgeschlossen.⁵³

Alfred Meusel, der damals bereits einen Lehrstuhl für politische und soziale Probleme der Gegenwart an der Berliner Universität innehatte, schlug in einem Gutachten an Fritz Behrens Albert Schreiner für eine Professur in Leipzig vor. In einem dem Gutachten nachgereichten Brief schrieb Meusel, Schreiner solle mit der Leitung des Instituts für Staatenkunde und internationale Beziehungen beauftragt werden. Doch gab es Widerstän-

de unter der Professorenschaft gegen den Mann, der nie eine reguläre Universitätsausbildung hatte absolvieren können und nicht promoviert war. Meusel forderte, Schreiner in den regulären Lehrkörper als sitz- und stimmberechtigtes Mitglied der Fakultät einzuzugliedern.⁵⁴

Auch der Jurist Arthur Baumgarten hatte Schreiners Schriften zu begutachten. »Meine Sachen habe ich geschrieben, weil und wann es mir politisch notwendig erschien«, erklärte ihm Schreiner in einem Brief. »Ich habe mir nie träumen lassen, sie demmaleinst als Proben meiner Geeignetheit für die akademische Laufbahn präsentieren zu müssen, die weil ich nie den Ehrgeiz besessen, sie einzuschlagen; und was ich in der kurzen Zeit nur unmittelbarer Berührung mit ihr kennen lernte, macht mich eher geneigt, die akademische ›Davonlaufbahn‹ denn die Laufbahn einzuschlagen.«⁵⁵ Doch Behrens versicherte Schreiner am 26. Juni 1947, es sei »von größter Wichtigkeit für die gesellschaftswissenschaftliche Fakultät, daß Sie dauernd für sie gewonnen werden.« Die Bekanntschaft mit Schreiner rechnete Behrens zu den wertvollsten, die er in Berlin und Leipzig gemacht habe.⁵⁶

Am 11. August akzeptierte die sächsische Landesregierung den Vorschlag der Leipziger Gewifa, Schreiner zum Professor mit Lehrstuhl für Staatenkunde zu berufen. Gleichzeitig sollte er die Leitung des Instituts für Staatenkunde und internationale Beziehungen an der Gewifa übernehmen. Ein entsprechendes Schreiben vom 11. September bestätigte dies.⁵⁷ Zunächst hielt Schreiner ein Semester lang Lehrveranstaltungen auf Probe.⁵⁸ Die Ernennung durch den Rektor der Universität Leipzig erfolgte dann am 8. April 1948.⁵⁹ Seine Antrittsvorlesung hielt Schreiner über die »Historisch-materialistische und biologische Staatslehre als Gegensatz und als politische Gegenwartsprobleme.«⁶⁰

⁵¹ Vgl. Alexander Stephan: *Im Visier des FBI. Deutsche Exilschriftsteller in den Akten amerikanischer Geheimdienste*. Berlin 1998. S. 214. ⁵² Schreiner an Paul Wandel, 1. März 1947. In: SAPMO-BArch. NY 4198/84. Bl. 54. Grabowsky ging jedoch nach Marburg, später nach Gießen. ⁵³ Fritz Behrens an Schreiner, 24. April 1947. In: Ebenda. Bl. 72. Vgl. den Brief des Rektors der Universität Leipzig an die Gewifa vom 27. Mai 1947 in: UA Leipzig. Nr. 271, PA A. Schreiner. Bl. 1. ⁵⁴ Alfred Meusel an Fritz Behrens, 24. Juni 1947. In: Archiv der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften (ABBAW). Nachlaß (NL) A. Meusel. Nr. 584. ⁵⁵ Schreiner an Arthur Baumgarten, 18. Juni 1947. In: SAPMO-BArch. NY 4198/84. Bl. 89. ⁵⁶ Fritz Behrens an Schreiner, 26. Juni 1947. In: Ebenda. Bl. 107. ⁵⁷ Landesregierung Sachsen, Ministerium für Volksbildung, Abteilung Hochschulen und Wissenschaft an Schreiner, 11. August u. 11. September 1947. Ebenda. Bl. 108 u. 160. ⁵⁸ Behrens an die Abteilung Hochschulen und Wissenschaft, 9. März 1948. In: UA Leipzig. Nr. 271. PA A. Schreiner. Bl. 15. ⁵⁹ Ernennungsurkunde der Universität Leipzig, datiert vom 1. April 1948, Bestätigung durch die sächsische Landesregierung am 8. April. Ebenda. Bl. 240, 242. ⁶⁰ Unter diesem Titel 1948 in Leipzig als Broschüre erschienen.

Schreiners Berufung war dem Mangel an qualifizierten Universitätslehrern, besonders in den Sozialwissenschaften, in Ostdeutschland geschuldet. Seine Voraussetzungen für die neue Position waren freilich, wenn auch ohne sein Verschulden, dürftig. Er war weder mit der Tradition der deutschen Staatswissenschaften noch mit der amerikanischen political science verbunden. Er war Autodidakt, auch in seinen Lehrveranstaltungen zur Geschichte der deutschen Außenpolitik.

Schreiner zog mit seiner Frau – die Töchter Sonja und Helga lebten mit insgesamt neun Kindern in England und den USA – im September 1947 nach Leipzig. In einem Brief an Paul Wandel beklagte er am 20. Oktober die katastrophale Ernährungssituation der Leipziger Professoren. Fritz Behrens »bekommt zwar den Zuschuß, aber er hat vier Kinder zu ernähren. Behrens und (Walter) Markov sind im Sommer schon zusammengesackt. In einem halben Jahr oder Jahr sind wir mit dem Nachwuchs noch nicht so weit, daß wir abkratzen können. Ich hab zwar nicht weit bis zum Kirchhof, aber keineswegs die Absicht, mir in absehbarer Zeit die Welt aus unterirdischer Abgeschlossenheit zu besehen. Mich reizt die in Angriff genommene Aufgabe viel zu sehr.«⁶¹

Am 30. Januar 1948 nannte Schreiner in einem Brief an Wandel die Namen einiger Hochschullehrer, die man hoffte, an die Gewifa berufen zu können: Julius Lips, Georg Mayer, Karl Polak, Gerhard Harig, Hermann Budzislawski, Henryk Grossmann und Wolfgang Abendroth.⁶² Von den Genannten wurden Lips und Mayer später Rektoren der Leipziger Universität, Polak, Harig und Budzislawski erhielten gleichfalls Lehrstühle, Wolfgang

Abendroth fand indes keine Bleibe im Osten Deutschlands. Als entschiedener Gegner Stalins mußte er die Sowjetische Besatzungszone Ende 1948 fluchtartig verlassen.⁶³ Fritz Behrens hatte in einer Sitzung der Gewifa-Leitung bündig erklärt: »Da hilft nur eins, da muß ein Trupp jüdischer Emigranten aus Amerika her.«⁶⁴ Es war wohl das Wissen um die Entwicklung in der SBZ, die Herbert Marcuse und Franz L. Neumann zu dieser Zeit veranlaßten, ein entsprechendes Angebot abzulehnen.⁶⁵

Schreiner verwandte sich besonders für die Berufung von Budzislawski, Lips und Grossmann, die er aus der gemeinsamen Exilzeit in New York her kannte. Er kümmerte sich um damals schwer zu lösende Probleme wie Durch- und Einreisevisa, Wohnraum und Hilfe für die Familien.⁶⁶ Ernst Bloch und seiner Familie beschaffte er die Reisekosten.⁶⁷ Um Grossmann war es Schreiner besonders zu tun. Dessen Abreise aus New York verschob sich ein um das andere Mal.⁶⁸ Als er endlich kam, war er, wie Schreiner schrieb, »in einer körperlichen Verfassung, in der er ohne Fürsorge von Freunden verloren ist.«⁶⁹ Der vereinsamte Grossmann, dessen Frau und Tochter von den Nazis ermordet worden waren, starb kurz nach seiner Berufung zum Direktor des Instituts für Wirtschaftsplanung am 24. November 1950 in Leipzig.⁷⁰ Kritischer fiel Schreiners Urteil über Ernst Engelberg aus: Das von diesem vorgelegte Manuskript zur deutschen Kriegswirtschaft 1941–1944 sei eine »sehr interessante Materialsammlung«, entbehre jedoch der »schöpferischen Gedanken«.⁷¹ Im Frühjahr 1949 wurde Engelberg zum Professor an das Historische Institut berufen.

61 Schreiner an Paul Wandel, 20. Oktober 1947. Ebenda. Bl. 167. In seiner Antwort vom 26. Januar 1948 informierte Wandel über inzwischen eingeleitete Hilfsmaßnahmen. Ebenda. Bl. 234f. 62 Schreiner an Wandel, 30. Januar 1948. Ebenda. Bl. 235. 63 Zu den Umständen vgl. Lisa Abendroth: *Die Flucht. Warum Wolfgang Abendroth die sowjetische Besatzungszone verließ* In: *Sozialismus. Hamburg* (1990)2. S. 24–27. 64 So erinnert sich Walter Markov: *Zwiesprache mit dem Jahrhundert. Dokumentiert von Thomas Grimm. Berlin (Ost), Weimar 1989. S. 181.* 65 Vgl. Helmut Steiner: *Zur politisch-ökonomischen Kritik des »real existierenden Sozialismus«.* Ein Musterfall – Fritz Behrens. In: *Der Stalinismus in der KPD und SED. Wurzeln, Wirkungen, Folgen. Materialien der Konferenz der Historischen Kommission beim Parteivorstand der PDS am 17. und 18. November 1990.* Hrsg. Historische Kommission beim Parteivorstand der PDS. Berlin 1991. S. 96. 66 So in Briefen an Wandel vom 30. Januar, 29. und 31. Juli 1948. In: *SAPMO-BArch. NY 4198/84. Bl. 237, 314, 369f.* 67 Vgl. Schreiner an Wandel, 27. September 1948. Ebenda. Bl. 323. 68 Vgl. Schreiner an die Deutsche Verwaltung für Volksbildung, z. Hd. Frau Bode, 1. Januar 1949. In: *SAPMO-BArch. NY 4198/85. Bl. 1.* 69 Schreiner an Wandel, 5. September 1949. Ebenda. Bl. 86. Ähnlich Schreiners Brief vom 7. September 1949. Ebenda. Bl. 87f. 70 Biographische Daten bei Mario Keffler: *Die SED und die Juden – zwischen Repression und Toleranz. Politische Entwicklungen bis 1967.* Berlin 1995. S. 182. 71 Schreiners Gutachten vom 27. November 1947 in: *SAPMO-BArch, NY 4198/84, Bl. 219.* Am 20. Januar 1949 drängte Behrens Schreiner zu einem Gutachten über zwei andere Arbeiten Engelbergs. Vgl. *SAPMO-BArch, NY 4198/85, Bl. 9.* Schreiner empfahl Meusel als Gutachter. Brief an Behrens vom 31. Januar 1949. Ebenda. Bl. 24.

Manch ein in der widrigen Lage des Exils »schwankend Gewesener«, schrieb Schreiner, »wird gut laufen und sogar froh sein, wenn er in Verhältnisse kommt, wo er einmal in seinem Leben nicht mehr aus materiellen Rücksichten zu schwanken braucht.«⁷² Die folgenden innerparteilichen Disziplinierungskampagnen, vor denen der helllichtige Abendroth floh, sollten zeigen, daß dem nicht so war. Doch noch war »Gründerzeit«, wie der gleichfalls nach Leipzig berufene Hans Mayer schrieb, »auch viel Gezänk, doktrinäres Gerede, amtliche Besserwisserei von russischen Ideologen«, dennoch, so betonte er, »immer noch viel Hoffnung.«⁷³

Der nüchterne, selbstironische Walter Markov reflektierte in seinen Lebenserinnerungen über das damalige »Verhältnis von Ideal und rauher Wirklichkeit«.⁷⁴ Mir schien es immer, als ob die Kameraden grosso modo in zwei Gruppen von Menschentypen zerfielen: in Funktionäre und in Partisanen. Beide mußte es geben, denn der eine war da, um eine gegründete Ordnung zu wahren, und der andere, um Freiheit zu verwirklichen. Nur Freiheit und Ordnung ergaben eine Gesellschaft wie die, von der wir geträumt hatten und für die wir auch zupackten.⁷⁵ Natürlich war dies eine idealtypische Klassifikation, während die Wirklichkeit verwickelter war. Dies zeigte sich am Konflikt zwischen Albert Schreiner und Fritz Behrens.

»Bis zum Frühjahr 1949 verlief die Arbeit im Grunde ganz kollegial, vor allem, soweit es den Lehrkörper der Fakultät anging«, berichtete Schreiner am 20. Januar 1950 keinem anderen als Walter Ulbricht.⁷⁶ Am 1. April 1949 hatte Schreiner als Nachfolger von Behrens das Dekanat der Gewifa übernommen. Zu dieser Zeit veröffentlichte Behrens ein Buch zur Entwicklung der Grenznutzentheorie, jener volkswirtschaftlichen Doktrin, mit der sich N. I. Bucharin als Student in Wien 1914 ausein-

andergesetzt hatte.⁷⁷ Schreiner hatte im Mai 1948 das Manuskript begutachtet und Behrens davon zu überzeugen gesucht, »daß es falsch sei, Wiederbelebungsversuche am politischen Leichnam Bucharins vorzunehmen.«⁷⁸ Das Buch erschien ohne die Bucharin-Zitate, aber Behrens geriet dennoch in die Kritik der Parteioberen. Auf einer Kreisdelegiertenkonferenz und bei verschiedenen anderen Gelegenheiten bezeichnete der SED-Kreisvorsitzende Horst Sindermann Werner Krauss, Walter Markov und Fritz Behrens als »Trotzkisten«.⁷⁹ Behrens mußte annehmen, Schreiner habe ihn bei Sindermann denunziert. Die Beziehungen zwischen beiden verschlechterten sich schlagartig. Behrens warf Schreiner vor, er »habe als Wissenschaftler und Lehrer versagt«. Schreiner ließ Behrens spüren, er halte nichts von einem Wissenschaftler, der in der Nazizeit promoviert und anschließend im Statistischen Zentralamt im okkupierten Prag tätig gewesen war.⁸⁰ Die sachliche Differenz – die Auflösung der Gewifa und die Eingliederung ihrer Studenten und Lehrer in andere Institute⁸¹ – vermischte sich mit dem persönlichen Zerwürfnis. Eine Zusammenarbeit zwischen Schreiner und Behrens war nicht mehr möglich.

Schreiner begab sich wegen einer schweren Neuritis des linken Nervus trigeminus in ärztliche Behandlung.⁸² Anfang 1950 bat er Paul Wandel um Beurlaubung von den Universitätsgeschäften⁸³ und äußerte im März die Absicht, Leipzig zu verlassen. Er wollte nach Berlin gehen, hatte vorher jedoch einen Forschungsauftrag erhalten, um, wie er schrieb, »meine Arbeit fertigstellen zu können.«⁸⁴ Seine beiden Assistenten Werner Müller und Helmuth Stoecker und wolle er möglichst nach Berlin mitnehmen.⁸⁵

Die Arbeit, die Schreiner fertigstellen wollte, war seine Darstellung »Zur Geschichte der deutschen Außenpoli-

72 Schreiner an Wandel, 30. Januar 1948. In: SAPMO-BArch. NY 4198/84. Bl. 238. 73 Hans Mayer: *Ein Deutscher auf Widerruf*. Bd. 2. Frankfurt am Main 1988. S. 29f. 74 Walter Markov: *Zwiesprache*. S. 159. 75 Ebenda. S. 160f. *Hervorhebung im Text*. 76 Schreiner an Walter Ulbricht, 20. Januar 1950. In: SAPMO-BArch. NY 4198/83. Bl. 94. 77 Fritz Behrens: *Hermann Heinrich Gossen oder die Geburt der »wissenschaftlichen Apologetik« des Kapitalismus*. Leipzig 1949. 78 So Schreiner an Ulbricht. 79 Vgl. Helmut Steiner: *Notizen zu einer »Gesellschaftsbiographie« des Fritz Behrens (1909–1980)*. Leipzig 1996. S. 16f. *Wiederabdruck des Aufsatzes in: »Ich habe einige Dogmen angetastet ...« Werk und Wirken von Fritz Behrens*. Hrsg. von Eva Müller, Manfred Neuhaus und Joachim Tesch. Leipzig 1999. S. 13–32, hierzu S. 22. 80 Schreiner an Wandel, 21. November 1949. In: SAPMO-BArch. NY 4198/85. Bl. 96f. 81 Schreiner lehnte dies strikt ab. 82 Dr. Gietzelt: *Fachärztliches Zeugnis vom 29. November 1949*. Ebenda. Bl. 101. 83 Schreiner an Wandel, 3. Januar 1950. Ebenda. Bl. 227. 84 Schreiner an Wandel, 3. März 1950. Ebenda. Bl. 256. 85 Schreiners sehr positive Beurteilung von Stoecker vom 20. März 1950 befindet sich in: SAPMO-BArch. NY 4198/83. Bl. 107; ein besorgter Brief Müllers an seinen Lehrer vom 21. Mai 1950 in: SAPMO-BArch. NY 4198/85. Bl. 259–262.

tik«, deren erster Band die Zeit von der Reichseinigung bis zur Novemberrevolution behandeln sollte. Das Buch ging aus Schreiners Leipziger Vorlesungen hervor, was man dem Text, dem eine Straffung gut getan hätte, streckenweise anmerkt. Mit dieser Monographie war es Schreiner möglich, die ausstehende Promotion nachzuholen; er verteidigte die Dissertation 1953 in Halle bei Leo Stern.⁸⁶

Schreiner lieferte eine Darstellung, kaum eine Analyse der ökonomischen und politischen Interessen der herrschenden Eliten. Relativ umfassend behandelte er die deutsche Kolonialpolitik, die Orientexpansion und die sozialdemokratische Kritik an der »Weltpolitik« Wilhelms II., wobei er die Debatten in das Schema von »Opportunismus«, »Zentrismus« und revolutionärer Linke preßte. Informativ sind die Passagen über die Spekulationen der deutschen Regierung auf antirussische Ressentiments unter den deutschen Sozialdemokraten beim Kriegsbeginn 1914.

Als sein Buch erschien, war Schreiner bereits Abteilungsleiter am Museum für Deutsche Geschichte in Berlin. Nach der 7. ZK-Tagung Ende 1951 wurde die offizielle Gründung des Museums auf den 18. Januar 1952 festgelegt, bekanntlich ein geschichtsträchtiges Datum.⁸⁷ Am 1. Mai wurde das Museum eröffnet.⁸⁸ Unter Alfred Meusel als Direktor entstanden vier Abteilungen, Albert Schreiner übernahm die Leitung der Abteilung 1918–1945.

In diese Zeit fiel eine Auseinandersetzung, die das dunkelste Kapitel der DDR-Geschichte berührte: den Antisemitismus der Jahre 1952/53. Ausgehend von der Sowjetunion, hatte die antijüdische Politik Ende 1952 im Prager Slánsky-Prozeß ihren Tiefpunkt erreicht. Prominente hochrangige Parteifunktionäre wurden aller nur denkbaren Verbrechen bezichtigt und mußten sich selbst bezichtigen. Elf der vierzehn Angeklagten waren Juden. Das Gericht verurteilte sie fast alle zum Tode. Am 3. Dezember 1952 wurden die Todesurteile voll-

streckt. Im Beschluß vom 20. Dezember 1952 zog das ZK der SED die »Lehren« aus dem antisemitischen Schauprozeß. Es rief zu höchster Wachsamkeit auf, fand in Paul Merker ein (nichtjüdisches) Opfer und wandte sich, unter zweimaliger Verwendung des Goebbels-Begriffes von der »Verschiebung deutschen Volksvermögens«, gegen Entschädigungszahlungen für außerhalb der DDR wohnende jüdische Verfolgte. In panischer Angst verließen über 550, mehr als ein Drittel der dort lebenden Juden, die DDR.⁸⁹ Der »Kampf gegen die zionistische Verschwörung« hatte auch Auswirkungen im Museum für Deutsche Geschichte. ZK-Abteilungsleiter Anton Joos (1900–1999) verlangte, den am Museum beschäftigten Helmut Eschwege, einen Rückkehrer aus Palästina, aus der SED auszuschließen. Die Direktion des Museums entthob Eschwege am 26. Januar seiner Funktion als Leiter der Abteilung Sammlung. Eine Kommission der Parteileitung lehnte es jedoch zunächst ab, Eschwege aus der Partei auszuschließen. »Die angeheizte Stimmung«, so Eschwege in seinen Erinnerungen, »führte dazu, daß nur wenige Genossen die Zivilcourage aufbrachten, mich zu verteidigen, zumal Museumsdirektor Prof. Dr. Meusel ziemlich unvermittelt die Beendigung der Aussprache forderte. Danach folgte die Abstimmung, in der nur einige der älteren Genossen und der jüdischen Genossen, die als Historiker am Museum arbeiteten, gegen meinen Ausschluß stimmten, während die Mehrheit meinen Ausschluß forderte.«⁹⁰

Die Quellen geben keine Auskunft darüber, wie Schreiner mit diesen Geschehnissen umging. Zumindest im öffentlichen Auftreten ließ er keinen Zweifel am Kurs der SED erkennen – schon gar nicht bei seinem einzigen internationalen Auftritt als Wissenschaftler. Er benutzte den internationalen Historikerkongreß in Rom 1955 vielmehr als politische Tribüne. In der Aussprache über Bismarcks Diplomatie nach 1871 gelang ihm der Schwenk zur aktuellen Deutschlandpolitik und zur Stellungnahme gegen den aktuellen Widersacher. Wenn,

86 Albert Schreiner: *Zur Geschichte der deutschen Außenpolitik 1871–1945. Bd. 1: 1871–1918. Berlin (Ost) 1952. Ein zweiter Band erschien nicht.* *87* *Der Krönungstag des preußischen Königs Friedrich I. (1701) und der Tag der Proklamation des Deutschen Kaiserreiches in Versailles (1871).* *88* *Zur Gründungsphase des Museums vgl. u. a. Helmut Heinz: Die Gründung des Museums für Deutsche Geschichte. In: Jahrbuch für Geschichte. Bd. 20. Berlin (Ost) 1979. S. 143–164; Karen Pfundt: Die Gründung des Museums für Deutsche Geschichte. In: Historische Forschung und sozialistische Diktatur. Beiträge zur Geschichtswissenschaft der DDR. Hrsg. von Martin Sabrow/Peter Thomas Walther. Leipzig 1995. S. 94–109.* *89* *Für Einzelheiten vgl. Mario Keßler: Die SED und die Juden. S. 52ff.* *90* *Helmut Eschwege: Fremd unter meinesgleichen. Erinnerungen eines Dresdner Juden. Berlin 1991. S. 77. Albert Schreiner hielt Kontakt zu Eschwege und lud ihn später auch in die Abteilung ein. Mitteilung von Wolfgang Ruge an den Verfasser.*

so Schreiner, einer der Gründe für den Zweiten Weltkrieg der gewesen sei, »daß Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg psychologisch nicht abgerüstet hatte«, so müsse er feststellen, »daß in der Deutschen Bundesrepublik schon längst wieder psychologisch aufgerüstet wird. Es gibt dort kein Gesetz wie in der Deutschen Demokratischen Republik, das revisionistische und überhaupt alle Kriegspropaganda unter Strafe stellt. Hingegen werden im Gebiet der Deutschen Bundesrepublik Friedenskämpfer zu hohen Freiheitsstrafen verurteilt. Es gibt dort eine umfangreiche wissenschaftliche Literatur, die versucht, den deutschen Militarismus wieder salonfähig zu machen. Man opfert Unwesentliches, um das Ganze zu retten.«⁹¹ Daß jedoch militaristische Traditionen in beiden deutschen Staaten und in beiden soeben gebildeten Armeen wiederauflebten – dies negierte der Militärfachmann Schreiner.

Nur wenige Monate später, im Februar 1956, mußte auch die Parteiorganisation am Museum für Deutsche Geschichte den Sturz des Stalinschen Götzenbildes in Moskau zur Kenntnis nehmen. »Der XX. Parteitag hat in entschiedener Weise Schluß gemacht mit dem Persönlichkeitskult, der sich in der Geschichtsschreibung ausdrückte in der Überbewertung der Rolle einzelner Persönlichkeiten, zu Gunsten der schöpferischen Volksmassen.« So lautete die milde Umschreibung für die systematische Herabwürdigung der Historiographie im Stalinismus.⁹² Albert Schreiner nahm an der dem XX. Parteitag folgenden 3. Parteikonferenz der SED teil. Seinen Mitarbeitern in der Abteilung erklärte er anschließend, die Sozialdemokratie solle in der Geschichte der Arbeiterbewegung künftig ausführlicher dargestellt werden, es gebe »aber keine Konzession in prinzipiellen Fragen. Die Selbstkritik der KPD auf der Brüsseler Konferenz (1935) muß auch für die zurückliegende Zeit mehr berücksichtigt werden [...] Man muß bei der Darstellung mehr beachten, daß der Hauptgegner der deutsche Imperialismus ist und nicht die Sozialdemokratie«. Zur Rolle der Räte in der Novemberrevolution sagte Schreiner: »Es besteht ein innerer

Zusammenhang zwischen den Räten in der revolutionären Periode und unseren heutigen Räten. Man muß unsere Menschen mit diesen revolutionären Traditionen bekannt machen.« Vernichtender hätte sich kein Antikommunist oder Antisozialist über die Räte in der Novemberrevolution äußern können, als Schreiner es unbeabsichtigt tat, indem er den absurden Vergleich zum Verwaltungsapparat der DDR mitsamt ihren Räten des Bezirkes oder des Kreises zog. Mit Recht wandte sich Schreiner indes gegen die stalinistische Charakterisierung der Räte »als Organe der Konterrevolution«.⁹³ Zu Stalin bemerkte Schreiner nur kurz, während und nach dem Krieg sei eine Diskussion über ihn »kaum ohne Schäden möglich gewesen«.⁹⁴ Daß der Ungeist Stalins weiterhin Schatten über die DDR und ihre Geschichtsschreibung warf, mußte Schreiner wenig später erfahren.

6. DIE DEBATTE ZUR NOVEMBER-REVOLUTION

Am 15. Dezember 1952 notierte Bertolt Brecht in sein »Arbeitsjournal«: »siehe SCHREINER wieder: er leidet unter seinen alten kopfschmerzen und unoperablen gallensteinen, arbeitet ununterbrochen. schüttelt den kopf über den thälmannfilm der DEFA, sie machten beim hamburgener aufstand anscheinend einen feldherrn im hauptquartier aus ihm, während er auf dem fahrrad von betrieb zu betrieb fuhr, von der polizei gesucht sich in der öffentlichkeit versteckend. ein 18jähriger, führer einer hundertschaft, fiel, und seine mutter erzählte schreiner, er habe in der letzten nacht, von ihr gefragt, was er machen würde, wenn er auch sie ertappe, ein brot stehend: »dann muß ich dich und mich erschießen.« schreiner weiß dutzende solcher geschichten, für die sich die defa nicht interessiert.«⁹⁵

Schreiner mußte das Gefühl gehabt haben, allmählich abgedrängt zu werden. Seine spezifischen Erfahrungen, dies zeigte sich, waren für die DDR-Geschichtswissenschaft kaum von Wert. Im Gegenteil: Sie wurden

⁹¹ Schreiners Diskussionsbeitrag in: SAPMO-BArch. NY 4198/89. Bl. 48. ⁹² Schlußfolgerungen für die wissenschaftliche Arbeit aus dem XX. Parteitag. In: SAPMO-BArch. NY 4198/86. Bl. 283. ⁹³ Vgl. Carola Seiler: *Die Formierung der Geschichte der Arbeiterbewegung als eigenständige Fachdisziplin der DDR-Geschichtswissenschaft in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre. Phil. Diss., Berlin (Ost) 1986. S. 115ff.* ⁹⁴ Institut für Geschichte. Abteilung 1918–1945. Protokoll der Arbeitsbesprechung am 9. März 1956. In: SAPMO-BArch. NY 4198/88. Bl. 73f. ⁹⁵ Brecht: *Arbeitsjournal 1938–1955. S. 512.*

bewußt ausgeschlagen. Als er sich an der Debatte um den Charakter der Novemberrevolution im Jahre 1958 beteiligte, wollte er gewiß, aber nicht nur, seine eigene Beteiligung an der Revolution gewürdigt sehen. Vehement vertrat er den Standpunkt vom sozialistischen, nicht bürgerlich-demokratischen, Charakter der Revolution, wurde aber schließlich dazu genötigt, davon Abstand zu nehmen.

Im zu Stalins Lebzeiten verbindlichen »Kurzen Lehrgang« zur Geschichte der sowjetischen KP war festgehalten worden: »Allerdings war die Revolution in Deutschland eine bürgerliche Revolution und keine sozialistische, waren die Räte das gefügige Werkzeug des bürgerlichen Parlaments, denn in den Räten herrschten die Sozialdemokraten, Paktierer vom Schlage der russischen Menschewiki, und daraus eben erklärt sich die Schwäche der Revolution.«⁹⁶ Es verstand sich von selbst, daß Walter Ulbricht diese Bewertung teilte.⁹⁷

Schreiner hatte schon gegenüber Alfred Meusel 1952 von einer »sozialistischen Revolution« gesprochen, »die die Linke nicht zum Siege führen konnte.«⁹⁸ Doch Meusels Haupteinwände hatten weniger der überzogenen Bewertung der deutschen Linken gegolten, als vielmehr der KPD-Politik in der Weimarer Republik insgesamt.⁹⁹ Obwohl es Schreiner als Mitglied der KPD-Opinion seinerzeit anders gesehen hatte, stellte er 1952 kategorisch fest: »Eine Kritik an der Politik vor 1933 halte ich auch deshalb für verfehlt, weil die Fehler der KPD auf einer ganz anderen Ebene liegen wie die der SPD. Die KPD hat zu keiner Zeit die grundsätzliche Position des Marxismus-Leninismus preisgegeben. Bei der SPD handelt es sich um die konsequente Fortsetzung ihrer Politik des Verrats der Arbeiterklasse.«¹⁰⁰

1956 wechselte Schreiner vom Museum für Deutsche Geschichte an das neu gegründete Institut für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften und leitete dort die Abteilung 1918 bis 1945. Die Erforschung

der Novemberrevolution fiel also in seinen Aufgabenbereich.

Die Vorbereitungen zum 40. Jahrestag der Novemberrevolution hingen mit den Diskussionen um eine zumindest partielle Neubewertung der Geschichte des Kommunismus nach dem XX. KPdSU-Parteitag zusammen. Robert Leibbrand, den Schreiner schon aus Stuttgart kannte, nahm Anfang 1957 gegen die bislang unwidersprochene Behauptung des »Kurzen Lehrgangs« Stellung:

»Die Charakterisierung der Novemberrevolution schlechthin als eine bürgerliche Revolution verleitete zu einer Unterschätzung und Verkleinerung des großen Kampfes des deutschen Proletariats.« Laut Leibbrand war die Novemberrevolution »nach ihren Grundsätzen und nach den Zielen des Proletariats eine sozialistische Revolution. Sie hat ihr Ziel nicht erreicht, sondern blieb in der Lösung einiger bürgerlich-demokratischer Aufgaben stecken, kam nicht zur vollen Entfaltung.«¹⁰¹ Die beiden sowjetischen Historiker Ja. S. Drabkin, der alles andere als ein Dogmatiker war, und W. I. Billik hielten dagegen an der Einschätzung der Novemberrevolution als bürgerlich-demokratisch fest.¹⁰²

Albert Schreiner billigte die Position Leibbrands und erklärte, er müsse die Auffassung vom bürgerlich-demokratischen Charakter der Novemberrevolution »preisgeben«.¹⁰³ Roland Bauer, der in der Sowjetunion zur Novemberrevolution promoviert hatte, unterstützte Schreiner und schrieb, »es gibt bei Lenin keine Stelle, die ernsthaft so ausgelegt werden könnte, als ob die deutsche Revolution 1918 erst eine Etappe der bürgerlich-demokratischen Revolution hätte durchlaufen müssen.«¹⁰⁴ Die Revolution »war folglich ihrem Charakter nach eine über die ersten Anfänge nicht hinaus gekommene, niedergeschlagene proletarische Revolution.«¹⁰⁵ Die Exegese der unanfechtbaren Lenin-Texte war an die Stelle wissenschaftlicher Quellenkritik getreten.

96 *Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki). Kurzer Lehrgang.* Berlin 1946. S. 279. **97** Vgl. Walter Ulbricht: *Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.* Bd. 1. Berlin (Ost) 1955. S. 39. **98** Die entsprechenden Äußerungen in: *SAPMO-BArch.* NY 4198/86. Bl. 93. **99** Vgl. ebenda. Bl. 100. **100** Albert Schreiner: *Stellungnahme zur Kritik Alfred Meusels vom 26. November 1952.* In: *SAPMO-BArch.* NY 4198/94. Bl. 90. **101** Robert Leibbrand: *Zur Diskussion über den Charakter der Novemberrevolution.* In: *Einheit.* Berlin 12(1957)1. S. 107f. **102** Vgl. *Diskussion marxistischer Historiker.* In: »*Neues Deutschland*«, Berlin vom 19. April 1958. **103** Albert Schreiner: *Auswirkungen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution auf Deutschland vor und während der Novemberrevolution.* In: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft.* Berlin 5(1958)1. S. 32. **104** Roland Bauer: *Über den Charakter der deutschen Novemberrevolution.* In: *Ebenda.* S. 153. **105** *Ebenda.* S. 168.

Es war kein anderer als Walter Ulbricht, der die Debatte beendete. Das Politbüro habe sich selbst mit der Einschätzung des Charakters der Novemberrevolution befaßt und die »von einem Teil der Historiker vertretenen falschen Auffassungen vom sozialistischen Charakter der Novemberrevolution zurückgewiesen.« Die Novemberrevolution sei »eine bürgerlich-demokratische Revolution« gewesen, »die in gewissem Umfang mit proletarischen Mitteln und Methoden durchgeführt wurde.« Als Kriterium dafür sei das Fehlen einer »marxistisch-revolutionären Arbeiterpartei« anzusehen. Zur Verblüffung der Historiker legte Ulbricht das Ende der Novemberrevolution auf den 19. Januar 1919, den Tag der Wahl zur Weimarer Nationalversammlung.¹⁰⁶

Es blieb den Historikern nichts weiter übrig, als sich dem anzuschließen. Der sowjetische Forscher Billik behauptete, die Novemberrevolution wäre »die proletarischste, die »sozialistischste« aller bürgerlich-demokratischen Revolutionen« gewesen; und dies, »obwohl man natürlich nicht sagen kann, daß die Arbeiter eine klare Vorstellung vom Sozialismus hatten.«¹⁰⁷ Walter Nimtz, ein Mitarbeiter der SED-Parteihochschule, stellte fest, daß die Revolution »den bürgerlich-demokratischen Rahmen nicht überschritt.«¹⁰⁸ Deren Direktorin Hanna Wolf warnte schließlich jene Historiker, die »die Schädlichkeit des Revisionismus und die verräterische Rolle der rechten Führer der SPD in der Revolution nur ungenügend oder gar nicht in die Auseinandersetzung einbezogen« hätten.¹⁰⁹

Joachim Petzold hat ausführlich den Hintergrund der Auseinandersetzungen geschildert, in deren Verlauf Helene Berg und Ernst Hoffmann vom ZK-Institut für Gesellschaftswissenschaften die Auffassung vom sozialistischen Charakter der Novemberrevolution unterstützten, während die Vertreter der Parteihochschule dem widersprachen. Dies hing auch mit erlebter Ge-

schichte zusammen: Wer, wie Schreiner, im Spartakusbund mitgekämpft hatte, konnte sich nicht damit abfinden, sein Leben für eine »bürgerliche« Revolution in die Schanze geschlagen zu haben.¹¹⁰

Schreiner handelte, als er den proletarischen Charakter der Revolution verfocht, wie Wolfgang Ruge anmerkte, »wohl auch in vorauseilendem Gehorsam, konnte er doch annehmen, daß die SED-Führung, die ihr genehme wissenschaftlich aufgemachte Behauptungen per Parteibesluß abzusegnen pflegte, die Novemberrevolution in verbindlichen Thesen zum Anlauf zu einer sozialistischen Zukunft erklären werde. Dazu kam es jedoch nicht. Das hing aber nicht vom Ertrag der Forschung ab, der ohnehin keine säuberliche Einordnung in die Schubkästen »proletarische« und »bürgerliche« Revolution gerechtfertigt hätte, sondern – wie so oft in der Wissenschaft – von der politischen Großwetterlage.«¹¹¹

Diese war eindeutig: Nach der notgedrungenen halben »Entstalinisierung« im Gefolge des XX. Parteitagess hielt es die SED-Führung für geboten, jede weitere Kritik an Stalins vermeintlichen theoretischen Leistungen zu unterbinden. Dazu gehörte auch sein Diktum vom bürgerlich-demokratischen Charakter der Novemberrevolution. Die Reklamierung des Adjektives »sozialistisch« allein für die russische Oktoberrevolution betonte den exklusiven Charakter der östlichen Führungsmacht und ihrer Parteigeschichte. Wenn schließlich das Kriterium der marxistisch-leninistischen Arbeiterpartei ins Spiel gebracht wurde, war unmißverständlich: Außerhalb, ohne oder gar gegen die Partei ist eine sozialistische Revolution nicht möglich.

Ulbrichts Definition der bürgerlich-demokratischen Novemberrevolution, die in gewissem Umfang mit proletarischen Mitteln und Methoden durchgeführt worden sei, war eine geschickte Kompromißformel. Ulbricht

106 Walter Ulbricht: *Über den Charakter der Novemberrevolution. Rede in der Kommission zur Vorbereitung der Thesen über die Novemberrevolution.* In: »Neues Deutschland«, Berlin vom 18. Juni 1958. **107** W.I. Billik: *Noch einmal über die Eigenart und den Charakter der Revolution von 1918–19 in Deutschland.* In: *Einheit.* Berlin 13(1958)7. S. 1024. **108** Walter Nimtz: *Über den Charakter der Novemberrevolution von 1918–19 in Deutschland.* In: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft.* Berlin 5(1958)3. S. 712. **109** *Aktuelle Lehren der Novemberrevolution.* In: »Neues Deutschland«, Berlin vom 1. August 1958. **110** Joachim Petzold: »Meinungsstreit« im Herrschaftsdiskurs. In: *Geschichte als Herrschaftsdiskurs. Der Umgang mit der Vergangenheit in der DDR.* Hrsg. von Martin Sabrow. Köln 2000. S. 287–314. Bes. S. 300ff. **111** Wolfgang Ruge: *Die russische Revolution von 1917 und die deutsche Novemberrevolution. Versuch eines Vergleichs.* In: *Die Revolutionen von 1917/18 und das Ende des 20. Jahrhunderts. Protokollband einer wissenschaftlichen Tagung des Jenaer Forums vom 26./27. 9. 1996.* Jena 1997. S. 7.

konnte sozusagen als Schiedsrichter fungieren und sich darüber hinaus als Experte in den Geschichtsdebatten fühlen; eine Reputation, an der ihm viel lag.

Entsprechend waren die Rücksprachen zwischen dem sowjetischen und dem ostdeutschen Parteiapparat. In einem Brief an Leonid Iljitschow, den Leiter der Abteilung Agitation und Propaganda beim ZK der KPdSU, teilte Kurt Hager mit, Schreiner und einige andere DDR-Historiker hätten die Auffassung vertreten, »daß die Novemberrevolution 1918 in Deutschland ihrem Charakter nach eine sozialistische Revolution gewesen sei, die eine Niederlage erlitt«. Dieser Versuch einer Neubewertung sei vom Politbüro zurückgewiesen worden. In den geplanten Protokollband würden die »Beiträge der Historiker der DDR, die den Thesen unserer Partei widersprechen, nicht mehr aufgenommen«. ¹¹²

Als Schreiner die Rolle der Parteilinken in der Revolution betonte, ging es ihm wohl auch darum, sein einstiges Engagement in der antistalinistischen KPDO vergessen zu machen. Fritz Klein berichtet in seinen Erinnerungen, Schreiner habe ihm damals voller Bitterkeit gesagt, »linke Fehler sind nie so schlimm wie rechte«. ¹¹³

Dies war das Grundübel der DDR und der von ihr hervorgebrachten Geschichtswissenschaft. Wer sich ihren politischen Vorgaben unterwarf, nicht einmal nach Freiräumen suchte, mußte auf wissenschaftliche Wirksamkeit verzichten. Er blieb ein Parteihistoriker, jederzeit bereit, auch gegen innere Widerstände den politischen Kurs mit wissenschaftlichem Vokabular zu legitimieren. Eine solche Rolle war Albert Schreiner zugeordnet worden. Als er sie nur ungenügend zu spielen vermochte, wurde ihm klargemacht, wie entbehrlich er als Historiker war.

Zwar ging es Ulbricht nicht darum, Schreiner zu maßregeln, schon deshalb nicht, weil seine Frau Lotte versucht hatte, bei Schreiner zu promovieren. Sie war an der Dissertation gescheitert, was Schreiner nicht publik machte und wofür Ulbricht ihm, ob er wollte oder nicht, dankbar sein mußte. ¹¹⁴ Schreiner blieb jedoch eine

öffentliche Korrektur seiner Behauptung nicht erspart: »Im Ergebnis der Diskussion wurde die Auffassung vom sozialistischen Charakter der Novemberrevolution als falsch zurückgewiesen«, mußte er niederschreiben. »Danach ist ›die Novemberrevolution ihrem Charakter nach als eine bürgerlich-demokratische Revolution, die in gewissem Umfang mit proletarischen Mitteln und Methoden durchgeführt wurde, zu bezeichnen.« ¹¹⁵ Spätestens jetzt mußte Schreiner erkennen, wie wenig sein Wissen, seine Erfahrungen des Kaiserreiches, der Weimarer Republik und des Exils im Herrschaftsdiskurs galten.

Zu den ihm politisch gezogenen Grenzen kamen die Grenzen seiner Professionalisierung als Historiker. Nicht in der hegemonialen Kultur des deutschen Kaiserreiches, sondern nur innerhalb der gegenkulturellen Strukturen der deutschen Sozialdemokratie hatte der Arbeitersohn politische Bildung erwerben, in der demokratischen Weimarer Republik dann auch vermitteln können. Bis zu seiner späten Berufung an die Leipziger Universität stand er außerhalb der Fachwissenschaft. Weder thematisch noch methodisch fanden seine Exilerfahrungen einen Niederschlag in dem, was er als Historiker in der DDR veröffentlichte. Legt man der Analyse formale Karrieremuster zugrunde, erlebte der Arbeitersohn, der zum »organischen Intellektuellen« innerhalb der Arbeiterbewegung wurde, mit der Berufung zum Professor einen bemerkenswerten Aufstieg. Nimmt man aber einen revolutionär-demokratischen Marxismus zum Maßstab, von dem der junge Schreiner in der SPD vor 1914 geprägt wurde und der noch seinem Anschluß an die KPDO zugrunde lag, werden die politischen Verluste in Schreiners Leben sichtbar. Seine publizistischen und militärpolitischen Schriften lassen dennoch erkennen, was ihm bei einem geregelten Bildungsgang und ohne politische Einengungen möglich gewesen wäre.

All dies trug zu seiner Resignation bei. Der ihm aufgenötigte Widerruf in der Debatte um die November-

¹¹² Hager an Iljitschow, 30. Juli 1958. In: SAPMO-BArch. DY 30/IV 2/9.04/125. Bl. 422f. ¹¹³ Fritz Klein: *Drinne und draußen. Ein Historiker in der DDR*. Frankfurt am Main 2000. S. 161. ¹¹⁴ Lotte Ulbricht hatte bei Schreiner zum Kapp-Putsch in Berlin promovieren wollen, sah aber ein, daß sie dies nicht schaffen würde. Die Materialien und die Korrespondenz Lotte Ulbricht-Schreiner befinden sich im Schreiner-Nachlaß. In: SAPMO-BArch. NY 4198/56. Bl. 21–79. ¹¹⁵ Schreiners Selbstkritik ist abgedruckt in dem von ihm herausgegebenen und redigierten Band: *Die Oktoberrevolution und Deutschland. Der Einfluß der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution auf Deutschland*. Berlin (Ost) 1958. S. 38.

revolution war mehr Anlaß denn Ursache seines Rückzuges aus der Wissenschaft, der natürlich auch altersbedingt war. 1960 trat der Zweiundsiebzigjährige in den Ruhestand. Fortan veröffentlichte er fast nichts mehr, sein Abschnitt des Lehrbuches zur deutschen Geschichte blieb eine Ankündigung, was sein fachinternes Prestige nicht hob. Schreiner erlebte aber noch die Neuher-

ausgabe seines wichtigsten Buches »Hitler treibt zum Krieg«. ¹¹⁶ Der Berufsrevolutionär Albert Schreiner erwarb sich als antifaschistischer Schriftsteller einen Namen. Als Historiker war er hingegen nicht erfolgreich. Er starb am 4. August 1979, zehn Jahre bevor auch seine Partei vom Schauplatz der Geschichte abtreten mußte.

116 Schreiner wurde noch, wenngleich pro forma, in das Autorenkollektiv der achtbändigen »Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung« berufen, die 1966 erschien.

Das Wirken von Ernst Engelberg an der Leipziger Universität

Im Zusammenhang mit der Hochschulreform von 1951 wurden in Berlin, Halle und Leipzig Institute für deutsche Geschichte ins Leben gerufen. Die Beweggründe für die Schaffung solcher Einrichtungen, die ein Novum im seitherigen Universitätsbetrieb darstellten, waren komplexer Natur. Primär ging es darum, Voraussetzungen zu schaffen, um die Ausbildung der auch an den historischen Fachrichtungen explosionsartig wachsenden Zahl von Studenten zu sichern. Dafür erforderlich war die Heranbildung leistungsfähiger Nachwuchskräfte in neuen Größenordnungen. Mit Hilfe dieser Institute sollte den Auszubildenden ein auf den Marxismus orientiertes nationales Geschichtsbild vermittelt werden, das dazu beitragen sollte, ein antiimperialistisches patriotisches Bewusstsein und Gefühle der Verbundenheit mit dem jungen DDR-Staat zu entwickeln.

Während man mit Alfred Meusel und Leo Stern in Berlin und Halle schon ältere Gelehrte berief, wurde in Leipzig der damals 42-Jährige Ernst Engelberg zum Direktor ernannt. Ähnlich wie viele der antifaschistischen Hochschullehrer, die aus der Emigration heimgekehrt waren, hatte er einen wechselvollen Lebensweg hinter sich. In einem Schwarzwaldstädtchen als Sohn des Besitzers einer Druckerei geboren und in einer Familie groß geworden, in der es noch lebendige Erinnerungen an die Revolution von 1848 gab und die Beziehungen zu führenden Repräsentanten der badischen Sozialdemokratie unterhielt, war er unter dem Eindruck der Nachkriegskrise, der Inflation und der politischen Auseinandersetzungen in der Weimarer Republik schon früh mit sozialistischen Auffassungen bekannt geworden.

Nach dem in Offenburg abgelegten Abitur hatte er in Freiburg, München und Berlin Nationalökonomie, Geschichte und Philosophie studiert. In München war er 1928 dem Kommunistischen Jugendverband beigetreten, 1930 folgte in Berlin der KPD-Eintritt. Er promovierte mit einer Arbeit über die deutsche Sozialdemokratie und die Bismarcksche Sozialpolitik, die aus einem Seminarreferat bei dem bekannten Friedrich-Engels-Biographen Gustav Mayer hervorging, der als Jude nach

dem Machtantritt der Nazis Deutschland verlassen mußte. Vier Tage nach der 1934 bei Hermann Oncken, einem Lassalle-Biographen, erfolgten Promotion wurde Ernst Engelberg bei einem antifaschistischen Treff verhaftet und wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu einer anderthalbjährigen Zuchthausstrafe verurteilt, die er in Luckau absaß.

Er emigrierte 1935 in die Schweiz, wo er u. a. durch die Mithilfe von Hans Mayer, seinem späteren Leipziger Kollegen, in Genf wissenschaftlichen Studien nachgehen konnte. Der Beginn des Zweiten Weltkrieges trieb ihn nach der Türkei, wo er als Lektor für deutsche Sprache in Istanbul tätig war. 1947 nach Deutschland zurückgekehrt, wurde er zunächst Dozent in Potsdam und 1949 Professor für Geschichte der Arbeiterbewegung an der damaligen Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät der Leipziger Universität.

Mit der Gründung des Instituts für deutsche Geschichte 1951 erwuchs Ernst Engelberg ein immenses Arbeitspensum. Jahrzehnte später hat er rückblickend festgestellt, daß die zehn Leipziger Jahre die arbeitsintensivsten seines Lebens gewesen seien. Sie haben ihn sicher auch die meiste Nervenkraft gekostet.

Schon unmittelbar nach Arbeitsbeginn am Peterssteinweg gab es Turbulenzen um die Existenz des Instituts. Leo Stern in Halle, der das Leipziger Institut als eine unbequeme, überdies mit einem großzügigen Stellenplan ausgerüstete Konkurrenz betrachtete, unternahm, z. T. von Heinrich Sproemberg unterstützt, Bemühungen, das Engelberg-Institut zu liquidieren oder zu einer Außenstelle seiner eigenen Einrichtung zu machen. Noch 1952 gelang es, diesen Versuch zu vereiteln, wobei Ernst Engelberg von seiner zunächst politisch und bald auch fachlich stark engagierten Hilfsassistenten- und Assistentenschaft wirkungsvoll unterstützt wurde.

Auch bei der Bewältigung der anspruchsvollen Lehraufgaben, die der neue Studienplan vorgab, fand er die tatkräftige Unterstützung seines jungen Mitarbeiterstabs. Während er selbst die Vorlesungen und Spezialseminare zur deutschen Geschichte des 19. Jahrhunderts bestritt,

wurden die Assistenten zielbewußt an die Lehre heran-geführt. Je nach ihrem Interesse hatten sie einen Zeitabschnitt der deutschen Geschichte zu übernehmen, über den sie die damals neu eingeführten Überblicks- bzw. Grundvorlesungen hielten. Das waren Lehrveranstaltungen, die noch nicht auf eigenen Forschungen, sondern auf der Auswertung und, soweit es ging, auf der marxistischen Umdeutung vorhandener Geschichtskennntnisse beruhten. Zum Tragen kam hier das von Ernst Engelberg häufig angeführte Prinzip des Förderns durch Fordern. Als erstem der neuen Geschichtsinstitute der DDR gelang es auf diese Weise, schon 1954 alle im Studienplan vorgesehenen turnusmäßigen Lehrveranstaltungen durchzuführen.

Aufschlussreich ist die Entwicklung der quantitativen Dimension des Instituts. Zählte es 1952 vier Assistenten, so verdoppelte sich diese Zahl im nächsten Jahr, und 1954 belief sie sich auf elf Assistenten und sechs Aspiranten. Was Engelbergs Personalpolitik angeht, so ist die Feststellung wichtig, dass er die Auswahl seiner Mitarbeiter überwiegend nicht nach dem Parteibuch, sondern nach fachlichen Kriterien traf. Unter den Assistenten befanden sich 1955 sechs parteilose Mitarbeiter, und ich selbst wurde von ihm 1953 gegen den Widerstand eines Teils der Parteigruppe des Instituts eingestellt, obwohl ich weder Hilfsassistent gewesen noch SED-Mitglied war. Eine Empfehlung von Walter Markov und meine Mitarbeit in seinen Seminaren hatten ihm genügt, Vertrauen zu mir zu fassen.

Immer stärker wurde Ernst Engelberg als Leiter gefordert, als mit dem personellen Wachstum und erhöhten Anforderungen sich das Institut immer stärker differenzierte und neue Arbeitsgruppen und Abteilungen gebildet werden mußten. Neben einer kleinen landesgeschichtlichen Abteilung umfasste das Institut um 1956 eine leistungsstarke Abteilung für das deutsche Mittelalter, mit der Ernst Engelberg in Verbindung mit dem Philologen Prof. Horst Kusch drei Bände »Leipziger Übersetzungen und Abhandlungen zum Mittelalter« herausgab, die Prof. Walter Bartel unterstehende Abteilung Zeitgeschichte, eine Abteilung Militärgeschichte sowie eine Arbeitsgruppe Universitätsgeschichte, die in Hinblick auf das 1959 anstehende 550jährige Universitätsjubiläum gebildet worden war. Mit der Vorbereitung zu Untersuchungen über die Geschichte der Geschichtsschreibung deutete sich eine weitere, später intensiv verfolgte Arbeitsrichtung an.

Frühzeitig mußte sich Ernst Engelberg die Frage stellen, worin der Ansatz, das viel zitierte Hauptkettenglied bestand, mit dessen Hilfe die umfangreichen Aufgaben zu bewältigen waren. Nach der Lage der Dinge gab es nur eine Antwort: in der Qualifizierung der Mitarbeiter auf dem Wege über die Promotiom, in der Übertragung von Aufgaben auf dem Gebiet der Forschung. Ein günstiger Umstand war dabei, dass die persönliche Neigung des Institutsdirektors stärker zur Forschung und weniger zur Vorlesungstätigkeit tendierte.

So wurde Ernst Engelberg für eine zahlenmäßig nicht unerhebliche Schar von Doktoranden zum Impulsgeber, Anreger, Betreuer und Mentor. Auch außerhalb des Instituts tätige Wissenschaftler der Universität wie Josef Schleifstein und Lothar Mosler, spätere Prorektoren, wählten ihn zum Doktorvater. Bis 1958 nahmen die Philosophische Fakultät der Universität und die Deutsche Hochschule für Körperkultur insgesamt 23 von ihm betreute Dissertationen an. Von ihnen erschien bis 1960 ein Drittel in der von ihm herausgegebenen »Schriftenreihe des Instituts für deutsche Geschichte in Leipzig«. Mit der erfolgreichen Nachwuchsarbeit erwarb sich das Institut republikweit den Ruf, die bis dahin leistungsstärkste Qualifizierungsstätte auf dem Gebiet der Geschichtswissenschaft zu sein.

Die Themenwahl der Dissertationen war natürlich auf den wichtigsten Forschungsschwerpunkt, die Geschichte der Arbeiterbewegung im 19. und 20. Jahrhundert, konzentriert, wobei der Akzent auf politik- und parteigeschichtlichen Untersuchungen in der Zeit der Bebel'schen Sozialdemokratie lag. Aus heutiger Sicht mag das als eine Einengung der Arbeiterbewegungsproblematik erscheinen, aber in den Anfängen der DDR-Geschichtswissenschaft war eine solche Begrenzung unumgänglich und von den äußeren Bedingungen her geboten. Die Palette der von Engelberg initiierten Themen griff indes weiter, sie erfasste viele Fragen der allgemeinen deutschen Geschichte von der mittelalterlichen Stadthistorie, der Wiedertäuferbewegung bis zur bayrischen Räterepublik und der Vorgeschichte der faschistischen Machtergreifung.

Erinnerungswert ist, dass Ernst Engelberg auch auf die Untersuchung jener geschichtlichen Kräfte orientierte, die tatsächliche oder potentielle Bundesgenossen der Arbeiter im Ringen um demokratische Alternativen waren. So erhielt ich von ihm ein Thema über die Rolle kleinbürgerlicher Demokraten in den 60er Jahren des

19. Jahrhunderts im deutschen Südwesten. Es machte mir nichts aus, dass ich dafür eine Zeit lang im Institut freundschaftlich als Kleinbürger verspottet wurde.

Absolut verbindlich war die Forderung, die Dissertationen auch ausreichend auf archivalischen Quellen zu fundieren. Um noch einmal von mir zu sprechen: Ich konnte dank Ernst Engelbergs Fürsprache 1955 und 1956 Archivreisen nach Stuttgart, Ludwigsburg, Heidelberg, Darmstadt und Frankfurt a.M. unternehmen. Im Unterschied zu späteren Jahren gab es keine bürokratischen Hürden. Man erhielt je Reise 400 DM in die Hand und konnte damit so lange bleiben, wie das Geld reichte. Berichte oder Rechnungslegungen waren im Nachhinein nicht erforderlich.

Seit 1955 gab es am Institut ein vom Direktor geleitetes, vierwöchentlich stattfindendes Doktorandenseminar. Das war der Ort, wo die Dispositionen und Konzeptionen der in Arbeit befindlichen Dissertationen diskutiert wurden, wo Debatten zu theoretischen Problemen der Historiographie und zu deren Beziehung zur Politik stattfanden. Insbesondere letzteres Problem wurde immer wieder aufgegriffen, und wir lernten erkennen, dass wie die unsrige, die das offen bekannte, jede Richtung von Geschichtsschreibung über neuere Historie, wenn auch verbrämt und verklausuliert, interessenorientierte politische Legitimationsbedürfnisse erfüllt.

Das Doktorandenseminar spornte den Fleiß und das Vorwärtstreben der Mitarbeiter an und war vor allem auch ein Ort des Meinungsstreites. Wer diese Jahre am Peterssteinweg erlebt hat, wird eingestehen, dass im Institut eine kameradschaftliche, der wissenschaftlichen Betätigung förderliche Atmosphäre herrschte. Und dazu hat Ernst Engelberg entscheidend beigetragen. Er war ein Professor, der keine Chefallüren kannte, mit dem sich ungezwungen diskutieren ließ, der die Meinung anderer achtete und zuhören konnte, der aber auch temperamentvoll und zuweilen leidenschaftlich seinen eigenen Standpunkt vertrat. In der Beurteilung seiner Mitarbeiter, mit denen er zwanglos, nicht kumpelhaft umging, zählte, wie mir scheint, nur der Fleiß, worin er jedem ein Vorbild war. Ich habe ihn für diese Jahre geradezu als einen Worskalkoholic in Erinnerung. Skat spielen, wie Prof. Walter Markov es mit seinen Assistenten tat, konnte man mit ihm nicht. Sein Geselligkeitstrieb außerhalb der Pflichten, der selbst auferlegten wie der verordneten, war gering entwickelt.

1951 fassten zentrale Berliner Stellen den Beschluss,

ein für die Studentenausbildung nach sowjetischem Muster gedachtes Hochschullehrbuch zu erarbeiten, in dem die deutsche Geschichte von ihren Anfängen bis zur Gegenwart darzustellen war. Das dafür unter der Leitung von Alfred Meusel berufene Autorenkollektiv bestand aus den namhaftesten marxistischen Historikern, denen jeweils ein Abschnitt, ein Zeitraum oder eine Epoche deutscher Geschichte zur Bearbeitung übertragen wurde. Ernst Engelberg erhielt den Zeitabschnitt von der Niederlage der 1848er Revolution bis zur Reichseinigung 1871. Später wurde ihm auch der Abschnitt von 1871 bis 1897 überantwortet.

Für Ernst Engelberg stand das Hochschullehrbuch im Zentrum seiner Forschungsarbeit der 50er Jahre. Diese Aufgabe hat ihm viel Schweiß gekostet und noch mehr Ärger verursacht. Er konnte sich allerdings auf einen kleinen Teil des personellen Potentials des Instituts stützen, indem er sowohl Dissertations- als auch Staatsexamensthemen über die Zeit der Vorgeschichte der Reichsgründung vergab. Da jeder Vorlauf in der marxistischen Erforschung aller Geschichtsabschnitte fehlte, waren die engen Fristen für die Fertigstellung der Lehrbuchteile illusorisch. Nach erfolgter Periodisierungsdiskussion wurden 1954 die Dispositionen vom Autorenkollektiv absegnet.

Engelbergs erster Entwurf seiner Darstellung lag 1956 vor und erfuhr von Meusel eine provokant gehässige Kritik, die eine mehrjährig erbittert geführte Kontroverse zwischen den beiden Historikern auslöste. Dogmatismus war von beiden Seiten nicht im Spiel, wohl aber massiv gegenseitige menschliche Antipathien. Allerdings standen im Mittelpunkt der Auseinandersetzung sachliche Probleme, und zwar Fragen nach dem Charakter der Bismarckschen Reichseinigung, nach dem Gewicht ihrer positiven und negativen Seiten und deren Bedeutung für die weitere deutsche Geschichte. Vor allem ging es darum, ob es Ansätze, Bemühungen und wie auch immer gewichtete Chancen für demokratische Alternativkonzeptionen zum preußischen Weg von oben, bei der Zuendeführung der bürgerlichen Umgestaltung gab. Während Ernst Engelberg die demokratischen Akzente im Geschichtsverlauf, die bisher aus dem Geschichtsbild fast völlig ausgeblendet gewesen waren, hoch bewertete, stand Alfred Meusel noch partiell unter dem Einfluß noch nicht überwundener borussisch orientierter Auffassungen. Als die Endfassung des Lehrbuchs 1958 vorlag, wurden von zentraler Stelle zwei

Gutachterkollektive eingesetzt, die einmütig zu einem positiven Urteil über das Engelbergsche Manuskript kamen. Es wurde 1959 unter dem Titel »Deutschland von 1849 bis 1871« zeitgleich mit Ernst Engelbergs erster größerer Monographie, dem Werk »Revolutionäre Politik und Rote Feldpost«, das die Entwicklung der Bebel-Liebknightschen Partei unter dem Sozialistengesetz behandelte, veröffentlicht.

Er hatte bereits vorher Aufsätze zu zentralen Themen wie dem Bonapartismus, der Revolution von oben, dem Militarismus und der Mitwirkung von Marx und Engels bei der Bildung der Eisenacher Partei in Fachzeitschriften erscheinen lassen. Von Gewicht war auch eine 1957 erschienene Publikation, das umfangreich kommentierte Hauptwerk Carl von Clausewitz' »Vom Kriege«, das er gemeinsam mit Otto Korfes, dem ehemaligen General der 6. Armee, herausgegeben hatte.

Mit dem bereits erwähnten Universitätsjubiläum 1959 war eine weitere Aufgabe hinzugekommen. Nach mancherlei Querelen mit der Universitätsparteileitung und Berliner Stellen war gesichert worden, dass die unter seiner Leitung entstandenen zwei Bände mit über 60 Beiträgen zur Leipziger Universitätsgeschichte termingerecht erscheinen konnten. Er selbst hat darin über den Platz von Karl Lamprecht in der deutschen Historiographie geschrieben.

Mit seinem wachsenden Ansehen und den Leistungen seines Instituts war Ernst Engelberg in die vorderste Reihe der DDR-Historiker gerückt. Nachdem er seit 1955 die Geschichtswissenschaft der DDR auf gesamtdeutschen und internationalen Kongressen vertreten hatte, wurde ihm die ehrenvolle Aufgabe übertragen, das Hauptreferat auf dem 1958 in Leipzig stattgefundenen Gründungskongress der Historiker-Gesellschaft der DDR zu halten. Er hatte darauf hingewirkt, dass diese Veranstaltung an dem historisch beziehungsreichen 18. März begann. Er wurde von den Kongressmitgliedern zum ersten Präsidenten dieser Gesellschaft gewählt, ein Amt, das er bis 1965 bekleidete. Zwei Jahre später berief man ihn auch zum Präsidenten des Nationalkomitees der DDR-Historiker. In diesem Jahr, 1960, verließ er Leipzig, um in Berlin die Direktion des Instituts für Geschichte an der Akademie der Wissenschaften zu übernehmen.

Zu seinem 60. Geburtstag 1969 ehrte ihn die Leipziger Universität mit der Verleihung der Ehrendoktorwür-

de der Philosophischen Fakultät. Zu vielen seiner Leipziger Mitarbeiter aus den 50er Jahren sind bis heute die kollegialen und freundschaftlichen Beziehungen nicht abgerissen.

Ihm war es in den vergangenen Jahrzehnten vergönnt, ein umfangreiches Lebenswerk zu schaffen, das ihm einen festen Platz in der Geschichte der deutschen Geschichtsschreibung auf Dauer sichert. Seine zweibändige Bismarck-Biographie hat große nationale und internationale Resonanz gefunden, u. a. wurde sie ins Japanische und Chinesische übersetzt. Und mit seinen grundlegenden Arbeiten zur Geschichtsmethodologie hat er zugleich einen wichtigen Beitrag zum theoretischen Denken über Fragen unserer Disziplin vorgelegt.

Ihn, der in diesem Jahr bei guter Gesundheit und voller Schaffenskraft seinen 90. Geburtstag begehen konnte, an dem ihm von seinen Schülern, Freunden und Kollegen zum zweiten Mal eine zweibändige Festschrift gewidmet wurde, hat Wolfgang Küttler treffend charakterisiert, wenn er ihn als eine streitbare, rastlos forschende, immer politisch engagierte, kantige und produktiv-unbequeme Persönlichkeit bezeichnet.

LITERATUR

- *Evolution und Revolution in der Weltgeschichte. Ernst Engelberg zum 65. Geburtstag. 2 Bde. Hrsg. von Horst Bartel u. a. Berlin 1976.*
- *Werner Berthold: Ein marxistischer Historiker von internationalem Rang und Ruf. Erinnerungen an sein Leipziger Jahrzehnt. In: »Leipzigs Neue« vom 2. April 1999.*
- *Veit Didczuneit: Geschichtswissenschaft an der Universität Leipzig. Zur Entwicklung des Faches Geschichte von der Hochschulreform bis zur sozialistischen Umgestaltung. Diss. Leipzig (MS) 1993.*
- *Thomas Grimm: Was von den Träumen blieb. Eine Bilanz der sozialistischen Utopie. Berlin 1993. S. 25–48. (Darin Interview mit Ernst Engelberg)*
- *Mario Keffler: Emigrant und Bismarck-Biograph. In: Das Blättchen. Berlin (1999)7.*
- *Ilko-Sascha Kowalczyk: Legitimation eines neuen Staates. Parteiarbeiter an der historischen Front. Geschichtswissenschaft in der SBZ/DDR 1945 bis 1961. Berlin 1997.*
- *Das lange 19. Jahrhundert. Personen – Ereignisse – Ideen – Umwälzungen. Ernst Engelberg zum 90. Geburtstag. Hrsg. von Wolfgang Küttler. 2 Bde. Berlin 1999.*

ERNSTGERT KALBE

Zum Neubeginn der Ost- und Südosteuropa-Geschichte in Leipzig

I.

Freilich stellt das Fachgebiet »Osteuropäische Geschichte« nur ein Segment der »Allgemeinen Geschichte« dar, über die ich insgesamt nicht sprechen kann. Indessen wurde die »Osteuropäische Geschichte« bis 1945 und kurz danach am Seminar für »Neuere und Neueste Geschichte« des Historischen Instituts sowie dem auch nach Kriegsende noch kurze Zeit von Hans Freyer geleiteten Lamprecht-Institut für »Kultur- und Universalgeschichte« vertreten, ehe Walter Markov im Herbst 1947 die zunächst kommissarische Leitung des »Instituts für Kultur- und Universalgeschichte«, einschließlich der osteuropäischen Geschichte, übernahm.

Aus dem Lamprecht-Institut ging 1951 das »Institut für Allgemeine Geschichte« mit Abteilungen für Geschichte der Neuzeit, des Mittelalters und des Altertums hervor, während das »Institut für Geschichte der Völker der UdSSR« und das »Institut für Geschichte des deutschen Volkes« gleichzeitig als Neugründungen entstanden, worüber hier unter verschiedenen Aspekten bereits gesprochen wurde.

Jedoch der Reihe nach: Über den Neubeginn der Osteuropa-Disziplin an der Leipziger Universität zu sprechen verlangt, sich die Umfeldbedingungen zu vergegenwärtigen, geprägt durch Kriegszerstörungen, Entnazifizierung, Macht- und Elitewechsel sowie den Enthusiasmus der zumeist als Quereinsteiger im Universitätsbetrieb wirkenden Pioniere der antifaschistischen Umgestaltung.

Am Anfang standen Befehle der SMAD über die Aufnahme des Lehrbetriebs an der Leipziger Universität. Nachdem der Militärkommandant für Leipzig, Generalleutnant Trufanow, den Oberbürgermeister der Stadt, Dr. Erich Zeigner, mit Befehl Nr. 50 vom 14. September 1945 aufgefordert hatte, ein Verzeichnis der höheren Lehranstalten sowie der Professoren und Dozenten ein-

zureichen, folgte am 15. Januar 1946 der Befehl Nr. 12 des Obersten Chefs der SMAD über die Wiederaufnahme des Lehrbetriebs an der Universität Leipzig an zunächst sechs Fakultäten, darunter der Philosophischen Fakultät, und zwar bereits mit Wirkung vom 5. Februar 1946.¹

Der Befehl untersagte leitende und Lehrtätigkeit von ehemaligen NSDAP-Mitgliedern und verlangte vom Rektor und von den Präsidenten der Verwaltung Sachsens wie der »Deutschen Verwaltung für Volksbildung« die Vorlage von Listen der Fachgebiete und deren Profillinien an den Fakultäten, ebenso wie das Einreichen von Lehrplänen und Programmen, von Verzeichnissen mit Kandidaten für Amtsfunktionen, von Personallisten für das Professorenkollegium wie für die immatrikulierten Studenten.

Schließlich verfügte der Befehl Nr. 355 des Obersten Chefs der SMAD vom 2. Dezember 1946, Gesellschaftswissenschaftliche Fakultäten zur Ausbildung von qualifizierten Kadern für gesellschaftliche Führungsfunktionen an den Universitäten Leipzig, Jena und Rostock zu gründen, wobei die Leipziger Fakultät als erste am 15. Februar 1947 mit 200 Studenten eröffnet werden sollte. In einer Anlage zu diesem Befehl wurden u. a. auch die Lehrdisziplinen bestimmt, wobei unter den auffallend zahlreichen Geschichtsfächern ausdrücklich auch das Lehrfach »Geschichte der UdSSR« benannt wurde.²

Das war für die Leipziger Universität keine einfache Anforderung, da außer den durch Bombenangriffe verursachten Kriegsschäden – Seminarräume wie Bibliotheksbestände des Lamprecht-Instituts wie des »Instituts für Geschichte und Kultur Südosteuropas« waren ausgebombt – die Entnazifizierungswelle besonders auch die Ost- und Südosteuropadisziplin betraf. Obwohl 1945 von den betroffenen Wissenschaftlern faktisch niemand mehr vor Ort war, hatten einige Hochschullehrer

¹ Vgl. *Dokumente der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland zum Hoch- und Fachschulwesen 1945–1949*. Hrsg. von Gottfried Handel und Roland Köhler. In: *Studien zur Hochschulentwicklung*. Institut für Hochschulbildung. Berlin 1975. Dok. 11, S. 21; Dok. 19, S. 31. ² Vgl. ebenda. Dok. 7, S. 56f., 58ff.

während der faschistischen Herrschaft eine mehr oder minder exponierte Rolle gespielt und waren als Träger faschistischer Ideologie hervorgetreten.

Der 1926 begründete Lehrstuhl für osteuropäische Geschichte mit Abteilung am Institut für Kultur- und Universalgeschichte, der bis zu seiner Emeritierung 1932 mit Prof. Friedrich Braun besetzt war, wurde eingezogen. Die verbliebene Osteuropa-Abteilung wurde bis Mitte der 30er Jahre von Dr. Werner Markert geleitet, der dem SA-Sturm III/106 angehörte und sich nach dem Kriege in Tübingen ansiedelte. Der progressive Osteuropa-Historiker Georg Sacke wurde bereits 1933 aus der Leipziger Universität verdrängt.³

Das 1937 gegründete »Institut für Geschichte und Kultur Südosteuropas«, als dessen a. o. Professor und Leiter im Herbst 1938 Dr. Georg Stadtmüller berufen wurde, dem die NSDAP-Gauleitung Schlesien als Mitglied des SA-Sturmes 11/12 ein politisches Unbedenklichkeitszeugnis ausstellte, wurde zum Zentrum deutscher Südostforschung. Georg Stadtmüller gehörte zu den Mitherausgebern der seit 1937 erscheinenden »Leipziger Vierteljahreshefte für Südosteuropa«. Auf Anweisung des Wissenschafts- und Volksbildungsministers wurde Stadtmüller ab Sommersemester 1942 dem Auswärtigen Amt für einen Südosteuropa-Einsatz als Offizier zur Verfügung gestellt und übersiedelte nach Kriegsende direkt nach München.⁴

Dem 1936 aus verschiedenen Wissenschaftsdisziplinen als *Dachorganisation* unter Leitung des jeweiligen Dekans der Philosophischen Fakultät gebildeten interdisziplinären »Südosteuropa-Institut« gehörten weiter die einschlägigen slawistischen Einrichtungen sowie das 1928 bis 1936 von Prof. Dr. Wiedenfeld geleitete »Institut für Mittel- und Südosteuropäische Wirtschaftsforschung« an, das danach von Professor Seraphim und Dr. Hermann Gross weitergeführt wurde und

unmittelbar mit dem »Mittleuropäischen Wirtschaftstag« kooperierte.⁵

Alle diese Wissenschaftler wirkten nach 1945/49, soweit sie noch lebten, in der westdeutschen Bundesrepublik.

Über die wirtschaftswissenschaftlichen und slawistischen Einrichtungen, die in das Südosteuropa-Institut integriert waren, kann sich der Verfasser mangels Kompetenz nicht äußern; es wäre lediglich noch festzustellen, das im Rahmen slawistischer Sprachlehrkate auch Professor Maximilian Braun wirkte, der zugleich als Autor historischer Arbeiten zur Balkan-Geschichte hervortrat und auch nach 1945 noch in Leipzig lebte.

Bleibe als Fazit die Feststellung, das die Universität Leipzig, die zwischen 1871 und 1933 auf dem Gebiet der Ost- und Südosteuropaforschung von August Leskien bis Gustav Weigand internationalen Rang besaß, während der faschistischen Diktatur in Deutschland großmachtpolitisch instrumentalisiert wurde und deshalb 1945 einem gravierenden Elitenwechsel unterlag. Seine internationale Bedeutung konnte Leipzig auf diesem Feld trotz eines hoffnungsvollen Beginns im ersten Nachkriegsjahrzehnt nicht wiedererlangen – nicht zuletzt wegen neuerlicher politischer Instrumentalisierungen, die aus der Systemkonfrontation während des kalten Krieges erwachsen.

II.

Es war ein Glück für die Leipziger Universität, daß im Oktober 1946 Dr. Walter Markov nach zehnjähriger Haftzeit und Selbstbefreiung aus dem Zuchthaus Siegburg von Bonn nach Leipzig übersiedelte und sich hier zunächst vorrangig erneut seinen in den Studien- und Promotionsjahren geprägten ost- und südosteuropäischen Wissenschaftsinteressen zuwandte.⁶

³ Vgl. Lutz-Dieter Behrendt: *Friedrich Braun und die osteuropäische Geschichte am Institut für Kultur- und Universalgeschichte der Universität Leipzig*. In: *Universalgeschichte – gestern und heute. »Comparativ«*. Leipziger Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichenden Gesellschaftsforschung. Leipzig (1991)4. S. 30ff. ⁴ Zum Berufungsvorgang wie zur nachfolgenden Tätigkeit Georg Stadtmüllers in Leipzig am Institut für Geschichte und Kultur Südosteuropas wie am interdisziplinären Südosteuropa-Institut vgl. *Archiv der Universität Leipzig*. Sign. B2/2045. p. 79–82, 307–310; Sign. PA 911. p. 6–8, 16, 19–20, 34, 57–60, 94, 114, 116–124. ⁵ Zum Institut für Mittel- und Südosteuropäische Wirtschaftsforschung vgl. *Archiv der Universität Leipzig*. Sign. B1/1425. p. 1, 11–15, 30. ⁶ Vgl. Ernstgert Kalbe: *Und der schwierige Balkan blieb immer im Blick*. In: *»Wenn jemand seinen Kopf bewußt hinhielt ...«* Beiträge zu Werk und Wirken von Walter Markov. Hrsg. von Manfred Neuhaus und Helmut Seidel in Verbindung mit Gerald Diesener und Matthias Middell. 2. durchgesehene Aufl. Leipzig 1998. S. 73–80.

Die Schwierigkeiten dieser damals ungewöhnlichen West-Ost-Wanderung kann man anhand der Markovschen »Zwiesprache mit dem Jahrhundert« nachvollziehen oder auch den seiner nunmehr gedruckten Habilitationsschrift beigelegten »Erinnerungen« entnehmen⁷, wonach »Raunen und Erstaunen« selbst »diverse Leipziger Amtsstellen« über eine »Art Geisterfahrer« erfaßte, »der nicht von Leipzig nach Bonn, sondern von Bonn nach Leipzig wollte.«⁸

Noch im Wintersemester 1946 hielt Walter Markov eine Vorlesung über »Geschichte Rußlands bzw. der Sowjetunion«, der bald eine breite Palette von Lehrveranstaltungen von der »Kiever Rus« über die »Auffhebung der Leibeigenschaft 1861« bis zur Geschichte der Sowjetunion »Von der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution bis zur Schlacht von Stalingrad 1942/43« folgte. Nach Gründung der »Gewifa« las Walter Markov ab Sommersemester 1947 auch dort über »Russische Geschichte von der Bauernbefreiung 1861 bis Stalingrad 1943«.

Parallel zur Lehrtätigkeit in Leipzig hielt Walter Markov von 1947 bis 1950 Gastvorlesungen an der Universität in Halle, wo man ihm schon 1947 ein eigenes »Südosteuropa-Institut« anbot und im November 1947 zum a.o. Professor berief.

In Leipzig wurde Walter Markov im Spätherbst 1946 als Assistent am noch von Hans Freyer geleiteten »Institut für Kultur- und Universalgeschichte« eingestellt, erhielt nach im Sommer 1947 vollzogener Habilitation eine Dozentur und die »venia legendi« sowie – damit verbunden – das kommissarische Direktorat des »Instituts für Kultur- und Universalgeschichte« anstelle des aus politischen Gründen verdrängten Hans Freyer. Im Februar 1948 wurde Walter Markov auch in Leipzig zum a.o. Professor und schließlich 1949 zum Ordinarius für Allgemeine Geschichte berufen.

Bereits im Wintersemester 1947/48 hielt Markov vor Hörern dreier Fakultäten – der Philosophischen, der Gesellschaftswissenschaftlichen und der Pädagogischen

– eine Hauptvorlesung über die »Geschichte der Revolutionen«, mit der sich schon eine Grundrichtung seiner weiteren wissenschaftlichen Arbeit ankündigte. Noch aber lag das Schwergewicht seines Wirkens auf dem Gebiet der »Ost- und Südosteuropäischen Geschichte«, wozu auch Lehrveranstaltungen zur Geschichte und Gegenwart von Staat und Gesellschaft in Südosteuropa sowie Übungen zu einer Soziologie Jugoslawiens zählten.⁹

Schließlich sei am Rande vermerkt, daß Walter Markov im März 1948 als Nachfolger von OBM Zeigner zum Leipziger Präsidenten der 1947 gegründeten »Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion« gewählt wurde, die in der Karl-Tauchnitz-Straße 25 über ein sehr rühriges »Haus der Kultur« verfügte, dessen Veranstaltungen ich 1947/49 fleißig besuchte, nicht ahnend, daß ich ab 1951 zum Studenten dessen seinerzeitigen Präsidenten und häufigen Referenten werden würde.¹⁰

Eine zutreffende Wertung der Rolle Markovs für die Entwicklung der Geschichtswissenschaft an der Leipziger Universität in jenem ersten Nachkriegsjahrzehnt bietet Ernst Engelberg in seinem Beitrag zur Festschrift zur 550-Jahrfeier der Alma mater 1959.¹¹

Es gibt sowohl zeithistorischen als auch aktuellen Anlaß, die Aufmerksamkeit nochmals auf die Habilitationsschrift von Walter Markov zu lenken, die endlich 1999 unter dem 1947 gewählten Originaltitel »Grundzüge der Balkandiplomatie. Ein Beitrag zur Geschichte der Abhängigkeitsverhältnisse« im Leipziger Universitätsverlag erschienen ist. Diese Schrift hat damals wesentlich zur Etablierung einer marxistischen Geschichtsauffassung an den »Historischen Instituten« unserer Universität beigetragen.

Der damalige Prorektor Lendle empfahl der Fakultät die Begutachtung der Schrift als einer »vergleichenden Balkansozioologie« auch unter methodischem Aspekt von »vordringlicher Bedeutung«, »da sie eine bestimmte Geschichtsauffassung auf ihre konkrete Leistungsfähigkeit hin zu beurteilen gestattet.«¹²

7 Siehe Walter Markov: *Zwiesprache mit dem Jahrhundert. Dokumentiert von Thomas Grimm. Berlin 1989. S. 155ff.*; Walter Markov: *Erinnerungen. H. 24. In: Walter Markov: Grundzüge der Balkandiplomatie. Ein Beitrag zur Geschichte der Abhängigkeitsverhältnisse. Hrsg. von Fritz Klein und Irene Markov. Leipzig 1999. S. 311ff. 8 Ebenda. S. 314. 9 Vgl. Alexander Fischer: *Zur Geschichte Osteuropas in der ehemaligen DDR. In: Zur Entwicklung einer historischen Disziplin in Deutschland, Österreich und der Schweiz (1945–1949). S. 326ff.* 10 Siehe Walter Markov: *Erinnerungen. H. 25. In: ders.: Grundzüge der Balkandiplomatie. S. 332ff.* 11 Vgl. Ernst Engelberg: *Die Entwicklung der marxistischen Geschichtswissenschaft an der Karl-Marx-Universität. In: Festschrift zur 550-Jahr-Feier. Hrsg. von Rektor und Senat der Karl-Marx-Universität Leipzig. Leipzig 1959. S. 63ff.* 12 Vgl. Walter Markov: *Zwiesprache. S. 155.**

Im Erstgutachten von Prof. Hans Freyer wird festgestellt, daß der Verfasser seiner Geschichtsauffassung nach »historischer Materialist« ist. »Gleichviel ob man diese Geschichtsauffassung teilt oder nicht, wird man konstatieren dürfen: die Zurückführung politischer Zustände und Entwicklungen auf ökonomische Verhältnisse wird in der Arbeit so umsichtig und so vorsichtig vorgenommen, daß der historische Materialismus nie zum blickverengenden Dogma sondern zur aufschließenden Fragestellung und zur fruchtbaren Arbeitsmethode wird. Der Verfasser kennt die Balkanvölker so gut, und sein Blick ist so weit, daß er immer auch die anderen wirksamen Kräfte, z. B. die sittenhaften, die historisch-traditionellen, die nationalen, die literarischen und kulturellen in Rechnung setzt.«¹³ Im Gutachten des Pädagogen und Albanologen Maximilian Lambertz heißt es wesensverwandt: »Mit Konsequenz hält er als Ariadnefaden im Labyrinth allen historischen Werdens die wirtschaftliche Struktur der Länder, ihren Handel, ihren Export und Import, ihre Produktionsformen, ihren gesellschaftlichen Aufbau fest. Er ist bewußt historischer Materialist und liefert hier ein Musterbeispiel, wieviel durch die von ihm gehandhabte Methode geleistet werden kann. Bornierter Doktrinarismus liegt ihm fern. Er arbeitet nach dem Satz, den er in einem Zeitungsfeuilleton ›Vom Nutzen der Historie‹ selbst aufgestellt hat: ›Man kann die Rolle der Persönlichkeit in der Geschichte auf ihren wirklichen Umfang zurückschrauben, ohne einem Mechanismus anonymer Gesetzmäßigkeiten zu verfallen. Man kann ›leitende Prinzipien‹ durch konkrete materielle Ursachen der gesellschaftlichen Entwicklung ablösen, die von falscher Froschperspektive ebensoweit entfernt sind wie von spekulativer Sternenguckerei.«¹⁴

Über den Inhalt der Habilitationsschrift soll hier nicht näher gesprochen werden, zumal ich mich dazu schon auf dem ersten Walter-Markov-Colloquium des Rosa-Luxemburg-Vereins Leipzig im April 1994 äußern konnte, dessen Resultate in erster Auflage bereits 1995, in zweiter Auflage 1998 veröffentlicht wurden.¹⁵

Mein Beitrag soll auch nicht die Funktion einer notwendigen Rezension erfüllen, zumal der Interessent nunmehr im Original selbst nachlesen kann.¹⁶ Vielmehr sind wenige Bemerkungen zu ihrer heutigen Relevanz angebracht.

Obwohl es wahrlich kein Ruhmesblatt ehemaliger DDR-Historiographie ist, daß mehr als 50 Jahre vergehen mußten, ehe Walter Markovs Habilitation erscheinen konnte, wofür den Herausgebern Fritz Klein und Irene Markov sowie den Redakteuren des Leipziger Universitätsverlages zu danken ist, stellt es zugleich ein Glücksfall dar, daß die Arbeit gerade heute erscheint, da aktuelle Ereignisse am Balkan dringend nach Kenntnissen über dessen Geschichte verlangen, die Markov in gleichermaßen detaillierter wie komprimierter Weise sowie in nahezu enzyklopädischer Zusammenschau über mehr als ein halbes Jahrhundert zwischen 1878 und 1939 anbietet.

Zu reden aber wäre über die These von der quasi Wiederkehr der »Orientalischen Krise« in den gegenwärtigen Krisen und Kriegen am Balkan, wie sie Stefan Troebst in seinem Vortrag vom 12. Oktober 1999 anlässlich des 90. Geburtstages von Walter Markov und des endlichen Erscheinens seiner Habilitationsschrift vertreten hat, wozu auf der Festveranstaltung keine Diskussionsgelegenheit war, eine These, die schwerlich in den Intentionen des Balkankenners Markov gelegen hätte.

Schon 1958 schrieb Markov über die Balkandiplomatie von 1878 bis 1912: »So sehr die Interessenpolitik der europäischen Kabinette die Entwicklung auf dem Balkan seit Ausgang des 18. Jahrhunderts überlagerte und bisweilen abrog: ausgelöst und vorgetrieben wurde diese von der revolutionären Nationwerdung der slawischen wie der nichtslawischen Rajah in der Verfallskrise der ottomanischen Fremdherrschaft.« Daraus schlußfolgert der Autor, daß der Reifeprozess der unerfundenen Balkanstaaten durch die Tatsache bestimmt wie gehemmt wurde, »daß sie gleichzeitig als designierte Nachfolger der europäischen Türkei und der Donau-

¹³ Walter Markov: *Grundzüge der Balkandiplomatie. Anhang »Dokumente zum Habilitationsverfahren von Walter Markov«*. 1. Referat von Hans Freyer. S. 291. ¹⁴ Ebenda. 2. Referat von Maximilian Lambertz. S. 294; Lambertz bezieht sich dabei auf das Feuilleton Walter Markovs: *Historia docet? Abgedruckt In: Forum. Berlin 1(1947)4*. S. 9. ¹⁵ Vgl. Ernstgert Kalbe: *Und der schwierige Balkan blieb immer im Blick*. ¹⁶ Walter Markov: *Grundzüge der Balkandiplomatie. Ein Beitrag zur Geschichte der Abhängigkeitsverhältnisse. Mit einer Einführung von Günter Schödl und einem Dokumentenanhang. Hrsg. von Fritz Klein und Irene Markov. Leipziger Universitätsverlag 1999*.

monarchie auftraten. Das unstreitig daneben vorhandene Schüren der Großmächte hat den »Offensivgeist« der meisten Balkanregierungen zwar gesteuert, aber nicht hervorgebracht. Wiewohl oft chauvinistisch durchtränkt, war die Irredenta am Balkan keine nachgeäffte imperialistische Aggression im Kleinformat, sondern ein Teilvorgang der nach außen projizierten bürgerlichen Revolution seiner Völker.«¹⁷

Das Schüren der nationalen Irredenta auf dem Balkan, nicht zuletzt verursacht durch Grenzziehungen des Berliner Kongresses der Großmächte 1878, die jeden Balkanstaat als nationalen Torso hinterließen, wurde nach den Balkankriegen 1912/13, verstärkt durch die Versailler »Friedensregelungen« nach dem ersten Weltkrieg und erst recht im Zuge des zweiten Weltkrieges zum bevorzugten Instrumentarium jeweils im eigenen Interesse liegender europäischer Großmacht- und Expansionspolitik, die Grenzen willkürlich zogen – ohne Rücksicht auf historische Bindungen und ethnische Siedlungsgebiete – und damit die Lunte am balkanischen Pulverfaß am Glimmen hielten, jederzeit zur Zündung einer Explosion bereit.

Darin scheint mir der entscheidende Unterschied in der politischen Konstellation von Balkanirredenta und Großmachtexpansion vor und nach den Balkankriegen 1912/13 zu liegen: *Das historische Koordinatensystem kehrt sich um* – nicht mehr genuine nationale Bewegungen der Balkanvölker, deren sich die Großmächte kanalisierend und mit wechselndem Erfolg bedienen, sondern umgekehrt – europäische Großmacht- und schließlich faschistische Expansionspolitik, die nationalistische Bewegungen am Balkan inspirieren, ja initiieren, um diese ihren Interessen unterzuordnen, wobei sie Staatsgrenzen und selbst Staatsbildungen nach jeweiligen außenpolitischen Interessen eines jeweils konträr präferierten »cordon sanitaire« durchsetzen.

Grundsätzlich scheint mir diese Umkehrung der historischen Fragestellung an die »Grundzüge der Balkandiplomatie« im – nach Eric Hobsbawm – »langen 19. und kurzen 20. Jahrhundert« zutreffend und potenziert auch für die gegenwärtigen, interventionistisch geschürten nationalen Konflikte und ethnischen Sezessionen auf dem Balkan gültig.

Die heutigen »Balkankriege« setzen in einem Europa fortschreitender EU-Integration den Kontrapunkt zunehmender ethnisch motivierter Desintegration und kaum lebensfähiger Kleinstaaterei fort, mit Mini-Republiken zwischen 2 und 5 Millionen ethnisch reiner »Stammesbürger«, welche sämtlich an den Tropf »humanitärer Hilfe« müssen, verteilt nach Wohlverhalten, was mehr den Interessen des Westens als denen des Ostens dient.

Insofern ist die Fragestellung von Stefan Troebst nach der Wiederkehr der »Orientalischen Frage« in der Gegenwart nicht nur höchst strittig, sondern widerspricht auch der wissenschaftlichen Diktion der Markovschen Habilitationsarbeit über den Inhalt dieser Krise wie über das Wesen damaligen Nationalbewegungen.

Heute wird die »nationale Frage« in Ost- und Südosteuropa als »causa movens« in einem durch die Implosion des Realsozialismus selbstverschuldeten Wertevakuum gehandhabt, das der Implantation westlicher Modelle von Demokratie und Marktwirtschaft dient, die auf kaum verwurzelte organische Voraussetzungen treffen. Das verschärft die gesellschaftlichen Probleme und treibt zu nationalen Konfrontationen, die ihrerseits zum Vehikel einer neuerlichen »Neuordnung des Balkans« werden. Nein, man sollte nicht versuchen, in einem dergestaltigen Kontext für eine derartige Sicht der Dinge auf Walter Markov zu rekurrieren.

Stefan Troebst hat als erster Direktor des »Europäischen Zentrums für Minderheitenfragen« (EZM) in Flensburg in seiner Eröffnungsrede am 4. Dezember 1996 davon gesprochen, daß die jüngere Geschichte bezeuge, »daß der Prozeß der Bildung von Nationen in Europa noch nicht abgeschlossen« sei, weshalb die Haltung zu nationalen Bewegungen eine schwierige, aber dringliche Frage darstelle. Die daraus von Troebst gezogene Schlußfolgerung lautet, daß »keine Minderheit einer repressiven zentralistischen Regierung ausgeliefert sein sollte. In dieser Hinsicht müssen sogar souveräne Staaten das Eingreifen der internationalen Gemeinschaft hinnehmen. In Fällen wie Kosovo kann die Eskalation der Spannungen zwischen den Volksgruppen (sic! – E.K.) nur auf diese Weise verhindert werden.«¹⁸

¹⁷ Walter Markov: *Akteure der Balkandiplomatie 1878–1912*. In: *Jahrbuch für Geschichte der deutsch-slawischen Beziehungen und Geschichte Ost- und Mitteleuropas*. Bd. II. Halle 1958. S. 226. ¹⁸ Stefan Troebst: *Rede zur Eröffnung des Europäischen Zentrums für Minderheitenfragen, 4. Dezember 1996 (Auszüge)*. In: *Walter von Goldendach/Hans-Rüdiger Minow: Von Krieg zu Krieg. Die*

Wie der zwischenzeitliche Verlauf der Balkaninterventionen der »internationalen Gemeinschaft« bezeugt, war mitnichten die Verhinderung von Spannungen, vielmehr deren Anheizen und Eskalation das vorhersehbare Ergebnis einer völkerrechtlich nicht gedeckten NATO-Intervention im Kosovo wie im gesamten ehemaligen Jugoslawien, mit der quasi Freund und Feind zum Jagen getragen wurden.

Mit der jüngst wiederholt vorgetragenen Berufung auf Selbstbestimmungs- und Sezessionsrechte von Volksgruppen und Minderheiten, was übrigens eine vorbürgerliche Auffassung von der Nation als einer ethnischen Kategorie wiederbelebt – im Gegensatz zu der an die bürgerliche Revolution gebundene Auffassung von der politisch verfaßten, wirtschaftlich und kulturell verflochtenen und kommunikativen Staatsnation –, verbindet sich zudem eine Revision des von der UNO kodifizierten Völkerrechts, das Staatssouveränität und Selbstbestimmungsrecht von Völkern, Nichteinmischung in innere Angelegenheiten, Gewaltfreiheit in den internationalen Beziehungen und Unverletzlichkeit von Grenzen zugunsten von Volksgruppenrechten unseligen Angedenkens sowie Sezessionsrechten von Minderheiten aushebelt und durch Interventionsrechte einer undefinierten »internationalen Gemeinschaft« ersetzt, hinter der sich die USA, die EU und die NATO verbergen.¹⁹

III.

Zurück zur Nachkriegsentwicklung der historischen Osteuropa-Disziplin: Im Zusammenhang mit der Hochschulreform von 1951 und der Einführung des Zehn-Monate-Studienjahres erfolgte auch eine Reorganisation der Historischen Institute im Rahmen der konstituierten »Fachrichtung Geschichte« an der Philosophischen Fakultät.

Wie bereits angemerkt, ging aus dem »Historischen Institut« und dem »Institut für Kultur- und Universalgeschichte« das »Institut für Allgemeine Geschichte« mit seinen drei chronologischen Abteilungen hervor, dessen Direktorat unter der Leitung von Walter Markov

stand. Daneben wurden die Institute für »Geschichte des deutschen Volkes« und für »Geschichte der UdSSR« gebildet, wobei die kommissarische Leitung von Letzterem ebenfalls Walter Markov übertragen wurde, der sich anfangs auf den bald abgewanderten Dozenten Wädekin und anschließend nacheinander auf die Oberassistenten A. Anderle und J. Kalisch stützen konnte.

Natürlich standen bei der Gründung dieser Institute neben wissenschaftlichen auch politische Motive Pate, die durchaus damaligen Notwendigkeiten und dem antifaschistisch-demokratischen Zeitgeist entsprachen. Die damalige Begründung, daß sich die Sowjetunion »als stärkste Stütze für eine fortschrittliche Lösung der nationalen Frage in Deutschland« erwiesen habe, weshalb es ein Gebot des proletarischen Internationalismus sei, »dem ersten sozialistischen Staat ein ganz besonderes historisches Interesse zuzuwenden« und die historischen Forschungen auf »die fortschrittlichen und revolutionären Traditionen des deutschen Volkes und die Beziehungen zwischen dem deutschen Volk einerseits und den Völkern der Sowjetunion und aller Staaten der europäischen Volksdemokratien andererseits« zu konzentrieren,²⁰ war eine gerechtfertigte und nach dem faschistischen Aggressionskrieg, der gerade gegen die osteuropäischen Völker als Vernichtungskrieg geführt wurde, geradezu unabdingbare Aufgabe.

Der in diesem Zusammenhang latent erhobene Vorwurf »politischer Instrumentalisierung« geht ins Leere, da alle gesellschafts- oder geisteswissenschaftliche Arbeit interessengeleitet ist – gestern wie heute –, m.E. folglich weniger die Frage »ob«, vielmehr die Frage »wie« gestellt werden müßte, was freilich platte ideologische Indoktrination ausschließt, die legitimen gesellschaftlichen, ja sozialen Interessen mehr schadet als nützt. Die Aufgabe, junge, marxistisch gebildete wissenschaftliche Nachwuchskräfte auszubilden, hat dieses Institut nach Maßgabe seiner Möglichkeiten jedenfalls leidlich erfüllt, wie die Namen Alfred Anderle, Armin Börner, Johannes Kalisch, Friedrich Beygang, Günter Gorski und Gerd Voigt belegen, die alle später in Leipzig, Halle, Berlin und Rostock eine Rolle spielten. Im Jahre 1954 kamen sog.

deutsche Außenpolitik und die ethnische Parzellierung Europas. Mit einem Vorwort von Pierre Gallois und Dokumenten zum Überfall auf Jugoslawien. 1. Aufl. Berlin 1997. 3. Aufl. Berlin 1999. S. 189/190. 19 Vgl. dazu die eindeutigen Aussagen von Georg Brunner: Gutachten über Nationalitätenprobleme und Minderheitenkonflikte in Osteuropa. Im Auftrag des Centrums für angewandte Politikforschung. 1996 (Auszüge). Ebenda. Dokumentenanhang, S. 194ff. 20 Vgl. Alexander Fischer: Zur Geschichte Osteuropas in der ehemaligen DDR. Abschnitt »Karl-Marx-Universität Leipzig«. S. 327

Hilfsassistenten dazu – darunter Claus Remer und auch ich –, die sich als Seminarleiter für jüngere Studenten auf ihrem Fachgebiet durchbeißen mußten.

Walter Markov, der sich der jungen Leute sehr fordernd annahm, blieb übrigens kommissarischer Direktor des Instituts auch nach seinem Parteiausschluß 1951, der sich mit der Exkommunizierung Jugoslawiens durch die Komintern und insofern wiederum auch mit Inhalten seiner Habilitationsschrift verband. Die wahrheitswidrig gegen Markov erhobenen Vorwürfe der »Parteifeindlichkeit« und des »Titoismus« lasen sich in der »Leipziger Volkszeitung« vom 17. Januar 1951 folgendermaßen: »Die Kommission ist der Meinung, daß seine Anschauungen »titoistisch« sind. So steht er auf dem Standpunkt, daß der Imperialismus heute nur ein »Westentaschenimperialismus« ist.«

Die von Walter Markov aus diesen für eine sozialistische Partei peinlichen Vorgängen gezogene Schlußfolgerung lautete, daß er sein »ursprüngliches Interesse an Osteuropa unter den gegebenen Umständen etwas einschränken« müsse.²¹

Hinter dieser sehr zurückhaltenden Formulierung verbergen sich indessen bereits Auswirkungen schädlicher politischer Indoktrination von Wissenschaft, was wir Eleven auf dem Felde der Geschichtswissenschaft freilich damals nicht übersahen.

Dennoch bekamen seine Schüler diesen Umstand niemals negativ zu spüren, was ich aus eigener Anschauung vom Diplom bis zur Habilitation bezeugen kann. Das gilt ebenso für die bereits genannten Nachwuchshistoriker wie auch für die Südosteuropa-Spezialisten Margot Hegeman, Eva Steinmüller-Hermann und andere.

Nachdem sich bereits am »Institut für Geschichte der UdSSR« Nachwuchskräfte angesiedelt hatten, die über andere ost- und südosteuropäische Länder arbeiteten, wurde diese Tendenz mit der Umwandlung des Instituts in ein »Institut für Geschichte der europäischen Volksdemokratien« im Jahre 1955 dominant, dessen kommissarische Leitung übrigens weiter in den Händen von Professor Markov und des ihm als Kodirektor attachierten Pädagogen und Albanologen Professor Maximilian Lambert lag, ein Hinweis darauf, das Walter Markov in der Zeit des »Internationalen Historiker-

kongresses« in Rom bereits als anerkannter Repräsentant der Geschichtswissenschaft der DDR galt und nach dem Canossa-Gang Chruschtschows nach Belgrad auch der Parteiausschluß Markovs wegen »Titoismus« wohl mit mehr oder minder schlechtem Gewissen gesehen wurde.

Am »Institut für Geschichte der europäischen Volksdemokratien« bestanden vier Abteilungen, nämlich *erstens* eine Abteilung »Geschichte Polens«, geleitet von Felix-Heinrich Gentzen, *zweitens* eine Abteilung »Geschichte der Tschechoslowakei«, die nach seiner Übersiedlung aus der BRD Eberhard Wolfram übernahm, *drittens* eine Abteilung für »Geschichte Südosteuropas«, die nach der Promotion mir anvertraut wurde, und *viertens* eine Abteilung für »Geschichte der UdSSR«, was nun schon wieder eine Umkehrung deren Bedeutung im Lehrprozeß darstellte. Jedenfalls wurden von 1955 an neben Vorlesungen und Seminaren zur russischen und sowjetischen Geschichte auch Vorlesungen zur Geschichte der West- und Südslawen sowie zur Geschichte einzelner ost- und südosteuropäischen Völker gehalten.

Diese Umbildung des Instituts ging auf einen Beschluß des ZK der SED von 1955 über die »Verbesserung der Forschung und Lehre in der Geschichtswissenschaft« zurück, der gewiß ambivalente Bedeutung besitzt, weil er *einerseits* förderlicher Entwicklung und Konzentration des geschichtswissenschaftlichen Potentials diente, *andererseits* jedoch eine Art von Wissenschaftsplanung einführte, die die Geschichtswissenschaft einseitigen politischen und ideologischen Prämissen unterwarf, die – primär aus der Tagespolitik abgeleitet – wissenschaftliche Vielfalt und Meinungsstreit einengten.

Bezüglich der Geschichte der »Sowjetunion« und der »europäischen Volksdemokratien« – diese Bezeichnung wurde generell für die Geschichte Ost- und Südosteuropas eingeführt – hob der Beschluß auf die besondere Gefährlichkeit der westdeutschen Ostforschung ab, verlangte die rasche Überwindung des Zurückbleibens bei der Ausbildung von Nachwuchswissenschaftlern auf diesem Gebiet und formulierte als Aufgabe: »Die Geschichte des deutschen Volkes hat sich stets in enger Wechselwirkung mit der Geschichte anderer Völker vollzogen. Deshalb müssen im Kampf gegen die chau-

²¹ Walter Markov: *Zwiesprache*. S. 155.

vinistische Verfälschung die jahrhundertelangen Beziehungen zwischen dem deutschen Volk und den anderen Völkern untersucht und dargestellt werden. Besonders wichtig ist die Zerschlagung der Hetze gegen die Sowjetunion und die Erforschung und Darstellung der Geschichte der freundschaftlichen Beziehungen zwischen dem deutschen Volk und den Völkern der UdSSR [...] Große Bedeutung besitzt auch die Erforschung der Tradition der Freundschaft zwischen dem deutschen Volk und den Völkern der volksdemokratischen Länder ...«²²

Das war zweifelsfrei eine Einengung des historischen Blickwinkels, die zudem die Sicht auf die konkreten

Beziehungen jeweiligen konjunkturellen Wertungen unterwarf.

Daran ist das Institut 1968 im Zusammenhang mit der tschechoslowakischen Krise auch untergegangen, ehe 1974 erneut ein entsprechender Lehrstuhl an der Sektion Geschichte gegründet wurde, der sich mit seiner revolutionsgeschichtlichen Orientierung jedoch in einem gleichartigen Koordinatensystem bewegte, wofür auch der Vortragende Verantwortung trägt. Aber das ist nicht nur ein neues Thema, sondern auch ein weites Feld.

²² Die Verbesserung der Forschung und Lehre in der Geschichtswissenschaft der Deutschen Demokratischen Republik. Beschluß des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. In: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*. Berlin 3(1955)4. S. 518.

Die Medizinische Fakultät der Universität Leipzig – zwischen Bewältigung der Kriegsfolgen und Aufbauarbeit

Mit dem Einmarsch der US-amerikanischen Truppen am 18. April 1945 fand die nationalsozialistische Diktatur in Leipzig ihr Ende. Die der Stadt besonders durch die ab 1943 verstärkt einsetzenden großen Luftangriffe zugefügten Schäden waren enorm – mehr als 40% der Wohnungen und annähernd 60% der öffentlichen Gebäude waren total- bzw. teilzerstört.¹ Die Lebensbedingungen der Menschen waren durch einen rasch zunehmenden Mangel an Nahrungsmitteln und Heizmaterial gravierend beeinträchtigt; nach Leipzig gelangende Flüchtlingstransporte belasteten die Versorgung zusätzlich. Im Herbst und Winter 1945 nahm die Gefahr der raschen Ausbreitung von Epidemien zu; Typhus- und Fleckfiebererkrankungen traten häufig auf, die Zahl der an Tuberkulose Erkrankten stieg rapide an und venerische Erkrankungen fanden weite Verbreitung.² Die medizinische Betreuung der Leipziger Bevölkerung war in dieser unmittelbaren Nachkriegszeit durch eine zu geringe Zahl von Ärzten, einen ständigen Mangel an Medikamenten und anderen Versorgungsgütern sowie durch die stark beschädigte Krankenhaussubstanz geprägt. Unter diesen Bedingungen erlangte die Weiterführung oder Wiederaufnahme der Arbeit der Kliniken der Medizinischen Fakultät besondere Bedeutung; sie zu ermöglichen war jedoch nicht einfach.

Auch die Leipziger Universität war von den Luftangriffen in starkem Maße in Mitleidenschaft gezogen worden; von 103 Einrichtungen waren 68 total zerstört und weitere 21 erheblich beschädigt. Von Beschädigungen verschont blieb keine einzige der klinischen Arbeitsstätten. Der vom Landesbauamt und dem Rat der Stadt Leipzig damals geschätzte Investitionsaufwand für die Schadensbeseitigung lag bei 4 Millionen RM. Die ersten Mittelzuweisungen ermöglichten dann im Sommer 1945 die Instandsetzung von Gebäuden der Medizinischen Klinik, deren rascher Wiederaufbau im Mai von der ame-

rikanischen Militärverwaltung genehmigt wurde. Die ab 1. Juli 1945 für Leipzig zuständig gewordene Sowjetische Militäradministration stimmte dann dem Einsatz von weiteren 500 000 RM für dringend notwendige Reparaturen an den Gebäuden der Kinderklinik, der Frauenklinik und der Orthopädischen Klinik zu. Insgesamt wurden der Leipziger Universität für die Beseitigung der Kriegszerstörungen zwischen 1945 und 1948 mehr als 8 Millionen RM zur Verfügung gestellt; an der Fakultät erlaubten diese Mittel die Wiederherstellung von 415 Bettenplätzen, von 32 Behandlungs- und von 96 Laborräumen sowie auch die Einrichtung von Hörsälen und weiteren Voraussetzungen für die Aufnahme des Lehrbetriebes. Die Gesamtsumme der zwischen 1945 und 1959 für die Universität aufgewandten Investitionen betrug jedoch rund 58 Millionen Mark.⁵

Ein neues und bis heute genutztes Domizil erhielt das im Kriege vollständig zerstörte Medizinisch-Poliklinische Institut im Jahre 1947. Der Rat der Stadt Leipzig hatte ein ehemaliges Messehaus in der Härtelstraße zur ersten Leipziger Großpoliklinik – nach Schwerin im Dezember 1946 der zweiten Poliklinik in der Sowjetischen Besatzungszone – ausbauen lassen, welche die Fachgebiete Innere Medizin, Chirurgie, Dermatologie, Augenheilkunde und Hals-Nasen-Ohren-Heilkunde in einem Haus vereinte. Diese auch als Weiterbildungszentrum konzipierte Einrichtung, deren Ausstattung durch Spenden von Messeausstellern damals recht gut war, wurde 1948 der Medizinischen Fakultät übereignet, die dort das seit 1945 unter der Leitung von Alexander Bittorf arbeitende Medizinisch-Poliklinische Institut sowie das Pharmakologische und zunächst auch das Physiologische Institut unterbrachte. Nach dem Tode Bittorfs, der von 1947 bis 1949 auch Dekan war, wurde der aus der Emigration zurückgekehrte Internist Felix Boenheim 1949 zum Direktor des Medizinisch-Polikli-

¹ Stadtarchiv Leipzig (Stadt-A-L). Hefter 2428. Bd. 11. Bl. 46ff. ² Stadtarchiv Leipzig (Stadt-A-L). Hefter 18125. ³ Wolfgang Silberschmidt: Die bauliche Entwicklung der Karl-Marx-Universität seit 1945. In: Karl-Marx-Universität Leipzig: Festschrift zur 550-Jahr-Feier. Hrsg. von Rektor und Senat der Karl-Marx-Universität. Leipzig 1959. S. 211–214.

nischen Instituts berufen; nach dessen Wechsel zur Medizingeschichte leitete Fritz Zinnitz diese Einrichtung von 1955 bis 1961.

Vor der Wiederaufnahme des akademischen Lehrbetriebes an der Leipziger Universität und an deren Medizinischer Fakultät mußten neben der Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit der Kliniken und Institute auch die von den Alliierten vereinbarten Maßnahmen zur Entnazifizierung des Lehrkörpers bewältigt werden, was längere Zeit erforderte und mit einem komplizierten Prozeß der Neuformierung der Leitungs- und Verwaltungsstrukturen der Universität verbunden war. Begonnen wurde mit diesen Entnazifizierungsmaßnahmen bereits durch die amerikanische Militärverwaltung in Leipzig, die nach den »Grundsätzen der Militärregierung über die Säuberung des öffentlichen Dienstes von Nationalsozialisten« vorging, in denen der fristlos zu entlassende Personenkreis definiert war.⁴ Nach diesen Bestimmungen wurden bis zum 24. Mai 1945 die Professoren Adolf Jess (Augenheilkunde), Ernst Dressel (Hygiene), Josef Vonkennel (Dermatologie) und Max Hochrein (Innere Medizin) wegen der Zugehörigkeit zur SS bzw. der Mitarbeit in deren Sicherheitsdienst inhaftiert.⁵ Die Ermittlungen über deren schuldhafte Verstrickung in verbrecherische Aktionen des NS-Regimes gingen jedoch nur schleppend voran, was den seit dem 16. Mai 1945 amtierenden Rektor, den Archäologen Bernhard Schweitzer, veranlaßte, fristlose Entlassungen bis zur Klärung der Schuldfrage nicht auszusprechen. Der Anteil der als politisch belastet geltenden Angehörigen des Lehrkörpers der Medizinischen Fakultät lag mit 75 % recht hoch; als belastet galten dabei jedoch alle ehemaligen Mitglieder der NSDAP und der dieser Partei angeschlossenen Verbände – beispielsweise auch des NS-Studentenbundes und des NS-Kraftfahrerkorps –, wobei solche Mitgliedschaften höchst unterschiedliche Formen der politischen Betätigung repräsentierten und nicht in jedem Falle mit einer verantwortlichen Mitwirkung an der Errichtung der NS-Diktatur oder gar an deren Verbrechen verbunden waren. Bis zum Abzug der amerikanischen Besatzungsmacht aus dem Lande Sachsen konnten definitive Klärungen im Bereich der Entnazifizierung nicht erreicht werden.

Mit der Übernahme der Befugnisse der Besatzungsmacht durch die Sowjetische Militäradministration für das Land Sachsen ab 2. Juli 1945 erfolgten bald Umsetzungen wichtiger Funktionen in der Leipziger Stadtverwaltung und weitere Schritte zur Fortsetzung der begonnenen Entnazifizierungsmaßnahmen. Von der SMAD wurde eine konsequente Durchsetzung der Beschlüsse des Alliierten Kontrollrates angestrebt. In diesem Sinne kam es zu einem engen Zusammenwirken der Vertreter der KPD in der Stadtverwaltung mit den Organen der Militärverwaltung. In mehreren Beratungen mit den Vertretern der Universitätsleitung wurde darauf gedrungen, durch die Entlassung von besonders belasteten Hochschullehrern die Voraussetzungen für die Wiederaufnahme des Lehrbetriebes zu schaffen. Im Oktober 1945 wurde schließlich eine aus Vertretern der Landesverwaltung Sachsen, des Rates der Stadt und der Universität bestehende »Überwachungskommission« gebildet, die rasch die anstehenden Entlassungsentscheidungen treffen sollte. Von dieser Kommission, der auch der damalige Dekan der Medizinischen Fakultät, der Pathologe Werner Hueck angehörte, wurden noch im Oktober die Entlassungsfestlegungen auch für 15 Lehrkräfte der Fakultät getroffen, die jedoch, ebenso wie wenig später vom Rektor auf Druck der Landesverwaltung ausgesprochene weitere Entlassungen, faktisch wirkungslos blieben, da der dringende Bedarf an Fachkräften schon für die medizinische Betreuung die gleichzeitige Vergabe von zeitlich befristeten Notdienstverträgen mit den Betroffenen erzwang. Für namhafte Hochschullehrer der Fakultät, wie M. Bürger, R. Schröder, W. Rieder, K. Hauenstein und E. Reichenbach, hatten diese Regelungen zur Folge, daß sie ihre klinische Arbeit und ihre Forschungsvorhaben fortsetzen konnten, jedoch nicht berechtigt waren, Lehrveranstaltungen zu halten und Leitungspositionen wahrzunehmen. Erst ein Befehl der SMAD vom 15. August 1947, der im Interesse der baldigen Beendigung der Entnazifizierungsmaßnahmen die gegen nur nominell der NSDAP angehörenden Bürger vorher üblichen Restriktionen aufhob, ermöglichte dann die Beendigung dieser Notdienstregelungen und die Wiedereinsetzung der in Leipzig verbliebenen Ordinarien in ihre Rechte als Lehrende und Direktoren von Kliniken bzw. Instituten.

⁴ Hans-Uwe Feige: *Zum Beginn der antifaschistisch-demokratischen Erneuerung der Universität Leipzig (April 1945–5.2.1946)*. Diss. A. Leipzig 1978. Bd. 2. S. 146. ⁵ *Ebenda*. Bd. 1. S. 18.

Obwohl die Wiederaufnahme des akademischen Lehrbetriebes an der Universität Leipzig am 5. Februar 1946 erfolgte, konnte die Ausbildung von Ärzten und Zahnärzten nur allmählich und mit Provisorien in Gang gebracht werden. Die größten Schwierigkeiten bereitete neben dem Mangel an geeigneten Räumlichkeiten für die Vorlesungen und Seminare bzw. Praktika die unzureichende Zahl von erfahrenen Lehrkräften. Noch im Sommer 1947 war dieser Mangel an Lehrkräften so gravierend, daß der Dekan W. Hueck im Juni 1947 an den Rektor die Bitte herantragen mußte, die Lehrtätigkeit an der Medizinischen Fakultät zum Ende dieses Sommersemesters einzustellen. In seinem Antrag wurde darauf verwiesen, daß 11 von 21 Professuren nicht besetzt waren, daß in den vorhergehenden Semestern der Unterricht in den Fächern Anatomie, Physiologie, Hygiene und Gerichtsmedizin nicht aufgenommen werden konnte und daß das Fehlen von 6 Klinikdirektoren eine qualifizierte Behandlung der Patienten erheblich erschwere.⁶ Verwiesen werden muß hier darauf, daß selbst die im Februar 1946 begonnene Ausbildung nur unter Einbeziehung von annähernd 20 bereits im Ruhestand befindlichen Hochschullehrern anlaufen konnte, von denen besonders jener gedacht werden sollte, die trotz hohen Alters und gesundheitlich schwer beeinträchtigt dem Ruf der Fakultät folgten – u. a. des Chirurgen Ernst Heller, des Dermatologen Oskar Kiess, des Neurologen und Psychiaters Richard A. Pfeiffer sowie des Gynäkologen Felix Skutsch. Letzterer hatte die Leiden des Konzentrationslagers Theresienstadt gerade überstanden und sich der Bitte um Mitwirkung an der Lehre nicht verweigert, obwohl ihm die Fakultät in den schweren Jahren der antisemitischen Repressionen keine Hilfe hatte zukommen lassen.⁷ Erst die oben erwähnte Aufhebung von Sonderregelungen für ehemalige Mitglieder der NSDAP trug dann zur Entspannung der Notsituation bei und erlaubte die Fortsetzung der Ausbildung.

Bereits die komplizierten Auseinandersetzungen um die Realisierung der durch Verordnungen vorgesehenen Entnazifizierungsmaßnahmen an den Hochschulen und speziell auch an der Universität Leipzig ließen erkennen, daß es neben den schwer zu beurteilenden Fragen der Schuldhaftigkeit oder Mitverantwortung einzelner auch um grundsätzliche Fragen der Autonomie der

höchsten Bildungsstätten sowie um sehr unterschiedliche Sichtweisen der künftigen politischen Verantwortung und Ausrichtung der Hochschullehre ging. Die von der Mehrheit der Hochschullehrer vertretene Auffassung, daß Entscheidungen über Berufungen und die Erteilung der Lehrbefugnis ausschließlich von den Selbstverwaltungsgremien der Hochschulen getroffen werden sollten, kollidierte mit dem Anspruch der neuen staatlichen Verwaltungsorgane und der für eine sozialistische gesellschaftliche Perspektive eintretenden Parteien, auf solche wichtigen Fragen Einfluß nehmen zu müssen und Entwicklungsfragen der Hochschulen auch vom Stand der politischen Interessen aus zu beurteilen. Die daraus resultierenden Konflikte hier im einzelnen nachzuzeichnen, ist derzeit noch nicht möglich; sie lange Zeit nicht in ihrem wesentlichen Problemgehalt wahrgenommen zu haben, ist ein Manko der ersten bislang vorliegenden Darstellungen dieser jüngeren Entwicklungsgeschichte der Universität, die künftig deshalb – auch im Hinblick auf die seit der politischen Wende ab 1990 vollzogenen Veränderungen – kritischer Ergänzung und Beschreibung bedürfen.

Da der bereits Ende 1945 frei gewählte Akademische Senat ebenso wie die Ordinarien in den Fakultätsräten von außen herangetragenen Vorschlägen zu Berufungen oder zur Einführung neuer Lehrstrukturen im Bestreben um die Erhaltung der Autonomie der akademischen Selbstverwaltung reserviert gegenüberstanden, konzentrierten sich die Bemühungen um eine Erneuerung der Universität im Sinne der neuen Verwaltungsorgane und Parteien auf die Einflußnahme mittels der Verordnungen der neu geschaffenen Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung, in der für das Hochschulwesen der an der Berliner Charité tätige Internist Th. Brugsch zuständig war, auf den Ausbau der Positionen der dann auch an der Universität gebildeten Parteiorganisation der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und des Jugendverbandes Freie Deutsche Jugend sowie auf den Aufbau eines neuen Systems der gesellschaftswissenschaftlichen Ausbildung für die Studierenden aller Fachrichtungen. Trotz dieser mit von den Positionen der marxistisch-leninistischen Gesellschaftsauffassung bestimmten Aktivitäten sind jedoch nennenswerte Wandlungen der Struktur und des Lehrbe-

⁶ *Universitätsarchiv der Univ. Leipzig (UAL). Rektorat 214.* ⁷ *Dietmar Keller: Universität und antifaschistisch-demokratische Umwälzung 1945–1949. In: Wiss. Zs. Karl-Marx-Univ. Leipzig. Ges.- u. Sprachwiss. Reihe. Leipzig 27(1978)18. S. 107.*

triebes an der Medizinischen Fakultät in den Jahren bis zur Gründung der Deutschen Demokratischen Republik nicht eingetreten. Die Entscheidungsbefugnis über Berufungsanträge und die inhaltliche Gestaltung des Ausbildungsprozesses verblieb bei den Ordinarien.

Die seit der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik am 7. Oktober 1949 allmählich geschaffenen neuen Rahmenbedingungen für die Tätigkeit der Hochschulen sind bislang nur in ihren formalen Momenten beschrieben worden und bedürfen einer noch zu leistenden sorgsam wissenschaftshistorischen Analyse und kritischen Bewertung. Mit der Bildung des Staatssekretariates für Hochschulwesen im Januar des Jahres 1951, dem die Leitung aller Universitäten, Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen übertragen wurde, setzte eine stärkere zentralistische Steuerung zunächst der Ausbildungsprozesse ein, die auch für die Medizinischen Fakultäten bzw. die 1952 gebildeten Medizinischen Akademien wirksam geworden ist. Die Studienreform des Jahres 1952 führte dabei das zehnmonatige lehrplangebundene Studienjahr mit festgeschriebenen Zwischenprüfungen ein, forderte die obligatorische Aneignung der russischen Sprache und begründete die Pflicht zur Teilnahme aller Studierenden an einer gesellschaftswissenschaftlichen Grundausbildung. Für die Ausbildung der Ärzte und Zahnärzte waren dies zusätzliche Leistungsanforderungen, die neben der tradierten naturwissenschaftlichen und klinischen Lehre zu absolvieren waren. Faktisch begann das neu eingeführte gesellschaftswissenschaftliche Grundlagenstudium mit Lehrveranstaltungen zur marxistisch-leninistischen Philosophie, zur politischen Ökonomie und zur Geschichte der Arbeiterbewegung jedoch erst im Herbstsemester 1952/53 wirksam zu werden, da für diese an der Fakultät in Leipzig durch eine eigene Abteilung vertretenen Disziplinen erst Lehrkräfte in zentral organisierten Lehrgängen ausgebildet werden mußten.

Obwohl in dem hier behandelten Zeitraum die Wiederaufbau- bzw. Erneuerungsarbeiten in einer Reihe theoretischer Institute und Kliniken weitergeführt worden sind und damit die räumlichen und technischen Voraussetzungen für den Ausbildungsprozeß sukzessive verbessert werden konnten, blieben die Studien-

bedingungen bei einer von Jahr zu Jahr wachsenden Zahl der Studierenden in manchen Punkten – etwa bei der Gestaltung der Praktika und der Versorgung mit Lehrbüchern – unzureichend. Schwierigkeiten für die Realisierung der vorgegebenen Lehrprogramme ergaben sich auch daraus, daß die Zahl der in der Lehre eingesetzten Wissenschaftler begrenzt blieb, wobei die oft nur sehr bescheidenen personellen Ressourcen der Institute und Kliniken durch die Wahrnehmung von Lehrverpflichtungen und die klinischen Aufgaben fast vollständig absorbiert wurden. Die jährlich ansteigenden Zulassungszahlen ergaben sich aus der damals verfolgten Absicht, die Gesamtzahl der Ärzte und Zahnärzte rasch zu erhöhen, um bessere Voraussetzungen für einen umfassenden Gesundheitsschutz der Bevölkerung zu schaffen, aber auch aus den Zwängen einer starken Abwanderung von fachlich qualifizierten Medizinern in die Bundesrepublik Deutschland, die vor allem nach dem Jahre 1955 zunahm und partielle Krisensituationen für die Versorgungssicherung entstehen ließ.

Allmähliche Verbesserungen der Existenzbedingungen der Studenten wurden durch mehrere Stipendien-erhöhungen sowie durch den Bau universitätseigener Wohnheime erreicht. Hohe Anforderungen wurden an die Studierenden jedoch auch hinsichtlich der Mitwirkung an einer Vielzahl von Arbeitseinsätzen in der Landwirtschaft und bei der Errichtung neuer Industriebetriebe gestellt, wobei zwar viele Zeugnisse von Einsatzbereitschaft und Enthusiasmus der studentischen Jugend überliefert sind, die dabei aber auch oft auftauchenden Konflikte, bei denen in der Regel eine Zurückstellung individueller Interessen gefordert wurde, bislang zugunsten einer romantischen Verklärung des Aufbaueinsatzes wenig Beachtung fanden. Solche Konflikte traten verstärkt auch zu dem Zeitpunkt auf, als eine größere Zahl von Studierenden für die Vorbereitung auf den Einsatz im Medizinischen Dienst der Nationalen Volksarmee gewonnen werden sollten, wozu beispielsweise im Jahre 1955 eine Werbung für den Eintritt in die zu diesem Zeitpunkt gegründete Militärmedizinische Sektion der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald auch unter Medizinstudenten in Leipzig stattfand.⁸

⁸ Vgl. Lothar Rohland: *Politische Bewährung im Alltag der Medizinischen Fakultät der Karl-Marx-Universität Leipzig*. In: *Im Dienst am Menschen: Erinnerungen an den Aufbau des sozialistischen Gesundheitswesens*. Hrsg. von Karl Seidel u. a. Berlin 1989. S. 289f.

Für die Fakultät bedeutsam war die 1953 getroffene Entscheidung, das städtische Krankenhaus St. Jakob und das städtische Kinderkrankenhaus in den Bestand der Universitätskliniken einzugliedern. Die bis dahin getrennt geführte Verwaltung der städtischen Einrichtungen, die faktisch in den Ausbildungsbetrieb einbezogen waren und von den Ordinarien der Fakultät geleitet wurden, hatte sich weitgehend überlebt. Die Kliniken der Fakultät übernahmen bei dieser Neuregelung allerdings auch die Betreuungspflichten gegenüber der Stadt Leipzig in den speziell von ihnen vertretenen Fachbereichen und erbrachten dabei jährlich beachtliche Leistungen sowohl im stationären als auch im ambulanten Sektor. Ärzte der Fakultät waren daneben in großem Umfang nebenamtlich in Einrichtungen des städtischen Gesundheitswesens, bei der Ausbildung von Krankenschwestern sowie in den allmählich entstehenden medizinischen Diensten spezieller Art, etwa der Sportorganisationen oder der staatlichen Sicherheitsorgane tätig. Andere städtische Krankenhäuser blieben umgekehrt in die medizinische Ausbildung an der Fakultät einbezogen, z. T. durch die Übernahme von Lehraufträgen durch Honorarprofessoren bzw. Dozenten, z. T. auch durch die Mitwirkung an der klinischen Ausbildung.

Trotz der enormen Belastungen durch die Versorgungsaufgaben und die Ausbildung nahm in dieser Zeit die Forschungsarbeit an den Einrichtungen der Fakultät nach und nach wieder einen größeren Raum ein, was jeweils auch vom Engagement der Ordinarien sowie von den besonderen Gegebenheiten der Ausstattung und technischen Voraussetzungen im Detail abhing. Von Hochschullehrern der Fakultät wurden anerkannte Lehrbücher erarbeitet und publiziert, die nicht nur bei den Studierenden, sondern auch im Rahmen der Facharzt Ausbildung eine gute Aufnahme fanden. Vorrangig zu nennen sind hier die Leistungen von K. Alverdes, M. Bürger, F. Hauschild, P. Matzen, G. Merrem, R. Schröder, H. Uebermuth und G. Wildführ. Als Ausdruck dieser intensiven Zuwendung zu längerfristig verfolgten Forschungsaufgaben kann auch gelten, daß neben dem vielfältigen Promotionsgeschehen an der Fakultät zwischen 1948 und 1961 112 Habilitationsschriften abge-

schlossen werden konnten.⁹ Einen ebenfalls bedeutenden Bereich der wissenschaftlichen Aktivität stellt die verantwortliche Mitarbeit der Mehrheit der Hochschullehrer der Fakultät bei der Organisation und Leitung der medizinisch-wissenschaftlichen Gesellschaften dar, deren Wiederzulassung zunächst auf Landesebene im Jahre 1947 erfolgte¹⁰ und die bis zum Beginn der sechziger Jahre dann auch im Republiksrahmen aufgebaut worden sind. Erheblichen Schwierigkeiten begegnete dabei allerdings die von den Fachvertretern als dringend notwendig angesehene Zusammenarbeit mit den wissenschaftlichen Vereinigungen in der Bundesrepublik Deutschland sowie mit den internationalen Gesellschaften, für die stets zu wenig Devisen für Reisen zur Verfügung standen und die auch ab Mitte der fünfziger Jahre zunehmend durch staatliche Eingriffe mit der Berufung auf antisozialistische Aktivitäten oder die ausbleibende Anerkennung der Eigenstaatlichkeit der DDR beschränkt worden ist. Die Hoffnung auf die Normalisierung der internationalen wissenschaftlichen Kontakte nach der Bildung eigenständiger wissenschaftlicher Gesellschaften in der DDR hat sich leider in manchen Beziehungen als illusionär erwiesen, da auch eine Vielzahl restriktiver Vorschriften über die Zulassung von Wissenschaftlern zu Auslandsreisen nur einer kleinen Zahl von Fachvertretern die Teilnahme an wichtigen Tagungen ermöglichte. Eine gute Entwicklung erfuhren dagegen die Wissenschaftsbeziehungen zu den sozialistischen Staaten Europas, die in nicht wenigen Fällen auch produktive Formen der Forschungskooperation ermöglichten. Problematisch waren die genannten Beschränkungen der internationalen Kommunikation vor allem für die jüngeren Fachvertreter, die viel zu selten Gelegenheit hatten, den fortgeschrittenen Entwicklungsstand der Forschung und moderne Formen der Organisation der Wissenschaft kennenzulernen und unmittelbar zu erleben. Besonders in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre nahmen die Widersprüche in der politischen und geistigen Entwicklung an Schärfe zu; eine größere Zahl von mit den gesellschaftlichen Gegebenheiten, den Arbeitsbedingungen und dem Grad der sozialen Wertschätzung des ärztlichen Berufes unzufrie-

⁹ Helmut Pitz/Karl-Heinz Karbe: *Chronologie. In: 550 Jahre Medizinische Fakultät. Festschrift. Hrsg. im Auftrag von Rektor und Senat. Leipzig 1955. S. 215–218.* ¹⁰ *Die Bedeutung der Befehle der SMAD für den Aufbau des sozialistischen Gesundheitswesens der Deutschen Demokratischen Republik. Hrsg. vom Ministerium für Gesundheitswesen. Berlin 1967.*

denen Mitarbeiter verließ die Fakultät und das Land. Die Bleibenden sowie die mit viel Enthusiasmus neu in den Beruf Eintretenden mußten zunehmend größere Belastungen tragen und behielten dennoch die Hoffnung auf eine Verbesserung ihrer Wirkungsbedingungen. Einige der erstrebten Veränderungen konnten dann auch durch Beschlüsse der 1958 beim Politbüro der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands geschaffenen Ärztekommision erreicht werden, u. a. Gehaltserhöhungen, eine verbesserte Altersversorgung sowie Zusagen zur Zulassung von Kindern aus Ärztefamilien zur Oberschule bzw. zum Studium, so daß eine Entspannung eintrat und Voraussetzungen für eine kontinuierliche Arbeit auch in der Lehre wiederum geschaffen schienen. Als im Jahre 1959 die Universität Leipzig – die seit dem Februar 1953 Karl-Marx-Universität hieß – den 550. Jahrestag ihrer Gründung begehen konnte, schienen die krisenhaften Momente im Entwicklungsprozeß der Medizinischen Fakultät einigermaßen bewältigt, was auch in einer engagierten Mitwirkung der Mehrheit der Mitarbeiter der Fakultät an den damals stattfindenden wissenschaftlichen und sonstigen Veranstaltungen zum Ausdruck kam.

Eine große Resonanz fanden in diesem Jahr vor allem zwei auch von der Fakultät getragene wissenschaftliche Veranstaltungen, eine Festtagung der Universitätsfrauenklinik zur Würdigung des Wirkens von R. Schröder, und ein internationales Symposium zum Thema »Philosophie und Naturwissenschaften«, das vom Karl-Sudhoff-Institut für Geschichte der Medizin und Naturwissenschaften und dem Institut für Philosophie gemeinsam getragen worden ist. Im gleichen Jahr wurde auch die erste ökonomische Konferenz der Medizinischen Fakultät mit mehr als 300 Teilnehmern aus allen Gewerkschaftsgruppen durchgeführt, die Maßnahmen zur besseren Auslastung der Ressourcen für die medizinische Betreuung festlegen sollte und damals eine der zeitbedingten, aber nützlichen Formen auch der Mitbestimmung von Arbeitern und Angestellten darstellte. An dieser Stelle soll auch festgehalten werden, daß damals von den Schwestern, den Mitarbeitern der technischen Berufe und dem Verwaltungspersonal unter oft sehr un-

zulänglichen Bedingungen ausgezeichnete und von Verantwortungsbewußtsein getragene Arbeitsleistungen erbracht worden sind, die in der Regel nicht sonderlich gut entlohnt wurden und im ganzen ein hohes Maß der persönlichen Bindung an die Fakultätseinrichtungen dokumentierten. Hervorgehoben werden muß die Leistung der damaligen Verwaltungsdirektoren H. Elsner und H. Weinhold, die große Verdienste um die Sicherung des Klinikbetriebes und einige noch mögliche Neubauten und Erneuerung von Fakultätseinrichtungen aufweisen.¹¹

Stellvertretend für die in diesem Rahmen nicht darstellbare Entwicklung der Kliniken und Institute der Fakultät sei hier auf die der Chirurgischen Klinik verwiesen. Zerstörungsbedingt konnte diese Klinik nach dem Kriege zu einem vorerst nur bescheidenen Wiederanfang finden. Es war dem damals bereits 70jährigen Ernst Heller, dem ältesten Schüler von Erwin Payr, zu danken, daß er von 1947 bis 1950, neben seiner Verantwortung für die Chirurgie in den Krankenhäusern St. Jakob und St. Georg, kommissarisch die Leitung der Klinik übernahm. Sein rastloses Bemühen um die Sicherstellung der Lehre ist hier ebenso zu nennen wie seine Initiativen, die 1948, im Ergebnis der durch die SMAD wieder gestatteten Bildung wissenschaftlicher Gesellschaften, zur Gründung der weit über die Grenzen Leipzigs hinaus anerkannten regionalen Gesellschaft für Chirurgie führten.¹² Hellers Verdienste um die Chirurgie wurden durch Ehrenpromotionen und den Nationalpreis gewürdigt. Erich Wachs folgte als kommissarischer Direktor Heller für 18 Monate und leitete danach von 1952 bis 1960 die Chirurgische Poliklinik in der Härtelstraße.

Im Jahre 1952 erhielt Herbert Uebermuth, der wie Heller ebenfalls ein Schüler von Payr war, das Direktorat und das Ordinariat. Mit seinem Namen ist eine schnelle Aufwärtsentwicklung der Klinik verbunden, die wesentlich von der weiteren Spezialisierung in der Chirurgie mitbestimmt wurde, was auch in der Forschung zu speziellen Fragen zur Traumatologie, des Speiseröhrenersatzes oder der Geschwulstproblematik ihren Ausdruck fand. Die technische Entwicklung gestattete rasche dia-

¹¹ Vgl. Gottfried Handel/Edith Raue/Gerda Strauß: *Verdiente Arbeiter und Angestellte der Karl-Marx-Universität. Leipzig 1980.*

¹² Siegfried Kiene/Christian-Frank Schwokowski: 175. *Lehrstuhl für Chirurgie an der Leipziger Universität. In: Wiss. Zs. Karl-Marx-Univ. Leipzig. Math.-naturwiss. Reihe. Leipzig 37(1988). S. 109–124.*

gnostische und operative chirurgische Fortschritte, was unter der Leitung besonders entwickelter Fachchirurgen die Spezialisierung einzelner chirurgischer Fächer ermöglichte. Das diesen Trend fördernde kooperative Bemühen einiger Ordinarien wie Heller, Uebermuth und Pfeifer führte zur Herausbildung bzw. Weiterentwicklung von Fächern wie der Herz- und Gefäßchirurgie, der Kinder- und Neurochirurgie, die sich in der Folgezeit zu selbständigen Kliniken profilieren konnten. Die Verdienste Uebermuths um die Entwicklung der Chirurgie in der DDR wurden u. a. auch dadurch gewürdigt, daß er als erster zum Professor für Chirurgie an

der Akademie für Ärztliche Fortbildung der DDR in Berlin berufen wurde.¹³

Gleichfalls bedeutsam war in der Zeit des Mangels an Lehrbüchern sein vielfältiges Bemühen auch auf diesem Gebiet, wie etwa mit dem mehrfach aufgelegten Lehrbuch »Spezielle Chirurgie«.

Uebermuth, der von 1957 bis 1959 als Dekan der Fakultät vorstand, erfuhr mit der Verleihung des Nationalpreises, der Ernennung zum Ehrensenator und vielen anderen Auszeichnungen die Würdigung seines Schaffens.

¹³ *Ebenda.*

HELGA SCHERNER

Erinnerungen an Eduard Erkes (1891–1958)

Für die Einladung zum 7. Walter-Markov-Kolloquium in meiner Heimatstadt Leipzig danke ich, bietet sie mir doch Gelegenheit, meinem alten Lehrer Eduard Erkes aufs neue zu begegnen.

Mein Weg zur Sinologie war nicht geradlinig. Unter kapitalistischen Verhältnissen vom Zugang zu höherer Bildung ausgeschlossen, gehörte ich zu jenen in frühester Jugend durch Krieg und Kriegsende Geprägten, denen nach der Befreiung vom Faschismus neben der leiblichen Not ein großer Bildungshunger eigen war. So war damals eine Suche nach Allgemeinwissen und nach einem geistigen Halt typisch, den nicht wenige im Marxismus-Leninismus fanden. Ich begann eine Buchhändlerlehre und wurde gleichzeitig begeisterte Hörerin der Leipziger Volkshochschule, wo ich mich auf vielen Wissensgebieten umschaute – von der Algebra bis zur Geschichte der Philosophie –, und natürlich ging ich zu den Vorlesungen von Prof. Herbert Schaller über Goethes Faust. Gern folgte ich dem Ruf an die Arbeiter- und Bauernfakultät Leipzig, die ich von 1948 bis 1950 absolvierte – mein großes Bildungserlebnis. Ich besuchte eine naturwissenschaftlich-technische Klasse, in der ich das einzige Mädchen war. Ich wollte mich mit Schwermaschinenbau oder Astrophysik befassen, aber an der ABF war man davon nicht begeistert. Geschichte sollte ich studieren, aber das lag mir fern. Schließlich nahm mich ein Student in ein Seminar von Walter Markov mit. Es ging um mir bis dahin völlig unbekannte Probleme, zum Beispiel um fließende Grenzen von Feudalstaaten, von Prof. Markov so meisterhaft dargelegt, auch in Sprache und Stil, dass ich mich für das Fach Geschichte einschreiben ließ.

Neben dem Studium der Politischen Ökonomie, wo ich das Glück hatte, die Vorlesungen von Prof. Fritz Behrens über »Das Kapital« zu hören, und neben Lehrveranstaltungen über »Erwachsenenbildung« hörte ich Markovs Vorlesung über Allgemeine Geschichte der Neuzeit, die im Grunde eine Geschichte der bürgerlichen Revolutionen von der niederländischen bis zu französischen und schließlich bis zur Pariser Kommune war.

Faszinierend war, dass Markov wirklich Universalgeschichte lehrte, fern von jedem Eurozentrismus. Unvergessen sind für mich die Darlegungen über China, seine Gesamtsicht auf die Geschichte dieses Landes, seine sozialen Probleme, seine in Tiefe und Dimension für uns unvorstellbaren Bauernaufstände, die sogar zur Gründung neuer Dynastien geführt hatten, und schließlich die Geschichte der Opiumkriege und über den Taiping-Aufstand, gestützt auf die Analysen von Marx und Engels. Markov hatte damit bei mir einen Nerv getroffen.

1948/49 an der Arbeiter- und Bauernfakultät hatten wir auf einer Chinakarte mit Fähnchen den Weg der Chinesischen Volksbefreiungsarmee nach Süden abgesteckt. Mein Wunsch, mich näher mit diesem wunderbaren Land zu beschäftigen, keimte auf. Ich wagte aber nicht, ein Studium der Sinologie auch nur in Erwägung zu ziehen, weil mir meine sprachliche Vorbildung als unzureichend erschien, was sich als nicht so abwegig erweisen sollte. Nun war die Volksrepublik China gegründet, und man konnte erste Filme über den Kampf um China und den Sieg der chinesischen Revolution anschauen. Als ich nun hörte, wie ein Student der Sinologie in einem großen überfüllten Kino einen dieser Filme mit, wie mir schien, ziemlich unsinnigen Bemerkungen einleitete, dachte ich, wenn *der* Chinesisch lernen kann, kannst du das auch – und schließlich hatte ja Walter Markov, wie gesagt, meinen Nerv getroffen.

Markov war für mich – ich kann wohl sagen, für fast alle unserer Studenten – Vorbild. Er war eine Persönlichkeit, bei der Wort und Tat, Theorie und Praxis in völliger Übereinstimmung standen. Plötzlich wurde ihm vorgeworfen, Stalin in seinen Vorlesungen nicht gebührend gewürdigt zu haben. Er las zu jener Zeit über die Geschichte der Völker der UdSSR und leitete ein Seminar über »Das Jahr 1917«. Alles war in unseren Augen klar und stimmig. Aber bei der Parteüberprüfung im Jahr 1951 wurde er aus der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands ausgeschlossen. Die Welt war nicht mehr heil. Die Hintergründe zu verstehen brauchte ich Jahre.

Meine Erlebnisse aus den Jahren 1951 bis 1953 am Ostasiatischen Institut der Leipziger Universität bis zu meinem Hochschulwechsel an die Humboldt-Universität, in denen ich vor allem durch die Vorlesungen von Prof. Eduard Erkes erste Kenntnisse auf dem Gebiet der Sinologie gewann, sind vielleicht interessant für die Atmosphäre jener ersten Jahre der DDR an der Leipziger Universität, in der Antifaschisten wie Erkes eine so bedeutende Rolle spielten.

Ich kam im Sommersemester 1951 an das Ostasiatische Seminar, über das merkwürdige Gerüchte im Umlauf waren: Die wenigen Studenten saßen bei den Vorlesungen gemeinsam mit ihrem Professor auf der Erde, und es werde meditiert. Ich hielt das zwar für Unsinn, aber befremdlich war mir doch manches in dem kleinen Hörsaal der Philosophischen Fakultät gegenüber der Nikolaikirche, als ich ihn zu Beginn des Sommersemesters 1951 zum ersten Male betrat. Die Studenten saßen natürlich auf Stühlen, es meditierte auch niemand. Aber als ich, wie damals nicht unüblich, beim Eintreten in den Seminarräum »Freundschaft« sagte, erhob sich einer, knallte die Hacken zusammen und rief »Glaubitz«. Merkwürdig für mich war auch die Art, wie man sich hier in einen Raum hineinkomplimentierte: »... bitte, nach Ihnen« usw. usf. Es waren also mehr die Gewohnheiten, wie die später offensichtlichen Welt- und Lebenssichten mancher Studenten aus bürgerlichen Häusern, die mich befremdeten.

Dann betrat ein älterer, würdiger Herr den Raum, wohl ein Chinese. Es stellte sich aber heraus, daß es Prof. Eduard Erkes war, der Prodekan der Fakultät¹. In der Vorlesung ging es um die Entwicklung der chinesischen Schrift, die »Paläographie«. Erkes stand vor einer recht kleinen, etwa einen halben Meter breiten schwarzen Tafel, auf die er unentwegt schrieb: einzelne chinesische Zeichen, die seit über zweitausend Jahren in Gebrauch waren, und für jede dieser Hieroglyphen gab er ursprüngliche, viel stärker bildhafte Formen an, wie sie zuerst in Schildkrötenpanzer und Tierknochen eingegritzt, später in Bronzegefäße gegossen wurden, und wies auf ihren Bedeutungswandel hin. So wurde ich mit einer der schönsten Schriften der Welt bekannt, geführt von einem Gelehrten, der schon viele Jahre seines Lebens auf ihre Erforschung verwandt hatte. Es braucht wohl

nicht besonders betont zu werden, dass die Methode, ein schon relativ abstraktes Zeichen aus seinen ursprünglichen, oft sehr konkreten Bestandteilen in Verbindung mit den Lebensumständen jener längst vergangenen Zeit zu erklären, für mich als absolutem Neuling völlig einleuchtend und logisch war, mir den Weg zum Verständnis der Zeichen erleichterte und viel Wissen über die alte chinesische Geschichte vermittelte.

Damals, in den fünfziger Jahren, konnte Prof. Erkes darangehen, diesen wohl bedeutsamsten Teil seines Lebenswerks zum Druck in einem paläographischen Wörterbuch vorzubereiten, den die Sächsische Akademie der Wissenschaften besorgen wollte. Leider ging sein Wunsch nicht in Erfüllung. Zu jener Zeit wäre dies eine auch für die VR China bedeutsame Veröffentlichung gewesen, die gezeigt hätte, daß ein deutscher Gelehrter selbst unter dem Berufsverbot der Nazis eine wichtige Arbeit geleistet hatte.

In jenem Semester las Prof. Erkes vor einem breiten Kreis von Studenten über die Zeit »Von Sun Yat-sen bis Mao Tse-tung«. Für ihn war der Blick auf die Tradition harmonisch mit seiner Sicht auf Gegenwart und Zukunft verbunden. Er zitierte den großen chinesischen Historiker Sima Qian, der vor 2000 Jahren schrieb: »Wer die Vergangenheit nicht vergißt, ist Herr der Zukunft«².

Meinen Mut, mich mit der chinesischen Revolution zu beschäftigen und dazu die chinesische Sprache zu lernen, hatte der Umstand bestärkt, dass die Sinologie auf dem Wege von einer »Orchideen-Disziplin«, einer vorwiegend altphilologischen Richtung, zu einer kulturhistorischen Länderwissenschaft war.

Professor Eduard Erkes, der von seiner Habilitation im Jahre 1917 bis 1934 und wieder vom August 1945 bis zu seinem Tod mit der Alma Mater Lipsiensis verbunden war, bahnte in der DDR diesen Weg, der natürlich seine Geschichte hat.

Die Leipziger Schule, die mit dem Sprachgelehrten Georg von der Gabelentz begann, von August Conrady mit demokratischem Geist erfüllt wurde und schließlich mit Eduard Erkes eine sozialistische Grundüberzeugung vermittelte, war eine wichtige Voraussetzung für diese Entwicklung, die sich gewiß auch günstig auf andere orientalische Fächer auswirken sollte.

¹ Es ist ein merkwürdiges Phänomen, daß Menschen, die sich mit China beschäftigen, manchmal in ihrem Auftreten, ja sogar in ihren Gesichtszügen, den Chinesen recht ähnlich werden. ² Vgl. Eduard Erkes: *Gelber Fluß und Große Mauer*. Leipzig 1958. S. 9.

Mit seinem Lehrer und Schwiegervater August Conrady, der das Seminar für Ostasiatische Sprachen in Leipzig seit seiner Gründung im Mai 1914 leitete, war Erkes sich in der Grundhaltung einig. Beide untersuchten im Unterschied zu den vorherrschenden Auffassungen Sprache, Schrift und Literatur in engem Zusammenhang mit den historischen und kulturhistorischen Bedingungen, sie waren keine Philologen im engeren Sinne. Eduard Erkes war zugleich Ethnologe, Archäologe, Historiker und Kunstwissenschaftler.

Ein zweites Moment, im Grunde die politisch-philosophische Seite ihrer Wissenschaftsauffassung, war ihre demokratische Gesinnung. Durch die Idee von der *Gleichrangigkeit* aller Menschen, die die Forderung nach Frieden und Verständigung einschloss, unterschieden sich beide Wissenschaftler von den in jener Zeit in den Medien wie in der Sinologie dominierenden Kräften, die die deutschen Kolonialinteressen in China bedienten. Beide bemühten sich, Probleme Asiens und vor allem der chinesischen Kultur einer breiten Öffentlichkeit nahezubringen. Sie wurden dafür von Fachkollegen belächelt, wenn nicht gar diffamiert.

Mit seinem Beitritt zur SPD im Jahre 1919 ging Eduard Erkes noch einen Schritt weiter als sein Lehrer Conrady. Er vertrat seine Auffassungen streitbar, eckte damit vielerorts an und bereitete seinem Lehrer damit, wie er schreibt, »keine uneingeschränkte Freude«³. In vielen populären Veröffentlichungen verurteilte er jegliche Form der Unterdrückung und Ausplünderung des chinesischen Volkes und die ihr dienende Propaganda.

Aus seiner tiefen Kenntnis der Entstehung religiösen Denkens in China und anderen Teilen der Welt heraus wurde Eduard Erkes Atheist. Seine Schrift »Wie Gott erschaffen wurde«,⁴ eine Zusammenfassung von Vorträgen, die er am Leipziger Museum für Völkerkunde und an der Städtischen Volkshochschule gehalten hatte, stieß auf starken Widerstand, der bis zu Morddrohungen ging⁵.

Besonders hervorzuheben ist, dass er sich gegen den Rassismus wandte, den er 1947 »die widerlichste Aus-

geburt europäischer Intoleranz« nannte⁶. Er schrieb: »Und dann die Geschichte. In drastischer Weise widerlegt sie jede arische Rassentheorie. Die Entwicklung läßt sich bis auf den ältesten Vorfahren des heutigen Chinesen, den eben erst zum Mensch gewordenen »Sinanthropus« zurückverfolgen, aber nirgends eine Spur arischen Einflusses finden [...]«⁷.

1925 hatte die Mehrheit der philologisch-historischen Abteilung der Philosophischen Fakultät – trotz überwiegend günstiger Gutachten – die Berufung zum Außerordentlichen Professor abgelehnt. Nicht zuletzt war es sein politisches Engagement, das Eduard Erkes für die Leitung des Ostasiatischen Seminars »nicht weiter in Betracht« kommen ließ⁸, so daß er erst 1928 berufen wurde.

1935 wurden Eduard Erkes wie auch seine Frau Anna-Babette Erkes nach dem »Reichsgesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums« mit Berufsverbot belegt. Prof. Eduard Erkes wurde die Lehrbefugnis an der Universität entzogen, und er verlor auch seine Stellung als Kustos am Museum für Völkerkunde.

Seit August 1945 außerplanmäßiger Professor, wurde Erkes im April 1947 zum Professor mit vollem Lehrauftrag für Ostasiatische Philologie in der Philosophischen Fakultät ernannt. Unter den äußerst schwierigen materiellen Bedingungen nach Kriegsende setzte er sich vehement für die demokratische Erneuerung und die Beseitigung der materiellen Kriegsschäden ein, sowohl an der Universität Leipzig als auch an der Humboldt-Universität Berlin, wo er ebenfalls Vorlesungen hielt, und im Museum für Völkerkunde, Leipzig, das er anfangs leitete.

Nach der Befreiung vom Faschismus hatte Eduard Erkes zwar eine günstigere Position bei Auseinandersetzungen, unter den Bedingungen des Kalten Krieges dürften sie jedoch für ihn bei der Übermacht von Professoren, die ihre alten Positionen beibehalten hatten, nicht sehr viel leichter als zuvor geworden sein.

Als die Hochschulreform des Jahres 1951 begann, mit der ein einheitliches Zehnmonate-Studienjahr, die Vermittlung von Grundkenntnissen des Marxismus-Leni-

³ Eduard Erkes: *August Conrady zu seinem 90. Geburtstag*. In: *Wiss. Zeitschrift der Karl-Marx-Universität Leipzig*. Leipzig 4(1954/55). *Ges- und sprachwiss. Reihe*. Heft 1–2. S. 204. ⁴ Eduard Erkes: *Wie Gott erschaffen wurde*. Jena 1925. ⁵ Günter Lewin: *Eduard Erkes und die Sinologie in Leipzig*. In: *Chinawissenschaften – Deutschsprachige Entwicklungen. Referate der 8. Jahrestagung 1997 der Deutschen Vereinigung für Chinastudien (DVCS)*. Hrsg. von Helmut Martin und Christiane Hammer. In: *Mitteilungen des Instituts für Asienkunde Hamburg*. Hamburg (1999) 303. S. 456. ⁶ Eduard Erkes: *China und Europa*. Leipzig 1947. S. 23. ⁷ Eduard Erkes: *Ursprung in China*. In: *Der Sozialdemokrat vom 24. 4. 1948*. ⁸ Günter Lewin: *Eduard Erkes*. S. 458.

nismus sowie der russischen Sprache eingeführt und das Leitungssystem neu gestaltet wurde, verschärfte sich der Kampf. Und auch die ersten Geplänkel unter uns Studenten waren nur Vorzeichen für die tiefgreifenden politischen Auseinandersetzungen späterer Jahre. Eine Folge davon war die Abwanderung einer ziemlichen Anzahl von Studenten aus Leipzig und Berlin in den Westen, oft animiert von dortigen Professoren, denen augenscheinlich vor allem an gut ausgebildetem sinologischem Nachwuchs gelegen war⁹.

Im Ergebnis einer ersten Hochschulreform erreichte die Entwicklung der Sinologie zur Chinawissenschaft eine neue Stufe. Am 7. Mai 1951 wurde das Ostasiatische Seminar der Leipziger Universität in den Rang eines Ostasiatischen Instituts erhoben.¹⁰ Die sich anbahnenden guten Beziehungen zwischen der DDR und dem neuen chinesischen Staat ließen erwarten, dass künftig viele Sinologen gebraucht würden. So wurde in Leipzig 1951 etwa ein Dutzend Studenten und Studentinnen immatrikuliert – eine für das Fach Sinologie vorher nie gekannte Zahl. Unter ihnen waren auch einige Arbeiterkinder. Ein höheres Niveau wurde erreicht, als 1953 die ersten Sprachlektoren aus der Volksrepublik China kamen und Ende der fünfziger Jahre die ersten in der VR China ausgebildeten Studenten und wissenschaftliche Nachwuchskräfte in die DDR zurückkehrten. Erkes' Tod im April 1958 riss eine schmerzhaft Lücke, aber die Sinologie der DDR konnte sich – trotz der widrigen Umstände, die der Konflikt zwischen der UdSSR und der Volksrepublik China mit sich brachte – auch dank seines Wirkens zu einer komplexen Länderwissenschaft entwickeln, was auch internationale Anerkennung fand. An der Humboldt-Universität, wo die Sinologie der DDR konzentriert war, warf die Abwicklung und »Erneuerung«, was Vielfalt und Tiefe der Lehre und Forschung betraf, das Institut auf ein Niveau zurück, das längst überwunden geglaubt war. In Leipzig wurde die Sinologie in den 80er und 90er Jahren im Rahmen des neu gegründeten Ostasiatischen Instituts wieder aufgebaut. Es sieht sich – wie der Sammlung »Sinologische Traditionen« zu entnehmen ist – als Fortsetzung Erkesschen Wirkens¹¹.

Für mich war günstig, dass ich mit den im Wintersemester 1952 neu Immatrikulierten faktisch ein methodologisch aufbauendes Kurssystem besuchen konnte, was es vorher bei den vereinzelt Immatrikulationen nicht geben konnte. Als ersten klassischen Text beispielsweise las Prof. Erkes mit uns das *Lunyu*, die »Gespräche« des Konfuzius. Am Beginn stand also folgerichtig jene bedeutendste Schrift der chinesischen Geistesgeschichte, die im Vergleich zu anderen chinesischen Texten auch sprachlich zu den einfacheren gehört. Es war gut, gleich am Beginn des Studiums Grundgedanken dieses Werkes, die während vieler Jahrhunderte das geistige Antlitz des chinesischen Kaiserreichs geprägt hatten, im Originaltext lesen zu lernen.

Für Erkes waren die Worte des Konfuzius das positive, rationalistische Gegengewicht zu Mystik und Religion; für mich war Konfuzius der Vorläufer jener Ideologie der vierfachen Unterordnung von Herrscher und Untertan, Vater und Sohn, Mann und Frau, älterem und jüngerem Bruder, die mit dem Sturz der Dynastie im Jahre 1912 und erst recht seit der Gründung der Volksrepublik endgültig gescheitert war. »Allgemein menschliche« Maximen, wie sie Konfuzius gelehrt hatte, so schien es mir damals, verstünden sich von selbst. Erklärlich wurde mir dieser Widerspruch erst in den Vorlesungen über die chinesische Geschichte von ihrem Beginn bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts, in denen Prof. Erkes die soziale Ordnung des chinesischen Mittelalters als »demokratisch konstituierte Beamten-gesellschaft« charakterisierte. Nach seiner Auffassung konnte in ihr »jeder ohne Rücksicht auf seine Herkunft durch Ablegung von Prüfungen aufsteigen«¹².

Interessant ist, was Hans Martin Henning über die »soziale Lesart« des *Lunyu* durch Jaroslav Prusek und Eduard Erkes sagt. Erkes habe beispielsweise die Auffassung Guo Morous quellenmäßig (also paläographisch) begründet. Den gemeinhin schon bei Konfuzius mit »der Edle« oder »der moralisch Hochstehende« übersetzten Begriff »jünzi« übersetzte er im Jahre 1956 mit »der gesellschaftlich Höherstehende« und den Begriff des »xiaoren« (»der moralisch Minderwertige«) »der gesellschaft-

⁹ Als einer der ersten blieb Reinhold Graupner fort, jener Student, der im Kino den Vortrag gehalten hatte. Er war, wie ich erfuhr, ein »Wanderer zwischen zwei Welten«. ¹⁰ Günter Lewin: Eduard Erkes. S. 463ff. ¹¹ Ralf Moritz: Vorwort. In: *Sinologische Traditionen im Spiegel neuer Forschung*. Hrsg. v. Ralf Moritz in Zusammenarbeit mit Mayke Wagner und Wilmar Mögling. Leipzig 1993. S. 7–11. ¹² Vgl. Eduard Erkes: *Die Entwicklung der chinesischen Gesellschaft von der Urzeit bis zur Gegenwart*. Berlin 1953. S. 19.

lich Untergeordnete«. Henning sieht dies wohl mit Recht als Beispiel der »Aufhellung allgemeiner gesellschaftlicher Machtstrukturen« (durch Prusek wie Erkes), geprägt aus der »erfahrenen Machtlosigkeit des vereinzeltten Demokraten«¹³.

Im zweiten Studienjahr ging Prof. Erkes schon daran, mit uns das *Daodejing* (Tao-te-king), das dem Laozi (Lao-tse) zugeschrieben wird, durchzuarbeiten. Als profunder Kenner der Laozi-Rezeption war er in dieser Vorlesung, soweit ich mich erinnere, bemüht, uns Anfängern die mythisch-religiösen und die ethnischen Wurzeln des Daoismus (Taoismus) zu erklären, noch ohne uns näher mit den verschiedenen Lesarten vertraut zu machen. Im Unterschied zum aristokratischen Konfuzianismus erregten besonders die Naturphilosophie und die sozialen und gegen den Krieg gerichteten Sprüche des Laozi bei mir großes Interesse und Sympathie.

Der Unterricht im modernen Chinesisch erhielt einen neuen Stellenwert. In Leipzig wurde er von Dr. Song Hongzhe erteilt, einem chinesischen Mathematiker und Astronomen, einem lieben Menschen, der allerdings kein Sprachmethodiker war.

Als einziges Sprachlehrbuch benutzten wir die »Grammatik der chinesischen Schriftsprache« von Georg von der Gabelentz¹⁴, die mir in vielem schwer verständlich war, obwohl Gabelentz nicht wie seine Vorgänger die chinesische Sprache am »Muster« der Lateinischen maß. Da aber Gabelentz, wie auch Erkes lobend hervorhob, Sprache als gesellschaftliche Erscheinung auffasste und deshalb vor allem Semantik und Syntax erforschte, war das Buch für mich für das Verständnis der Struktur auch der Umgangssprache nützlich.

Unter diesen Bedingungen hatte ich – wie vor allem die anderen Arbeiterstudenten – gerade bei der Beschäftigung mit der alten und modernen chinesischen Sprache große Schwierigkeiten.¹⁵

Für die Prüfung am Ende des Studienjahres im klassischen Chinesisch war nur die Aussprache und die Übersetzung des jeweiligen Textes gefragt. Ich lernte, wie wahrscheinlich alle meine Kommilitonen, die Sprüche des Konfuzius auswendig, wie sie Prof. Erkes vorgestellt und interpretiert hatte. Eigentlich widersprach mir eine solche Methode der Aneignung von Wissen; ich wollte alles *erschließen* können. Infolge meiner Unsicherheit war meine Prüfungsangst besonders stark. Aber ich traf mit meinen Problemen auf einen Hochschullehrer mit einem Einfühlungsvermögen, das seinesgleichen sucht. Beim Lesen des Textes verhedderte ich mich völlig und stotterte nur noch herum. »Naja«, sagte Eduard Erkes, »das war ja schon ganz gut ...« (Natürlich wußten wir beide, daß dem nicht so war.) »Und nun lesen Sie das bitte noch mal!« Durch seine ruhige Art konnte ich mich fassen, las, übersetzte, und ging mit einer »1« aus dem Zimmer ...

Neben sinologischen besuchte jeder Student andere Lehrveranstaltungen seiner Wahl. Bei mir waren es die Vorlesungen und Seminare des sowjetischen Ethnologen Prof. Tokarew, eine Einführung ins Tibetische von Dr. Schubert, Dr. Ratchnevskis »Mongolische Geschichte« und andere.

Prof. Erkes setzte großes Vertrauen in seine Studenten. Er freute sich, dass jetzt auch junge Menschen aus Kreisen, die vorher kaum ein Universitätsstudium absolvieren konnten, zur Sinologie kamen und bemühte sich besonders um sie¹⁶. Er hatte auch große Sympathie dafür, daß künftige Wissenschaftler einmal einen praktischen Beruf ausgeübt hatten.¹⁷ Mich betraute er schon im zweiten Studienjahr mit der Aufgabe, ein Seminar zu seiner Geschichtsvorlesung zu halten. In einem Gutachten vom 25. 3. 1953 schrieb er: »Ich habe mich durch gelegentlichen Besuch des Seminars und Nachprüfung der dort geleisteten Arbeit davon überzeugt, daß dieses

13 Hans Martin Henning: Zum Verständnis eines »zurückgezogenen Gelehrten« (yinshi) in der neueren deutschen Sinologie – Anmerkungen zu Eduard Erkes (1891–1958). In: Zeitschrift der Deutsch-Morgenländischen Gesellschaft. 147(1997)1. S. 147–157. Bei Erkes: Die ursprüngliche Bedeutung der Ausdrücke chün-tse und hsiao-jen. In: Sino-Japonica, Festschrift André Wedemeyer zum 80. Geburtstag. Hrsg. von Helga und Hans Steininger sowie U. Unger. Leipzig 1956. 14 Georg von der Gabelentz: Chinesische Grammatik mit Ausschluß des niederen Stils und der heutigen Umgangssprache. Berlin 1953. Der Neudruck wurde von Erkes angeregt und eingeleitet. Vgl. Eduard Erkes: Georg von der Gabelentz. In: Wiss. Zeitschrift der Karl-Marx-Universität Leipzig. Leipzig 3(1953/54). Ges.- und Sprachw. Reihe. Heft 4. S. 389. 15 Ich mußte später in Berlin erleben, daß die meisten Arbeiterstudenten eines Studienjahres auf dem Gebiet der Sinologie ihr Studium vorzeitig abbrachen. 16 Z. B. hielt Eduard Erkes 1950 an der Arbeiter- und Bauernfakultät Leipzig eine Studienberatung ab, um für sein Fach zu werben. 17 Eduard Erkes: August Conrady. S. 199f.

Seminar durchaus das ist, was ein meine Vorlesung ergänzendes Seminar bieten soll, und daß es die Vorlesung besonders in methodologischer Hinsicht sehr gut ergänzt«. ¹⁸ – Wir »Historiker« unter den Studenten durften auch sein Buch »Geschichte Chinas« für die Herausgabe vorbereiten. ¹⁹

Er hatte damals daran gedacht, mich neben Ulrich Unger als seine Nachfolger zu betrachten. Das »wollte sich mir nicht«, um mit Erwin Strittmatter zu sprechen ... Ich wollte nicht protegiert sein.

In den Vorlesungen von Prof. Erkes ging es demokratisch zu: Über jegliches Problem konnte diskutiert werden. Der Professor hörte jede Frage, jede abweichende Meinung der Zuhörer an. Er erörterte die Probleme nicht aus Höflichkeit, sondern weil er wirklich interessiert an Anregungen und am Meinungsstreit war.

Voraussetzung dafür war vor allem ein Charakterzug von Eduard Erkes: seine Bescheidenheit. Günter Lewin nannte dafür als bezeichnendes Beispiel, dass sich das Ehepaar Erkes, das in der Zeit des Faschismus schwere Jahre durchgemacht hatte, nicht bemühte, als »Verfolgte des Naziregimes« anerkannt zu werden. ²⁰ Erika Taube, eine parteilose Studentin des Jahrgangs 1952, hielt 1995 fest: »Mich hat es sehr nachhaltig beeindruckt, daß wir in Eduard Erkes einen Lehrer hatten, der in einer Entscheidungssituation zu seiner Überzeugung treu geblieben ist, auch um den Preis ernsthafter Beeinträchtigungen in seinem Leben, die auch weit schlimmer hätten sein können.« ²¹

Von einer ausgewogenen kritischen Rezeption des Œuvres von Eduard Erkes durch seine Schüler konnte in den 50er und 60er Jahren keine Rede sein.

Das war wohl weniger eine Frage der wissenschaftlichen Qualifikation als Toleranz – und zwar national und international. Kalter Krieg und Dogmatismus bedingten sich gegenseitig. Und obwohl eine Zeit der Toleranz bis heute noch nicht herangereift scheint, beginnt – über 40 Jahre nach seinem Tode – mit der Besinnung auf Traditionen der Sinologie auch eine Beschäftigung mit seinem Erbe in mannigfaltiger Gestalt. Aus den Reihen seiner Schüler und anderer Wissenschaftler melden sich Stimmen, die verschiedene Seiten seines Œuvres und seiner Persönlichkeit sachlich beleuchten und dabei auf sehr interessante Aspekte aufmerksam machen. ²²

Auf drei der Beiträge möchte ich eingehen:

1. Der 1998 verstorbene Leipziger Sinologe Dr. Günter Lewin hat in einer seiner letzten Arbeiten, einer materialreichen und politisch brisanten Studie, ²³ auf eine Denkschrift zum 70. Geburtstag von Eduard Erkes aus dem Jahre 1961 hingewiesen. Lewin kritisiert, dass »die Schüler« von Erkes »unter dem Eindruck des Stalinschen Dogmas« (von den fünf Gesellschaftsformationen, H. S.) darin feststellten, Erkes sei, obwohl er die Bedeutung des historischen Materialismus betont habe, in manchen Fragen offensichtlich von ihm abgewichen: »Das betrifft vor allem seine Meinung vom Wesen der Sklavenhaltergesellschaft und des Feudalismus in China sowie von der Rolle des Staates und [der] Konfuzianischen Ideologie in der Geschichte Chinas.« ²⁴

Widersprechen möchte ich Günter Lewin insofern, als es sich nicht um *die* Schüler von Erkes handelte. In der Mehrzahl waren sie nicht an der Abfassung der Denkschrift beteiligt. Von mir selbst könnte ich sagen: »Ich war's nicht!«, aber das wäre zu einfach.

¹⁸ Zitiert nach eigener Abschrift. (Die lobende Einschätzung enthielt natürlich auch eine höfliche Kritik). ¹⁹ Vorwort von Eduard Erkes zu Eduard Erkes: *Geschichte Chinas von den Anfängen bis zum Eindringen des ausländischen Kapitals*. Berlin 1956. S. 5. ²⁰ Günter Lewin: *Eduard Erkes*. S. 463. ²¹ Erika Taube: *Erich Haenisch – ein Beispiel für Zivilcourage*. In: *Sinologische Traditionen*. S. 187. ²² *Eduard Erkes in memoriam 1891–1958*. Sammelband mit einem Vorwort von Johannes Schubert. Leipzig 1961; Fritz Gruner: *Eduard Erkes*. In: *Karl-Marx-Universität Leipzig 1409–1959. Beiträge zur Universitätsgeschichte*. Leipzig 1959. S. 390–399; *Professor Dr. phil. Eduard Erkes. Ein bedeutender Sinologe und sozialistischer Hochschullehrer. Von einem Kollektiv des Ostasiatischen Instituts der Karl-Marx-Universität*. In: »*Universitätszeitung*« vom 23. 7. 1961. *Wiss. Beilage*. Nr. 3/1961; Rolf Schwarzer: *Zum Gedenken an den Völkerkundler Eduard Erkes*. In: *Jahrbuch des Museums für Völkerkunde zu Leipzig*. Berlin 33 (1981); Ralf Moritz: *Seine Leistungen werden lange nachwirken. Zum 90. Geburtstag von Prof. Dr. Eduard Erkes*. In: »*Universitätszeitung*« Leipzig vom 24. 7. 1981; Roland Felber: *Zwischen Anpassung und Widerstand. Notizen über Schicksale von Ostasienwissenschaftlern in der NS-Zeit*. In: *Clavis Sinica. Zur Geschichte der Chinawissenschaften*. Hrsg. von Helmut Martin und Maren Eckhardt. Bochum 1997. S. 87; Mechthild Leutner: *Weltanschauung – Wissenschaft – Gesellschaft. Überlegungen zu einer kritischen Sinologie*. In: *Berliner China-Hefte*. Berlin (1998) 14. S. 3–14; Günter Lewin: *Eduard Erkes*. S. 449–473; Hans Martin Henning: *Zum Verständnis*. S. 137–162. ²³ Günter Lewin: *Eduard Erkes*. S. 449–473. ²⁴ Prof. Dr. phil. Eduard Erkes. *Ein bedeutender Sinologe*. S. 3.

Sicher lohnt es sich, auch darüber nachzudenken, in welchem Verhältnis der Sozialist Erkes zum Marxismus (oder zum historischen Materialismus) stand. Letztere Frage zu beantworten, dürfte nicht allzu einfach sein. M. E. hatten die Verfasser der Denkschrift recht, dass sich Eduard Erkes in seiner wissenschaftlichen Arbeit an historisch-materialistische Auffassungen annäherte, er beschäftigte sich z. B. mit Fragen der Dialektik. Dies wäre einer philosophischen Untersuchung wert.

Überhaupt dürfte Ideologie (beispielsweise in Gestalt von wissenschaftlichen Ideen des Marxismus oder in Gestalt dogmatischer Verzerrungen) nicht »Messlatte« für die Beurteilung wissenschaftlicher Leistungen sein. Und Eduard Erkes war, dem Charakter seiner Arbeiten nach, viel mehr Feldforscher als Theoretiker.

Fruchtbarer ist es m. E., jenen Begriff zu nutzen, den Günter Lewin einführt: die »wissenschaftliche Weitsicht« des Gelehrten Erkes. Lewin nimmt als Beispiel die Erkessche These, dass es in China keine Sklavenhaltergesellschaft gegeben habe, mit der er »der Ende der zwanziger und Anfang der dreißiger Jahre entbrannten Diskussion über die Gesellschaftsformationen voraus«²⁵ gewesen sei. Das gilt m. E. auch für viele andere Fragen. Ich würde z. B. hinzufügen: die Erforschung ethnischer Fragen, mütterrechtlicher Überlieferungen, der Rolle der Tiere im alten China, des Schamanismus und der Mystik, des Daoismus, des Konfuzianismus und, last but not least, die Untersuchungen von Sprache und Schrift, die Erkes in seinen über 240 Publikationen behandelt.²⁶

Auf alle Fälle kann man von der demokratischen Lehrmethode Erkes' lernen, wissenschaftliche Meinungen auszutauschen und auf Argumente anderer einzugehen.

2. Prof. Mechthild Leutner wendet sich in ihren »Überlegungen zu einer kritischen Sinologie« angesichts der Tendenzen, China als negatives Gegenstück zu einer vermeintlich positiven gesellschaftlichen Entwicklung in Deutschland hochzustilisieren, gegen eine Zweckorientiertheit im Interesse der Herrschenden. Sie schreibt, »als erstes ist im aufklärerischen Sinne, wie wir das bei

Conrady und Erkes gesehen haben, gerade eine Reflexion auch der eigenen Rolle, eine kritische Hinterfragung [...] des Modernisierungsparadigmas und der hier implizierten Welt- und Wertevorstellungen und Erklärungsansätze gefordert, die der Idee einer prinzipiellen Gleichrangigkeit der Menschen bei der Gestaltung ihrer Gesellschaft eine Absage erteilen.«²⁷

Dies zeichnet m. E. treffend meinen Lehrer Eduard Erkes wie auch die guten Traditionen der Leipziger Sinologie insgesamt.

Tatsächlich hat sich von den Wissenschaftlern selten jemand so unmittelbar wie Eduard Erkes zum chinesischen Volk und zum Neuen China bekannt. Ja, seine Auffassungen waren sinophil.

Neben seinem Bild der chinesischen Vergangenheit zeigt sich das beispielsweise im Fazit seiner Chinareise 1954/55. Dort ist nicht die geringste kritische Sicht spürbar. Es erinnert an die Visionen eines Dr. Sun Yat-sen über die künftige chinesische Gesellschaft nach Durchsetzung seines »Prinzips vom Volksleben«. Erkes schreibt: »China ist – darüber gibt es bei allen ernsthaften in und ausländischen Beobachtern nur eine Meinung – im ganzen Lauf seiner Geschichte niemals so gut regiert worden wie jetzt. Es gibt keine Klassengesellschaft mehr und damit keine Ausbeutung des Menschen durch den Menschen; niemand kann die Notlage eines anderen ausnutzen, niemand sich auf Kosten seiner Mitmenschen bereichern, jeder hat nur, was er verdient, aber das kommt ihm auch voll und ganz zugute. Überall steht der Mensch im Mittelpunkt, von frühester Kindheit an wird er betreut, die Arbeit ist für den Menschen da, nicht der Mensch für die Arbeit; jeder kann die ihm zusagende Laufbahn ergreifen und weiß, daß es nur von seiner persönlichen Tüchtigkeit abhängt, wie weit er es bringt [...]«²⁸

Schon in seiner Schrift »China und Europa« von 1947 schrieb Eduard Erkes, die Ausländer ihrer Haltung gegenüber den Chinesen nach in fünf Kategorien einteilend:

25 Bei Günter Lewin: *Eduard Erkes*. S. 458, bei Eduard Erkes: *China. Gotha 1919*. S. 98; vgl. auch Eduard Erkes: *Die Entwicklung der chinesischen Gesellschaft*. S. 11. 26 *Verzeichnisse der Schriften von Erkes* siehe: *Wiss. Zeitschrift der Karl-Marx-Universität Leipzig*. Leipzig 9(1959/60). Ges.-u. Sprachwiss. Reihe. Heft 4 (zusammengestellt von Mitarbeitern des Ostasiatischen Instituts der Karl-Marx-Universität Leipzig) sowie etwas erweitert in: *Sinologische Traditionen*. S. 11–24. 27 Mechthild Leutner: *Weltanschauung*. S. 12. 28 Eduard Erkes: *Gelber Fluß*. S. 297.

»Die das Chinesentum überhaupt nicht kennen,
lehnen es ab.
Die es schlecht kennen, kritisieren es.
Die es ein wenig kennen, lieben es.
Die es gut kennen, verehren es.
Die es wirklich kennen, gehen in ihm auf.«²⁹

Was er hier darlegt, ist bedenkenswert, eine humanistische Sicht, dem bornierten Eurozentrismus entgegengesetzt. Zugleich sind Schritte einer Annäherung skizziert, wie sie für den Weg des Sinologen Eduard Erkes charakteristisch waren.

3. Hans Martin Henning würdigt in seinem, dem Verständnis eines »zurückgezogenen Gelehrten« in der neueren deutschen Sinologie gewidmeten Aufsatz Eduard Erkes als einen Wissenschaftler, »dessen Arbeiten

zur Kultur Chinas auch noch heute eine fruchtbare Diskussion stimulieren können«. An drei Beispielen zeigt der Autor die demokratische Sicht, die Diesseitigkeit und den Optimismus von Eduard Erkes, wobei »es wesentlich die Auseinandersetzung mit den gedanklichen und sozialen Konzepten des traditionellen China ist, die den Erkesschen Blick auf die Misere seiner Gegenwart zu schärfen vermag«³⁰.

Mit Prof. Erkes war wieder ein Hochschullehrer in mein Leben getreten, wie Walter Markov eine Persönlichkeit, bei der sich charakterliche Integrität und wissenschaftliche Leistung verbanden.

Als ich Leipzig verließ, um an der Humboldt-Universität weiterzustudieren, wußte ich noch nicht, was ich aufgegeben hatte.

²⁹ Eduard Erkes: *China und Europa, Kontrast und Ausgleich zweier Weltkulturen*. Leipzig 1947. S. 24. ³⁰ Hans Martin Henning: *Zum Verständnis eines »zurückgezogenen Gelehrten«*. S. 138, 162.

ROLF EMMRICH

Verdiente Wirtschaftswissenschaftler bei der antifaschistisch-demokratischen Erneuerung der Leipziger Universität

Die Würdigung verdienter Persönlichkeiten der Wirtschaftswissenschaft, die bereits mit den Ehrenkolloquien für Fritz Behrens, Hans Thalmann und Felix Burkhardt vorgenommen wurde, wäre m. E. noch um einige Namen zu ergänzen. Ich denke dabei insbesondere an den Volkswirt Georg Mayer, den Industrieökonom Johannes Schmidt und den Binnenhandelsökonom Curt Teichmann.

Georg Mayer (1892–1973) wurde 1947 an die Universität Leipzig als Professor für Volkswirtschaftslehre unter besonderer Berücksichtigung der Weltwirtschaftslehre berufen und vertrat auch die Fachgebiete Agrarökonomie und Agrargeschichte. Er übte in der entscheidenden Phase der sozialistischen Umgestaltung der Universität von 1950 bis 1963 das verantwortungsvolle Amt des Rektors aus und war langjähriger Vorsitzender der Rektorenkonferenz der DDR. Mayer warnte frühzeitig 1933 vor dem Faschismus, bereiste 1932 die Sowjetunion, verbreitete Kenntnisse über die Planwirtschaft in der UdSSR und wurde 1933 wegen seiner antifaschistischen Haltung als Dozent an der Universität Gießen und 1936 auch aus München vertrieben. Seine bedeutendsten wissenschaftlichen Arbeiten und Veröffentlichungen stammen aus den zwanziger und dreißiger Jahren, z. B. zur Freihandelslehre in Deutschland, zu Friedrich List als Weltpolitiker, zu den inneren Marktverflechtungen von Industrie und Landwirtschaft, zur Krise des Kapitalismus und zur Agrarkrise in Deutschland, zum Britischen Empire und zu Paneuropa. Er verstand es beispielhaft, in seinen Vorlesungen den Bogen von wirtschaftshistorischen Abläufen und weltwirtschaftlichen Zusammenhängen zu aktuellen theoretischen und wirtschaftspolitischen Fragen beim Aufbau der Volkswirtschaft der DDR zu spannen.

Nach dem Kriege engagierte sich Mayer zunächst in Hessen in der Arbeitsgemeinschaft KPD/SED in Frankfurt am Main im Sinne der Einheit der Arbeiterbewegung und arbeitete in der Abteilung Sozialisierung des hessischen Wirtschaftsministeriums. Erst seine Berufung nach Leipzig ermöglichte es ihm, im Sinne seiner

sozialistischen Intentionen in der wissenschaftlichen Arbeit und in der Hochschulpolitik wirksam zu werden und große Anerkennung zu erwerben.

Auf der Grundlage der von Fritz Behrens an der Leipziger Universität vertretenen und verbreiteten marxistischen Wirtschaftstheorie entwickelten sich unter seiner Förderung auch spezielle wirtschaftswissenschaftliche Disziplinen wie die Industrieökonomik und die Binnenhandelsökonomik. Junge, unbelastete Wissenschaftler bauten diese Fachgebiete auf.

Johannes Schmidt (geb. 1921), der 1945 ein Studium an der Handelshochschule Leipzig absolvierte, war einer von ihnen. Nach seiner Promotion 1947 und seiner Habilitation 1952 zu »Wirtschaftliche Rechnungsführung und Besteuerung« wurde er mit 31 Jahren jüngster neu berufener Professor der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät. Als Direktor des Instituts für Industrieökonomik und später des Wissenschaftsbereichs Sozialistische Betriebswirtschaft war er wissenschaftlich außerordentlich produktiv in Forschung und Lehre tätig. Er entwickelte die bereits von Fritz Behrens 1950 geforderte Lehre vom volkseigenen Industriebetrieb, begründete die Industrieökonomik als größte Fachstudienrichtung der Wirtschaftswissenschaften und ist Initiator und maßgeblicher Autor vieler Lehrbücher und Standardwerke, wie »Buchführung und Bilanz«, »Ökonomik der sozialistischen Industrie« als Hochschullehrbücher und »Sozialistische Betriebswirtschaft« als Hochschullehrbuch und als Fachschullehrbuch. Hervorzuheben sind seine wissenschaftliche Ausstrahlung als Repräsentant der DDR-Wissenschaft mit Lehrtätigkeit in Spanisch zur Betriebswirtschaft an 10 Universitäten in lateinamerikanischen Ländern zwischen 1969 und 1981 und seine Verdienste um den wissenschaftlichen Nachwuchs mit der Betreuung von 96 Doktoranden. 14 Doktoranden führte er zur Habilitation, die später an unterschiedlichen Hochschulen zu Professoren berufen wurden. Johannes Schmidt wurde 1983 emeritiert und wohnt noch immer in Leipzig.

Curt Teichmann (1919–1993) begann 1941/42 ein Studium in Leipzig an der Handelshochschule und beendete es an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Leipzig im Jahre 1948. Er begründete nach seiner Promotion 1950 und seiner Habilitation 1952 als Professor mit vollem Lehrauftrag die neue Wissenschaftsdisziplin Binnenhandelsökonomik, gestützt auf die marxistische Politische Ökonomie, und baute ein Institut für Binnenhandelsökonomik an der Universität auf. Diese Wissenschaftsdisziplin und Studienrichtung führte er später auch an der Hochschule für Binnenhandel. Ab 1957 brachte er als Rektor die

Hochschule wesentlich voran. Die maßgebliche Mitwirkung am Lehrbuch »Ökonomik des Binnenhandels« und an anderen Standardwerken, eine reiche Lehr- und Publikationstätigkeit sowie Verdienste bei der Heranbildung vieler Nachwuchskader, enge Verbindung von Wissenschaft und Praxis und Entwicklung neuer Ausbildungsinhalte und -formen zeichneten sein Wirken aus. Nach zeitweiliger Tätigkeit als Direktor der Großhandels-gesellschaft Textil in Leipzig bis 1968 kehrte er 1969 an die Handelshochschule zurück. 1979 erhielt Kurt Teichmann die Ehrendoktorwürde der Handelshochschule und trat 1984 in den Ruhestand.

EVA MÜLLER

Drei bedeutende Leipziger Ökonomen und Statistiker der Aufbruchzeit: Fritz Behrens, Hans Thalmann und Felix Burkhardt

Initiiert vom Arbeitskreis Wirtschaftswissenschaften führte die Rosa-Luxemburg-Stiftung in den vergangenen Jahren drei Kolloquien zum Leben, Werk und Wirken von drei bedeutenden Ökonomen und Statistikern, die an der Leipziger Universität nach 1945 tätig waren, durch.

Im November 1996 fand das Kolloquium zum Werk und Wirken von Fritz Behrens statt, das zugleich das vierte Walter-Markov-Kolloquium war.

Im Oktober 1997 fand das Kolloquium zum Werk und Wirken von Hans Thalmann statt und im Oktober 1998 das zum Werk und Wirken von Felix Burkhardt.

Fritz Behrens war sicher in der DDR der bekannteste von den drei Ökonomen und Statistikern. 1909 geboren, als Sohn eines Seefahrers, der die Hochschulreife in der Heimvolkshochschule in Leipzig bei Herbert Schaller erlangte, von 1931 bis 1935 in Leipzig Volkswirtschaft studierte, 1936 promovierte, bis 1945 als Statistiker in Berlin und Prag arbeitete, in dieser Zeit nebenberuflich Vorlesungen zu statistischen Themen hielt und auch in statistischen Zeitschriften publizierte. Sein eigentliches Interesse galt jedoch der Marxschen Theorie, und das besonders der Theorie der politischen Ökonomie. So bewarb er sich nach Kriegsende an der Leipziger Universität und wurde zum 1. März 1946 als Lehrbeauftragter mit der Wahrnehmung des Lehrstuhls für Statistik und Politische Ökonomie an die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät berufen.

Fritz Behrens, ein sehr engagierter Wissenschaftler und Politiker, mit der DDR und der SED bis zuletzt verbunden, geriet jedoch immer wieder in Konflikte mit der Führung der SED, da seine Vorstellungen vom Sozialismus, von der Demokratie und von der Steuerung der Wirtschaft darin andere waren, als es durch die damalige Führung angestrebt und verwirklicht wurde.

Da es auch immer mal wieder Kursänderungen gab und sich die offizielle Politik den Vorstellungen von Behrens näherte, um sich dann wieder von ihnen zu entfernen, war Behrens zeitweilig hochgeehrt, in hohe Ämter berufen, wie z. B. 1955 als Leiter der Staatlichen

Zentralverwaltung für Statistik und Stellvertretender Vorsitzender der Staatlichen Plankommission, um dann zwei Jahre später, Anfang 1957, einer scharfen öffentlichen Kritik wegen eines angeblichen ökonomischen Revisionismus ausgesetzt zu sein und von den hohen Ämtern abberufen zu werden.

Als Mitte der 60er Jahre versucht wurde, das Neue Ökonomische System zu verwirklichen, schien es, daß die Behrensschen Vorstellungen von der sozialistischen Planwirtschaft verwirklicht werden könnten. Auch das dauerte nicht lange. 1968 schied Behrens, auch aus gesundheitlichen Gründen, aus dem Berufsleben aus, 1970 wurde er offiziell emeritiert.

Fritz Behrens gehörte zu den ersten Ökonomen, die mit dem Nationalpreis ausgezeichnet wurden. Zum 70. Geburtstag 1979 wurde er Ehrendoktor der Karl-Marx-Universität.

Wissenschaftlich hat sich Fritz Behrens vor allem mit der Geschichte der politischen Ökonomie und der Arbeitsproduktivität befaßt, im letzten Jahrzehnt seines Wirkens nach dem Ausscheiden aus dem Berufsleben 1970 bis 1980 legte er seine Gedanken zu einem anderen Modell des Sozialismus als es in der UdSSR, in der DDR und in anderen sozialistischen Ländern angestrebt wurde, schriftlich nieder. Diese Manuskripte sind von seiner Tochter Hannamaria Loschinski in einem Buch 1992 herausgegeben worden.

In dem Kolloquium zum Werk und Wirken von Fritz Behrens sprachen 13 Wissenschaftler, seine früheren Kollegen, wie Helmut Koziol, und viele seiner Schüler. Seine Beiträge zur Entwicklung der Wirtschaftswissenschaft in der DDR wurden gewürdigt, sowohl sein Wirken als Hochschullehrer und als Akademiemitglied als auch seine Erkenntnisse auf dem Gebiet der politischen Ökonomie, besonders der Warenproduktion und der Werttheorie, der Geschichte der politischen Ökonomie und der Arbeitsproduktivitätsmessung mit Hilfe der Zeitsummenmethode. Ferner wurden auch die Behrensschen Visionen von einer sozialistischen Gesellschaft behandelt und mit eigenen Überlegungen der Red-

ner verbunden, so wurde über die gesellschaftliche Regulierung der Wirtschaft, über den demokratischen Sozialismus und die politische Utopie von Behrens gesprochen.

Für das Gelingen des Kolloquiums waren die vor seinem Beginn verteilten »Notizen zu einer Gesellschaftsbiographie des Fritz Behrens (1909–1980)« von besonderer Bedeutung, die Prof. Dr. Helmut Steiner verfaßt hat und in denen ein guter Überblick über das Leben von Fritz Behrens, sein Werk und Wirken, gegeben wird.

1999 ist der Protokollband mit den Beiträgen des vierten Walter-Markov-Kolloquiums erschienen, herausgegeben von Eva Müller, Manfred Neuhäus und Joachim Tesch, Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen. Der Protokollband hat den Titel: »Ich habe einige Dogmen angestastet ...« – eine Aussage von Fritz Behrens über sich selbst, die sein Werk recht treffend kennzeichnet.

Hans Thalmann war der zweite Ökonom, zu dessen Werk und Wirken ein Kolloquium durchgeführt wurde.

Seine wissenschaftliche Entwicklung weist Ähnlichkeiten mit der von Fritz Behrens auf. 1906 geboren, wuchs er in einer Arbeiterfamilie auf, besuchte die Volksschule und schloß eine Lehre als Mechaniker ab. Danach besuchte er die Akademie für Arbeit in Frankfurt am Main und bestand 1929 die Begabtenprüfung für das Hochschulstudium; 1929 bis 1932 studierte er Volkswirtschaft, teilweise zur selben Zeit wie Fritz Behrens (1931–1935). Seine Dissertation, 1932 abgeschlossen, konnte jedoch infolge des Machtantrittes der Nazis damals nicht verteidigt werden, sondern erst im Sommer 1947, wobei Behrens einer seiner Gutachter war.

Von 1934 bis 1945 arbeitete Thalmann als Wirtschafts- und Steuerprüfer, teilweise (1940 bis 1944) als Kriegsdienstverpflichteter im Wirtschaftsrüstungsamt. In dieser Zeit begann auch die persönliche Freundschaft zwischen Hans Thalmann und Fritz Behrens, die bis zum Tode von Hans Thalmann 1961 anhielt.

In der kurzen Zeit des wissenschaftlichen und politischen Wirkens von Hans Thalmann – er wurde nur 55 Jahre alt infolge eines Autounfalls und war nur 14 Jahre nach dem Krieg an der Universität als Hochschullehrer tätig – leistete er Bedeutendes.

Bleibende Verdienste erwarb sich Hans Thalmann, wie Rolf Emmrich in seinen biographischen Skizzen hervorhob, auf drei Gebieten.

Erstens gelang es ihm, eine umfassende wissenschaftliche Arbeit auf dem Gebiet der Arbeits- und Sozialwis-

senschaft zu organisieren, wobei Nachwuchswissenschaftler und Studenten herangezogen wurden. Diese Gemeinschaftsarbeit gipfelte in der Herausgabe der Schriftenreihe »Fragen der Arbeitsökonomie« mit 19 Heften zwischen 1954 und 1961. Ende 1962 erschien das erste Lehrbuch »Ökonomik der Arbeit in der DDR«, das Thalmann zwar nicht mehr erlebte, das aber auf den von ihm initiierten Forschungsergebnissen beruhte.

Zweitens entwickelte und erprobte Hans Thalmann neue Formen einer eng mit der Praxis verbundenen Ausbildung von Studenten und Nachwuchskadern.

Drittens verstand es Hans Thalmann, regelmäßig wissenschaftliche Konferenzen mit internationaler Beteiligung zu organisieren. Damit förderte er schon frühzeitig den internationalen Meinungs- und Erfahrungsaustausch unter Wissenschaftlern, Praktikern und Studenten. Die Konflikte, die Fritz Behrens mit vorherrschenden ökonomischen Auffassungen hatte, mied Hans Thalmann weitgehend, obwohl auch er nicht allem zustimmte.

Hans Thalmann wurde zu einem Wegbereiter und frühen Repräsentanten der Arbeitsökonomie, der Arbeits- und Sozialwissenschaften in der DDR. Deshalb wurde ein Kolloquium zu seinem Werk und Wirken im Oktober 1997 durchgeführt.

17 Wissenschaftler, auch viele seiner Schüler, traten auf diesem Kolloquium auf. Es wurden aktuelle arbeitsökonomische Probleme behandelt, unter anderem das Problem der sozialen Sicherheit, der Arbeitsproduktivität und der Arbeitseinkommen, sowohl unter Bedingungen der DDR als auch in der gegenwärtigen BRD.

Prof. Dr. Rolf Emmrich hat entscheidend zum Gelingen dieses Kolloquiums beigetragen. Er hat nicht nur einen »Biographischen und wissenschaftlichen Werdegang« von Hans Thalmann verfaßt, er hat auch als langjähriger Mitarbeiter, als Assistent, Dozent und Professor am Institut für Arbeitsökonomie (von Oktober 1951 bis September 1990) seine früheren Kollegen für die aktive Teilnahme am Kolloquium gewonnen.

Der Protokollband zu diesem Kolloquium ist weitgehend fertiggestellt und wird voraussichtlich Anfang nächsten Jahres erscheinen.

Felix Burkhardt war der dritte Ökonom, genauer: Statistiker, der sich ökonomischen Problemen zuwandte – zu dessen Werk und Wirken wir ein Kolloquium durchführten.

1888 geboren, verlebte Felix Burkhardt seine Jugend-

jahre in einer Oberlausitzer Bauernfamilie und legte am Realgymnasium Zittau die Reifeprüfung ab. Er studierte Mathematik, Statistik, Naturwissenschaften und Wirtschaftswissenschaften in Jena, Dresden und vor allem in Leipzig. 1916 promovierte er mit einer mathematischen, 1923 mit einer statistischen Dissertation, 1923 habilitierte er sich für Mathematik und Statistik in Dresden. 1930 wurde Felix Burkhardt als Professor für Statistik an die Universität Leipzig berufen, wo er, mit mehrjähriger Unterbrechung nach dem Krieg, bis zu seiner Emeritierung 1969 wirkte. Neben seiner damaligen Lehrtätigkeit an der Leipziger Universität war er bis 1938 Leiter der bevölkerungsstatistischen Abteilung im Sächsischen Statistischen Landesamt. In dieser Funktion leitete er zwei Volks-, Berufs- und Betriebszählungen, die er in größeren amtlichen Publikationen wissenschaftlich auswertete.

Von 1952 bis 1969 hat Felix Burkhardt als Direktor des Instituts für Mathematische Statistik an der Karl-Marx-Universität Leipzig große Verdienste bei der Ausbildung von Studenten der Fachrichtung Wirtschaftsmathematik erworben. Ferner hat er viele Jahre (1950 bis 1965) an der Humboldt-Universität in Berlin als Lehrbeauftragter die statistische Ausbildung der Studenten der Wirtschaftswissenschaften durchgeführt.

Felix Burkhardt war sowohl ein hervorragender Hochschullehrer als auch ein Wissenschaftler von internationalem Format. Die Thematik seiner wissenschaftlichen Forschungen war sehr breit, wie Prof. Dr. Carl Otto in seinen biographischen Skizzen hervorhebt.

Sie umfaßte die gesamte Statistik, die Demographie, die Demometrie, die Biometrie, die mathematische Statistik, die Wirtschaftsmathematik und die Anwendung der Mathematik, der Kybernetik und der EDV in der Ökonomie. 250 Publikationen zeugen davon.

Die Forschungsergebnisse von Felix Burkhardt prägen die statistische Wissenschaft der DDR und brachten ihr internationales Ansehen, was auf den zahlreichen internationalen Kongressen sichtbar wurde, auf denen Felix Burkhardt mit Beiträgen auftrat, so z.B. 1953 in Rom, 1955 in Rio de Janeiro, 1958 in Brüssel, 1959 in Wien, 1961 in Paris, 1963 in Ottawa, 1965 in Belgrad, 1967 in Warschau, 1968 in Budapest, 1971 in Washington, um nur einige der knapp 20 internationalen Kongresse zu nennen, auf denen Felix Burkhardt aktiv war.

Felix Burkhardt erhielt von der Regierung der DDR hohe Auszeichnungen (Vaterländischer Verdienstorden

in Silber 1958, Banner der Arbeit 1968). Er wurde Ehrendoktor der Leipziger Universität (1963 und 1967), der Staatlichen Lomonossow-Universität Moskau (1970) und der Humboldt-Universität zu Berlin (1968).

Im Unterschied zu Fritz Behrens und Hans Thalheim war Felix Burkhardt politisch sehr zurückhaltend. Er nahm die politischen Verhältnisse, so wie sie waren, an, ohne sie verändern zu wollen. Während der Nazizeit war er einer der über 6,5 Millionen Deutschen, die Mitglieder der NSDAP waren. In der DDR war er als gläubiger Christ Mitglied der CDU, ohne sich darin besonders zu engagieren.

Felix Burkhardt war Wissenschaftler, mehr Naturwissenschaftler als Gesellschaftswissenschaftler, seine Ausstrahlung und seine politische Wirkung auf die Studenten und die Mitarbeiter war eher eine indirekte. Sein umfangreiches Wissen, seine Fähigkeit, komplizierte Zusammenhänge anschaulich und verständlich darzulegen, seine Erfolge auf internationalen Konferenzen, auf denen er immer wieder mit neuen Forschungsergebnissen auftrat, faszinierten, hatten Vorbildwirkung und stimulierten zur Nachahmung. Seine menschliche Wärme und Hilfsbereitschaft machten ihn sehr beliebt. Nicht zufällig waren unter seinen Schülern viele politisch sehr engagierte Wissenschaftler, die auch in wichtigen Führungspositionen tätig waren.

85-Jährig starb Felix Burkhardt 1973 in Leipzig.

Im Kolloquium, das dem Werk und Wirken von Felix Burkhardt gewidmet war, traten zehn Wissenschaftler auf, die sowohl seine Leistungen als Hochschullehrer und Forscher würdigten, als auch sich zu mathematisch-statistischen Themen äußerten.

Zum Erfolg dieses Kolloquiums haben besonders seine Witwe, Frau Prof. Dr. Lucie Burkhardt-Osadnik, und sein Schüler, Prof. Dr. Carl Otto, beigetragen, die Teilnehmer und Diskussionsredner gewannen und Informationen zum wissenschaftlichen Leben von Felix Burkhardt lieferten. Die biographische Skizze von Carl Otto über das Wirken von Felix Burkhardt war für das Gelingen dieses Kolloquiums wesentlich.

Das Wirken dieser drei Hochschullehrer, Fritz Behrens, Hans Thalmann und Felix Burkhardt, bestätigen die These von Thomas Kuczynski: »Leipzig – ein Stern in der Geschichte der deutschen Nachkriegsuniversitäten« – trotz aller Widersprüche, Konflikte und wissenschaftlicher Beschränkungen, die es auch und gerade in den Nachkriegsjahren, in der »Aufbruchzeit«, gab.

WERNER BERTHOLD

Begegnung mit Wieland Herzfelde 1950/51 – Erinnerungen anlässlich seines 100. Geburtstages

Im Franz-Mehring-Institut der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät in Leipzig war ich seit September 1950 mit Wieland Herzfelde in einer Parteiorganisation, der auch Ernst Engelberg angehörte. Da ich auf Vorschlag von Robert Schulz schon im 2. Semester Lehrbeauftragter und Hilfsassistent wurde, kam ich auch mit Herzfelde öfter zusammen. In einer Diskussion über moderne Malerei äußerte ich mich zunächst relativ knapp. Daraufhin sagte Herzfelde, gib zu, daß Du keine Ahnung hast. Dadurch sah ich mich herausgefordert, ausführlich zu demonstrieren, daß er Unrecht hatte. Ein Mitsudent namens König meinte dazu, man hätte den Eindruck gewinnen können, daß ich der Professor gewesen sei. Das war als Kritik an mir gedacht. Ich galt außerhalb meiner Partei- und Seminargruppe nicht wenigen als überheblich. Herzfelde korrigierte sich aber und brachte seine Anerkennung zum Ausdruck.

Wir kamen dann wiederholt ins Gespräch. Ich informierte ihn auch über meine Verbindung zu dem Komponisten Joachim Kötschau und seinem antinazistischen Kreis in den Jahren von 1938–1941. Herzfelde wußte von Kötschau und kritisierte mich dafür, daß es mir nicht gelungen sei, diesen nach meiner Rückkehr aus Gefangenschaft im August 1946 für unsere Sache zu gewinnen. In der Kreisabendschule für Funktionäre der SED, an der ich teilnahm, wurde aber ein Vortrag von Herzfelde (ich glaube, es ging um ein politisch-geographisches Thema) sehr negativ bewertet. Der damals sehr einflußreiche Funktionär Helmut Häußler erklärte sogar, dieser Vortrag eines Wissenschaftlers sei am unwissenschaftlichsten gewesen.

Es war die Manier, in der jüngere Funktionäre, deren HJ-Mentalität immer wieder durchschlug bzw. eine Konstante ihres politischen Agierens auch in der SED geworden war, marxistischen Wissenschaftlern begegneten.

Auch Ernst Engelberg war ihr besonders im Zusammenhang mit einem Versuch ausgesetzt, in seiner Vorlesung über die Geschichte der Arbeiterbewegung die Maschinenstürmerei in Beziehung zu den damaligen

Buntmetalldiebstählen zu erörtern. Das erfolgte unter den Aspekten eines unentwickelten bzw. verschütteten Klassenbewußtseins. Auf unwürdige Weise wurde er in einer folgenden Vorlesung zu einer kontrollierten Selbstkritik gezwungen.

In Vorbereitung der Parteiüberprüfung von 1951 hatten wir in einer Sitzung (ich glaube, es war eine Zusammenkunft von Lehrkräften mit Funktionären oder eine Art Aktiv) die Aufgabe, die Professoren einzuschätzen. Besonders Hans Beyer, der schon damals als Parteisekretär eine große Rolle spielte, bewertete Herzfelde sehr positiv. So hob er hervor, daß sich Herzfelde bei ihm immer persönlich entschuldige, wenn er an einer Veranstaltung nicht teilnehmen könne. Das galt ihm als Beleg für dessen Parteiverbundenheit. Ernst Engelberg erhielt dagegen schlechte Noten. Da ich angesichts meiner politischen Tätigkeit in französischer Gefangenschaft, »unklarer Beziehungen« zu meinem Bruder in der BRD, des Stigmas der »Überheblichkeit« und mangelnder Parteiverbundenheit offenbar schon im Visier war, besaß meine Meinung über Ernst Engelberg, mit dem ich in die Leitung einer SED-Abteilungsorganisation gewählt worden war, kein Gewicht.

Das Ergebnis war aber nahezu umgekehrt. Herzfelde wurde gestrichen. Engelberg wurde aber Direktor des neugegründeten »Instituts für Geschichte des deutschen Volkes« an der Philosophischen Fakultät – wenn auch erst nach Überwindung beträchtlicher Schwierigkeiten, worüber ich schon damals durch Robert Schulz informiert wurde. Nach meiner Überprüfung, die ebenfalls mit einer Streichung endete, unterstützte mich Herzfelde moralisch – bevor dieses Ergebnis und seine eigene Streichung bekannt geworden waren.

Vor der Überprüfung hatte er mir einmal erklärt, die Partei sei eine Armee, und in einer Armee gebe es auch mal einen Anschuß. Damit wollte er offenbar seinen eigenen und meinen Problemen begegnen. In einer Parteiversammlung in Vorbereitung der Überprüfung erläuterte er den Unterschied zwischen einer solchen Maßnahme und einer »Tschistka«, einer Parteireinigung, in

der jeder jeden beschuldigen könne. Das war offensichtlich mit der Überzeugung oder Hoffnung verbunden, daß es 1951 in der SED rational und gerecht zugehen werde.

Keinen Beifall fand jedoch seine wiederholt geäußerte Erklärung, die Frage nach seiner sozialen Herkunft beantworte er mit »Waisenkind«. Nach der Bekanntgabe seiner und meiner Streichung traf ich ihn am Wilhelm-Leuschner-Platz. Als ich wie bisher auf ihn zugehen und begrüßen wollte, winkte er mit der Begründung ab, er sei in großer Eile. Das war meine letzte Begegnung mit Wieland Herzfelde.

Meine Enttäuschung über diese Verweigerung verwandelte sich bald in Mitleid und Empörung gegenüber seiner Streichung. Er war seit 1918 Mitglied der KPD und damals 55 Jahre alt. Ich zählte dagegen nur 27 Jahre und gehörte der SED erst seit 1948 an. Nach dem 28. Plenum des ZK der SED, das vom 27.–29. 7.1956 tagte und seinen fehlerhaften und diskriminierenden Beschluß vom 24. 8. 1950 im wesentlichen aufhob, wurde auch die Streichung von Wieland Herzfelde aufgehoben.

In »Auswertung« der Prozesse gegen L. Rajk und T. Kostoff war mit jenem Beschluß eine Verfolgung der deutschen Kommunisten entfacht worden, die sich in westlicher Emigration, besonders in den USA, befunden hatten. Dazu zählte Herzfelde. Doch anläßlich der Niederwerfung des ungarischen Aufstands Anfang November 1956 brachte der Leipziger Bezirkssekretär Paul Fröhlich mit einer scharfen Verurteilung der kritischen Haltung, die er dazu auch bei Herzfelde registrierte, zugleich seinen Zweifel darüber zum Ausdruck, ob dessen Rehabilitierung rechtens gewesen sei. Auch die »Leipziger Volkszeitung« berichtete darüber.

Daß Fröhlich als Feldwebel in der Wehrmacht dem Faschismus dienstbar geworden war, während Wieland Herzfelde den Kampf gegen den Faschismus führte, gehörte ebenso zu den grotesken Widersprüchen und Deformationen, die in der DDR und selbst in der SED wirksam waren, wie die Feldwebelmanieren, mit denen Fröhlich seine Funktion ausüben konnte.

HELMUT WARMBIER

Persönliche Erinnerungen an Josef Schleifstein

Mit Josef Schleifstein erinnern wir an einen Lehrer und Parteifunktionär der fünfziger Jahre, der uns, die wir seine Schüler und Mitarbeiter gewesen sind, unvergessen bleibt. Gesellschaftswissenschaftliche Forschung, politische Programmatik und praktische Parteiarbeit gehörten für ihn zusammen, so wie er es bei seinem Vorbild W. I. Lenin in idealer Einheit verkörpert sah.

Das vertrauliche »Jupp« begleitete ihn von Köln her, es wurde auch hier im Verkehr unter Genossen üblich, ohne im mindesten seiner Autorität Abbruch zu tun. Die große Zuneigung, die Josef Schleifstein bei allen seinen Kollegen und Studenten genoß, erklärt sich zum einen aus den Erfahrungen und dem Urteilsvermögen des Widerstandskämpfers, die in jedem Satz seines gemessenen, klaren Vortrages spürbar waren. Dazu kamen sein kameradschaftlicher Umgang mit allen politisch Gleichgesinnten, seine Bescheidenheit, die Fähigkeit des Zuhörens und der freundlichen Ratgebung, sein völliger Verzicht auf brüske Zurechtweisung; eher hat er uns vor unbilliger Kritik in Schutz genommen. Ich war bei Josef Schleifstein Hilfsassistent, später Assistent, und da ich gelegentlich auch in der familiären Wohnung verkehrte, mit Jupp musizierte und Tischtennis spielte, wurde er für mich zu einer fast väterlichen Bezugsperson. Besonders sein politisches Einfühlungsvermögen und sein hoher Begriff von sozialistischer Demokratie haben mich nachhaltig beeinflusst.

BIOGRAPHISCHE ANHALTSPUNKTE

Josef Schleifstein wurde am 15. März 1915 während eines Verwandtenbesuchs der Mutter in Lodz geboren. Die Eltern waren jüdisch-polnischer Herkunft ohne religiöse Bindung. Der Vater war Lehrer und Sozialist, emigrierte in die Schweiz, dann nach Deutschland. Seit 1915 war die Familie in Leipzig ansässig, der Vater fand wieder eine Anstellung als Lehrer; er starb 1951. Die Mutter betrieb einen kleinen Kurzwarenladen. Beide Eltern sympathisierten mit der KPD; die Mutter trat 1928 in die Partei ein. Sie war eine sehr mutige Frau; in der Nazi-

zeit stellte sie – obwohl selbst als Jüdin gefährdet – ihre Wohnung bis 1938 für die illegale Arbeit der KPD zur Verfügung, u. a. für die thüringische Bezirksleitung. Josef hatte noch einen älteren Bruder Max. – Nach der Volksschule besuchte er ein Realgymnasium.

Die Eltern legten Wert auf die musische Ausbildung ihrer Kinder. Der angehende Pianist Josef Schleifstein machte schon als Sechsjähriger von sich reden. Im Gemeindeblatt der israelischen Religionsgemeinde zu Leipzig vom 25. 5. 1928 fand er als Klavierschüler des Professors Siegfried Weinberger Erwähnung. Mit 16 Jahren half er als Korrepetitor an der Leipziger Oper aus, und der Siebzehnjährige entschied sich für das Musikstudium, das er 1933 an der Musikhochschule Leipzig aufnahm. Die rauhe Wirklichkeit der Nazidiktatur setzte diesem Bildungsweg Josef Schleifsteins ein jähes Ende, und der Kampf gegen den Hitlerfaschismus bestimmte seinen von nun an politisch dominierten Lebenslauf.

Josef Schleifstein war gegen Ende der Weimarer Republik Mitglied des KJVD geworden und hatte in Kultur- und Agitpropgruppen mitgearbeitet. 1932 war er in die KPD eingetreten, ab März 1933 als illegaler Kurier und Mitarbeiter der Bezirksleitung Westsachsens der KPD tätig gewesen. Bei der Übergabe eines Flugblattmanuskripts fiel er am 1. November 1933 in die Hände der Gestapo. Vor Gericht gestellt, wurde er im Juni 1934 wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu einem Jahr und zehn Monaten Zuchthaus verurteilt und in die Jugendabteilung des Zuchthauses Waldheim überführt. Der Entlassung aus dem Strafvollzug folgte Ende 1935 seine Ausweisung als Staatenloser nach Polen – ohne Papiere, ohne Unterhaltsmittel. Mit Unterstützung von Genossen gelang es ihm, das autoritär regierte Polen illegal von Nord nach Süd zu durchqueren und – nach kurzfristigem Aufenthalt bei Verwandten – noch im Dezember 1935 in die ČSR zu gelangen. In Prag schloss sich Josef Schleifstein der deutschen politischen Emigration an, betätigte sich als Kurier des ZK der KPD, wurde als »Kominternagent« verhaftet und zeitweise nach Südmähren verbannt. Seinen Lebensunterhalt bestritt er mit

Stundengeben. Die Jahre der ČSR-Emigration waren für ihn auch wichtige Jahre der philosophischen und historischen Selbstbildung. Im März 1939 befahl Hitler die Besetzung der Tschechoslowakei, und nur vier Tage vor dem Einmarsch seiner Truppen in Prag entkam Josef Schleifstein im Rahmen einer dramatischen Rettungsaktion britischer Organisationen mit dem letzten offiziellen KLM-Flug nach London. Damit begann für ihn ein 7½-jähriges Exil in England. Hier heiratete Josef Schleifstein die Kölner Emigrantin Trude Löwenstein; 1943 wurde Tochter Mary geboren. Jupp stellte sich den kommunistischen Flüchtlings- und Jugendorganisationen zur Verfügung, wurde Stellvertretender Vorsitzender der Freien Deutschen Jugend, stieg 1941 in die Parteiarbeit ein und wurde Mitglied der Parteileitung in der KPD-Emigrantengruppe.

Nach dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges arbeitete Josef Schleifstein zuerst als E-Schweißer und nach entsprechender Ausbildung als Kontrolleur in einem Flugzeugmotorenwerk. Er nahm Verbindung zur britischen Arbeiterbewegung auf. Seine Betriebskollegen wählten ihn zu ihrem shop steward.

Nach Kriegsende wurde es zur Gewissheit, dass die Mutter Josef Schleifsteins, sein Bruder Max und alle früher in Polen ansässig gewesenen Verwandten in Vernichtungslagern der deutschen Faschisten ermordet worden waren. Ende Oktober 1946 kehrte die Familie nach Deutschland zurück und wählte Köln als ihren Wohnsitz.

Josef Schleifstein wurde stellvertretender Chefredakteur der KPD-Bezirkszeitung »Volksstimme«. Im November/Dezember 1947 nahm er als Journalist an der Außenministerkonferenz in London teil und lieferte Berichte und Kommentare für die kommunistische Presse. Im Juni 1948 übernahm er die Leitung der Presse- und Schulungsabteilung der KPD in Frankfurt am Main; im NWDR führte er Streitgespräche mit Kurt Schumacher und Ludwig Ehrhard. Jupp wurde Mitglied des Parteivorstandes der KPD und war Redakteur der kommunistischen Theoriezeitschrift »Wissen und Tat«.

Ende 1949 stimmte der Parteivorstand der Verurteilung des »Titoismus« in Jugoslawien durch das Kominformbüro zu und fasste einen Beschluss zur Überprüfung aller Parteimitglieder, die Westemigranten oder Kriegsgefangene der westlichen Alliierten gewesen waren. Jupp wurde noch Sekretär des Parteivorstandes, aber auf dem Münchener Parteitag im März 1951 attack-

ierte man ihn heftig wegen ungenügender Bekämpfung des »Titoismus«. Gleich darauf wurde er von allen Funktionen in der KPD entbunden und wegen »Westemigration« veranlasst, in die DDR zu ziehen. Frau und Kind schleuste man bei Nacht und Nebel über die grüne Grenze. – So wie Josef Schleifstein erging es fast allen Funktionären der KPD, die aus der westlichen Emigration in das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland zurückgekehrt waren, u. a. Kurt Müller, Fritz Sperling, Erich Jungmann, Alfred Drögemöller, Ewald Kaiser. In einigen Fällen wurden KPD-Funktionäre in der DDR unter falschen Beschuldigungen verhaftet. (An der Leipziger Karl-Marx-Universität führte die gleiche stalinistische Säuberungskampagne 1951 zum Parteiausschluss Walter Markovs unter der Beschuldigung des »Titoismus«.) Vom Sommer bis November 1951 lehrte Josef Schleifstein an der Landesparteihschule Sachsen-Anhalt in Ballenstedt und hielt Gastvorlesungen an der Universität Halle. Ende Dezember 1951 wurde er nach Leipzig als Direktor des Franz-Mehring-Instituts berufen.

LEHRER UND WISSENSCHAFTLER

Als Josef Schleifstein zu uns nach Leipzig kam, war er 36 Jahre alt. Er setzte uns sogleich durch den Umfang seines angelesenen Wissens in Erstaunen: Marx, Engels, Lenin sowieso, Rosa Luxemburg und Franz Mehring und alles, was in der linkssozialistischen Bewegung Rang und Namen hatte, darüber hinaus die Diskussionen über das Verhältnis von Naturwissenschaft und Marxismus, die Publikationen der Komintern, zeitgenössische Belletristik; für sein literaturgeschichtliches und ästhetisches Urteilsvermögen liefert seine Dissertation (Abschnitt III, Seite 114ff.) eindrucksvolle Beispiele. Aus diesem Fundus heraus wusste er überzeugend zu argumentieren, hellte er historische Hintergründe auf, demonstrierte er mit Gleichnissen. Aber er erschlug uns nicht mit Zitaten. Sein Grundsatz lautete: Die Wahrheit ist historisch-konkret. Eine gegebene Situation sollte von uns in allen wesentlichen, vom historischen Materialismus bezeichneten Komponenten erfasst werden. Und bei den revolutionären Marxisten der Vergangenheit war zu erlernen, wie sie mit so einer gegebenen historischen Situation umgingen, wie sie sie analysierten, aus ihr Schlussfolgerungen für die Programmatik und die Tagespolitik der Partei ableiteten.

Josef Schleifstein hat später am Institut für marxistische Studien und Forschungen (IMSF) in Frankfurt am Main die Herausgabe von Lehrbriefen für junge Leute veranlasst und selbst eine »Einführung in das Studium von Marx, Engels und Lenin« verfasst, die 1972 bei Beck in München erschien und mehrere Auflagen erreichte. Robert Steigerwald bezeichnete diese Arbeit als eines der besten Bücher zur Einführung in das marxistische Gedankengut.

Nach Leipzig war Josef Schleifstein ohne Koffer voller Manuskripte gekommen, ohne eine akademische Laufbahn mit den entsprechenden Titeln, d.h. Josef Schleifstein war Autodidakt. Von seiner Verhaftung durch die Gestapo im Dezember 1933 an war er in seiner Wissensaneignung ganz auf sich selbst gestellt gewesen, hatte dazu allerdings jede sich bietende Gelegenheit genutzt: Im Zuchthaus Waldheim setzte er sich mit der nazistischen Rassentheorie auseinander; das Ergebnis schrieb er später in Prag nieder, aber bei der überstürzten Flucht im März 1939 ging das Manuskript verloren. Wann immer es ihm die Tätigkeit als Kurier für das ZK und der Klavierunterricht für das liebe Brot erlaubten, erweiterte er in der Prager Universitätsbibliothek und in den Bildungsgruppen der Emigration seine Kenntnisse in Geschichte und Philosophie. Im englischen Exil studierte er die Bücher berühmter Naturwissenschaftler, die in den dreißiger Jahren den Marxismus für sich entdeckt hatten und sich mit den Verhältnissen von Naturwissenschaft, Philosophie, Wissenschaftstheorie und Gesellschaft befassten.

Josef Schleifstein selbst hat seine außer- oder überdisziplinäre Selbstbildung nicht nur als Nachteil empfunden. 1987 bemerkte er hierzu: »Eine Stärke unserer Generation, die den Marxismus autodidaktisch in der Bewegung studiert hat, ist vielleicht, dass wir ein universalistisches Marxismus-Studium getrieben haben, dass wir den Marxismus nicht auf einem Spezialgebiet studiert haben, sondern so weit wie möglich allseitig. Und insofern beginnt meine Arbeit am Marxismus keineswegs erst 1951.« Ohne Zweifel ist dieses universalistische Marxismus-Studium Josef Schleifstein insbesondere ab 1968 als Leiter des IMSF in Frankfurt zugute gekommen.

Dennoch war er sich seiner wissenschaftlichen Defizite bewusst. Es war schon sein sehnlicher Wunsch,

einmal in Ruhe und kontinuierlich gesellschaftswissenschaftlicher Arbeit nachgehen zu können. In Erwartung einer solchen Möglichkeit war er 1951 nach Leipzig gekommen. Gestresst von Vorlesung zu Vorlesung, von Sitzungen und Versammlungen, gestand er mir einmal: »Weißt du, was ich gerne möchte? Ich möchte Assistent bei Bloch sein.« Im März 1958 gelangte er tatsächlich für 1½ Jahre an das Institut für Philosophie, aber nicht als Blochs Assistent, sondern als dessen Nachfolger.

Zu intensiver wissenschaftlicher Arbeit kam Josef Schleifstein eigentlich erst nach seiner Ablösung von allen leitenden Funktionen im Herbst 1953. Er widmete sich der reichen Hinterlassenschaft Franz Mehrings, zu welcher Arbeit er sich einmal durch die Pflicht gedrängt fühlte, den vernachlässigten Historiker und Theoretiker der deutschen Sozialdemokratie einem breiten Publikum nahe zu bringen. Zum anderen wurde er bei Mehring auch durch etwas ihm durchaus Verwandtes angezogen, es war – wie sein Doktorvater Ernst Engelberg befand – die für Mehring charakteristische Verbindung von historischem Denken, musischem Gefühl und politischem Eingreifen. Am 15. November 1956 promovierte Josef Schleifstein mit einer Arbeit über das marxistische Schaffen Franz Mehrings, die 1959 bei Rütten und Loening als Buch erschien. »Wenn ich heute in das Buch hineinschaue [...]«, urteilte er 1987, »dann bin ich immer noch nicht traurig darüber, obwohl ich natürlich viele Dinge für überholt, für unzureichend, auch für eng halte, die ich damals geschrieben habe. Aber es kann sich, glaube ich, noch halten – im großen und ganzen.«¹ In der Folgezeit machte sich Josef Schleifstein noch verdient als Mitherausgeber der gesammelten Werke Franz Mehrings in 15 Bänden.

DER KOMMUNISTISCHE PARTEIFUNKTIONÄR

Die schmerzlichen Erfahrungen seines Lebens hatten Josef Schleifstein zu der Überzeugung geführt, dass nur eine politische Kampforganisation kommunistischen Typs den Schrecken imperialistischer Kriege und faschistischen Terrors Einhalt gebieten könnte. Die Kommunistische Partei wurde für den Verfemten und Verfolgten zur politischen und geistigen Heimat, und er erfüllte diszipliniert alle Aufgaben, die ihm als Genossen übertragen wurden, ohne je für sich eine Ausnahmestellung zu

¹ *Josef Schleifstein: Der Intellektuelle in der Partei. Gespräche. Marburg an der Lahn. 1987. S. 106.*

beanspruchen. Ob es sich um die Auswertung eines Parteitages der KPdSU im Haus Auensee handelte, um die Hausversammlung in der Cichoriusstraße 22 oder um die Teilnahme an der Kampfdemonstration der GST zum 1. Mai mit Windjacke und KK-Flinte – Jupp hat das alles mitgemacht. Ich weiß, dass er in dieser Zeit lieber wissenschaftlich gearbeitet hätte, aber über persönliche Befindlichkeiten äußerte er sich höchst selten und auch dann nur andeutungsweise, und überhaupt nicht, wo er ein höheres Interesse der Partei berührt sah. Wenn uns Jüngeren die revolutionären Pferde durchzugehen drohten, erinnerte er uns mit Lenin daran, dass ein Kommunist bestrebt sein müsse, in seinem Handeln die Leidenschaft des russischen Revolutionärs mit der Nüchternheit des amerikanischen Geschäftsmannes zu verbinden. Seine persönliche Zurücknahme und Verschwiegenheit mochten wohl zu tun haben mit der früheren Illegalität, wahrscheinlich aber auch mit der Vorsicht vor böswilligen Anschuldigungen in der Stalinära.

Noch als er ein Jahr vor seinem Tode nach vergeblichen Versuchen der Vermittlung zwischen zerstrittenen Flügeln der DKP in die PDS übertrat, kommentierte er das einem Mitarbeiter des IMSF gegenüber mit den Worten: »Ich wollte nicht ohne Partei sein.« Zu diesem späteren Zeitpunkt war er allerdings schon zu der Überzeugung gelangt, dass das alte kommunistische Parteimodell, überhaupt das Prinzip einer separaten Parteiorganisation nur des kommunistischen Teils der Arbeiterbewegung, ausgedient hatte. An der PDS schätzte er, dass sie den Bruch mit den stalinistischen Strukturen und Methoden tatsächlich vollzogen hatte. Er dachte an eine neue, zeitgemäße Organisationsform, die die bestehende und vergangene positiv aufheben würde. Über die breite sozialistische Parteiorganisation hinaus hoffte er zudem auf eine Sammlungsbewegung aller linkssozialistischen Kräfte.

In den fünfziger Jahren aber waren für Josef Schleifstein nicht nur die Kommunistische Partei, sondern auch die UdSSR und die DDR absolute Größen. Seine Zuneigung zur Sowjetunion wurzelte in einer tiefempfundenen Dankbarkeit für die Befreiung vom barbarischen Hitlerfaschismus. Ich konnte nicht verstehen, dass ein nüchterner Denker wie er sich erbauen konnte an der reichbebilderten Propagandaillustrierten »Sowjetunion«. Aber Jupp wollte und wollte ihn wahrhaben – den Traum

vom blühenden und unentwegt vorwärtsschreitenden Vaterland aller Werktätigen. Das sozialistische Welt-system war für ihn zuallererst der machtgewaltige Rückhalt für alle soziale und nationale Befreiungsbewegung in der Welt, der lebendige, praktische Beweis dafür, dass Sozialismus machbar war.

Natürlich war Jupp dennoch viel zu klarsichtig, als dass er die stalinistischen Verzerrungen und Deformationen nicht hätte wahrnehmen sollen. Wenn es in einem Nachruf heißt, »wir haben ihn nie zweifeln sehen«, so kann ich das so absolut nicht bestätigen. Nach seinen Eindrücken in der UdSSR befragt, sagte er u. a. nachdenklich zu mir: »Sie haben dort ihre jeunesse dorée.« Oder, nachdem auf einer Tagung des ZK mal wieder über die Köpfe der Bürger hinweg geredet und entschieden worden war, leicht resigniert: »Na ja, die objektiven Gesetze werden's schon machen.« Als ich ihn auf die Erfassung und öffentliche theoretische Erörterung neuer gesellschaftlicher Entwicklungsprozesse ansprach, antwortete er vielsagend: »Überall ja, aber nicht in Deutschland.« Der linke Radikalismus unter den deutschen Kommunisten hat ihm schwer zu schaffen gemacht.

Aber nie wäre es Jupp eingefallen, die Sowjetunion, die DDR, die SED öffentlich zu tadeln oder sich von ihnen gar zu distanzieren. Den Einmarsch der Truppen der Warschauer Paktstaaten in die ČSSR 1968 erlebte er schon in Frankfurt am Main als ungeheuren Rückschlag für die kommunistische Bewegung des Westens; und er stand diesem Vorgang sehr kritisch gegenüber. Aber in der Öffentlichkeit stellte er ganz die Sicherheitsinteressen des Warschauer Paktes an der Nahtstelle zur NATO in den Vordergrund. Martin Walser reagierte in seinem Buch »Die Gallistl'sche Krankheit« auf diese Haltung der DKP mit deutlicher Anspielung auf Josef Schleifstein: »Einerseits rührt es mich, wenn ich einem begegne, der sich lange treu verhielt zur Partei; andererseits bedauere ich, dass die Partei Treue so kleinmütig misst. Fast wie ein Besitzer die Treue zur Firma. Antisowjetismus käme mir auch blödsinnig vor, trotzdem glaube ich nicht, die Sowjetunion könne für uns denken. Wenn die Partei etwas Hiesiges wird, schafft sie's. Aber nicht, solange sie mit beiden Beinen im Ausland steht.«²

Wahrscheinlich waren viele Mitglieder der SED Ende der achtziger Jahre in ihrem Verhalten zur Partei- und Staatsführung der DDR ähnlich bestimmt wie Josef

2 Martin Walser: *Die Gallistl'sche Krankheit. Frankfurt am Main 1972. S. 107–109.*

Schleifstein. Sehen wir einmal ab von Rücksichtnahmen auf die eigene soziale Existenz, die ja auch immer mitspielten, so machten sie von Genosse zu Genosse oder auch in der Parteigruppe schon keinen Hehl mehr aus ihrer Besorgnis und ihrem Ärger, aber nach außen stützten sie in hergebrachter Weise eine potemkinsche Einheit und Geschlossenheit. Sie gönnten dem deutsch-nationalen Bürgertum nicht die Schadenfreude darüber, dass es mit dem Arbeiterstaat nichts geworden war, dass diesem Sozialismus die Arbeiter davonliefen, und dass es ohne Kapitalisten wohl doch nicht so recht und schon gar nicht besser gehen wollte.

LEIPZIGER JAHRE

1951 war das Jahr der Zweiten Hochschulreform in der DDR, die unter anderem für alle Fachrichtungen die Einführung des gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudiums vorsah. In seiner Trauerrede 1992 sagte Ernst Engelberg: »Jupp und ich, wir fanden uns in Leipzig nicht in Zeiten der Entspannung, sondern in denen größter Anspannung.« – »Stürmt die Festung Wissenschaft!« hieß die Devise. Die Gesellschaftswissenschaftliche Fakultät war geteilt worden in das Institut für Journalistik und in das Franz-Mehring-Institut (FMI), wobei letzterem die Aufgabe zufiel, die künftigen Lehrer für Marxismus-Leninismus auszubilden. Aber schon während unserer eigenen Ausbildungszeit wurden wir mit Lehraufgaben an den verschiedenen Fakultäten betraut, die älteren Jahrgänge als »Lesende«, die jüngeren als Hilfsassistenten. Gerade im dritten Semester verschlug es mich als Seminarleiter zu den Theologen, die es sich natürlich nicht nehmen ließen, meine bescheidenen Weisheiten auf ihre Art zu konterkarieren. So entdeckten sie durchaus verwandte Züge zwischen den »Revisionisten« der alten deutschen Sozialdemokratie und den »Schwärmern« der Kirchengeschichte oder zwischen den Opportunisten der II. Internationale und »unseren Unionsfreunden« um Otto Nuschke.

Nach bestandem Staatsexamen 1953 blieb ich als Assistent am FMI, hielt Seminare zu den Vorlesungen Josef Schleifsteins über die Geschichte der KPdSU und zu Standardwerken von Marx, Engels und Lenin. Aber bevor es an die Lehrtätigkeit ging, kam es zu den Streiks und Demonstrationen des 17. Juni 1953.

Josef Schleifstein hatte den realen politischen Alltag der DDR sehr genau beobachtet, und das Verhältnis der

Partei zu den Volksmassen bereitete ihm Sorge. Er ärgerte sich über die zunehmende Formalisierung politischer Bekenntnisse, auch über offenkundige Bestrebungen, die Bürger der DDR tunlichst total in politisch-organisatorische Strukturen zu zwingen. Wir sprachen darüber, als die Schulklasse seiner Tochter Mary geschlossen in den Pionierverband übernommen wurde. Deutlich und beziehungsreich und vorbei an allem Personenkult und Byzantinismus wies er immer wieder auf jene Prinzipien hin, auf denen Lenin die neue, die Sowjetdemokratie begründet sehen wollte: Den Massen die Wahrheit zumuten, auch die schmerzliche; von den Massen lernen, um die Massen zu lehren; das Ohr an den Massen haben; nie vergessen, dass der politische Lernprozess der überwiegenden Mehrheit der Bürger nicht aufgrund des Studiums von Büchern erfolgt, sondern anhand ihrer Alltagserfahrungen; nie außer Acht lassen, dass die Losungen der Partei mit diesen alltäglichen Erfahrungen des einfachen arbeitenden Volkes übereinstimmen müssen, wenn sie von ihm angenommen werden sollen, weil die werktätigen Menschen andernfalls der Partei keinen Glauben schenken könnten und recht damit täten. Wiederholt verwies Jupp auf die Warnung Lenins vor sektiererischer Enge und arrogantem Machtgehabe (Leo Trotzki's Daumenschrauben gegenüber den Gewerkschaften); andererseits auf Lenins Forderung, geduldig und vor allem praktisch zu überzeugen, Strukturen einer lebendigen, unmittelbaren Demokratie zu schaffen (Sowjets, Genossenschaften), schöpferische Kritik zu gewährleisten, auch und besonders von unten, und also demokratischen Zentralismus zu praktizieren.

Nach den Streiks und Demonstrationen am 17. Juni 1953 lagen die diesbezüglichen Defizite in der jungen DDR auf der Hand. Die Absolventen des FMI, soweit sie noch in Leipzig waren, gingen in die Betriebe. Wir diskutierten dort mit den Arbeitern, brachten unsere Eindrücke zurück an die Universität und berieten darüber mit Jupp, dem Mann unseres Vertrauens. Wir zogen mit unseren akuten Problemen auch in die Karl-Liebknecht-Straße, trafen die Mitarbeiter der Bezirksleitung aber in einem Zustand völliger Verängstigung und Hilflosigkeit an. Der starke Mann war, wie es hieß, in Berlin. Er tauchte erst wieder auf, als sowjetische Panzer die Situation bereinigt hatten, um dann ausgerechnet Jupp der Feigheit zu bezichtigen, der es fertiggebracht hatte, inmitten der turbulenten Straßenszenen eine gegen

Ulbricht gerichtete Losung mit seinem Taschentuch von der Straßenbahn zu wischen. Wir beklagten in der Bezirksleitung, dass die LVZ-Redaktion sich unfähig gezeigt hatte, der brisanten Situation in den Tagen vor dem Ausbruch der Streiks und Demonstrationen gerecht zu werden; stattdessen hatte das Bezirksorgan der SED den »Tag des Lehrers« und den »Tag des Eisenbahners« gefeiert. Kein Wort, das in Bezug gestanden hätte zu dem Unmut, der in den Volksmassen brodelte. Als die Genossen der Bezirksleitung dies mit der mangelnden Erfahrung der noch jungen Redakteure entschuldigten, verwiesen wir auf unsere Lehrer an der Universität, Behrens, Engelberg, Schleifstein und andere, die man doch hätte heranziehen können. Der Hinweis wurde auch akzeptiert, uns später aber angekreidet als Versuch, die führende Rolle der Arbeiterklasse durch die führende Rolle der Intelligenz zu ersetzen.

Am 19. Juni veranstaltete die SED-Kreisleitung Leipzig-Stadt unter Paul Fröhlichs Regie in der Kongresshalle eine Parteiaktivkonferenz. Einer nach dem anderen berichteten dort Parteisekretäre aus den Stadtbezirken über die erfolgreiche Abwehr der faschistischen Provokateure, über die Sicherung ihrer Objekte. Nur Ellen Weißpfennig (später Weber) fiel aus dem Rahmen und kritisierte diese Helden in Grund und Boden. Die Arbeiter hätten recht, solche Leute als Hohlköpfe zu bezeichnen. Nach Beendigung der Kundgebung gingen wir auf die Bühne, um Paul Fröhlich unsere Meinung über die fade Inszenierung mitzuteilen. »Wer seid Ihr? Studenten? Für Euch machen wir noch eine Extraveranstaltung.« Sprach's und ließ uns stehen. Anders Anton Ackermann, der uns geduldig anhörte und mit uns wie mit seinesgleichen sprach.

Zwei Tage darauf, am 21. Juni 1953, tauschten wir auf einer herzerfrischenden Aktivtagung der Universitätsparteiorganisation im Geschwister-Scholl-Haus unsere Erfahrungen aus den zurückliegenden Tagen aus, ohne Scheu, ohne Zurückhaltung. Jupp ergriff das Wort, analysierte, zog Schlussfolgerungen für die künftige massenpolitische Arbeit der Partei. In dem sehr unvollkommenen Protokoll der Tagung⁵ wird der Genosse Josef Schleifstein u. a. mit seiner Replik auf die Einschätzung der Vertreterin der Bezirksleitung Else Lübeck zitiert, die als Hauptursache für die bedrohliche Situation um

den 17. Juni die schönfärberische Berichterstattung von unten an das Zentralkomitee benannt hatte. »Man muss auch oben anfangen«, sagte Jupp, »das ist meine Überzeugung, auch in der Presse und in den Rundfunkstationen, die vom ZK direkt angeleitet werden ...« Die Hauptfrage der Agitation sei eine heilige Nüchternheit, die alles klar ausspreche. Bisher reagierten die Massen auf unsere Agitation so, als ob es sich ausschließlich um Phrasen handele; und Jupp zog dabei auch die jüngste Devise vom »Neuen Kurs« in Betracht. Außer den lokalen Nachrichten und dem Sport blieben unsere Zeitungen so gut wie ungelesen. »Wir behandeln die Massen wie kleine Kinder, denen man Märchen erzählen muß, und sie reagieren darauf wie kleine Kinder, d. h. sie kümmern sich nicht um die Ratschläge ihrer Lehrer.« Wir müssten in unserer Agitation ein derartiges Feingefühl an den Tag legen, dass wir uns bei jedem Wort, bei jeder Losung fragten, wie reagieren unsere Hörer darauf. Die Massen dürften in der gegebenen Situation nicht anders zu gewinnen sein als durch Handlungen, durch Taten. Dabei wandte sich Jupp durchaus dagegen, in der Diskussion nur über bisherige Fehler zu debattieren, und rief zur Geschlossenheit der Partei in der Aktion auf. Aber diese werde eben weitgehend davon abhängen, wie die Parteiorganisation örtlich, bezirklich usw. tatsächlich die Massen ins Vertrauen ziehe.

Wenn wir je zuversichtlich aus einer Versammlung gegangen sind, dann aus dieser, die getragen war von der Aufrichtigkeit aller anwesenden Genossen. Frohgemut gingen wir in die Semesterferien. Aber als wir daraus zurückkamen, brach es auf der Parteiaktivkonferenz vom 19. September 1953 wie ein Gewitter über uns herein: Wo es darauf angekommen wäre, die Faschisten aufs Haupt zu schlagen, hätten wir eine Fehlerdiskussion angezettelt und die Parteiorganisation desorientiert. Und obwohl wir von den Berliner Partei-interna keine Ahnung hatten, wurden wir der »Herrnstadt-Zaisser-Clique« zugeordnet. Im Zentrum der niederschmetternden Kritik der Bezirksleitung stand der Genosse Schleifstein. In einer schriftlichen Auswertung der Ereignisse um den 17. Juni 53 durch die Bezirksleitung wurde sein oben wiedergegebener Diskussionsbeitrag als der feindlichste beurteilt. »Die schädliche Wirkung dieses parteifeindlichen Diskussionsbeitrages des

Genossen Schleifstein wurde dadurch besonders erhöht, dass Genosse Schleifstein auf Grund seiner langen Parteierfahrung, durch seine Arbeit als Mitglied der Parteileitung und als Direktor des Franz-Mehring-Institutes bei den Genossen der Parteiorganisation der Universität ein hohes Ansehen hatte.⁴

Man unterstellte Jupp, die Kraft der deutschen Arbeiterklasse zu unterschätzen und deshalb zu keiner klaren Einschätzung der faschistischen Provokation vom 17. Juni gelangen zu können. Dass er sich nicht schon früher mit seinen Zweifeln an der Agitationsarbeit der Partei offenbart hatte, wurde ihm als Unehrllichkeit und Feigheit angelastet. Die Wurzeln seines parteifeindlichen Verhaltens ortete man »in der kleinbürgerlichen Herkunft und vorwiegend intellektuellen Entwicklung des Genossen Schleifstein.«⁵ Vor dem Sekretariat der SED-Bezirksleitung versuchte Josef Schleifstein seine besonders tiefe Enttäuschung über die Demonstranten des 17. Juni zu erklären. (Von dieser Sitzung gab es damals eine Bandaufzeichnung, die dann vor den Mitgliedern der Parteileitung des FMI abgespielt wurde.) Jupp sagte, er entstamme einer polnisch-jüdischen Familie und seine Angehörigen seien in Auschwitz vergast worden. Am 17. Juni sei seine erste Reaktion gewesen: Haben die Deutschen denn immer noch nichts gelernt? – Hier fiel ihm Paul Fröhlich ins Wort: »Das ist polnisch-jüdischer Bundismus, ja!« Zu dem schon vorher erhobenen Vorwurf der Fraktions- und Plattformbildung kam nun noch diese völlig absurde – und ich meine schon antisemitische – Zuordnung. (Nur ein halbes Jahr zuvor waren in der ČSR der Generalsekretär der KP Rudolf Slánsky und Genossen wegen »titoistischer und zionistischer Umtriebe« zum Tode verurteilt und hingerichtet worden.) Gegen Josef Schleifstein wurde umgehend ein Parteiverfahren mit dem Ziel seines Ausschlusses aus der SED eingeleitet. Er wurde sofort aus der Universitätsparteileitung verwiesen und von seinen Pflichten als Direktor des Franz-Mehring-Instituts entbunden. Jupp gab sich nicht geschlagen, kämpfte monatelang gegen das Strafverfahren an und erreichte schließlich, dass die Zentrale Parteikontrollkommission den Leipziger Ausschlussentscheid aufhob und in eine strenge Rüge umwandelte. Dennoch traf ihn die bittere Ungerechtigkeit bis ins Mark. Unmittelbar nach Eröffnung des Ausschlussver-

fahrens geschah etwas, das ich nur einmal erlebt habe: Ich sah, wie ein Mann binnen weniger Tage ergraute.

Josef Schleifstein bekleidete ab November 1957 noch die Funktion des Prorektors für Gesellschaftswissenschaften an der KMU. 1958/59 leitete er das Institut für Philosophie und organisierte zusammen mit Gerhard Harig für Oktober 1959 im Rahmen der 550-Jahrfeier der Leipziger Universität den ersten Kongreß über »Naturwissenschaften und Philosophie« in der DDR.

WIEDER GANZ IM DIENSTE DER PARTEI

Um die Jahreswende 1959/1960 wurde Josef Schleifstein für die Führung der illegalen KPD reaktiviert, die in Ostberlin residierte. Er wurde Sekretär des Parteivorstandes für Bildung, Theorie und Propaganda sowie Kandidat des Politbüros und arbeitete unter dem Pseudonym Peter Pfeil für »Wissen und Tat«. Auf der Moskauer Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien 1960 war er Mitglied der Redaktionskommission. 1963 hob er die »Marxistischen Blätter« aus der Taufe, die bis heute in Frankfurt am Main erscheinen. Der Programmentwurf der KPD von 1968 trug maßgeblich seine Handschrift. Im Mai 1968 zog Josef Schleifstein zurück in die BRD und geriet gleich hinein in die Bewegung gegen die Notstandsgesetze und in die Massenproteste der Studentenschaft, bald aber auch in die Augusttage mit der Intervention der Truppen des Warschauer Vertrages in die ČSSR, die die westlichen Linken in eine sehr komplizierte Lage brachte.

Als sich im September 1968 die Deutsche Kommunistische Partei konstituierte, wurde Josef Schleifstein Mitglied des Parteivorstandes. Und als im Dezember des gleichen Jahres in Frankfurt am Main die Gründung des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen erfolgte, wurde er zu dessen Leiter gewählt. In den 70er und 80er Jahren trat Josef Schleifstein mit zahlreichen wissenschaftlichen Leistungen hervor. Von der Karl-Marx-Universität Leipzig wurde ihm 1976, von der Universität Wrocław 1979 die Ehrendoktorwürde verliehen. Anlässlich seines 70. Geburtstages 1985 erhielt er den Karl-Marx-Orden der DDR.

Von September 1986 an brachen in der DKP vor dem Hintergrund der Reformationsbestrebungen Gorba-

⁴ Sächsisches Staatsarchiv Leipzig. SED-Bestand. Sign. IV/4/14/11. ⁵ Stellungnahme der Parteileitung der KMU zum Verhalten des Genossen Schleifstein. In: Ebenda. Sign. IV/4/14/29.

tschows in der Sowjetunion scharfe Kontroversen auf. Jupp unternahm große Anstrengungen zur Vermittlung zwischen jenen Genossen, die fest in den Traditionen der KPD verharrten, und jenen, die sich in diesem Streit unnachsichtlich und intellektuell überlegen gaben. Er stand an der Spitze einer »Kommission zur Klärung strittiger Fragen«, musste aber am 26. August 1989 auf einer Tagung des Parteivorstandes der DKP das Scheitern seiner Bemühungen kundtun. – Nach dem Anschluss der DDR an die Bundesrepublik Deutschland trat Josef Schleifstein im Februar 1991 zur PDS über. Im Frühsommer 1991 beteiligte er sich noch an der Herausgabe der Zeitschrift »Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung«, aber schon kurz darauf erlitt er am 31. August 1991 einen Schlaganfall mit rechtsseitiger Lähmung; ein Zungenkrebs wurde diagnostiziert. Nach neunmonatigem Klinikaufenthalt starb Josef Schleifstein am 24. Juli 1992 in seiner Wohnung in Bad Homburg.

TROTZ ALLEDEM

1993 erschien in Köln eine Schrift des IMSF unter dem Titel: »Reale Geschichte als Lehrmeister. Josef Schleifstein 1915–1992.« In der Einleitung schrieb die Herausgeber, Josef Schleifstein sei nach Wolfgang Abendroths Tod in der BRD der herausragendste Vertreter jenes klassischen Marxismus gewesen, »der seinen praktischen Bezugspunkt in der realen Arbeiterbewegung suchte und im Realsozialismus die Impulse Lenins und der Oktoberrevolution noch nicht für erschöpft hielt – eine bittere Selbsttäuschung, wie die Jahre nach 1989 zeigen«. *(Alle nachfolgenden Zitate sind dieser Publikation entnommen.)*

Als der Zusammenbruch der sozialistischen Staatengemeinschaft offenbar wurde, sah sich Josef Schleifstein erschüttert in der von ihm selbst oft ausgesprochenen Erkenntnis bestätigt, dass die reale historische Entwicklung der gründlichste und unerbittlichste Lehrmeister ist, den Menschen haben. Die bitteren Lehren der jüngsten Geschichte versuchte er in seinen letzten Lebensjahren zu erfassen, nicht um zu resignieren, sondern um neue Perspektiven und Hoffnungen daraus zu schöpfen. Er stellte sich, wie er selbst sagte, der Realität »des Scheiterns des stalinistischen Sozialismusmodells und des mit ihm verbundenen Typs kommunistischer Parteien«. Die heutige Generation von Sozialisten müsste sich neue Wege bahnen. Dafür hinterließ Josef Schleif-

stein zwei elementare Botschaften: Sozialistische Ideen und Bewegungen sind aus den realen gesellschaftlichen Bedingungen der kapitalistischen Gesellschaft hervorgegangen. Und diese Bedingungen – Not, soziale Ungerechtigkeit, Ausbeutung, Ressourcenvergeudung, Zerstörung der natürlichen Lebensbasis, Frauenunterdrückung, moralische Entwürdigung – werden auch in Zukunft sozialistische Ideen und sozialistische Bewegungen erzeugen. Die zweite Botschaft Josef Schleifsteins lautete: »Laßt uns ohne Vorbedingungen, ohne Anspruch auf Wahrheitsbesitz, ohne durch geheiligte Etiketten tabuisierte Richtungsvorgaben zusammenkommen, um gemeinsam über Voraussetzungen und Grundlagen eines Neubeginns zu beraten.« Und die Leser der Zeitung »Unsere Zeit« (UZ) erinnerte er in einem Interview vom 15.9.89 an das »Trotz alledem!«, das Karl Liebknecht einen Tag vor seiner Ermordung in der »Roten Fahne« verkündet hatte.

Die marxistisch-leninistische Theorie war natürlich für die aus ihr abgeleitete Praxis in der Sowjetunion und in den der Sowjetunion aggregierten Ländern verantwortlich. Josef Schleifstein konnte und wollte sich seiner eigenen Mitverantwortung nicht entziehen. Und so wie er seine jüngeren Mitarbeiter am IMSF vor allem im letzten Jahrzehnt immer wieder aufgefordert hatte, in der Forschung rücksichtslos wahrhaftig zu sein, so sagte er es nicht, um sich herauszureden, wenn er feststellte, dass die Biographie eines Kommunisten seiner Generation gar nicht frei sein konnte von Widersprüchen, Illusion und auch schwerwiegenden Fehleinschätzungen. Jede Theorie oder Idee, die mit der Praxis in Berührung komme, setze sich offenbar unvermeidlich den Gefahren von Ideologisierung, Verengungen und Dogmatisierungen aus. Den Hauptmangel der marxistisch-leninistischen Theorie, in deren Namen ja ganze Gesellschaften verwaltet wurden, sah er in ihrer Stagnation. Sie hätte sich seit langem nicht mehr auf der Höhe der Zeit befunden. Diese mühevollen Arbeit müsse nun unter sehr veränderten historischen Bedingungen in Angriff genommen werden. Dafür mahnte Josef Schleifstein eine neue tabufreie Diskussionskultur an. Jeder Zweifel müsse erlaubt sein und niemand dürfe mit nichtssagenden Attributen wie »unmarxistisch«, »bürgerlich« usw. belegt werden. Eigentlich könne nur die lebendige wissenschaftliche Entwicklung selbst das Gegengift gegen eine erneute Dogmatisierung der Theorie sein.

»In gewissem Sinne sind wir zurückgeworfen auf das Ideal, auf den Glauben der frühen Arbeiterbewegung. Sie hatte ja keine gesellschaftliche Realität auf ihrer Seite. Aber es bleibt der tiefste und letzte Antrieb aller Arbeiterbewegung und aller sozialistischen Ideen seit ihren Ursprüngen: Der Kapitalismus ist keine menschenwürdige Gesellschaft. Er kann die sozialen, die ökologischen, die kulturellen und moralischen Probleme unserer Welt und unserer Zeit nicht auf menschliche Weise lösen. In diesem welthistorischen Sinne, besonders für die gewaltige Mehrheit der Menschheit in Asien, Afrika und Lateinamerika, bleibt der Sozialismus die gesellschaftliche Alternative zum Kapitalismus.«

Für unseren Diskurs über die Ursachen und den Verlauf der »Wende« ist ein Brief Josef Schleifsteins von Anfang Februar 1990 an Prof. H. in Ostberlin aufschlussreich. Ich kann nur thesenartig andeuten, in welcher Richtung sich hier seine Gedanken bewegten: Wenn den Leuten nur der große reiche Onkel aus der westlichen Nachbarschaft imstande zu sein schiene, eine rasche Besserung herbeizuführen, dann stecke darin natürlich ein richtiger Kern: »Investitionen, moderne Technik, Rationalisierung, Kredite können tatsächlich nur aus den reichen kapitalistischen Ländern, vor allem der Bundesrepublik kommen.« – Oder: »Der fundamentale Fehler des bisherigen, weitgehend noch aus der Stalinzeit stammenden »Modells«, war wohl, die bürokratisch-zentralistische Planung zum abstrakten Credo gemacht zu haben, es nicht immer wieder an der Realität (und ihren Misserfolgen) überprüft, nicht ständig aus Fehlern gelernt, anderes und Neues erprobt, vom Gegner gelernt zu haben etc. (Das wurde ja auch theoretisch von nicht wenigen wissenschaftlichen und wahrscheinlich noch mehr praktischen Ökonomen gesehen, aber da kam dann eben das entscheidende *politische* Hindernis der Gesamtentwicklung: das allweise Politbüro, am Ende die totale Gerontokratie.)« Josef Schleifstein nahm Hans Modrow und Christa Luft gegen Vorwürfe in Schutz. Sie seien die weitgehend hilflosen Erben von Katastrophenpolitikern. Er bekannte seine eigene Hilflosigkeit: »Ich habe mir abgewöhnt, die Leute in Ungarn oder Polen wegen ihrer pragmatischen »Lösungen« zu kritisieren. Was man macht, wenn man buchstäblich an der Wand steht, weiß ich nicht. Meine Kritik ist gewissermaßen auf den historisch-philosophischen Kern »geschrumpft«, ganz im Sinne Deines und meines Fundamentalismus: was immer man gezwungen sein mag,

heute *praktisch* zu tun, man darf nicht seine Substanz opfern, und das ist die sozialistisch-kommunistische Grundidee.« Der Brief endet: »Wir stehen ... an einem *weltgeschichtlichen* Einschnitt. Wir müssen *alles* neu durchdenken. Da gilt es, sich nicht nur vor den Opportunisten und Wendehälsen, sondern auch vor denen zu hüten, die entweder *alles* noch immer oder bereits *wieder* wissen. Wir brauchen Jahre des Aufarbeitens und Suchens.«

SCHLUSSBEMERKUNG IN EIGENER SACHE

Nach tiefer Enttäuschung über die gewaltsame Unterdrückung der sozialistischen Reformationsbewegung in der ČSSR 1968 geriet ich zunehmend in Konflikt mit der theoretischen und Öffentlichkeitsarbeit der SED. Im Herbst 1973 konnte ich mich nicht mehr bereit finden, den verbindlich vorgegebenen Lehrplan für das Fach »Wissenschaftlicher Kommunismus« zu befolgen und stellte meine Dozentur zur Verfügung. Die Begründung dieser Entscheidung vor der SED-Grundorganisation führte zu meinem Parteiausschluss. Aber wie dem auch sei: die Lehrjahre bei dem Kommunisten Josef Schleifstein zähle ich zu den besten meines Lebens.

Josef Schleifstein für das Poesiealbum seiner Enkelin Susanne (12):

»[...] Sozialisten und Kommunisten fügten hinzu: um gut zu sein, brauchen die Menschen günstige Lebensbedingungen. Eine Welt ohne Krieg, ohne Not, ohne Furcht; eine Welt, in der alle Kinder und Jugendlichen ihre Fähigkeiten und Neigungen frei entfalten können. Nach diesem Ziel haben Deine Großeltern stets gestrebt.

Heute wissen wir, dass der Aufbau einer solchen menschlichen Gesellschaft unerhört schwer, und dass auf dem Wege dahin auch schlimme Fehler begangen und unsere Ideen entstellt wurden.

Soll Eure Generation deshalb aufhören, nach einer gerechten, freien, wahrhaft menschlichen Welt zu streben? Ich glaube nicht. Es gibt keine schönere Befriedigung, als über sein eigenes Wohl hinaus zu denken und zu wirken, zum Wohle vieler Menschen und auch anderer Völker beizutragen. So gibst Du Deinem Leben einen guten Sinn [...].

Dein alter Opa 18.10.1989«

ERHARD HEXELSCHNEIDER

Ein Anfang vor dem Anfang – vom Institut für Ausländerstudium zum Herder-Institut (1951–1956)

Der Titel des Beitrags ist nicht ganz korrekt. Im folgenden geht es um die Aufbauphase des Instituts bis etwa 1956, freilich mit einigen Ausblicken. Das Institut für Ausländerstudium wurde erst am 1. September 1956 an der Karl-Marx-Universität gegründet; der Name des großen deutschen Aufklärers Johann Gottfried Herder wurde dem Institut durch Beschluß des Ministerrates der DDR am 12. Juni 1961, nicht zufällig am damaligen Lehrertag, verliehen. Beide Daten liegen also außerhalb des zeitlichen Rahmens, den sich diese Tagung zur Erforschung der Leipziger Universitätsgeschichte gesetzt hat.

Im folgenden soll über das (neben dem 1960 gegründeten und in den neunziger Jahren abgewickelten Institut für tropische Landwirtschaft) wohl exotischste Gewächs im Verbund der Karl-Marx-Universität Leipzig berichtet werden. Exotisch deshalb, weil es bereits zu einem frühen Zeitpunkt der Nachkriegsgeschichte der Alma mater Lipsiensis Internationalität und Solidarität eines unbekannteren, von der internationalen Staatengemeinschaft völkerrechtlich nicht anerkannten Staatswesens markierte und seinen Anspruch betonte, durch Bildungshilfe mitzuwirken am Werk der nationalen Befreiung der Länder der Dritten Welt sowie bei der Ausbildung von künftigen Fachleuten politisch befreundeter Länder Ost- und Südosteuropas und des fernöstlichen Asiens. Exotisch vielleicht aber auch deshalb, weil ihre Gründer es verstanden, die beiden Häuser in der Lumumbastraße mit der Aureole des Geheimnisvollen

zu umgeben – und das bis in die achtziger Jahre hinein, ehe eine gewisse Transparenz einzog, als man nämlich begriff, daß nicht nur die Existenz, sondern auch die Information über ein derartiges multifunktionales Institut eine Trumpfkarte für die auswärtigen Kulturpolitik der DDR sein kann. Bis dahin aber war Schweigen: Die beiden vorhandenen Dissertationen¹ über die Geschichte des Herder-Instituts waren beispielsweise bis zum Beginn der neunziger Jahre wissenschaftlich sekretiert. Es überwog – und der Autor dieses Beitrags hat dabei als verantwortlicher Direktor von 1980 bis 1990 durchaus mitgewirkt – eine apologetische Verklärung der Institutsgeschichte. Eine objektive Untersuchung aller historischen Zusammenhänge, eine Aufarbeitung der Leistungen des Instituts in allen seinen Bereichen und Arbeitsgebieten, aber auch der Desiderata steht noch aus, wenngleich durchaus Vorarbeiten vorhanden sind.²

Schon der Beginn des Herder-Instituts ist legendenumwoben. Immer spielen jene 11 nigerianischen Staatsbürger eine Rolle, die den Anfang des Ausländerstudiums in der DDR markieren. Vergewegen wir uns die Situation: Die DDR stand im dritten Jahr ihrer Existenz und war von nur wenigen Staaten Ost- und Südosteuropas sowie Asiens international anerkannt. Alle Versuche, auf diplomatischem Parkett in der ganzen Welt Fuß zu fassen, scheiterten zunächst. blieb also nur der Weg über internationale Organisationen. Das war ganz offenbar der Ausgangspunkt, den Weltbund der demo-

¹ Helga Porz: *Zur Entwicklung des Herder-Instituts (Von den Anfängen der Vorbereitung ausländischer Studierender auf ein Studium in der DDR bis 1966)*. Diss. A. Leipzig 1972; Rosemarie Arnold: *Die Vorbereitung ausländischer Studenten auf ein Studium in der DDR. Ein Beitrag zur Geschichte des Herder-Instituts der Karl-Marx-Universität*. Diss. A. Leipzig 1982. *Meine Darstellung ist im faktischen Material beiden Arbeiten verpflichtet.* ² Beiträge zur Geschichte des Herder-Instituts. Hrsg. von Rosemarie Arnold und Erhard Hexelschneider. Leipzig 1981; Erhard Hexelschneider: *30 Jahre Ausländerstudium in der DDR – 25 Jahre Herder-Institut der Karl-Marx-Universität*. In: *Deutsch als Fremdsprache*. Berlin 18(1981)4. S. 193–199; *30 Jahre Herder-Institut der Karl-Marx-Universität Leipzig*. Leipzig 1987 (*Leipziger Universitätsreden. Neue Folge*. 68); ferner aus westdeutscher Sicht Roland Wiedmann: *Das Herder-Institut an der Karl-Marx-Universität Leipzig*. In: *Studienkolleg*. Bochum (1990)28. S. 57–76; schließlich Johannes Wenzel: *Zur Entwicklung des Herder-Institutes nach der Wende*. In: *Deutsch als Fremdsprache. An den Quellen eines Faches. Festschrift für Gerhard Helbig zum 65. Geburtstag*. Hrsg. von Heidrun Popp. München 1995. S. 733–742.

kratischen Jugend zu bewegen, die III. Weltfestspiele der Jugend und Studenten für den Sommer 1951 nach Berlin (Ost) zu vergeben.

Mit diesem Ereignis wird denn auch der Beginn des Ausländerstudiums in der DDR verbunden, denn hier (auf welchen Wegen immer, Genaueres ist bislang nicht bekannt) soll es zu der Idee gekommen sein, diese Nigerianer zu einem kostenlosen Studium an die Leipziger Universität einzuladen. Aber es ist eine eigenartige Sache mit Legenden: Tatsächlich waren sie bereits in den Monaten Februar bis April 1951 in Leipzig eingetroffen. Hintergrund waren die Niederschlagung einer Kundgebung nigerianischer Bergarbeiter 1949 in Enugu durch die britische Kolonialpolizei und die internationalen Proteste dagegen. Initiiert wurde die Einladung allem Anschein nach von der Freien Deutschen Jugend (FDJ); Stipendien und Aufenthaltskosten wurden vom Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB) bezahlt. Angesichts der mehr als unterschiedlichen Vorbildung ging es zunächst für die meisten darum, das Abitur (und zwar ein deutsches Abitur unter ABF-Bedingungen) abzulegen.

Offen bleibt, warum ausgerechnet mit Nigerianern das Ausländerstudium in der DDR begann. Der vielbeschworene und niedergeschlagene Streik der Bergarbeiter ist sicherlich kaum ein so beachtenswerter Punkt gewesen. Und auch das volkreiche Nigeria, damals noch britische Kolonie, war zu diesem Zeitpunkt schwerlich ein Schwerpunkt der Außenpolitik der DDR, so sie denn damals überhaupt eigene strategische Intentionen in Bezug auf Afrika hatte. Aber es war doch ein erstes Signal, daß ein wirtschaftlich noch mehr als schwaches Land voller Zerstörungen angetreten war, auch seinen Beitrag zu internationalen Projekten der Bildungshilfe zu leisten. Parallel, im September 1951, begann übrigens – das wird gelegentlich übersehen – die erste Studenten-delegation aus der DDR ihre Studien in der UdSSR aufzunehmen.

Wie auch immer: Aus der offensichtlichen Zufallsentscheidung für Nigeria wurde in Leipzig (das offenbar im Unterschied zu dem gespaltenen Berlin günstigere äußere Studienbedingungen für Ausländer bot) mit der akademischen Ausländerausbildung begonnen. Na-

türlich stand das alles unter politisch populären Losungen wie Internationalismus, Solidarität und Hilfe. Aber gerade das traf auch den Kern aller Bemühungen. Diese Wörter und vor allem ihre Inhalte waren noch nicht (wie 35 Jahre später) für viele Bürger zu Leerformeln erstarrt. Dabei entstand das künftige Herder-Institut durchaus nicht im luftleeren Raum. Immerhin hatte die sächsische Landesregierung bereits im März 1947 die vollständige Gleichstellung von deutschen und ausländischen Studenten verfügt. Leipzig und seine Studenten befanden sich in einer Aufbruchsstimmung. Studentische Solidaritätsaktionen hatten schon 1949 ermöglicht, daß die finanziellen Mittel für ein Studium von fünf Südafrikanern aufgebracht werden konnten. Wo sie studierten, ja ob das überhaupt realisiert wurde, ist unbekannt. Und in den Jahren 1949 und 1950 fanden an der gesamten Universität, vor allem aber an der Arbeiter- und Bauernfakultät, Geldsammlungen für griechische und koreanische Freiheitskämpfer statt.³ Mit der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung war der Boden für internationalistische Haltungen und solidarische Taten bereitet.

Die elf nigerianischen Studenten, zehn Männer und eine Frau, im Alter von 13–14 Jahren (allein das zeigt schon im Nachhinein, wie wenig durchdacht die gesamte Entscheidung war) bis 28 Jahren, wurden an der Arbeiter- und Bauernfakultät (ABF) Leipzig eingeschrieben. Für sie wurde ein »Sonderlehrgang zur Erlernung der deutschen Sprache« eingerichtet. Die Ausbildung (die in fast allen Fällen erst einmal zur Abiturprüfung führen mußte, denn sie besaßen ja wohl zumeist nur den Abschluß der Sekundarstufe I) umfaßte zwei Jahre, ehe die Besten von ihnen in das letzte Studienjahr der ABF bzw. an die Hochschulen übernommen werden konnten. Diese ersten echten »Schwarzafrikaner« in Leipzig nach 1945, vielleicht sogar nach 1933, wurden sicherlich mehr als umworben, auch wenn – soweit wir es jedenfalls bis jetzt wissen – weder ihre Ankunft noch ihr Vorstudium nennenswerte Resonanz in der örtlichen Presse gefunden haben.

Die Leitung der ABF und die zuständige FDJ-Organisation suchten zunächst, mit diesen Ausländern auf die übliche ABF- und FDJ-Weise zurechtzukommen:

³ Alle Daten nach Elke Junghof: *Die Entwicklung der Beziehungen der FDJ-Kreisorganisation der Karl-Marx-Universität zu den ausländischen Studenten im Zeitraum 1945–1961/62. Diplomarbeit an der Sektion Geschichte. Leipzig 1980.*

Also: ständige Betreuer und fortwährende Betreuung, viel individuelle Nachhilfe, Einbeziehung in das Leben im Internat. Dennoch war es etwas Besonderes und Neues, was da Einzug hielt, denn auch die Lehrkräfte und betreuenden Studenten mußten sich plötzlich auf ganz andere Mentalitäten und Lebensgewohnheiten ein- und umstellen. Da sich zeigte, daß das innerhalb des allgemeinen Betriebs der ABF nicht mehr ging, wurde am 1. August 1953 die Abteilung Ausländerstudium unter der Leitung von Paul Leonhardt gebildet; die politische, soziale und persönliche Betreuung wurde dem späteren Rostocker Deutschmethodiker Gernot Pflugk, damals Student der Anglistik und Germanistik im 3. Studienjahr, übertragen.⁴

Nach allem, was wir wissen, schafften alle Studenten ihr Studienziel und besetzten später wichtige berufliche Positionen in ihrem Heimatland. Vielleicht ist ein Faktum auf dem 7. Walter-Markov-Kolloquium von besonderem Interesse. Professor Modilim Achufusi aus dieser ersten nigerianischen Studentendelegation, der in Leipzig am 15. Juli 1960 zum Thema »Die Zerstörung des Sokotoreiches durch die europäischen Kolonialmächte« promoviert hatte, half tatkräftig mit, damit sein akademischer Lehrer und Doktorvater Walter Markov 1960 bis 1963 eine der ersten Gastprofessuren eines DDR-Gelehrten im Ausland an der University of Nigeria in Nsukka wahrnehmen konnte.

Es blieb nicht bei den elf Nigerianern. Noch 1951 kamen vier bulgarische Studenten dazu. Im Studienjahr 1952/1953 entsandte die Koreanische Volksdemokratische Republik, nun schon auf der Grundlage eines Regierungsabkommens, 102 Studenten, die durch enormen Fleiß auffielen. Wir erinnern uns: Das waren die Jahre des Korea-Krieges. In den Jahren bis 1956/1957 kamen weitere ausländische Studenten hinzu, nicht mehr in so großen Gruppen wie die Koreaner, aber doch noch beachtlich: 31 Chinesen, elf Griechen, zehn Albaner, 17 Indonesier, zwölf Sudanesen und 50 Syrier. Man spürt fast sinnlich, wie außenpolitisches Kalkül die Einladungspolitik der DDR bestimmte (das Institut selbst hatte mit Immatrikulation, Finanzierung und Auswahl

eigentlich gar nichts zu tun). Bis zum Studienjahr 1956/1957 waren nach der exakt geführten Institutsstatistik 1185 Studenten aus 24 Ländern für ein durchgängig einjähriges Sprachstudium an der Abteilung Ausländerstudium der ABF immatrikuliert.

Bereits damals wies diese Vorbereitungsphase zwei für die Geschichte des Herder-Instituts wichtige Momente auf: 1.) die Masse der Studierenden kam mit Nullkenntnissen des Deutschen an und mußte sozusagen ab ovo in einem sprachlichen Intensivkurs lernen; 2.) angesichts der mehr als unterschiedlichen Bildungsvoraussetzungen mußten wichtige Elemente des deutschen Abiturs aufpoliert und teilweise auch schlicht nachgeholt werden. In den Jahren von 1951 bis 1956 wurde in einem heute nur äußerst schwer nachvollziehbaren Arbeitsprozeß durch die beauftragten Lehrkräfte faktisch das bis zum Ausgang der achtziger Jahre gültige Modell für die studienvorbereitende und fast parallel auch studienbegleitende Sprachausbildung entwickelt, wobei dieses Grundmodell in den späteren Jahrzehnten durchaus seine wissenschaftlichen und methodisch-didaktischen Modifizierungen fand. Aber im Ansatz waren solche Grundkomponenten wie allgemeinsprachliche Grundausbildung und fachsprachliche Spezialausbildung mit Blick auf den künftigen Studiengang, Beschäftigung mit Land und Leuten in der DDR (Landeskunde), Fortsetzung der Sprachausbildung auch während des Fachstudiums im studienbegleitenden Deutschunterricht, Auffüllen von Wissenslücken in ausgewählten Gebieten nach dem Lehrstoff der 11. und 12. Klasse bereits erkannt und wurden zu meist pragmatischen Lösungen im praktischen Unterricht geführt.⁵ Ein erster genereller Erfahrungsaustausch fand auf Republikebene zur Gesamtproblematik am 24. und 26. Februar 1956 in Berlin unter dem Thema »Deutschunterricht an ausländische Studenten«.⁶

Diese Jahre von 1951 bis 1956 waren eigentlich die Geburtsstunde des später wegen seiner qualifizierten Ausbildung und beachtlichen Forschungsleistungen international angesehenen Herder-Instituts. Freilich: Improvisation wurde zunächst noch groß geschrieben.

⁴ Editha Wachholz: *Sie kamen aus einer britischen Kolonie ... In: »Universitätszeitung«. Leipzig vom 20. November 1981. Hier auch Daten über den weiteren Entwicklungsweg der einstigen nigerianischen Studenten.* ⁵ Siehe Paul Leonhardt: *Förderung der ausländischen Studenten in der DDR. In: Das Hochschulwesen. Berlin 4(1956)1. S. 16–21.* ⁶ Gerhard König: *Bericht über die Tagung »Deutschunterricht an ausländische Studenten«. In: Russischunterricht. Berlin 9(1956)5. S. 227–231.*

Die mit der Ausbildung beauftragten Lehrkräfte, zumeist ehemalige Schullehrer, mußten nun plötzlich Deutsch für Ausländer unterrichten, ohne zu wissen, wie das geht, und vor allem, ohne zu wissen, welche Traditionen es dazu in Deutschland und speziell an der Leipziger Universität bereits gab. Es war wohl auch noch nicht die Zeit, um traditionsbewußt in die Vergangenheit zurückzugehen. Dabei gab es solche Traditionen durchaus. Schon 1819 wurde Johann Adolph Erdmann Schmidt zum Lektor für russische und neugriechische Sprachen (Lector publicus) berufen. Aber es ging der Fakultät damals weniger darum, Russisch an Deutsche zu vermitteln. Die Begründung der Philosophischen Fakultät war genau andersherum und zielte eher auf Deutsch für Ausländer: »Da es nun besonders wegen der Russen und Griechen welche sich den Studien auf der hiesigen Universität widmen wollen, angemessen scheint, ihnen Gelegenheit zur Erlernung der teutschen Sprache zu verschaffen, [...] so halten wir uns für verbunden, sein Gesuch zu unterstützen.«⁷ Schon 1767 lernten elf russische Studenten, unter ihnen Alexander Radischtschew, in einer studienvorbereitenden Phase in 24 Wochenstunden (darunter 8 Stunden Deutsch) den Universitätsbetrieb kennen. Und im Wintersemester 1902/1903 fand an der Universität eine Lehrveranstaltung (privatissime) mit dem Titel »Deutscher Stil für Fortgeschrittene, besonders für Ausländer« unter Leitung von Georg Holz statt. In Berlin wurde am 19. Juli 1922 das »Deutsche Institut für Ausländer an der Berliner Universität« (DIA) unter der Leitung von Professor Karl Remmele gegründet, dessen Ziel darin bestand, »Ausländer mit der deutschen Sprache und den vielseitigen Erscheinungen der deutschen Kultur bekanntzumachen.«⁸

Aber wer von den Leipziger Lehrkräften der ersten Stunde hatte schon damals Zeit und Kraft, sich um die früheren Traditionen zu sorgen, und vor allem: wer hatte einen Nerv dafür? Der Bruch mit der Vergangenheit war zunächst total. Hinzu kam die Überzeugung, daß man

an frühere Traditionen der deutschen auswärtigen Kultur- und Sprachpolitik nicht anknüpfen konnte. Nicht zufällig entstanden einige Dissertationen, die sich mit der westdeutschen auswärtigen Kultur- und Sprachpolitik, den entsprechenden Institutionen und vor allem mit der Geschichte des 1952 wiedergegründeten Goethe-Instituts und seinen Verwicklungen in der Zeit des Nationalsozialismus befaßten, natürlich sprachlich in der Diktion des Kalten Krieges, sicherlich vornehmlich aus einer Abwehrposition heraus, um das neue Institut als neues Wort der geschichtlichen Entwicklung zu legitimieren. Umgekehrt wurde die Arbeit des späteren Herder-Instituts durch die westdeutsche Publizistik und durch führende Kulturpolitiker als »ideologische Infiltration« der Auslandsstudenten kräftig diffamiert.⁹ Die Konfrontation zum Goethe-Institut und den anderen Institutionen der westdeutschen auswärtigen Kulturpolitik sollte das Herder-Institut bis etwa 1988/Anfang 1989 beherrschen, zumal dem Institut seitens des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen der DDR alle Kontakte mit diesen Einrichtungen ausdrücklich verboten waren. Daß dennoch bereits im Sommer 1989 mit Hilfe obskurer Konstruktionen jenseits des Ministeriums ein Kurs für Mitarbeiter des Goethe-Instituts konzipiert und im März 1990 in Leipzig auch tatsächlich durchgeführt wurde, steht auf einem anderen Blatt.¹⁰

Jedenfalls war die Abteilung Ausländerstudium an der ABF Leipzig schon ein neues Wort im Wissenschaftsbetrieb der altehrwürdigen Universität und nahm ihre Arbeit wesentlich vor den westdeutschen Studienkollegs auf. Erstmals wurden Ausländer nicht gegen Bezahlung ausgebildet. Das kam dann erst wieder in den achtziger Jahren, als der als »Devisenbeschaffer« bekanntgewordene Staatssekretär Schalck-Golodkowski Studenten aus Lybien, Syrien und Kamerun für die Verbesserung der Devisenlage zu Sonderbedingungen zu einem Studium einkaufte.¹¹ Damals aber wurden die Studenten uneigennützig, auf solidarische Kosten oder aufgrund von

7 Zitiert nach Hubert Rösel: *Beiträge zur Geschichte der Slawistik an den Universitäten Halle und Leipzig im 18. und 19. Jahrhundert*. Heidelberg 1964. S. 162. 8 *Das Deutsche Institut für Ausländer an der Universität Berlin*. Berlin 1931. S. 4. Ausführlicher zu dieser Institution siehe Roswitha Günther: *Das Deutsche Institut für Ausländer an der Universität Berlin in der Zeit von 1922 bis 1933*. Diss. A. Berlin 1985. 9 Siehe entsprechendes Material vor allem bei Alexander Porz: *Allgemeine Prinzipien zur Erarbeitung von Deutschlehrbüchern für Ausländer*. Phil. Diss. Leipzig 1960. 10 Petra Trappe: *Beziehungen zwischen Goethe und Herder – ehemals inkognito*. In: »Universitätszeitung«. Leipzig vom 26. Juni 1990. Zwei Teilnehmerinnen schilderten ihre Impressionen über die damaligen Befindlichkeiten der »Herderianer« und der Leipziger generell. Siehe Kristiane Zappel/Ulrike Tietze: *Goethe bei Herder. Informationsseminar DaF in der DDR*. In: *GI Intern.* (1990)2. S. 22–25. 11 Diese Episode mußte gesondert anhand entsprechender Archivalien untersucht werden.

Regierungsvereinbarungen ausgebildet in dem Bewußtsein, etwas zur nationalen und sozialen Befreiung der Völker zu leisten. Der erste Schritt zur Solidarisierung mit den Entwicklungsländern und zu ihrer tatkräftigen Unterstützung war getan.

Da die Deutschausbildung, die ja anfänglich oft genug auch noch mit einer fachlichen Nachbildung verknüpft war, traditionslos erfolgte, muß man fragen, wie das eigentlich ging. Der normale Deutschlehrer hatte kaum eine Vorstellung, was es heißt, seine Muttersprache an Ausländer zu vermitteln. Woher auch? Moderne Fragen der Fremdsprachenvermittlung waren jenen ABF-Lehrern der ersten Stunde in der Aufbauphase des neuen demokratischen Bildungswesens weitgehend unbekannt; eine wissenschaftliche Fundierung des Fremdsprachenunterrichts fehlte; ältere methodische Modelle wurden abgelehnt. Zu Hilfe kamen in starkem Maße Russischlehrer (weniger Englisch- und Französischlehrer), oft selbst gerade erst als Neulehrer mit der Ausbildung fertig geworden, die aber immerhin eins wußten: wie man nämlich ein Fremdsprache vermittelt (mit allem Plus und Minus der damaligen Ausbildung). Es ist sicherlich symptomatisch, daß das erste Lehrbuch des künftigen Herder-Instituts ein russisches Deutschlehrbuch, noch dazu eins für Außenhändler, war.¹² Aber das war natürlich ein Notbehelf und wurde bald durch erste eigene Versuche ersetzt, so durch den Manuskriptdruck »Lehrbuch der deutschen Sprache für Auslandsstudenten«¹³. Schritt für Schritt wurde an der wissenschaftlichen Fundierung theoretisch und praktisch gearbeitet, vor allem durch Gertraud Heinrich (geb. Hennlich),¹⁴ bis dann mit den Lehrbüchern »Deutsch intensiv – ein Grundkurs für Ausländer« und »Deutsch komplex« in den siebziger Jahren eine Lehrbuchgeneration entstand, die ob ihres methodischen Konzepts (weniger durch ihre DDR-Zentriertheit) weithin internationale Anerkennung finden sollte.

Die Zeit bis zur Gründung des Instituts für Ausländerstudium war eine große Zeit des Tastens, des Experimentierens, des Sammels von Erfahrungen, übrigens lange bevor in der alten BRD das Fach »Deutsch als

Fremdsprache« etabliert wurde. Vieles roch noch nach Schule, nicht zuletzt durch die aus der Volksbildung rekrutierten Lehrer, die hochschulgemäße Formen des Lehrens selbst erst erwerben mußten. Und diesen Schulgeruch wurde das Herder-Institut niemals los, auch nicht in den siebziger und achtziger Jahren, als das Haus seine wissenschaftliche Ausprägung als international anerkannte Lehr- und Forschungsstätte für Deutsch als Fremdsprache erfuhr. Innerhalb der akademischen Germanistik besaß die junge Disziplin anfangs nur geringes wissenschaftliches Prestige und wurde oft genug als Sonderform abgewertet, zumal bis Ende 1989 kein spezieller Ausbildungsgang für »Deutsch als Fremdsprache (DaF)« etabliert werden durfte. Das Herder-Institut blieb mit seiner Studienvorbereitung eben eine »Vorbereitungsanstalt«, wobei der Akzent auf »Anstalt« lag, mit einem exzellenten sprachlichen Drillsystem, aber auch einer erheblichen Bevormundung der Studenten und dabei mit einem heute kaum noch vorstellbaren günstigen zahlenmäßigen Verhältnis von Lehrern und Studenten.

Die Lehrer leisteten oft Übermenschliches. Der Stundengeber war – zumindest in der Gründungs- und Aufbauphase – verpönt; gefragt war der Idealist. Neben der fachlichen Unterrichtung der Studierenden und der eigenen Qualifizierung stand für die meisten von ihnen eine andere Komponente im Vordergrund: die ständige Hilfsbereitschaft, das Eingehen auf den einzelnen Studenten, das Bemühen, ihm menschliche Wärme und in der Fremde ein »Zuhause« zu geben (soweit das unter den mißlichen Internatsbedingungen überhaupt denkbar war). Bis weit in die achtziger Jahre hinein war es üblich, daß jede Seminargruppe wenigstens einmal im Jahr zu Gast bei ihren Lehrern war. Daß das auf Dauer nicht durchhaltbar war, liegt auf der Hand. Dennoch muß es der historischen Gerechtigkeit wegen vermerkt sein.

Aus dem nigerianischen Zufallskontingent und den weiteren studentischen Neuankömmlingen entwickelte sich Schritt für Schritt eine selbständige Struktureinheit innerhalb der ABF und dann innerhalb der Karl-

12 Augusta J. Berchina/Vera V. Elinson/Gerbert M. Stender: *Ucebnik nemeckogo jazyka*. Bd. 1–2. Moskva 1951, 2. ergänzte Auflage 1953, hrsg. im Verlag für Außenhandel. 13 Wolfgang Böttcher/Gertraud Hennlich/Karl-Heinz Nentwig: *Lehrbuch der deutschen Sprache für Ausländer. Teil 1–4*. Leipzig 1954, nur bestimmt für das Studienjahr 1954/1955. 14 Gertraud Heinrich: *Zur Zielkonzeption und zur Gestaltung der Prüfungen im Deutschunterricht für ausländische Studenten*. Diss. Phil. Leipzig 1963 und weitere Arbeiten.

Marx-Universität Leipzig, die – wie gesagt – am 1. September 1956 zum Institut für Ausländerstudium umgebildet wurde. Die Zeit der Provisorien war vorbei. An die Spitze des Instituts wurde die Kommunistin und Pädagogin Katharina Harig mit einer Professur für Erziehungswissenschaft berufen. Hans Mayer hat ihr ein warmherziges Porträt in seinen Memoiren gewidmet.¹⁵ Ihr Augenmerk galt in besonderem Maße dem pädagogischen Prozeß. Ihr verdanken wir auch die Initiative,

das Institut in Herder-Institut umzubenennen, ein Markenzeichen von Weltgeltung. Aber die Entwicklung ging weiter. Die wissenschaftliche Fundierung des Faches Deutsch als Fremdsprache, die tiefere Erforschung der Vermittlung des Deutschen an Ausländer stellte neue Aufgaben, die in Angriff zu nehmen waren. Das aber ist bereits ein anderes Kapitel, diesmal aus der Geschichte des Herder-Instituts.

¹⁵ Hans Mayer: *Exkurs aus dem Leben von Käthe Harig*. In: Hans Mayer: *Ein Deutscher auf Widerruf*. Bd. 2. Frankfurt am Main 1984. S. 195–209. Siehe außerdem das von Mayer kritisierte Porträt von Alexander Porz: *Katharina Harig (1901–1977)*. In: *Namhafte Hochschullehrer der Karl-Marx-Universität*. Hrsg. Karl-Marx-Universität Leipzig. Bd. 3. Leipzig 1983. S. 36–45.

GOTTFRIED UHLIG

Voraussetzungen und erste Schritte der Pädagogischen Fakultät

Das »Gesetz zur Demokratisierung der deutschen Schule«, das am 31. Mai 1946 durch das Präsidium der Landesverwaltung Sachsen verabschiedet worden war, stellte der Schule die Aufgabe, »die Jugend zu selbständig denkenden und verantwortungsbewußt handelnden Menschen« zu erziehen, sie von nazistischen und militaristischen Auffassungen zu befreien und jedem Schüler »ohne Unterschied des Besitzes, des Glaubens oder seiner Abstammung die seinen Neigungen und Fähigkeiten entsprechende vollwertige Ausbildung« zu geben.¹ Entsprechend wurde die Struktur des Schulwesens verändert: An die Stelle der bisherigen Volksschule, der Mittelschule und der Unterklassen der höheren Schulen trat die für alle Kinder obligatorische achtklassige Grundschule. Auf sie bauten die vierklassige, in drei Zweige differenzierte Oberschule und die zwei- bis dreijährigen Berufsschulen auf.

Die Demokratisierung des Bildungsinhalts und der Struktur des Schulwesens bedingte auch Veränderungen auf dem Gebiet der Lehrerbildung. Paragraph 7 des Schulgesetzes hatte dazu festgelegt :

»Die Lehrerausbildung wird entsprechend den grundsätzlichen Forderungen dieses Gesetzes neu geregelt. Darüber ergeht ein besonderes Gesetz.«²

Weil es keine deutsche Instanz mit gesetzgeberischer Befugnis für die ganze sowjetische Besatzungszone gab, das Verfahren einer fünfmaligen Verabschiedung eines abgestimmten Entwurfes in den Ländern und Provinzen – wie im Falle des Schulgesetzes – aber sehr aufwendig war und bis zum Beginn des Schul- und Studienjahres 1946/47 schwerlich bewältigt werden konnte, wurde Paragraph 7 des Schulgesetzes in Form des Befehls Nr. 205 des Obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland über die Einrichtung Pädagogischer Fakultäten an den Universitäten der so-

wjetischen Besatzungszone in Deutschland vom 12. Juli 1946³ erfüllt.

Dem Argwohn, durch diesen Befehl der Besatzungsmacht seien die Pädagogischen Fakultäten gleichsam als Trojanische Pferde oktroziert worden, kann man mit vier Argumenten begegnen:

1. Inhalt und Wortlaut des Befehls wurden weitgehend durch Mitarbeiter der deutschen Schulverwaltungen mitbestimmt.⁴ Dabei wurden heftige Auseinandersetzungen um die Frage geführt, *welche* Lehrer an den Pädagogischen Fakultäten ausgebildet werden sollten. Die Schulreformer aus der deutschen Lehrerbewegung und der Sozialdemokratie wollten die Fakultäten zur Ausbildungsstätte für *alle* Lehrer machen, um durch die gemeinsame Ausbildung die sozialen Gegensätze zwischen Studienräten und Grundschullehrern abzubauen und einen einheitlichen Lehrerstand zu schaffen. Die Vertreter der Universitäten und der sowjetischen Militärverwaltung lehnten diesen etwas illusionären Vorschlag entschieden ab, denn er hätte den Bestand der Philosophischen und der späteren Mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultäten gefährdet und sie zumindest teilweise in den Pädagogischen Fakultäten aufgehen lassen. Die Pädagogischen Fakultäten wurden schließlich auf die Ausbildung von Grundschullehrern begrenzt.

2. Die Regelung im Sinne des Befehls Nr. 205 entsprach mit ihrer Verlegung der Ausbildung sämtlicher Lehrer an die Universität den gesetzlichen Bestimmungen, die in den Jahren der Weimarer Republik in einigen deutschen Ländern, so auch in Sachsen, für die Ausbildung von Volksschullehrern eingeführt und verwirklicht worden waren, bis sie das faschistische Regime aufhob. Auch die Universität Leipzig besaß seit 1924 ein Pädagogisches Institut, das in einem dreijährigen Lehrgang Volksschullehrer ausbildete.

1 Dokumente zur Geschichte des Schulwesens in der Deutschen Demokratischen Republik. Ausgew. von Gottfried Uhlig. Eingel. von Karl-Heinz Günther und Gottfried Uhlig. Teil 1: 1945–1955. Berlin 1970. S. 208. *2* Ebenda. S. 210. *3* Ebenda. S.214. *4* Gottfried Uhlig: Der Beginn der antifaschistisch-demokratischen Schulreform 1945–1946. Berlin 1965. S. 243ff.

3. Wie diese Regelungen aus der Weimarer Republik konnte sich auch der Befehl Nr. 205 darauf berufen, daß die Universitätsausbildung für alle Lehrer zu den traditionellen Forderungen der deutschen Arbeiterbewegung und auch der demokratischen Lehrerschaft seit der Zeit des Vormärz gehörte.

4. Schließlich ist darauf zu verweisen, daß die deutschen Schulverwaltungen in einem wichtigen Punkt vom Wortlaut des Befehls abwichen, ohne dafür von der SMAD zur Ordnung gerufen zu werden. Im Text des Befehls wurde nämlich die Aufgabe gestellt, »Pädagogische Fakultäten zur Vorbereitung von Lehrern für die Mittelstufe der allgemeinbildenddemokratischen Einheitschule einzurichten.«⁵

Im Text des Gesetzes zur Demokratisierung der deutschen Schule taucht jedoch der Begriff »Mittelstufe« gar nicht auf. Es wurde lediglich zwischen der Grundstufe (Grundschule) und der Oberstufe (Oberschule, Berufsschule) unterschieden. Der Begriff »Mittelstufe« implizierte die Existenz einer gesonderten »Unterstufe«, die dem damaligen sowjetischen Schulaufbau entsprach.

Soweit deutsche Schulreformer von einer »Unterstufe« sprachen, meinten sie die Unterklassen der Grundschule oder der früheren Volksschule, die organisatorisch nicht von den höheren Klassen getrennt waren, sich aber durch bestimmte methodische Besonderheiten von ihnen unterschieden.

In der deutschen Bildungsgeschichte bis 1946 gab es nie einen gesonderten »Unterstufenlehrer«, schon gar nicht eine gesonderte Ausbildung für ihn. Der Lehrgang der früheren Volksschule und der Grundschule wurde als Einheit von Klasse 1 bis 8 verstanden.

Die Begrenzung der Pädagogischen Fakultäten auf die Mittelstufe, also auf die Klassen 5 bis 8, ging stillschweigend von der Annahme aus, der Unterstufenlehrer benötige keine Universitätsausbildung. Das erschien den demokratischen Pädagogen in Deutschland damals wegen der komplizierten persönlichkeitsbildenden Aufgaben des Lehrers in unteren Klassen, auf die außerdem die Berufsbefähigung des Lehrers nicht begrenzt werden sollte, als unannehmbar.

Wenn man jedoch die Tätigkeit des Lehrers – und die stalinistische Pädagogik der Sowjetunion tat das – in erster Linie als die Übermittlung von Wissen und Ideolo-

gie verstand, dann war es folgerichtig, etwas verächtlich auf die unteren Klassen herabzusehen und den Wert des Lehrers am Wissensumfang der von ihm betreuten Klassenstufe zu messen.

Es gereicht den Begründern der Pädagogischen Fakultät zur Ehre, daß sie die zitierte Festlegung des Befehls Nr. 205 ignorierten und Lehrer für die Klassen 1 bis 8 der Grundschule ausbildeten. Eines der Wahlfächer, die den Studenten angeboten wurden, war »Didaktik der Unterstufe«. Es wurde meist mit einem für die unteren Klassen relevanten zweiten Fach wie Deutsch, Musik, Körpererziehung oder Psychologie gekoppelt. Aber auch die Studenten mit derartigen Fachkombinationen erwarben die Lehrbefähigung für die Klassen 1 bis 8. Erst als die Ausbildung für Unterstufenlehrer in Angleichung an das sowjetische Vorbild an Institute für Lehrerbildung mit einer notdürftigen Fachschulbildung übertragen wurde (1951), lief die Ausbildung für Didaktik der Unterstufe an den Pädagogischen Fakultäten aus.

Die Pädagogische Fakultät an der Universität Leipzig wurde im Oktober 1946 eröffnet. Das gebührenfreie Studium umfaßte drei Jahre. Als Gründungsdekan wurde der Albanologe Maximilian Lambertz eingesetzt, der als sozialdemokratischer Lehrer und Schuldirektor in Wien und Leipzig langjährige pädagogische Erfahrungen erworben hatte. In Österreich war er 1934 aus politischen Gründen aus dem Schuldienst entlassen worden. Als Dekan wurde er im Herbst 1949 abgelöst durch den ehemaligen Lehrer Hugo Müller, der vor 1933 maßgeblich in der sozialdemokratischen Kinderfreundebewegung tätig gewesen war, von den Faschisten mit Berufsverbot belegt wurde, nach 1945 in der Lausitz Neulehrer ausgebildet hatte, 1948 eine Professur an der neu gegründeten Pädagogischen Hochschule Potsdam erhielt und von dort nach Leipzig berufen wurde. Er leitete die Fakultät bis zu ihrer Auflösung im Jahre 1955.

Als Lehrkräfte an der Fakultät wurden vor allem ehemalige Lehrer eingesetzt. Sie kamen teilweise aus dem Leipziger Lehrerverein, vertraten reformpädagogische Auffassungen, standen der Sozialdemokratie nahe, waren antifaschistisch gesinnt und hatten in der Mehrzahl schon seit 1945 in Leipzig an der Ausbildung von Neulehrern mitgewirkt.

Als Beispiele für diese Gruppe nenne ich Paul Wagner, Otto Miersch, Walter Reißmann und Erich Gentzsch. An höheren Schulen hatten Karl Werner und Werner Renneberg unterrichtet. Ersterer war Mitglied der CDU.

Die Ausbildung der Pädagogikstudenten auf pädagogisch-theoretischem Gebiet lag bis 1947 fast ausschließlich in den Händen Theodor Litts. Erst nach seinem Weggang war Alfred Menzel bemüht, mit seinen Vorlesungen zur Geschichte der Pädagogik die entstandene Lücke zu füllen. Menzel hatte seit 1922 als nichtjüdischer Lehrer an der Höheren Israelitischen Schule in Leipzig unterrichtet, war 1944 von der Gestapo verhaftet worden, konnte Anfang April 1945 fliehen und wurde in den letzten Kriegstagen von dem bekannten Pater Aurelius Arkenau versteckt. Seine Vorlesungen boten ein immenses anekdotisches Detailwissen, das allerdings die gedankliche Linienführung teilweise stark überwucherte. Im Wintersemester 1949/50 hörte ich beispielsweise seine Vorlesung »Geschichte der Pädagogik von Herbart bis zur Gegenwart«, bei der er so weit in die Vorgeschichte zurückging, daß er erst in der letzten Vorlesung des Semesters bei Herbart ankam.

Ab 1948/49 kamen einige Lehrkräfte an die Fakultät in Leipzig, deren politische Auffassungen durch die Kommunistische Bewegung geprägt worden waren. Es waren dies Hermann Ley, der allerdings schon 1949 an die Technische Hochschule Dresden ging, Katharina Harig, Walter Wolf und Ernst Eichler.

Hermann Ley hielt im Studienjahr 1949/50 Vorlesungen über dialektischen und historischen Materialismus, die Gegenstand der obligatorischen Zwischenprüfungen am Ende des 2. Semesters wurden, so daß die Ausbildung in dieser Disziplin an der Pädagogischen Fakultät früher für alle Studenten verbindlich wurde als an der übrigen Universität.

Großen Einfluß auf die weitere Entwicklung der Fakultät übten Walter Wolf und Ernst Eichler aus. Wolf, geboren 1907 in Gotha, hatte in Jena bei Peter Petersen und anderen studiert, wurde als Volksschullehrer wegen illegaler antifaschistischer Tätigkeit inhaftiert und verbrachte die Jahre von 1938 bis 1945 als Häftling in Buchenwald. 1945/46 leitete er als Landesdirektor für

Volksbildung die Schulreform in Thüringen.⁶ Eichler, geboren im Jahre 1900 in Bonn, erhielt seine pädagogische Ausbildung am katholischen Lehrerseminar in Bautzen. 1924 schloß er sich dem Leipziger Lehrerverein und 1927 der Kommunistischen Partei Deutschlands an. Später trat er der antistalinistischen Kommunistischen Partei Deutschlands-Opposition bei, was ihn jedoch nicht daran hinderte, nach 1933 gemeinsam mit Mitgliedern der KPD um Alfred Frank am illegalen Widerstandskampf teilzunehmen. Nach seiner Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft arbeitete er zunächst als Schulleiter in Leipzig, dann als Stadtschulrat und ab 15.10.1948 als Kurator der Universität Leipzig. Mit Gründung der DDR wurde er in das Ministerium für Volksbildung nach Berlin berufen. Aber schon 1950 wurde er im Zusammenhang mit der Parteiüberprüfung der SED-Mitglieder wieder aus dem Ministerium entfernt, weil er der »partei feindlichen Gruppierung« KPDO angehört hatte. Er erhielt eine Professur an der Pädagogischen Fakultät in Leipzig, wo er mit unermüdlichem Fleiß und größter Gewissenhaftigkeit seine fehlende Hochschulbildung wettzumachen suchte. Ab 1951 hielt er gediegene Lehrveranstaltungen zur Geschichte der Erziehung.

Wolf und Eichler waren auch die ersten Lehrkräfte an der Fakultät, die längerfristige Forschungen auf pädagogischem Gebiet einleiteten und Publikationen vorlegten.

Walter Wolf untersuchte mit seinen Mitarbeitern seit Anfang der fünfziger Jahre die Ursachen des Zurückbleibens einzelner Schüler im Unterricht;⁷ Ernst Eichler bereitete seit 1951 eine Monographie über den demokratischen Lehrer K. F. W. Wander vor, die 1954 erschien.⁸

An dieser Veröffentlichung war auch Paul Wagner mit einem größeren Beitrag über Wanders Arbeiten zur Sprichwörterkunde beteiligt.

Die Studentenschaft der Pädagogischen Fakultät Leipzig setzte sich in den ersten Jahren vor allem aus zwei Gruppen zusammen. Die erste bestand aus ehemaligen Neulehrern, die – anfangs nach einjähriger, später nach mehrjähriger – praktischer Tätigkeit eine volle Qualifikation für ihren bereits ausgeübten Beruf erwerben wollten. Sie gehörten in der Regel zu den Anhängern der

⁶ Klaus-Dieter Fichtner: *Walter Wolf 1907–1977. Weimar 1979. S. 11ff.* ⁷ Vgl. Walter Wolf: *Untersuchungen über das Zurückbleiben einzelner Schüler im Unterricht. Berlin 1955.* ⁸ Vgl. Karl Friedrich Wilhelm Wander 1803 bis 1879. Bearbeitet von einem Kollektiv der Pädagogischen Fakultät der Karl-Marx-Universität Leipzig unter Leitung von Prof. Eichler. Berlin 1954.

antifaschistischen und demokratischen Schulreform. Sie mußten nicht erst für ihren Beruf motiviert werden und nahmen aktiv und kritisch an der Ausbildung teil.

Die zweite Gruppe bestand aus Absolventen der Vorstudienanstalten. Etwa seit 1948 kamen sie in immer größerer Zahl zur Fakultät. Oberschüler, die unmittelbar nach dem Abitur an der Fakultät immatrikuliert wurden, bildeten zunächst die Ausnahme. Noch in meinem Studienjahrgang von 1949 bildeten sie eine kleine Minderheit. Erst vom folgenden Jahrgang an machten sie einen größeren Teil der Neuaufnahmen aus, während der Anteil der Neulehrer stark zurückging.

Herkunft und Werdegang ließen viele Studenten der Pädagogischen Fakultät die antifaschistisch-demokratische Entwicklung der Gesellschaft aktiv unterstützen. Deshalb spielte die Fakultät im politischen Leben der Universität eine wichtige Rolle. An der Fakultät selbst fanden seit 1948/49 heftige Auseinandersetzungen innerhalb des Lehrkörpers und der Studentenschaft über das Verhältnis zur sowjetischen Pädagogik und zur Reformpädagogik der Weimarer Republik statt. Sie führten beispielsweise dazu, daß der Versuch verhindert wurde, den künftigen Grundschullehrer nicht so sehr als Fachlehrer, sondern nach dem Vorbild des früheren Volksschullehrers zur methodischen Befähigung für den Unterricht in allen Schulfächern auszubilden.

Seit dem November 1949 wurden die Auseinandersetzungen um Grundpositionen der pädagogischen Wissenschaft maßgeblich getragen durch das »Pädagogische

Aktiv«, das die Parteiorganisation der SED gebildet hatte. Es bestand Mitte 1950 aus 14 Vertretern des Lehrkörpers, 21 Studenten und 12 Lehrern aus Schulen der Stadt und des Landkreises Leipzig.⁹ Eine Reihe Nachwuchswissenschaftler und Studenten, die sich gerade einige Grundkenntnisse des Marxismus in stalinistischer Schematisierung angeeignet hatten und auf dieser Grundlage zu vereinfachten und überzogenen Urteilen gelangten, bestimmten eine undifferenzierte, pauschale und einseitige Ablehnung der Reformpädagogik und des Leipziger Lehrervereins. Dennoch verblieb die Mehrzahl der bisherigen Anhänger der Reformpädagogik im Lehrkörper der Fakultät. Gemeinsam mit ihren Kritikern arbeiteten sie bis zur Auflösung der Fakultät im Jahre 1955 an der Ausbildung demokratischer Lehrer und an der Ausarbeitung theoretischer Grundlagen der antifaschistisch-demokratischen Schule mit. Dabei bemühten sie sich besonders um die praktische Befähigung der künftigen Lehrer.

Aus vielen Gesprächen – besonders mit Hugo Müller, Walter Reißmann und Paul Wagner – weiß ich, daß sie sich von manchen ihrer bisherigen Auffassungen ehrlichen Herzens kritisch distanzieren und sich um marxistische Standpunkte bemühten. Es wäre unhistorisch und wissenschaftlich unredlich, ihrem Wirken in den fünfziger Jahren die unveränderten Standpunkte der zwanziger Jahre zu unterlegen und sie als die Bilanz ihres Lebens auszugeben.

⁹ Ruth Müller: *Das »Pädagogische Aktiv«*. In: *Beiträge zur Geschichte der Pädagogik an der Universität Leipzig*, 2. Folge. Leipzig 1984. S. 4.

ALEXANDER BOLZ

Kulturphilosophisches, aufklärerisches und marxistisches Gedankengut in der Ausbildung im Fach Pädagogik 1946 bis 1950

Mit der Gründung Pädagogischer Fakultäten an deutschen Universitäten im Jahre 1946 schlug auch eine Sternstunde für das Fach Pädagogik.

In der Diskussion, die der Gründung Pädagogischer Fakultäten vorausgegangen war, setzte sich der Standpunkt durch, daß ein Lehrer 1. Pädagogik, 2. Psychologie, 3. beides miteinander verbinden und (erst) 4. ein Spezialfach haben müsse.¹ Die Diskussion darüber, ob der Pädagogik oder dem Fach der Vorrang gebühre, war sehr hartnäckig. Sie erfolgte oft recht emotional und wurde auch noch lange Zeit nach der Gründung recht leidenschaftlich an der Fakultät selbst geführt.

Theodor Litt befürchtete z. B. den Untergang der Wissenschaft, wenn der künftige Lehrer in sechs Semestern nur in *einem* Fach ausgebildet würde und die Lehrbefähigung für *alle* Klassen erhalten sollte. Das äußerte er sowohl in Diskussionen als auch in einem Memorandum, welches an den damaligen Präsidenten der Zentralverwaltung für Volksbildung, Paul Wandel, gerichtet war.

Diesen Positionen standen jene Forderungen gegenüber, die etwa seit 1848 von progressiven Lehrern, von Karl Friedrich Wilhelm Wander und Adolf Diesterweg sowie Vertretern der Arbeiterbewegung erhoben wurden, allen künftigen Lehrern eine akademische Ausbildung zuteil werden zu lassen und die soziale Unterscheidung zwischen Studienrat und Volksschullehrer zu überwinden, was bei der Demokratisierung der deutschen Schule als unbedingt notwendig erachtet wurde. Anfangs wurde in ungerechtfertigter Weise auch über den sogenannten »Einheitslehrer« gespöttelt, was aber bald gegenstandslos wurde.

Das Pendel schlug 1946, trotz eines gewissen Widerstandes aus den Fachkreisen, zugunsten der Pädagogik aus. Daß der Vorzug dem Fach Pädagogik gegeben wurde, läßt sich etwa folgendermaßen erklären:

1. Eine Mehrheit von Vertretern der pädagogischen Wissenschaft, demokratischer Parteien sowie der Ge-

werkschaften hatte sich bei der Entscheidung von Positionen der Aufklärung leiten lassen, die mit dem Begriff Allmacht der Erziehung umrissen sind. Durch die Erziehung sollte ein neuer Mensch heranwachsen und zugleich eine neue Gesellschaft errichtet werden.

Hinzu kommt, daß die Siegermächte nach 1945 auf die Educational solution setzten, d. h. auf eine erzieherische Lösung, um die Deutschen umzuerziehen, was jedoch jede damalige Besatzungsmacht anders definierte, auslegte und auch umsetzte.

Die Lehrer sollten vor allem »ethischen Halt« bekommen, was mit dem Blick auf die Nazi-Zeit hervorgehoben wurde, so daß aus dieser Sicht der Rolle der Pädagogik noch eine zusätzliche, erhöhte Bedeutung beigegeben wurde.

2. In der Diskussion spiegelte sich auch ein Zwist wider, der zwischen Philologen und Vertretern der wissenschaftlichen Pädagogik seit Friedrich August Wolf (Halle) und Johann Friedrich Herbart (Königsberg) ausgetragen wird. Kernaussage der Philologen war und ist, daß, wer über dem Stoff stehe, keine methodische Unterweisung brauche. Die pädagogische Ausbildung sei deshalb überflüssig.

Dieser Streit wurde 1946 seitens der Fachvertreter mit dem Argument erneut aufgenommen, daß die Pädagogik zu sehr auf die fachlichen Studienpläne als »Kopf« drücke, und dieser Zwist wurde unterschwellig bis in die jüngste Zeit weitergetragen.

An der Pädagogischen Fakultät Leipzig gab es 1946 zunächst zwei Ordinariate, und zwar eines für die »theoretische« und das andere für die »praktische Pädagogik«. Mit Wirkung vom 1. Juli 1945 war Litt für die Ordinarie (theoretische) Pädagogik und Philosophie berufen worden, und ab Herbst 1947 lehrten die Professoren Alfred Menzel und Alfred Petzelt sowohl Pädagogik als auch Philosophie an beiden Fakultäten, Petzelt noch zusätzlich in Psychologie, wofür er eigentlich vorgesehen war. Erst ab 1949 gab es nicht mehr die Besetzung meh-

¹ Victor Klemperer: *So sitze ich denn zwischen allen Stühlen*. Bd. 1. [Tagebücher 1945–1949]. Berlin 1999. S. 221.

rerer Lehrstühle durch eine Person, so daß von da ab das Ordinariat für theoretische Pädagogik, dessen Bezeichnung später in verhältnismäßig kurzer Zeit noch wechseln sollte, nur von einem Berufenen wahrgenommen wurde. Der Allgemeine Studentenausschuß der Universität (Asta) hatte bereits 1919 in seinem Reformprogramm die Forderung aufgenommen, einen gesonderten Lehrstuhl für Pädagogik einzurichten, was auf heftigen Widerstand stieß, aber erst 30 Jahre danach konnte die Selbständigkeit der Pädagogik als Wissenschaft auch durch die Einrichtung eines eigenen Lehrstuhles deutlich gemacht werden.

Bei der Berufung Litts im Jahre 1945 hielt die Leitung der Universität zunächst noch an dem Standpunkt fest, der von der Philosophischen Fakultät 1919 vertreten wurde, und zwar »an dem bisherigen Charakter der Professur festzuhalten«, wie es im Brief vom 19. Oktober 1919 an das Sächsische Kultusministerium hieß, »durch deren Titel eine enge Wesensverbindung von Philosophie und Pädagogik angedeutet ist.«²

Hans-Georg Gadamer und Litt haben in den vorbereitenden Diskussionen, die der Gründung der Pädagogischen Fakultät Leipzig vorausgingen, einmal die Bedeutung des philosophischen Weltbildes und zum anderen der pädagogischen Theorie für die Erziehung und Ausbildung der künftigen Lehrer hervorgehoben.

Die »enge Wesensverbindung« von Philosophie und Pädagogik bestand u. a. darin, daß die theoretischen Lehrveranstaltungen im Fach Pädagogik in Abhängigkeit zur philosophischen Richtung zu verstehen waren, die der jeweilige Lehrstuhlinhaber vertrat. Litt war Kulturphilosoph und Dilthey-Schüler, Menzel brachte vor allem aufklärerisches Gedankengut in die Lehrveranstaltungen ein, und bei Petzelt war die streng religiöse Ausrichtung durch den Katholizismus und der ihm entsprechenden Ethik unverkennbar. Im Jahre 1949 wurden die Vorlesungen und Seminare in Theorie der Pädagogik von Hermann Ley erstmals auf marxistischer Grundlage gehalten, obwohl er mehr Philosoph als Pädagoge war, aber er brachte mit großer Sachkenntnis die Ideen des Sozialismus ein.

Man kann mit gutem Gewissen von einer philosophisch stark beeinflussten Ausbildung in der Disziplin der theoretisch pädagogischen Fächer sprechen, die von

1946 bis 1950 pluralen Charakter trug, was treffend mit dem Begriff »philosophische Pädagogik« umschrieben werden kann. Dieser Zeitabschnitt ist m. E. bisher noch recht wenig aufgearbeitet worden, und er hat auch recht wenig im Blickfeld von wissenschaftlichen Untersuchungen gestanden. Damit soll gesagt sein, daß es u. E. notwendig erscheint, noch eingehendere Analysen gerade in den verschiedensten Bereichen der pädagogischen und methodischen Ausbildung von Lehrern anzufertigen, die den Zeitraum von 1946 bis 1950 an der Pädagogischen Fakultät Leipzig betreffen.

An dieser Stelle können wir nur exemplarisch auf einige Positionen eingehen, die damals in der theoretischen pädagogischen Ausbildung eine Rolle spielten.

Die NS-Zeit hatte jegliche Kontinuität unterbrochen, was die Theorie und Praxis der Pädagogik als Wissenschaft sowie die Entwicklung des Schulwesens insgesamt anbelangte, so daß 1945 völlig neu angefangen werden mußte.

Die pädagogische Faschismus-Forschung in Westdeutschland begann Mitte der 60er Jahre, und zwar nach fast 20jähriger »Sprachlosigkeit«, die NS-Erziehung aus der Sicht der unmittelbar daran beteiligten Personen zu untersuchen, und stellte fest, daß besonders die individualpädagogischen Kategorien der »geisteswissenschaftlichen Pädagogik« der Schüler Wilhelm Diltheys, wozu auch Litt zu rechnen ist, in den 20er Jahren versagten, und zwar hinsichtlich einer sehr fragwürdigen Gesellschaftstheorie und der darauf gegründeten Lehre von der »relativen Autonomie« der Erziehung. Litt sei der einzige der Dilthey-Schule gewesen, der dem Konflikt mit der nationalsozialistischen »Weltanschauung« nicht ausgewichen sei.³ Das Phänomen des Versagens vieler Hochschullehrer in den 20er Jahren ist u. E. immer noch ein Problem, das weiterer Untersuchungen bedürfte.

Litt setzte sich auch in der ersten Pädagogik-Vorlesung, die im Studienjahr 1946/47 nach der Gründung der Pädagogischen Fakultät stattfand, mit der NS-Ideologie auseinander. Sie erfolgte nicht vordergründig und erging sich auch nicht in Plattheiten, sondern dies geschah immanent, d. h. aus der Logik des Faches heraus.

Das ist mit wenigen Sätzen zu erläutern. Gleich zu Beginn seiner Vorlesungen erteilte er dem »Kardinalsirrtum« der Rassentheorie, wie er das bezeichnete, eine

² Archiv der Universität Leipzig. Personalakte von Th. Litt (Nr. 204). ³ Karl Christoph Lingelbach: *Erziehung und Erziehungstheorien im nationalsozialistischen Deutschland*. Weinheim, Berlin, Basel 1970. S. 20, 23.

Absage und kritisierte die Fragwürdigkeit des Geschichtsbildes des »Dritten Reiches«. Im Zusammenhang mit den Autarkie-Bestrebungen in Sparta z. B. zeigte er Parallelen zur Nazi-Zeit auf. Litt ist natürlich nicht der einzige gewesen, der, bezogen auf sein pädagogisches Fachgebiet, die Auseinandersetzung mit der Nazi-Ideologie gekonnt und einleuchtend vortrug.

Die Auseinandersetzung erfolgte aber auch indirekt. Das bezieht sich z. B. auf den Erziehungsbegriff, den Litt in den Vorlesungen vertrat, und der sich auf die traditionell gewachsenen Erkenntnisse der pädagogischen Wissenschaft stützte.

Einmal ist zu sagen, daß sich Litt nicht an den vom Irrationalismus geprägten Diltheyschen Erziehungsbegriff anlehnte, wonach Erwachsene das Seelenleben der Heranwachsenden bewußt zu beeinflussen hätten. Zum anderen unterschied er deutlich zwischen der unbewußten wechselseitigen Beeinflussung der Menschen untereinander und der absichtsvollen Erziehung. Damit bezog er eine Position gegen die funktionale Erziehung, die von der NS-Pädagogik praktiziert worden war und auf den NS-Pädagogen Krieck zurückging, der diesen Begriff 1922 in die Pädagogik eingeführt hatte.

Funktional meinte sowohl eine menschliche als auch eine biologische Funktion, und eine solche Erweiterung des Erziehungsbegriffes kann als Beginn der Auflösung des Erziehungsbegriffes bezeichnet werden, was damals noch nicht so deutlich war. Die Entwertung sowie die Abschaffung von Erziehung ist bis in die heutige Zeit zu verfolgen, so daß wir es hier mit einem bis heute noch nicht bewältigten Kontinuitätsbruch in der Pädagogik zu tun haben. Solche Kontinuitätsbrüche lassen sich auch noch anderweitig feststellen, worauf wir aber nicht weiter eingehen können. Die Mahnung bleibt allerdings, sich kritisch mit Entstellungen, Auflösungserscheinungen, auch der staatlichen Schule, auseinanderzusetzen, wobei wir uns den Prinzipien der Aufklärung verpflichtet fühlen.

Am 16. November 1945 wurde Alfred Menzel zum Honorarprofessor für Pädagogik ernannt und mit Wirkung vom 1. Januar 1947 erhielt er die Berufung zum Ordentlichen Professor für Pädagogik an der Pädagogischen Fakultät der Universität Leipzig.

Menzel kommt das Verdienst zu, im Sommersemester 1948 die erste zusammenhängende Vorlesungsreihe zur Geschichte der Pädagogik mit dem Titel »Geschichte der neueren Pädagogik von Herbart bis zur Gegen-

wart« gehalten und dazu auch Übungen veranstaltet zu haben.

In seine Lehrveranstaltungen flossen die Ideen der Aufklärung, insbesondere von Kant, und schulreformistische Ideen aus der Zeit der Weimarer Republik ein. Menzel strich insbesondere die Verdienste Herbarts heraus, der den Lehrstuhl Kants von 1809 bis 1835 inne hatte. Er bezeichnete Herbart als den eigentlichen Begründer der Systematischen Pädagogik. Das war Ende der vierziger und Anfang der fünfziger Jahre die Bezeichnung für die Theorie der Pädagogik. Unter Herbart sei die Pädagogik als Wissenschaft anerkannt und zur Universitätswissenschaft erhoben worden, wobei dieser schon damals die Fachgebiete Philosophie und Pädagogik in Personalunion vertreten habe. In Verbindung mit wissenschaftlichen Versuchen, vor allem der Psychologie, versuchte Herbart, die Theorie auf einen verlässlichen Boden zu stellen und für den Lehrer praktikabel zu machen. Am bekanntesten davon sind wohl die Herbartschen Formalstufen für die Unterrichtstätigkeit geworden.

Nach seiner Hochschullehrertätigkeit in Kiel übte Menzel eine 15jährige Unterrichtstätigkeit an der Höheren Israelitischen Schule in Leipzig aus, die von 1922 bis 1938 erfolgte. Diese Tätigkeit lehrte ihn, wie man mit der »Kinderseele« umzugehen habe und mit »nichtautoritären Mitteln« erziehen kann. Sicherlich war das für Menzel auch der Anlaß, eingehender auf Probleme der Pädagogik »vom Kinde« aus in seinen Lehrveranstaltungen einzugehen und sie historisch einzuordnen. Es ist zu begrüßen, wenn das von der Fritz-Thyssen-Forschung geförderte Projekt »Zum Leipziger Jüdischen Schulwerk 1912–1942« auch dem Leben und Wirken Alfred Menzels den gebührenden Platz einräumt. Das gleiche trifft auch auf Untersuchungen zu, die sich mit der Geschichte der Pädagogischen Fakultät Leipzig beschäftigen.

Im Studienjahr 1947/48 war durch den Weggang von Hochschullehrern eine arbeitsmäßig komplizierte Situation eingetreten, so daß Prof. Alfred Petzelt in dieser Zeit zwei Lehrstühle zu verwalten (für Philosophie und Psychologie) sowie vertretungsweise drei Institute (für Philosophie, Pädagogik und Psychologie) zu leiten hatte.

Mit Wirkung vom 01. Februar 1946 hatte Petzelt die Ernennung zum Dozenten erhalten sowie einen Lehrauftrag für Philosophie, Psychologie und Pädagogik, später auch eine Professur mit Lehrauftrag, also noch keine Berufung zum Ordinarius.

30 Jahre nach dem Ableben Petzelts erschien eine Schrift von ihm, die er nicht mehr selbst herausgeben konnte, in der die von einem seiner Schüler nicht belegte Behauptung aufgestellt wurde, daß Petzelt »1949 in den Westen flüchten mußte«. ⁴ Das ist schlichtweg falsch, da Petzelt am 20. September 1949 um die Genehmigung der Ausreise (nach Münster), der Mitnahme seiner Möbel und um seine Entlassung aus dem Dienst per 31. Oktober 1949 nachsuchte, dem auch stattgegeben wurde. ⁵ Das Institut für Theoretische Pädagogik war kommissarisch bereits am 01. Dezember 1948 an Prof. Hermann Ley übertragen und das Institut für Philosophie von Prof. Bloch übernommen worden. Die Leitung des Psychologischen Institutes ist erst später besetzt worden.

Im Sommersemester 1949 hielt Ley eine Vorlesung zum Thema »Geschichte der Pädagogik seit Pestalozzi«. Sofort zu Beginn wandte er sich gegen die These von der »relativen Autonomie« der Pädagogik, die von der geisteswissenschaftlichen Pädagogik vertreten wurde und noch wird, und er lehnte zugleich die aufklärerische Formel von der Möglichkeit einer Umgestaltung der Gesellschaft durch die Pädagogik ab.

Die pädagogischen Grundbegriffe Erziehung, Bildung und Unterricht lehrte er auf der Grundlage jener Auffassungen, die damals von der Sowjetpädagogik vertreten wurden. Was die Pädagogik im 19. Jahrhundert betraf, so ging Ley einmal auf die Durchsetzung progressiver Ideen ein, die oft weit über die jeweilige Zeit hinausgingen (z.B. bei Diesterweg oder Herbart) und zum anderen auf rückwärtsgerichtete Ideen, die nach der Revolution von 1848 dominierten (z.B. die Stiehlschen Regulative). Erziehungsfragen brachte er immer in Zusammenhang mit Machtfragen.

Besonderes Anliegen war für Ley, den Einfluß marxistischer pädagogischer Ideen, besonders der polytechnischen Bildung, bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts zu verfolgen und nachzuweisen, wobei er sich auch kritisch mit pädagogischen »Modeerscheinungen« sowie mit Bestrebungen des »Abrückens« vom marxistischen Gedankengut auseinandersetzte.

Hermann Ley war der letzte Hochschullehrer, der als Philosoph zugleich Theorie der Pädagogik lehrte. Nach ihm veränderten sich vor allem im Zusammenhang mit der Einführung des Zehn-Monate-Studiums die Struktur und der Inhalt der Ausbildung im Fach Pädagogik, so daß von einer neuen Entwicklung gesprochen werden kann. Das ist aber nicht mehr Anliegen unseres Beitrages.

LITERATUR

- Joachim Biener: *Mitschriften der Vorlesungen von Theodor Litt im Studienjahr 1946/47 zur »Geschichte der Pädagogik von der Antike bis 1830«*. 5 Octavhefte auch vom Theodor-Litt-Archiv fotokopiert.
- Alexander Bolz: *Mitschriften der Vorlesungen von Alfred Menzel im SS 1948 zum Thema »Geschichte der neueren Pädagogik von Herbart bis zur Gegenwart«*.
- Hermann Ley: *Geschichte der Pädagogik seit Pestalozzi*. SS 1949. 55 Seiten maschinenschriftliche Skripte.
- Theodor Litt: *Zur Frage der »Pädagogischen Fakultäten«*. *Denkschrift für Präsident Wandel*.
- *Protokolle der 1. und 2. Sitzung des Pädagogischen Aktivs vom 17. und 22. Dezember 1949*. Pädagogische Fakultät Leipzig.
- Hans Scheuerl: *Klassiker der Pädagogik*. 2. Band. München 1991.

⁴ Alfred Petzelt: *Subjekt und Subjektivität*. Weinheim, München 1997. S. 13. ⁵ Archiv der Universität Leipzig. Personalakte von A. Petzelt.

KONRAD KRAUSE/WALTER JAHN

Anmerkungen zur Vorgeschichte der Gründung der Pädagogischen Fakultät an der Universität Leipzig am 1. Oktober 1946

1. DEMOKRATISCHE SCHULREFORM UND GRÜNDUNG PÄDAGOGISCHER FAKULTÄTEN

Die Gründung der Pädagogischen Fakultät der Universität Leipzig – wie auch die Gründung der Pädagogischen Fakultäten an allen damaligen Universitäten der Sowjetischen Besatzungszone – war ein Vorgang, der in der Tradition demokratischer und sozialer pädagogischer Strömungen stand. Er ist nur richtig zu verstehen, wenn er im Zusammenhang mit dem bereits 100 Jahre währenden Kampf um eine demokratische Schulreform betrachtet wird.

Im Zuge der revolutionären Ereignisse in Deutschland fand schon 1848 in Eisenach die »Erste allgemeine deutsche Lehrerversammlung« statt, während der Lehrer aller Schulstufen und Schulgattungen – auch der Hochschulen – die Schaffung einer deutschen Volksschule beschlossen, die eine einheitliche, vom Kindergarten bis zur Hochschule aufwärts gegliederte, auf gemeinsamer menschlich-volkstümlicher Grundlage beruhende staatliche Einrichtung sein sollte. Einheitlichkeit und Staatlichkeit standen schon damals im Mittelpunkt der Überlegungen. In den demokratischen Bestrebungen rückte seinerzeit die Volksschule in das Zentrum der Betrachtungen, die von dem Gegensatz zwischen aufklärerischem Denken und einer frömmelnd religiös-christlichen Lebensauffassung inspiriert wurden. Eine gesunde Schule setzte natürlich einen gebildeten Lehrerstand voraus, vor allem eine Aufwertung der gesellschaftlichen Stellung des Volksschullehrers, was nicht selten Antrieb für die Gründung von Lehrervereinen war.

Die revolutionäre Bewegung wurde jedoch niedergeschlagen, eine deutsche demokratische Republik konnte nicht entstehen, nicht einmal eine konstitutionelle Monarchie für das gesamte Deutschland kam zustande. Damit rückten auch Verbesserungen im Schulwesen in weite Ferne. Die gescheiterte Revolution von 1848/49 nährte zudem das Mißtrauen monarchistischer und konservativer Kreise gegenüber einer Volksbildung, der

Volksschule und den Volksschullehrern. Das Bildungsniveau der Volksschule strebte z. B. in Preußen mit den Stiehlschen Regulativen einem extremen Tiefstand zu. Auch die Ausbildung an den Lehrerseminaren verflachte zusehends.

Erst nach der Reichsgründung kam in einigen deutschen Ländern wieder Bewegung in die Schulgesetzgebung. Dabei erzielte das damalige Sachsen die größten Fortschritte. Das Schulgesetz von 1873 erlaubte durch die staatliche Schulaufsicht eine fachmännische Leitung und zugleich eine Anhebung des Bildungsniveaus. Allerdings wurde die bis dahin einheitliche Volksschule, die seinerzeit noch durchweg auf niedrigem Niveau stand, nun in einfache Volksschulen, mittlere und höhere Volksschulen unterteilt, für die auch unterschiedliche Schulgeldregelungen galten. Gegen solche sozialen Differenzierungen haben besonders Sozialdemokraten und progressive Lehrervereine Einspruch erhoben und damit erneut Forderungen der 48er-Bewegung aufgegriffen. So erklärte z. B. der Leipziger Lehrerverein nachstehende Ziele als wesentlich:

- Einheitliche Schule für alle Kinder.
- Ein hohes Niveau des Unterrichts, was Hochschulbildung für alle Lehrer einschloß.

Die sächsische Schulgesetzgebung ab 1918/19, wobei besonders an das Übergangsschulgesetz, das Schulbedarfsgesetz und an das Lehrerbildungsgesetz erinnert sei, verlied dem sächsischen Schulwesen seinerzeit in Deutschland einen fortschrittlichen Charakter. Es war gekennzeichnet durch die einheitliche Volksschule, den Wegfall des Schulgeldes an Volksschulen und Berufsschulen und die wirkliche Staatlichkeit des Schulwesens. In Sachsen wurde auch der Religionsunterricht als Schulfach abgeschafft, eine Entscheidung, die allerdings nach einem Urteil des Reichsgerichtes wieder rückgängig gemacht werden mußte. Anstelle von Religion war das Fach Lebenskunde vorgesehen.

Im Lehrerbildungsgesetz vom 4. April 1923, das im wesentlichen der Kultusminister Prof. Dr. R. Seyfert initiiert hatte, war bestimmt worden, daß die sächsischen

Volksschullehrer ihre Ausbildung an der Universität Leipzig und an der TH Dresden erhalten sollten. Als Studiendauer waren 3 Jahre vorgesehen. Damit wurde in Sachsen die Ausbildung von Volksschullehrern an Lehrerseminaren abgeschafft. An der Universität Leipzig immatrikulierte die Philosophische Fakultät die angehenden Volksschullehrer. Sie bekamen hier ihre theoretische Ausbildung in Philosophie und in einem Fach, in Pädagogik und Psychologie unter Einbeziehen von Hochschullehrern der Juristischen und der Medizinischen Fakultät. Die praktische, vor allem die didaktisch-methodische Ausbildung wurde allerdings einem Pädagogischen Institut übertragen, das sich in der Elisenstraße 150/Ecke Gustav-Freytag-Straße befand. Ihm war zudem eine Institutsschule angegliedert (die spätere Herderschule). Allerdings bestand zwischen dem »Pädagogischen Institut« und der Universität in Leipzig nur eine lose Assoziation. Diese Regelung war Ausdruck eines im Neuhumanismus verwurzelten Denkens der Universitätsvertreter, nach dem praktisch orientierte Tätigkeiten nicht zum Lehrgegenstand einer Universität gehörten. Universitätsstudium sei nur mit Aneignung der Wissenschaft, nicht aber mit der Ausbildung für ein eng begrenztes berufliches Tätigkeitsfeld zu vereinbaren. Voraussetzung für das Studium der Volksschullehrer war die Reifeprüfung. Im Laufe der Jahre wurde der Zuspruch für die neue Studienrichtung in Leipzig so groß, daß das Ministerium in Dresden die Zahl der Zulassungen begrenzen mußte (numerus clausus). Bereits früher hatte man für Absolventen der Lehrerbildungsseminare die Möglichkeit für ein Weiterstudium an der Universität eröffnet, wenn sie die Abschlußnote 1 erreicht hatten.

Soweit einige Anmerkungen zur Vorgeschichte und zu Regelungen in der Weimarer Republik, die später bei der Vorbereitung der Gründung Pädagogischer Fakultät eine Rolle gespielt haben.

Mit dem Gesetz zur Demokratisierung der Deutschen Schule vom 31. Mai 1946 wurde eine Forderung der bürgerlich-demokratischen Revolution erfüllt, denn eines ihrer erklärten Ziel war, die Jugend zu Menschen zu erziehen, die selbständig denken, die verantwortungsbewußt handeln, und die fähig und bereit sein sollten,

sich in den Dienst der Gemeinschaft zu stellen. Ihre Anschauungen sollten frei von nazistischem und militaristischem Gedankengut sein und im Geist des friedlichen Zusammenlebens der Völker, echter Demokratie und wahrer Humanität stehen. Entsprechend dieser Zielsetzung sah das Gesetz eine in Stufen gegliederte demokratische Einheitsschule vor, die von der Vorstufe über eine Grundstufe und die Oberstufe bis zur Hochschule Klarheit und Durchlässigkeit auszeichnen sollte. Diese Ziele entsprachen dem allgemeinen antifaschistischen und demokratischen Geist der Zeit unmittelbar nach dem Krieg.

Auf der Grundlage dieses neuen Gesetzes und dem ihm zugrunde liegenden Geist mußte in der Sowjetischen Besatzungszone auch die Lehrerbildung neu konzipiert werden. Eine erste und dringliche Maßnahme war die Durchführung von Ausbildungskursen für Neulehrer. In Leipzig entstand neben anderen Einrichtungen für diese Aufgabe schon 1945/46 ein »Pädagogisches Institut«, das nicht zur Universität gehörte. Später bekam es den Namen »Schulwissenschaftliches Institut«. Es war direkt der Landesverwaltung Sachsen unterstellt. Seinen Sitz hatte es in der Gustav-Freytag-Straße 42, dem späteren Haus der Pädagogischen Fakultät.¹ Frühzeitig hatte man jedoch auch vorgesehen, neue Institutionen für die Lehrerbildung an den Universitäten zu schaffen. Die Vorbereitungen zur Gründung Pädagogischer Fakultät vollzogen sich dabei im Bezugfeld unterschiedlicher Interessenlagen. Entscheidungen lagen natürlich in letzter Instanz bei der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD). Allerdings haben in beratender Weise Vertreter der Universität Leipzig, der Landesverwaltungen Sachsen sowie Leipziger Schulfunktionäre mitgewirkt und aus der deutschen pädagogischen Tradition abgeleitete Überlegungen in die Diskussionen um die Fakultätsgründung eingebracht.

Was die an der Universität verbliebenen Professoren anbelangt, so muß man hier hervorheben, daß es sich bei ihnen um Gelehrte handelte, die in keiner Weise mit dem NS-Regime verstrickt gewesen waren. Die Entnazifizierung an der Universität war nach dem Einmarsch der Roten Armee Anfang Juli 1945 mit großer Konsequenz und nach wiederholt verschärften und von der

¹ Für die Abfassung des Vortrags wurden vor allem Erkenntnisse und zeitliche Angaben aus Archivalien des Stadtarchivs Leipzig gewonnen. Eingesehen wurden besonders: StVuR(1) Nr. 4555, Nr. 4572, Nr. 4599, Nr. 10 068, Nr. 10 090.

sowjetischen Militärverwaltung festgelegten Kriterien vollzogen worden. Eine nicht geringe Zahl der nach der Entnazifizierung verbliebenen Professoren hatte Widerstand gegen das NS-Regime geleistet, war zwangsemeritiert, gemaßregelt oder entlassen worden. Professoren der Philosophischen Fakultät haben in ihren Diskussionen zum Neuaufbau der universitären Lehrerbildung eine Lösung favorisiert, die in Leipzig bereits in der Weimarer Republik bei der Ausbildung der sächsischen Volksschullehrer erprobt worden war. Vertreter des Schulwissenschaftlichen Instituts, insbesondere sein Direktor Dr. Roman Roth, sowie Vertreter der Stadt Leipzig hingegen neigten hinsichtlich der Gliederungen des neuen Schulsystem sowie bei der Ausbildung der Lehrer zu radikaleren Vorstellungen. Nach ihren Vorschlägen sollte nur noch ein Einheitslehrer ausgebildet werden, dessen Einsatz für alle Schulstufen vorgesehen war. Der Vertreter der SMAD, Prof. Smirnow, der in Leipzig überwiegend die Verhandlungen führte und der im zivilen Beruf Mathematiker war, hatte in den Aussprachen nicht selten die Position der Universität unterstützt. Seine Vorschläge waren naturgemäß vom Aufbau des sowjetischen Bildungssystems inspiriert. Bei allen Gruppierungen bestand jedoch Übereinstimmung in der Auffassung, daß die neue Schule demokratisch und antifaschistisch sein mußte.

2. AUFFASSUNGEN VON VERTRETERN DER PHILOSOPHISCHEN FAKULTÄT ZUR NOTWENDIGKEIT DER GRÜNDUNG EINER PÄDAGOGISCHEN FAKULTÄT

Daß der Plan bestand, an der Universität Leipzig eine Pädagogische Fakultät zu gründen, teilte Prof. Hans-Georg Gadamer erstmalig in der Fakultätssitzung am 3. April 1946 mit. Das Datum belegt, daß man sich bereits längere Zeit vor dem Erlaß des Befehls Nr. 205 vom 12. Juli 1946, der die Gründung Pädagogischer Fakultäten an den Universitäten Berlin, Rostock, Greifswald, Halle, Jena und Leipzig anordnete, mit dieser Frage befaßte.

Seit dem 28. Januar 1946, die Universität war zu diesem Zeitpunkt noch nicht eröffnet, übte Prof. Klingner

das Amt eines Dekans der Philologisch-historischen Abteilung der Philosophischen Fakultät aus. Im April hatten sich die SPD und die KPD zur SEPD vereinigt, für die später die Bezeichnung SED üblich wurde. Zu diesem Zeitpunkt existierten zu möglichen inhaltlichen und organisatorischen Strukturen einer Pädagogischen Fakultät nur verschwommene Vorstellungen.

Einen Eindruck von den seinerzeit an der Philosophischen Fakultät geführten Diskussionen kann man sich an Hand der Protokolle der Fakultätssitzungen verschaffen, die im Universitätsarchiv vorliegen.² Im Zeitraum vom 9. Januar 1946 bis zum 4. Oktober 1946, der für unsere Untersuchung von Interesse ist, fanden 11 Sitzungen statt, von denen in sieben mehr oder weniger ausführliche Beratungen zur Gründung der Pädagogischen Fakultät stattgefunden haben. Neben den Professoren Gadamer und Theodor Litt beteiligten sich die Professoren Theodor Frings, Schweitzer, Hund, Klingner, Hans Freyer und Holldack an den Diskussionen. In den Protokollen ist zudem ein umfassender Bericht enthalten, den Anfang Oktober 1946 auf zwei Sitzungen Prof. Maximilian Lambertz als Dekan der neuen Pädagogischen Fakultät vor den Professoren der Philosophischen Fakultät abgegeben hatte. Den Protokollen kann man zusammenfassend nachstehende Haltung der Philosophischen Fakultät entnehmen, an deren Ausprägung besonders Prof. Litt beteiligt war:

1. Die Gründung einer Pädagogischen Fakultät wurde nicht befürwortet. Prof. Litt befürchtete die Zerstörung der Einheit der Philosophischen Fakultät. Es wurde daher vorgeschlagen, an der Philosophischen Fakultät zu den bereits bestehenden zwei Abteilung zusätzlich eine Abteilung für Philosophie und Pädagogik einzurichten. Die Gliederung der Fakultät hätte dann wie folgt aussehen:

- Geisteswissenschaftliche Abteilung
- Mathematisch-Naturwissenschaftliche Abteilung
- Philosophisch-Pädagogische Abteilung.

2. Besonders von Prof. Litt wird der auf einer Konferenz in Berlin, die wohl im Juni 1946 stattfand, erörterte Vorschlag abgelehnt, nach dem in Zukunft nur noch ein

² *Universitätsarchiv Leipzig. Protokolle der Philosophischen Fakultät, Film Nr. 30. Jahrgang 1928 bis 1947. Bd. VIII. Nr. 89. Blätter 314, 315, 316, 318, 319, 320, 321, 322, 323, 324, 333, 336, 337, 338, 339, 340, 341.*

sogenannter »Einheitslehrer« ausgebildet werden sollte, der über die Fähigkeit verfügt, in allen Stufen einer zu schaffenden »Einheitsschule« zu unterrichten. Litt machte deutlich, daß dieses Ausbildungsziel in einer Studienzzeit von 3 Jahren nicht zu erreichen sei. Sowohl das neue Schulsystem als auch die Lehrerausbildung müssten über eine gewisse Differenzierung verfügen.

3. Die Ansicht zentraler Behörden, nach der in Zukunft bei der Auswahl geeigneter Hochschullehrer für die Pädagogische Fakultät die politische Gesinnung Vorrang vor dem Dokortitel haben müsse, stieß bei den Vertretern der Philosophischen Fakultät auf starke Ablehnung. Sie vertraten die Meinung, daß es ohne akademische Grade auch keine akademischen Rechte und Berufungen geben könne. Besonders Prof. Litt stellte heraus, daß es nicht zulässig sei, die Besetzung der Lehrstühle und die Auswahl von Lehrbeauftragten mit deren Gesinnung zu verbinden und damit die Universität zu politisieren. Lehrstühle dürften nicht zu Objekten ideologisch-parteilichtiger Bestrebungen werden, sondern nur auf der Grundlage rein wissenschaftlicher Befähigung besetzt werden.

Die Vertreter der Philosophischen Fakultät hatten schnell erkannt, daß die Neugründung von Fakultäten ein taktisches Mittel war, um unter Umgehung der üblichen Berufsregelungen der neuen politischen Linie treu ergebene, politisch zuverlässige Personen, insbesondere Kommunisten, in die Universität zu bringen. Ohne Zweifel schwang bei den Diskussionen der Professoren auch die Sorge mit, daß eine neue Pädagogische Fakultät der Philosophischen Fakultät ihre Studierenden entziehen könnte. Zudem geht aus der Durchsicht der Protokolle klar hervor, daß die Mehrzahl der Professoren die Meinung vertrat, daß auch in der Lehrerausbildung zwischen »Volksschul-/Grundschullehrern« und Lehrern für die »Gymnasien/Oberschulen« unterschieden werden müsse und daß die mehr praktisch-unterrichtliche Ausbildungsabschnitte in Form von Lehrpraktika nur locker an die Universität als Institution gebunden werden dürften. Bereits am 15. Mai hatte Prof. Gadamer nach einem Besuch in Berlin mitgeteilt, daß die Gründung einer Pädagogischen Fakultät in Leipzig eine bereits beschlossene Sache sei.

In der Vorbereitungsphase der Gründung Pädagogischer Fakultäten haben die Vertreter der Universität Leipzig, insbesondere Prof. Litt, vorwiegend in zentralen Gremien mitgewirkt.⁵ Die Einstellung Litts zur Fakultätsgründung kommt nicht nur in den Protokollen der Philosophischen Fakultät, sondern auch in Briefen an Prof. Eduard Spranger sowie in drei weiteren Schriften zum Ausdruck, die als Manuskripte erhalten geblieben sind:

1. Zum Deutschen Demokratischen Schulprogramm
2. Zum Plan der Pädagogischen Fakultät
3. Zur Frage der Pädagogischen Fakultäten.

Auf diesen drei Manuskripten, die gegenwärtig in der Litt-Forschungsstelle der Universität Leipzig an der Erziehungswissenschaftlichen Fakultät aufbewahrt werden, ist kein Datum vermerkt. Sie stammen aber, erkennbar an der angesprochenen Thematik, mit Sicherheit aus dem Jahr 1946.

Das Manuskript »Zur Frage der Pädagogischen Fakultäten« ist eine Denkschrift, die Prof. Litt auf Wunsch des Präsidenten der Zentralverwaltung für Volksbildung Paul Wandel verfaßte. In ihr schlägt Litt drei Lösungsvarianten für die Lehrerausbildung an Universitäten vor, von denen die Gründung einer Pädagogischen Fakultät die seiner Meinung nach am wenigsten wünschenswerte Entscheidung ist. Litt favorisierte in dieser Schrift ein Modell, das sich schon während der Weimarer Republik bei der Ausbildung der Volksschullehrer in Sachsen an der Universität Leipzig praktisch bewährt hatte. Es basierte auf einer Verbindung der Philosophischen Fakultät mit einem Pädagogischen Institut für die praktischen Ausbildungsabschnitte, das mit der Universität nur in einer losen Verbindung stehen sollte.

3. ZUR AUSARBEITUNG EINES KONZEPTS FÜR DIE PÄDAGOGISCHE FAKULTÄT AN DER UNIVERSITÄT LEIPZIG

Die Beantwortung der Frage, wer das Konzept für die Pädagogische Fakultät der Universität Leipzig ausgearbeitet hatte, führte uns nicht etwa in die Universität selbst, sondern in das »Schulwissenschaftliche Institut«. Die entscheidenden konzeptionellen Vorarbeiten für die Fakultätsgründung leistete dort Dr. Roman Roth, der der

3 Wolfgang Klafki: *Die Pädagogik Theodor Litts*. Königstein/Ts. 1982.

Direktor dieses Instituts war, das nicht zur Universität gehörte. An ihm wurden Neulehrer in Kursen mit einer Dauer von 8 Monaten ausgebildet. Seinen Sitz hatte es in der Gustav-Freytag-Str. 42.

Die Frage, ob man dieses Institut mit der Absicht gründete, um aus ihm später die Pädagogische Fakultät hervorgehen zu lassen, muß man sicher verneinen. Aus einer von uns aufgefundenen Namensliste seiner Mitarbeiter geht jedoch hervor, daß einige von ihnen später an die Pädagogische Fakultät übernommen worden sind. Dr. Roth hatte bereits am 30. Mai 1946 für die inhaltliche und organisatorische Ausgestaltung der Fakultät einen Vorschlag bei Ministerialrat Schneller in der Landesverwaltung Sachsen – Abt. Inneres und Volksbildung – eingereicht. Man kann annehmen, daß diese Dienststelle Dr. Roth auch beauftragte, konzeptionelle Vorüberlegungen zur Fakultätsgründung anzustellen. Duplikate des Konzepts wurden bei der SMAD in Berlin Karlshorst, bei der Zentralverwaltung für Volksbildung in Berlin und beim Stadtrat Helmut Holtzhauer in Leipzig vorgelegt. In einem mit dem Konzept eingereichten Begleitschreiben ist von einer Denkschrift die Rede, in der von Dr. Roth die Ausbildung eines »Einheitslehrers« gefordert wurde. Diese Denkschrift haben wir in den von uns bisher durchgesehenen Archivalien im Stadtarchiv Leipzig nicht auffinden können. Mit Sicherheit befindet sie sich in Dresdener Archiven, in denen der Schriftverkehr der Landesverwaltung aufbewahrt wird.

Nach Roths Vorstellungen sollte die Pädagogische Fakultät aus 4 Abteilungen bestehen:

- 1.) Erziehungswissenschaftliche Abteilung
- 2.) Fachwissenschaftliche Abteilung
- 3.) Schulwissenschaftliche Abteilung
- 4.) Abteilung für Volkskultur und Sozialarbeit.

Als Leiter der »Schulwissenschaftlichen Abteilung« hatte sich bereits zu diesem frühen Zeitpunkt Dr. Roth selbst vorgeschlagen.

Bei seinen konzeptionellen Überlegungen hatte Dr. Roth eng mit dem Leipziger Stadtrat Holtzhauer zusammengearbeitet, der im Schulwesens der Stadt für kaderpolitischen Entscheidungen eine Schlüsselfunktion innehatte. Dr. Roth und Stadtrat Holtzhauer waren zudem Mitglied der KPD gewesen. Sie kannten sich daher schon aus ihrer Parteiarbeit. Nicht zuletzt bevorzugten sie auch

deswegen ein extremes Streben nach Vereinheitlichung bei der Schaffung einer neuen Schule sowie bei der Planung einer zukünftigen Lehrerausbildung.

4. ZUR ROLLE DER SMAD BEI DEN GRÜNDUNGSVORBEREITUNGEN DER PÄDAGOGISCHEN FAKULTÄT

Für die Zusammenarbeit der SMAD mit der Universität war in Leipzig Prof. Smirnow, einer ihrer Deutschlandexperten, zuständig. Er führte und koordinierte die entscheidenden Verhandlungen. Welche Haltung Prof. Smirnow hinsichtlich der Gründung einer Pädagogischen Fakultät vertrat, geht aus einem Protokoll hervor, das im Stadtarchiv Leipzig eingesehen werden kann. Aus ihm gist zu entnehmen, daß z. B. am 13. August ein Treffen zwischen Dr. Roth und Prof. Smirnow stattfand. Nach diesem Treffen informierte Roth umgehend eine Verwaltungsstelle auf dem Rathaus über den Inhalt des Gesprächs telephonisch. Das aufgefundene Aufnahmeprotokoll des Telephonats ist mit »Li« abgezeichnet. Dieses Zeichen findet man auf Schriftstücken aus dem Büro von Stadtrat Holtzhauer. Man kann so mit Sicherheit sagen, das Roth sofort nach dem Gespräch an Holtzhauer einen telephonischen Bericht übermittelte, den eine Schreibkraft/Sekretärin seines Büros aufnahm, die ihre Schriftstücke mit »Li« kennzeichnete. Dr. Roth teilte in diesem Telephonat mit, das Prof. Smirnow damit einverstanden sei, wenn Roth selbst Stellvertreter des Dekans würde. Prof. Smirnow habe Prof. Litt als Dekan vorgeschlagen, was Roth allerdings ablehnte, weil nach seiner Auffassung Litt politisch unzuverlässig sei. Roths Vorschlag war Maximilian Lambertz. Prof. Smirnow sei nach dem Gespräch in die Wohnung von Lambertz gefahren, um mit ihm über diese Angelegenheit zu sprechen. Prof. Smirnow habe in dem Gespräch weiterhin eine Gliederung der Fakultät in 4 Abteilungen – wie das der Vorschlag Roths vorsah – abgelehnt. Nach der Vorstellung von Prof. Smirnows sollte es nur zwei Institute geben:

- Institut für Pädagogik und Geschichte der Pädagogik
- Institut für Didaktik.

In der Aussprache hatte sich Dr. Roth als Direktor des Instituts für Didaktik selbst empfohlen. Von besonderem Interesse für eine Auslegung des Inhalts des Befehls Nr. 205 ist, daß Prof. Smirnow den Vorschlag, in Zukunft nur noch einen Einheitslehrer auszubilden, nicht bil-

ligte. Nach Smirnows Vorstellungen, die natürlich auch die der SMAD waren, sollte die neue Lehrerbildung drei Bereiche umfassen.

1. Bereich: Lehrer für die Klassen 1 bis 4 (die entsprechende Ausbildungsinstitution sei noch zu bestimmen; möglicherweise Pädagogische Institute)

2. Bereich: Lehrer für die Klassen 5 bis 8 (Ausbildungsstätten sind die Pädagogischen Fakultäten)

3. Bereich: Lehrer für die Oberstufe (Auszubilden an den Philosophischen und Mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultäten der Universitäten).

Diese Vorschläge belegen, daß sich der Befehl Nr. 205 nur auf die Ausbildung von Lehrern für die »Mittelstufe«, also nicht auf die Lehrerbildung in ihrer Gesamtheit bezieht.⁴ Auch in der sowjetischen Lehrerbildung unterschied man seinerzeit 3 Lehrertypen: Lehrer für die Elementarschule, Lehrer für die unvollständige Mittelschule, Lehrer für die vollständige Mittelschule.

5. ZU PERSONALENTSCHEIDUNGEN FÜR DIE PÄDAGOGISCHE FAKULTÄT

Zu Personalfragen wurde auf einer Vielzahl von Beratungen verhandelt, von denen z.B. eine am 10. August 1946 an der Universität stattfand. Am 13. August 1946 kam Dr. Roth mit Prof. Smirnow zusammen, am 22. August 1946 berichtete Schulrat Ernst Eichler dem Stadtrat Holtzhauer über die Ergebnisse einer Beratung, die bei der Landesverwaltung in Dresden stattgefunden hatte. Bis zum 31. August 1946 war eine Personalliste für die Fakultät entstanden, die wie folgt aussah:

Dekanat

Dekan: Prof. Dr. Maximilian Lambertz

Prodekan: Studiendirektor Horst Wolf

Inspektor: Johanna Doser

Kanzleiangestellte: Marianne Orlamünder und Alma Sitte

Institut für Theoretische Pädagogik

Leiter: Prof. Dr. Theodor Litt

Stellvertreter: Prof. Dr. Alfred Petzelt

Institut für Praktische Pädagogik

Leiter: Prof. Dr. Alfred Menzel

Stellvertreter: Dr. Roman Roth

Lektoren für Methodik und Didaktik

1. Deutsch: Dr. Henrik Becker, Dr. Max Schumann, Willy Michaelis
2. Russisch: Prof. Forssmann, Dr. Mathilde Saenger
3. Französisch: Dr. Herbert Kühn, Dr. Hermine Rüdiger
4. Englisch: Studiendirektor Horst Wolf
5. Latein: Dr. Georg Franz, Dr. Theo Herrle, Dr. Hermann Reuther
6. Geschichte: Rudolf Pressl, Dr. Robert Riemann, Otto Gruber
7. Erdkunde: Walter Reißmann
8. Mathematik: Paul Kube, Dr. Werner Renneberg, Dr. Roman Roth
9. Physik: Dr. Karl Werner
10. Biologie und Chemie: Erich Gentsch
11. Didaktik des Elementarunterrichts: Otto Lautenbach, Otto Miersch, Dr. Christian Fischer, Erich Hannig

Die persönliche Zurücksetzung von Dr. Roth in die Rolle eines Stellvertreters machte eine klärende Aussprache zwischen ihm und Prof. Menzel notwendig. Am 12. September 1946 beauftragte Ministerialrat Donath Herrn Stadtrat Holtzhauer damit, diese Zusammenkunft herbeizuführen. Auf ihr sollten die persönlichen Aufgabenbereiche von Prof. Menzel und Dr. Roth klar abgegrenzt werden. Als Termin war der 18. September 1946 festgelegt worden. Allerdings erschien Prof. Menzel nicht zum vereinbarten Zeitpunkt. Er ließ vielmehr durch Prof. Lambertz, der an der Aussprache teilnehmen wollte, erklären, daß er wünschte, zusätzlich Vertreter der Universität zu diesem Gespräch hinzuziehen. Diese Auffassung würde auch Prof. Litt vertreten. Noch an diesem Tag sind Prof. Lambertz und Holtzhauer in die Wohnung von Prof. Menzel gefahren. Dort habe Prof. Menzel erklärt, daß Prof. Litt über Material verfüge, das es in Frage stellen würde, ob Dr. Roth überhaupt an der Uni-

⁴ Stadtarchiv Leipzig, StVuR(1). Nr. 4572. Blatt 17.

versität beschäftigt werden könne. Nach diesem Hinweis entwickelte Holtzhauer eine große Aktivität, um Kenntnis vom Inhalt dieses Materials zu bekommen. Er teilte diesen Sachverhalt nicht nur sofort der Landesverwaltung mit, sondern schrieb schon am 20. September 1946 an Prof. Litt einen Brief, den wir im Stadtarchiv in den Aktenbeständen aus Holtzhauers Büro aufgefunden habe. Holtzhauer bittet in diesem Brief Prof. Litt, ihm das Dr. Roth belastende Material zur Verfügung zu stellen.⁵

Nach diesem Brief fand zwischen Litt und Holtzhauer eine Aussprache statt, die für Holtzhauer jedoch nicht aufschlußreich genug gewesen sein muß, denn in einem zweiten Brief vom 5. Oktober 1946 forderte er Litt nochmals auf, ihm die gewünschten Informationen zukommen zu lassen.⁶

Wie sich diese Angelegenheit weiterentwickelt hat, kann nach den bisher aufgefundenen Dokumenten nicht rekonstruiert werden. Zwei Dr. Roth belastende Umstände könnten von Bedeutung gewesen sein:

1. Roth soll in der NS-Zeit im Reichsluftfahrtministerium als Offizier beschäftigt gewesen sein. Das folgte aus entsprechenden Äußerungen von Prof. Menzel und Rektor Prof. Gadamer.

2. In den eingesehenen Archivalien sind Hinweise enthalten, nach denen Roth an einer Habilitationsschrift schrieb. Möglicherweise war Prof. Litt als Gutachter vorgesehen und nach einer ersten Einsichtnahme könnte er sich schon innerlich für eine Ablehnung der Arbeit ausgesprochen haben. Aber das ist eine Vermutung. Eine Nachfrage beim Universitätsarchiv ergab, daß sich Dr. R. Roth an der Universität Leipzig nicht habilitierte. Also kam es zumindest in Leipzig nicht zur Aufnahme eines entsprechenden Verfahrens. Was aus Dr. Roth geworden ist, konnte bisher nicht geklärt werden. Sein Name erscheint nicht in Vorlesungsverzeichnissen dieser Zeit. In einer Personalliste vom 26. September 1946 ist Dr. Roth noch als Stellvertreter des Direktors des Instituts für Praktische Pädagogik Prof. Menzel aufgeführt. Der letzte Hinweis auf Dr. Roth findet sich in Protokollen der Philologisch-historischen Abt. der Philosophischen Fa-

kultät vom 4. Oktober 1946. An diesem Tag gab Prof. Lambertz einen ausführlichen Bericht zur Eröffnung der Pädagogischen Fakultät, in dem er darauf hinwies, daß Dr. Roth wahrscheinlich als Verantwortlicher für die Mathematikausbildung der Oberstufe in die Pädagogische Fakultät eingegliedert werden würde.

Als Prodekan ist in dieser Liste vom 26. 9. 1946 – also vier Tage vor der Eröffnung des Studienbetriebs an der Pädagogischen Fakultät – nicht mehr Oberstudiendirektor Horst Wolf aufgeführt, sondern Dr. Henrik Becker, der sich mit der Methodik des Deutschunterrichts befaßte. Gründe für diesen Wechsel kann man nur vermuten. Möglicherweise bestand die Universität auf der Forderung, daß für einen Prodekan nur ein Promovierter in Frage komme.

6. STUDIENBEGINN

Unabhängig von noch schwebenden Personalentscheidungen nahm am 1. Oktober 1946 die Pädagogische Fakultät ihre Arbeit auf. Dekan war endgültig Prof. Dr. M. Lambertz. Vor seiner Berufung an die Universität war er unmittelbar nach dem II. Weltkrieg Leiter der Fremdsprachenschule, dann Direktor der Helmholtz-Oberschule in Leipzig gewesen.⁷ Direktoren der beiden Institute waren Prof. Th. Litt und Prof. A. Menzel. Am Rande sei vermerkt, daß beide auch noch Sitz und Stimme in der Philosophischen Fakultät behalten hatten. Sie gehörten somit zwei Fakultäten an.

Insgesamt begannen 165 angehende Lehrer ihr Studium. Die im Befehl Nr. 205 vorgegebene Zahl von 200 wurde somit – auch nach intensiver Werbung und ohne Forderung des Abiturs als Studienvoraussetzung – nicht erreicht.⁸ Nach den Vorgaben für die Auswahl kann man annehmen, daß sich unter ihnen neben Abiturienten auch Neulehrer und solche Bewerber befunden haben, die, aus dem Krieg zurückgekehrt, sich nun endlich einer beruflichen Ausbildung zuwenden konnten. Von diesen Studierenden waren 71% Mitglied der SED, 18% Mitglied der LDPD, 5% Mitglied der CDUD und 6% parteilos. Die Aufgliederung nach der sozialen Herkunft

⁵ *Ebenda*. Nr. 4572. Blatt 61.

⁶ *Ebenda*. Nr. 4572. Blatt 67.

⁷ Gerda Uhlisch: Maximilian Lambertz. In: *Bedeutende Gelehrte in Leipzig*. Hrsg. von der Karl-Marx-Universität Leipzig. Leipzig 1965. Bd. 1. S. 261.

⁸ *Befehl Nr. 205*. In: *Dokumente der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland zum Hoch- und Fachschulwesen 1945–1949*. Hrsg. von Gottfried Handel und Roland Köhler. Studien zur Hochschulentwicklung. Berlin (1975) 57.

sah nach Absolutzahlen wie folgt aus: Arbeiter 69, Bauer 3, Angestellte 38, Handwerker 21, Lehrer 6, Studienrat 1, Beamter 3, Ingenieur 2, Kaufmann 4, Künstler 3, Eltern verstorben 13. Die Zahlen belegen, daß in jener Zeit nicht nur Arbeiterkinder zum Studium zugelassen wurden. Entscheidendes Kriterium waren vielmehr die politische Zuverlässigkeit und die Bürgerschaft durch eine Partei oder durch eine politische Massenorganisation. Trotz der ablehnenden Haltung von Prof. Litt und anderer Mitglieder der Philosophischen Fakultät gegenüber einer Pädagogischen Fakultät nahm diese am 1. Oktober 1946 ihren Betrieb auf. Sie bestand an der Universität Leipzig 9 Jahre. Dann wurde sie aufgelöst. Eine interessante Frage wäre die nach den Gründen. Aber das berührt schon nicht mehr die Thematik unseres Beitrages.

Bei einer Wertung all dieser hier nachgezeichneten Vorgänge und Ereignisse muß man die Besonderheiten der unmittelbaren Nachkriegszeit beachten, in der sie sich vollzogen. Sie kann nicht mit dem Wissen vorgenommen werden, das wir in der Zwischenzeit durch den wirklichen geschichtlichen Verlauf erlangt haben. Zudem sind die unklaren Konturen zu beachten, die man in den Diskussionen und bei der Meinungsbildung von dem hatte, was da bevorstand. Bei allem war und blieb natürlich, und das in jeglicher Hinsicht, die sowjetische Besatzungsmacht die entscheidende Macht- und Entscheidungsinstanz, auf die allerdings die SED nicht nur im beratenden Sinne zunehmend einen Einfluß erlangte.

Anlage 1

Fakultäten zu ausgewählten Zeitpunkten an der Universität Leipzig

| Jahr/ Zeitraum | Anzahl | Anmerkungen |
|----------------------|--------|---|
| Seit 1409 | 2 | Theologische Fakultät, Artistenfakultät |
| Seit 10. Juli 1415 | 3 | Medizinische Fakultät, erste urkundliche Erwähnung |
| Vermutl. seit 1446 | 4 | Gründung der Juristischen Fakultät |
| Seit 1. Oktober 1925 | 5 | Gründung der Veterinärmedizinischen Fakultät |
| 1925–1945 | 5 | |
| 5. Februar 1946 | 6 | Wiedereröffnung der Universität, Neu: Finanzwirtschaftliche Fakultät – Später Umbenennung |

| | | |
|----------------------------|----|---|
| 1. Oktober 1946 | 7 | in Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät Gründung der Pädagogischen Fakultät gemäß Befehl Nr. 205 der SMAD |
| 15. Februar 1947 | 8 | Gründung der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät gemäß Befehl Nr. 333 der SMAD |
| April 1949 | 7 | Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät wird in die Gesellschaftswissenschaftliche Fakultät eingegliedert |
| 1. Oktober 1949 | 8 | Gemäß Befehl vom 31.3.1949 wird die Arbeiter- und Bauernfakultät gegründet |
| Nach dem 11. April 1951 | 10 | Theologische F., Juristische F., Medizinische F., Vet. med. F., Philosophische F. (verkleinert am 1. April 1951), Mathemat.-Naturwiss. F. (neu), Landwirtschafts.-Gärtnerische F. (neu), Wirtschaftswiss. F. (neu: nach Auflösung der Gesellschaftsw. F. am 11. April 1951), Pädagogische F., Arbeiter- und Bauern-F. |

Anlage 2

Entscheidungsinstanzen bei der Gründung der Pädagogischen Fakultät an der Universität Leipzig

Alliierter Kontrollrat Gründung: 5. Juni 1945 bis 20. März 1948

SMA-Deutschland Gründung: Juni 1945 Berlin
Befehl Nr. 205 vom 12. Juli 1946 zur Gründung Päd. Fakultäten

Deutsche Zentralverwaltungen (insgesamt 11) – Gründung: 1. Juli 1945 Berlin – Zentralverwaltung Volkserziehung, Leiter: Paul Wandel

SMA-Sachsen Gründung: 9. Juli 1945

Landesverwaltung Sachsen Gründung: 1. Juli 1945

Präsident Rudolf Friedrichs

Kurt Fischer: Inneres/Volksbildung;

Richard Woldt, später Fritz Selbmann: Wirtschaft/Arbeit/Verkehr;

Wilhelm Lenhard, später Walther Gäbler: Ernährung/Landwirtschaft;

Reinhard Uhle: Justiz;

Gerhard Rohner: Finanzen/Steuern

Bezugspersonen der Landesverwaltung bei Fakultätsgründung: Staatssekretär Prof. Dr. Menke-Glückert, Oberregierungsrat Häntzsche, Ministerialrat Donath, Ministerialdirektor Schneller

Militärkommandant der Stadt Leipzig: Generalleutnant Trufanow

Vertreter der Sowjetischen Militäradministration: Prof. Smirnow

| | | |
|--------------------|----------------|----------------------------|
| <i>Universität</i> | <i>Stadt</i> | <i>Schulwissenschaftl.</i> |
| <i>Leipzig</i> | <i>Leipzig</i> | <i>Institut Leipzig</i> |

| | | |
|--------------------------------|-------------------|--|
| Rektor: Prof. H.-G. Gadamer | OBM E. Zeigner | Direktor: Dr. Roman Roth Sitz: G.-Freytag-Str. 42 Mitarbeiter (Auswahl): Eichler/Gast, Gentzsch, Holtzhauer/Gast, Ley/ Gast, Preßl, Reißmann, Renneberg, Wagner, Werner u.a. |
|--------------------------------|-------------------|--|

Prorektor: Prof. Hund

Dr. Roth erarbeitete die
Konzeption für die Päd-
agogische Fakultät

| | |
|---|---------------------|
| <i>Philosophische F.</i> | Volksbildungsamt |
| <i>Philologisch-hist. Abt.</i> | Stadtrat Holtzhauer |
| Auswahl: Prof. Gadamer, Klingner, Freyer, Schweitzer, Frings, Holldack, Korff, Weller, Erkes, Friedrich, Kötzschke, Strecker, Th. Litt, A. Menzel | Schulbehörde |
| Schulräte Dr. Strecker und Lehmann | |
| Schulrat E. Eichler | |
| Dr. M. Lambertz – Direktor der Helmholtz- Oberschule | |

Eröffnung der Pädagogischen Fakultät: 1. Oktober 1946

Dekan: Prof. Dr. Maximilian Lambertz

Direktor des Instituts für Theoretische Pädagogik: Prof. Dr. Theodor Litt

Direktor des Instituts für Praktische Pädagogik: Prof. Dr. Alfred Menzel.

Anfänge marxistischer Journalistik – zwischen wissenschaftlichem Anspruch und Parteikonzept

Zu dem Aufschwung, den die Universität im ersten Jahrzehnt nach der Befreiung vom Faschismus nahm, gehören auch die Anfänge einer marxistischen Journalistik, ihre beginnende wissenschaftliche Begründung und ihre institutionelle Konstituierung. Ich möchte etwas zu den theoretischen Anstrengungen sagen, die damals, in den Jahren vor und nach der 1954 erfolgten Fakultätsgründung, unternommen wurden. Das hat für mich dadurch einen besonderen Reiz, daß ich mich vor fünfzehn Jahren in einem Aufsatz zum dreißigsten Fakultätsjubiläum¹ genau zu diesem Thema geäußert habe und der heutige Rückblick in die Wissenschaftsgeschichte auch einen Rückblick auf eigene frühere Positionen verlangt.

Nach ersten Anfängen, die noch nicht aus den Geleisen der alten bürgerlichen Zeitungswissenschaft heraufgeführt hatten, setzte der Aufschwung damit ein, daß bewährte Antifaschisten und erfahrene Journalisten wie Hermann Budzislawski und Wilhelm Eildermann an die Universität berufen wurden. Ihr Anliegen waren das geistige Rüstzeug und gut ausgebildeter Nachwuchs für einen demokratischen Journalismus, der dem deutschen Volk helfen konnte, die Lehren aus der faschistischen Barbarei zu ziehen und praktisch zu verwirklichen. Das war für sie ein Journalismus, der sich in den Dienst der Emanzipation im marxistischen Sinne stellte. Und die Chance dafür konnten sie nur in dem gesellschaftlichen Neubeginn sehen, der – unter der Ägide der sowjetischen Besatzungsmacht und unter der Führung der SED – in der sowjetischen Zone und der jungen DDR in Angriff genommen wurde.

Sie sahen ihren wissenschaftlichen und politischen Auftrag darin zu erkunden und theoretisch zu begründen, was der Journalismus für den Aufbau der neuen Gesellschaft leisten, wie er dazu beitragen konnte, daß

die werktätigen Menschen zu bewußten Gestaltern ihres gesellschaftlichen Lebens werden konnten. Und genau darin lagen Wurzel und Antrieb für den wissenschaftlichen Aufschwung der nächsten Jahre. Er war nicht zuletzt dem Umstand zu verdanken, daß sich eine Reihe junger begabter Wissenschaftler – was die theoretische Arbeit im engeren Sinne anbelangt, muß unter ihnen vor allem Dietrich Schmidt genannt werden – unter der Leitung der Älteren mit Feuereifer ans Werk machte. Wobei sie allesamt, Ältere wie Junge, Erfahrungen systematischer wissenschaftlicher Arbeit erst im im Vorangehen gewinnen mußten.

Sie konnten und wollten nicht von den theoretischen Positionen der überkommenen Zeitungswissenschaft ausgehen, die die bürgerliche Gesellschaft als naturgegeben und ewig und den Journalismus als Ausdruck allgemeiner, unveränderlicher menschlicher Wesenskräfte voraussetzte und die damals kaum mehr als abstrakte Begriffskonstruktionen zu bieten hatte. Sie ließen sich von der entscheidenden Erfahrung leiten, die die Älteren in den Klassenkämpfen der Weimarer Republik und in der Zeit des Faschismus, die Jüngeren in den politischen und ideologischen Auseinandersetzungen um den weiteren gesellschaftlichen Weg in Deutschland und im Kalten Krieg gewonnen hatten: Die Presse ist in erster Linie *politische* Institution, Waffe im Klassenkampf, Instrument zur Bewußtseinsbildung und Meinungsbildung, zur Mobilisierung und Organisierung der Massen. Dietrich Schmidt schrieb 1954, die Diskussion dazu zusammenfassend: »Daraus ergibt sich für die journalistische Wissenschaft, daß sie die Entwicklung der Presse nach ihrer politischen Funktion und Wirksamkeit in den Händen dieser oder jener gesellschaftlichen Klasse oder Schicht, in dieser oder jener Gesellschaftsordnung untersuchen muß [...]« Also »... ist die Hauptmethode der mar-

¹ Hans Poerschke: *Der erste Grundriß unserer Wissenschaft. Über die theoretische Arbeit im Vorfeld der Gründung der Fakultät für Journalistik*. In: *Theorie und Praxis des sozialistischen Journalismus*. Leipzig 12(1984)4. S. 213–219.

zistischen Journalistik die konkret-historische Untersuchung des Pressewesens. Auch die marxistische Presse-theorie arbeitet bestimmte allgemeine Gesetzmäßigkeiten heraus, die sich aus der Natur der Presse und der Journalistik ergeben, sie orientiert sich jedoch vor allen Dingen darauf, die besonderen Gesetzmäßigkeiten zu erforschen, die der Wirkungsweise der Presse in den Händen verschiedener Klassen und in verschiedenen Gesellschaftsformationen zugrunde liegen.«²

Und der erste Versuch, dafür einen theoretischen Ansatzpunkt zu gewinnen, war die Feststellung, daß die Presse als politische Institution dem *ideologischen Überbau* der Gesellschaft zugerechnet werden muß, daß sie denselben allgemeinen Gesetzmäßigkeiten wie andere politische Institutionen unterliegt.

Von diesem Ausgangspunkt aus wurde nun intensiv daran gearbeitet, den von der Journalistikwissenschaft zu bearbeitenden Gegenstand durch Erfassen der Besonderheiten zu konkretisieren, die die Presse von anderen Überbauinstitutionen unterscheiden.

Als wichtigste Besonderheit wurde herausgearbeitet, daß die Presse ihre Wirkung im ideologischen Kampf vor allem mit *sprachlich-literarischen Mitteln* erzielt. Wechselwirkungen zwischen Journalistik und Literatur, z. B. die Veränderung literarischer Genres durch journalistischen Gebrauch, wurden skizzenhaft umrissen. Dabei kristallisierte sich eine begriffliche Differenzierung zwischen der *Presse* als politischer Institution und der *Journalistik* als Art literarischer Tätigkeit, als Zweig der Literatur heraus.

Als weitere Besonderheiten wurden genannt:

– Die aus den *technischen Grundlagen* von Presse und Rundfunk erwachsende Möglichkeit, das gesellschaftliche Geschehen umfassend, rasch und nachhaltig wiederzugeben;

– *Information* – nicht nur im Sinne von Nachrichten, sondern der Wiedergabe aktueller Ereignisse überhaupt,

»thematisch umfassende, kontinuierliche und öffentliche Information«³ – als *Hauptmethode*;

– die wichtige Funktion der Presse, auch ein *kulturelles* Bedürfnis der Massen, »das natürliche Bedürfnis der Menschen nach Unterhaltung und allgemeiner Bildung«⁴, zu befriedigen;

– die Teilnahme an der Entwicklung des gesellschaftlichen Bewußtseins als Mittel zur Bildung der *öffentlichen Meinung*;⁵

– Die Beziehungen der Presse zu anderen Institutionen und Bereichen des Überbaus wie auch zur Wirtschaft wurden in den Blick genommen;

– und nicht zuletzt: Aus der Einsicht, daß spezifische Gesetzmäßigkeiten und Besonderheiten der Presse und der Journalistik nur durch historische Betrachtung zu erkennen sind, wurde der *Pressegeschichte* die Funktion als *Fundament der journalistischen Wissenschaft* zuerkannt. Dabei war klar, daß eine Pressegeschichte auf eigener Grundlage erst entwickelt werden mußte. Hermann Budzislawski dazu: »*Da es nicht ausreicht, bürgerliche Geschichtsschreibung »umzudenken« und marxistisch zu durchkneten – ein Verfahren, das vorübergehend und zeitweilig angewandt wird – so müssen wir auf die eigentlichen Quellen zurückgreifen, auf die Zeitungen und Archive.*«⁶

Schon auf der ersten wissenschaftlichen Konferenz 1952 legte der wissenschaftliche Oberassistent Werner Müller erste Überlegungen zur Periodisierung vor.⁷ 1955 erschien der erste Lehrbrief zur deutschen Pressegeschichte, ihm folgten rasch weitere, zunächst noch weitgehend nach dem »vorübergehenden und zeitweiligen« Verfahren erarbeitet. Aber auch die Quellenforschung wurde in Angriff genommen und schlug sich rasch in der Pressegeschichtslehre nieder.

Diese und weitere Ergebnisse der Arbeit weniger Jahre habe ich 1984 als Pionierleistung beurteilt, und auch heute, bei gedämpfter Neigung zu pathetischen Worten,

2 Dietrich Schmidt: *Über die Journalistik als Wissenschaft*. In: *Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx-Universität. Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe*. Leipzig 4(1954/55)1/2. S. 5. 3 *Geschichte der deutschen Presse. Lehrbrief 1*. Fakultät für Journalistik. Institut für Pressegeschichte. Karl-Marx-Universität Leipzig 1955. S. 20. 4 Dietrich Schmidt: *Über die Journalistik als Wissenschaft*. S. 9. 5 Siehe Dietrich Schmidt: *Über den Begriff der »öffentlichen Meinung«*. In: *Die Lehren aus Stalins Werk »Über den Marxismus und die Fragen der Sprachwissenschaft« für die Pressearbeit und die Zeitungswissenschaft. Protokoll der Theoretischen Konferenz des Instituts für Publizistik und Zeitungswissenschaft an der Philosophischen Fakultät der Universität Leipzig vom 27. bis 28. September 1952*. S. 156ff. (Schriftenreihe für journalistische Schulung des VdP. Heft 7.) 6 *Ebenda*. S. 100. 7 *Ebenda*. S. 144ff.

empfinde ich große Hochachtung davor, wie damals der erste Grundriß einer marxistischen Journalistik abgesteckt wurde, der Chancen erfolgreicher weiterer wissenschaftlicher Entwicklung bot. Allerdings nicht nur diese Chancen. Die damalige theoretische Arbeit wies auch Probleme, Widersprüche, Mängel auf, die mich heute zu einer differenzierteren und kritischeren Einschätzung als vor fünfzehn Jahren veranlassen.

Das möchte ich an einem Problem verdeutlichen, an der *Zuordnung der Presse zum Überbau* und an einigen Folgen, die sich daraus ergaben. 1984 habe ich geschrieben, daß diese Zuordnung die materialistische Lösung des Problems bzw. den methodologischen Schlüssel dafür enthalte, wie die Existenz und das Wirken des Journalismus aus dem gesellschaftlichen Leben zu erklären ist, nämlich letztlich aus der Produktion des materiellen Lebens und den materiellen Verhältnissen, die die Menschen dabei eingehen.⁸ Inzwischen halte ich beträchtliche Vorbehalte gegenüber dieser Position für angebracht. Damit ist nicht gemeint, daß die Presse dem Überbau nur erst beschreibend »zugeordnet«, noch nicht in ihrer Notwendigkeit für die Regulierung, Entwicklung etc. der Produktionsverhältnisse aus diesen abgeleitet wurde. Das nach so kurzer Zeit schon zu erwarten wäre unbillig. Nein, es geht um anderes.

1. Die damals aus begreiflichen Gründen zugrunde gelegte banalisierte Fassung des Überbau-Begriffs aus Stalins Arbeit »Der Marxismus und die Fragen der Sprachwissenschaft«, aus der die Kompliziertheit der Beziehungen der verschiedenen Überbaubereiche zur Basis und die innere Widersprüchlichkeit der Produktions- wie der Überbauverhältnisse eliminiert waren und die nur das übrig ließ, was ins Kalkül rücksichtsloser politischer Machtausübung paßte, konnte der von mir apostrophierte methodologische Schlüssel durchaus nicht sein.

2. Schon damals deutete sich an, daß eine materialistische Erklärung des Journalismus allein aus der Basis-Überbau-Relation gar nicht möglich ist. Bei der Journalistik, als »Zweig der Literatur im weitesten Sinne des Wortes«, als »die wichtigste Seite der Presse« bezeichnet und als »spezifische Art der Widerspiegelung der objektiven Realität«⁹ aufgefaßt, handelt es sich um das Pro-

blem arbeitsteilig und kommunikativ vermittelter *geistiger Aneignung* der aktuellen gesellschaftlichen Situation, das als Bestandteil und Bedingung der Produktion und Reproduktion des gesellschaftlichen Lebens der Menschen auf bestimmter historischer Stufe erfaßt werden muß. Zur Geschichte der Leipziger Journalistik bis zum Ende der DDR gehört ein langer Prozeß in Abständen immer wieder aufgenommenen Suche nach den Mitteln für die Bewältigung dieses Problems – vom Widerspiegelungskonzept (50er/60er Jahre) über das der sozialen Information (Ende der 60er/70er Jahre) bis zu kommunikationstheoretischen Bemühungen in den Achtzigern. Ein befriedigender Abschluß ist nicht erreicht worden.

3. Mit der Differenzierung zwischen der Presse als politischer Institution und der Journalistik als »Art der Widerspiegelung des gesellschaftlichen Seins« taten sich ein Widerspruchsfeld und eine Konfliktlinie auf, die sich, ob ausgesprochen oder unterschwellig, durch die wissenschaftliche Arbeit und das ganze Leben der Fakultät und späteren Sektion Journalistik zog. Bestimmung der Presse als politische Institution bedeutete, als notwendig anzuerkennen, daß die journalistische Widerspiegelung der gesellschaftlichen Realität als Mittel zur Legitimierung und Durchsetzung der Politik eingesetzt wird. Im Lehrbrief 1 zur deutschen Pressegeschichte wurde dazu konstatiert, daß die »*Eigengesetzlichkeiten, Inhalte und Formen der Information [...] immer den politischen Funktionen der Presse untergeordnet*« sind.¹⁰

Nun sind aber eben diese »Eigengesetzlichkeiten« auch von etwas ganz anderem bestimmt. Im selben Lehrbrief heißt es, von Dietrich Schmidt formuliert: »*Der besondere Charakter, den die Widerspiegelung der objektiven Realität in der Journalistik annimmt, ergibt sich nicht nur aus der Art und Weise, sondern auch aus dem Objekt der Widerspiegelung.*«¹¹

Aneignung der aktuellen gesellschaftlichen Situation, wenn sie denn zuverlässige Orientierung erlauben soll, muß ihrem Gegenstand gerecht werden. Sie verlangt, die Situation in ihren wichtigsten Parametern als widerspruchsvolles Gefüge von Bedingungen gesellschaftlichen Handelns zu erfassen. Dieses Erfordernis besteht unabhängig davon, was für eine wirksame Ver-

⁸ Vgl. Hans Poerschke: *Der erste Grundriß unserer Wissenschaft*. S. 214. ⁹ Dietrich Schmidt: *Über die Journalistik als Wissenschaft*. S. 9. ¹⁰ *Geschichte der deutschen Presse. Lehrbrief 1*. S. 22. ¹¹ *Ebenda*. S. 50.

mittlung der eigenen Politik im Augenblick gerade günstig ist oder scheint. Das Problem ist also, wie das Verfechten von Politik und die öffentliche Wahrnehmung und Erörterung der realen Widersprüchlichkeit des Lebens unter einen Hut gebracht werden.

Was den Journalismus des Klassengegners anbelangte, war damals natürlich klar zu erkennen und wurde gerechterweise festgestellt, daß die, von ihm zudem überwiegend geleugnete, Unterordnung seiner aktuellen Information unter seine Politik ein reduziertes, verzerrtes, einseitiges Bild der widersprüchlichen Welt zur Folge hatte.

Und wie bei der eigenen Partei? Für sie konnte nur gelten, daß der emanzipatorische Anspruch ihrer mit Hilfe des Journalismus vertretenen Politik nur dann im bewußten Handeln der Menschen Wirklichkeit werden kann, wenn auch die gesellschaftliche Aneignung der aktuellen Realität emanzipatorische Qualität hat, wenn der Journalismus konsequentes und kämpferisches Verfechten der Politik mit rücksichtslosem, in höchstmöglichem Grade adäquatem Erfassen der aktuellen Situation sowie mit der Anregung und Vermittlung einer dialogischen, als Lernprozeß für alle angelegten öffentlichen Kommunikation verbindet.

Ich gehe davon aus, daß dies dem Sinne nach die Erwartung war, mit der damals wie später (der Deutlichkeit halber: auch von mir) die sogenannte »Lehre von der Presse neuen Typs« als Kern einer marxistisch-leninistischen Theorie des Journalismus aufgefaßt wurde. (Dies ist freilich ein neues, notwendig zu behandelndes Thema, für das hier nicht mehr Raum ist.)

Die zeitgleich sich entwickelnde Praxis des Journalismus und seiner Führung durch die Partei im Namen der »Lehre von der Presse neuen Typs« stand dazu allerdings in beträchtlichem Widerspruch. Was die Unterordnung der Parteipresse unter die Politik der Partei anbelangt, hatte die Parteiführung, besonders in der Anfangszeit, gewiß berechtigten Grund, mangelndes Verständnis von Journalisten für die politische Linie, deren unsystematische und inkonsequente Behandlung, auch falsche Auffassungen vom politischen Auftrag des Journalisten zu beklagen. Dagegen aber wurde ein ganzes System von Vorkehrungen geschaffen – von der strafferen Unterstellung unter und der Kontrolle durch die Parteisekretariate über die bis in den einzelnen Tag reichende Planung journalistischer Beiträge und Vorhaben bis zur intensivierten politischen Schulung und zur

Auseinandersetzung mit Mängeln und Fehlverhalten, die rasch und rigoros auf die Ebene prinzipieller und schärfter Klassenauseinandersetzung gehoben wurde.

Was nun die journalistische Widerspiegelung der aktuellen gesellschaftlichen Situation anbelangt, so enthalten Beschlüsse und andere Äußerungen der Parteiführung in den fünfziger Jahren immer wieder anspruchsvolle Forderungen nach Aktualität und Schnelligkeit, Allseitigkeit und Vielgestaltigkeit, Wahrheit und Objektivität journalistischer Information. Zugleich aber entwickelte sich eine Praxis im Journalismus und im Umgang der verantwortlichen Parteileitungen mit ihm, die diesen Anforderungen allzuoft widersprach. Besonders in Krisensituationen, wie 1953 und 1956, mußte die Parteiführung konstatieren, daß reduzierte Darstellung der Widersprüche des gesellschaftlichen Lebens in den Medien – vor allem der Probleme im eigenen Lande – Vertrauensverlust bei der Bevölkerung bewirkte. Freilich gab es nicht selten Kritik daran, Kritik an Redaktionen, Journalisten, auch an einzelnen Parteifunktionären und Leitungen. Aber vergeblich wird man danach suchen, daß Ursachen für solche Erscheinungen der alltäglichen Praxis in der grundsätzlichen Gestaltung des Verhältnisses von Partei und Journalismus selbst gesucht oder, daß auf einer vergleichbar prinzipiellen Höhe wie in Fragen der Parteidisziplin und mit den Journalisten als in der Partei gleichberechtigten Partnern, über Bedingungen diskutiert oder gar gestritten worden wäre, unter denen eine wirksamere Vermittlung der Politik auf der Basis einer adäquateren journalistischen Widerspiegelung der aktuellen Realität und eines offeneren gesellschaftlichen Kommunikationsprozesses erreichbar gewesen wäre.

Diese unausgetragenen, schwelenden Widersprüche äußerten sich natürlicherweise auch in Auseinandersetzungen, Konflikten in der entstehenden Journalistikwissenschaft, zumal unter den beteiligten Akteuren, bei Übereinstimmung in grundlegenden Zielen, vermutlich recht verschiedene Vorstellungen vom anzustrebenden gesellschaftlichen Wirken des Instruments Journalismus bestanden. Das ist deutlich ablesbar an der über mehrere Jahre sich erstreckenden Diskussion um das Verhältnis zwischen politischer und Widerspiegelungsfunktion der Presse bzw. des Journalismus.

Auf der wissenschaftlichen Konferenz von 1952 erklärte Wilhelm Eildermann kurz und bündig, daß im Verhältnis zum Hauptwesenszug der Presse, politische

Institution zu sein, andere ihrer Momente, darunter die literarische und die allgemein-kulturelle Dimension, »weitrangig und untergeordnet« seien.¹²

Hermann Budzislawski gab sich mit einer solchen Zurücksetzung der literarischen Seite der Presse nicht zufrieden und sah offenbar die Gefahr, daß überhaupt die Beziehung der Presse zur Literatur mißachtet werden könnte. Er benannte wichtige »Wesensunterschiede zu dem, was man gemeinhin im engsten Sinne Literatur nennt«: Die Presse wirke kontinuierlich und thematisch universell, sei kollektiv erzeugt, schnell produziert, unmittelbar wirkend und rasch vergänglich; sie greife direkt in den politischen Kampf ein, wende sich an eine breitere Leserschaft als das Buch, wirke gesellschaftlich weit operativer. »Aber alle diese Merkmale reichen nicht aus, die Presse aus der unmittelbaren Nachbarschaft der Literatur zu entfernen, jener die Wirklichkeit beschreibenden und verändernden Literatur, die tief in die gesellschaftliche Entwicklung eingegriffen und zu diesem Zweck hohe Kunstformen geschaffen hat.«¹³

Budzislawski argumentierte mit Lenin, der in »Parteiorganisation und Parteiliteratur« bewiesen habe, »daß gelegentlich sogar die volle Zuordnung der Presse zur Literatur, die keine Entpolitisierung bedeutet, marxistisch gerechtfertigt ist.«¹⁴

Für ihn war die Rolle als »Transmissionsriemen« und »kollektiver Organisator« eine »fundamentale Besonderheit der Presse«, er sah aber »keinen Gegensatz zwischen dieser Besonderheit und der qualifizierten Zuordnung der Presse zur Literatur«. Auf Shdanows Forderung sich berufend, daß die Literatur eine aktive Rolle im Überbau zu erfüllen habe, erklärte er, daß »sich die Literatur bei uns in ihrer Gesamtheit zu einem Übertragungsapparat oder einem Transmissionsriemen entwickeln muß, damit das sozialistische Bewußtsein der Massen gestärkt und auch durch die Literatur operative Anleitung gegeben werde, wie es etwa in dem Roman ›Fern von Moskau der Fall ist.«¹⁵

Und er wagte die Prognose: »Damit nähern sich Schriftsteller und Journalist beträchtlich. Sie unterscheiden sich – ich möchte sagen: vorläufig – durch das Ausmaß künstlerischen Wirkens, durch den Grad von Kunst, mit dem

sie schaffen. Mit der höheren Qualifizierung der Journalisten muß sich dieser Abstand verringern.«¹⁶

Man geht sicher nicht fehl, wenn man in diesen Worten Hermann Budzislawskis die Forderung sieht, hohe literarische Qualitätsmaßstäbe des Journalismus nicht nur in der wissenschaftlichen Diskussion, sondern auch in der politischen Praxis zu respektieren, wobei er sich in seiner Argumentation auf das Koordinatensystem derer einstellte, die er zu überzeugen hoffte.

Dietrich Schmidt hat dann zwei Jahre später in seinem Aufsatz, der, nach Budzislawskis Bekundung, die Ergebnisse der vorangegangenen Diskussionen zusammenfaßt und zum Teil weiterentwickelte, zum einen die Presse als politische Institution bezeichnet, die sich der Literatur als »Kampfmittel und Ausdrucksform« bedient.¹⁷

Zum anderen kennzeichnete er die Journalistik als »eine Form des gesellschaftlichen Bewußtseins, [...] eine spezifische Art der Widerspiegelung der objektiven Realität«,¹⁸ und er verband das mit dem schon erwähnten Hinweis, daß deren besonderer Charakter sich nicht nur aus der Art und Weise, sondern auch aus den Objekten der Widerspiegelung – darunter wurde hauptsächlich das Geschehen der unmittelbaren Gegenwart in der ganzen Vielfalt seiner Erscheinungen verstanden – ergebe: »Die besonderen Gegenstände der Widerspiegelung bestimmen maßgebend auch die spezifischen Gestaltungsgesetze der Journalistik.«¹⁹

Die Journalistik ihrerseits, so Schmidt, »braucht die besondere wirtschaftliche, technische und politische Organisationsform der Institution Presse, um ihre aktive Wirkung im politischen Kampf zu erzielen.«²⁰

Dieses Bemühen, das Verhältnis von politischer Institution und Widerspiegelungsweise als Wechselbeziehung zu fassen – die Presse »bedient« sich der Literatur, die Journalistik als literarische Tätigkeit »braucht« die Presse – scheint nicht allseitige Billigung erfahren zu haben. Im Lehrbrief 1 zur deutschen Pressegeschichte, der ein Jahr später die Lehrmeinung repräsentierte und dessen theoretischer Teil überwiegend auf Schmidts Text von 1954 beruhte, fand sich nur noch der erste Teil dieser Wechselbeziehung.²¹

12 Die Lehren aus Stalins Werk. S. 20. 13 Ebenda. S. 89. 14 Ebenda. 15 Ebenda. S. 91. 16 Ebenda. S. 90. 17 Dietrich Schmidt: Über die Journalistik als Wissenschaft. S. 6. 18 Ebenda. 19 Ebenda. S. 8. 20 Ebenda. S. 6. 21 Geschichte der deutschen Presse. Lehrbrief 1. S. 17.

So, wie das Problem in der Praxis weiter bestand, hielt offenbar auch die Auseinandersetzung darum an der Fakultät an. Wie im einzelnen, das könnten nur Zeitzeugen rekonstruieren. Hermann Budzislawski fühlte sich jedenfalls veranlaßt, im November 1956 eine neue Debatte über die marxistisch-leninistische Pressetheorie zu eröffnen – »unter Kritik bisher vorliegender Auffassungen«, wie er schrieb. In seinen dem Wissenschaftlichen Rat der Fakultät am 15. Mai 1957 vorgelegten Thesen zu ersten Resultaten der Debatte²² kehrte er nun den Spieß um, indem er erklärte, »daß die Presse ein Mittel der Widerspiegelung der objektiven Realität sei und daß sich alle sonstigen Funktionen der Presse, alle Lehren der marxistischen Klassiker einschließlich Lenins Lehre von der Presse als kollektivem Propagandisten, Agitator und Organisator aus dieser Grundfunktion ableiten ließen.«²³

Budzislawski wies darauf hin, daß die Presse aus zwei Quellen entstanden sei, zum einen aus Flugblatt und Pamphlet als politischen Werkzeugen und zum anderen als Instrument der Nachrichtenübermittlung, »zur umfassenden Information, mit dem vorgefaßten Zweck der Widerspiegelung der Realität«. Die Presse habe immer beide Komponenten behalten, die Presse neuen Typs habe die politische Funktion akzentuiert und erweitert, aber nicht den Widerspiegelungscharakter aufgehoben.²⁴

Sich vermutlich gegen Einwände wendend, die sich aus einer platten Widerspiegelungsauffassung nährten, betonte er, die Widerspiegelung selbst sei »nicht unpolitisch, nicht passiv, sondern aktives Mittel, zur Umgestaltung der Gesellschaft beizutragen.«²⁵

Hier ist nicht der Raum, Budzislawskis Auffassung umfassend darzulegen und auf ihre Tragfähigkeit zu prüfen – das wäre schon wieder ein neues Thema. Interessant ist aber, warum er eine solche Lanze für den Widerspiegelungscharakter der Presse brach. Vordergrundig ging es ihm um die Berechtigung einer eigenständigen Journalistikwissenschaft: »Nur wenn man der Ansicht ist, daß die Presse weder selbständig noch in abhängiger Form, etwa als Teilgebiet der Literatur, eine

Form des gesellschaftlichen Bewußtseins ist, deren Erscheinungsformen und innere Gesetzmäßigkeiten zu erforschen sind, kann man der Journalistik überhaupt jeden wissenschaftlichen Charakter absprechen.«

Er zielte meiner Auffassung nach aber weit darüber hinaus, nämlich auf die vorhin benannten Probleme der Praxis im politischen Umgang mit dem Journalismus, wenn er fortfuhr: »Als dann muß man die Presse ausschließlich als ein Werkzeug politischer Parteien oder sonstiger politischer Gruppierungen ansehen, und zwar als ein Werkzeug, das keine eigene Gesetzmäßigkeit aufweist, sondern sich direkt jeder politischen Anweisung anpaßt. Dann ist die Presse nur noch ein technisches Mittel zur Durchsetzung von Aufgaben, die in ihrer Gesamtheit außerhalb der Presse gesetzt werden, und für die es keinerlei spezifische journalistische Mittel gibt, sondern schlechthin alle Mittel, die außerhalb der Presse für die Durchsetzung solcher Aufgaben erdacht werden.«²⁶

Daß er vor einer solchen Auffassung der Dinge – und gewiß nicht zufällig nach dem Herbst 1956 – eindringlich warnen wollte, springt in die Augen. Übrigens wurden Hermann Budzislawskis Thesen seinerzeit nicht veröffentlicht, sondern erst sieben Jahre später im Anhang zur Dissertation von Willy Walther. Der bemerkte zum Ausgang der Debatte: »Allerdings erfuhr dieses Problem seinerzeit keine Klärung, und in den nachfolgenden Jahren wurde es aus verschiedenen (hier nicht näher zu bezeichnenden) Gründen völlig vernachlässigt.«²⁷

Er hat es wieder auf die Tagesordnung gesetzt, auf der es fortan in Abständen immer wieder auftauchte. Was später geleistet und was unterlassen wurde, um den widersprüchlichen Zusammenhang von politischer Funktion der Presse und Aneignung der aktuellen gesellschaftlichen Wirklichkeit durch den Journalismus theoretisch zu erfassen und in die gesellschaftliche Diskussion zu bringen, muß noch aufgearbeitet werden. Das ist auch für die gerechte Würdigung der Leistungen erforderlich, die am Anfang der marxistischen Journalistik in Leipzig standen.

22 Willy Walther: *Journalistik und Philosophie*. Karl-Marx-Universität. Fakultät für Journalistik. Leipzig 1968. S. 99ff. Anmerkung 247. 23 *Ebenda*. S. 99. 24 *Ebenda*. 25 *Ebenda*. S. 100. 26 *Ebenda*. 27 *Ebenda*. S. 64.

Lehrer-Persönlichkeiten an der Fakultät für Journalistik

»Ich hatte das Glück, journalistischen Unterricht an der Karl-Marx-Universität Leipzig von so bewährten Kämpfern der deutschen Arbeiterbewegung wie Wilhelm Eildermann, Hans Teubner und Hermann Budzislawski zu erhalten und Literaturvorlesungen von Wieland Herzfelde und Hedwig Voegt zu hören.« Das schrieb ich 1984 in einer »Skizze persönlicher Erfahrungen«.

Die Dame in diesem Gruppenbild – Frau Professor Dr. Hedwig Voegt – war eine im Widerstandskampf gegen die Nazis bewährte Genossin. Sie hatte sich gründliche Kenntnisse deutscher Literatur angeeignet. Ihren Hörerinnen und Hörern versuchte sie mit bevorzugender Eindringlichkeit Autoren wie Johann Heinrich Voß nahezubringen, der nicht nur den Homer übersetzt hatte, sondern auch die »Marseillaise«, der mit beißenden Satiren wie dem Gedicht »Der zufriedene Sklave« und polemischen Streitschriften von der Art »Wie ward Fritz Stolberg ein Unfreier?« in angehenden Journalisten sozialistische Schreibimpulse stärken konnte. In der »Bibliothek Deutscher Klassiker« brachte unsere Literaturprofessorin nach ihrer Emeritierung einen Sammelband der Werke Voss' heraus.¹ Ähnlich nachhaltig wirkte, was Hedwig Voegt über den jakobinischen Publizisten Georg Forster vor dem Auditorium ausbreitete. Die Mainzer Republik als ein Versuch schon vor zweihundert Jahren, sich vorm Revolutionmachen in Deutschland nicht zu drücken. Hedwig Voegts Anregung verdanke ich auch eingehende Beschäftigung mit der meisterhaften Publizistik Heinrich Heines. Seine Schriften »Die romantische Schule« und »Zur Geschichte der Religion und Philosophie in Deutschland« gehören bis heute zu meiner Lieblingslektüre.

Wieland Herzfelde neben Hedwig Voegt gab den Studierenden der Journalistik die Chance, weltliterarische Sichten zu gewinnen, die Literaturentwicklung hier immer auch im Vergleich zu Prozessen außerhalb zu sehen. Der Stoff, den Herzfelde behandelte, öffnete schon für

sich genommen den Blick: Autoren und Werke kamen zur Sprache, von denen man sonst seltener etwas hörte, in einigen Fällen noch mehrere Jahre nichts hier Gedrucktes las. Hinzu kam der freie Umgang, den Herzfelde mit diesem Stoff pflegte.

Dass mit dem, der da locker über internationale Literatur mit uns sprach, eigentlich so etwas wie ein Denkmal vor uns stand: der Dichter, der Bruder von John Heartfield und vor allem der Begründer und langjährige Leiter des berühmten MALIK-Verlags, das ist uns erst später bewusst geworden.

Etwas ausführlicher soll heute hier von den drei Männern die Rede sein, die während der Anfangsjahre an der Spitze der akademischen journalistischen Bildung in Leipzig gestanden haben. Geboren sind sie alle drei um die Jahrhundertwende: Wilhelm Eildermann 1897 als Sohn eines Arbeiters und SPD-Funktionärs, Hermann Budzislawski 1901 als Sohn eines Fleischermeisters, Hans Teubner 1902 als Sohn eines Textilarbeiters.

Über seine Erlebnisse als junger Mensch hat vor allem Wilhelm Eildermann Beeindruckendes mitgeteilt. Aus seinen Tagebüchern, Briefen und Erinnerungen aus der Zeit des Ersten Weltkriegs stellte er ein Buch zusammen, das 1972 erschienen ist und dem er den Untertitel gab: »Ich war damals, im Juli 1914, gerade 17 Jahre geworden.«² In den Reihen der Bremer Linken engagiert, einer Hochburg revolutionär gesinnter Sozialdemokraten, wirkte auf ihn überzeugend Karl Liebknechts Schrift »Der Hauptfeind steht im eigenen Land«. Schon 1919 ist Eildermann Mitglied der Kommunistischen Partei Deutschlands geworden.

Hans Teubner, ebenfalls bereits 1919 in der Jugendorganisation der Kommunisten, hatte zuvor in Aue die sogenannte Volksschule sowie die Zeichenschule für Textilindustrie und Kunstgewerbe in Schneeberg besucht und als Glasmaler gearbeitet.

¹ Johann Heinrich Voß: *Werke in einem Band. Ausgewählt und eingeleitet von Hedwig Voegt.* Berlin, Weimar 1976. ² Wilhelm Eildermann: *Jugend im ersten Weltkrieg. Tagebücher, Briefe, Erinnerungen.* Berlin 1972.

Für Hermann Budzislawski war 1919 das Jahr seines Abiturs, das er an der Knabenschule der Jüdischen Gemeinde Berlin, die er besucht hatte, ablegte.

In der Zeit unmittelbar danach, in den dreizehneinhalb Jahren der Weimarer Republik kreuzten sich die Wege der drei zwar nicht im Konkreten, im Persönlichen, aber politische Ähnlichkeiten und Parallelen fallen auf.

Eildermann war als »Wanderredner der KPD unterwegs«, wie er einen Erinnerungsband titelte³; das betraf die Jahre 1919/1920. Danach arbeitete er als Redakteur der Zeitungen »Klassenkampf«, Halle (1921–1923), »Arbeiterzeitung«, Breslau (1924), »Tribüne«, Magdeburg (1926–1930), »Volkswacht«, Rostock (1932/1933). Zwischendurch einmal zehn Monate Untersuchungs- und dann noch mal 21 Monate Festungshaft aus politischen Gründen. Die Nazis verhafteten ihn im Mai 1933 und hielten ihn bis 1936 gefangen, teils im Zuchthaus von Dreierbergen bei Bützow, teils im Gefängnis von Strelitz, zeitweilig auch im KZ Fuhlsbüttel.

Budzislawski studierte in Berlin, Würzburg und Tübingen (1919–1925), redigierte die Zeitschrift »Industrial and Trade Review for India« (1924/1925), war Chefredakteur der »Wissenschaftlichen Korrespondenz Berlin« (1926–1933) und arbeitete an Tageszeitungen wie dem »Nachtexpress« sowie mit zunehmender Intensität an der »Weltbühne« mit, wobei es zu unmittelbarer Zusammenarbeit zwischen ihm und Carl von Ossietzky kam.

Teubner war 1919 Mitgründer und ab 1920 Vorsitzender des Kommunistischen-Jugendverband-Unterbezirks Aue-Schwarzenberg, ab 1923 Stadtverordneter. Als enger Mitarbeiter von Ernst Schneller beteiligte er sich an der Aufstellung der bewaffneten Proletarischen Hundertschaften in Sachsen. Sodann – ähnlich Eildermann – Tätigkeit in verschiedenen Redaktionen, so bei »Der Kämpfer«, Chemnitz (1924), und »Freiheit«, Düsseldorf (1925–1927). Später besuchte er die Leninschule der Komintern in Moskau, arbeitete nach Rückkehr in der Redaktion von »Die Welt am Abend« und wurde aufgrund von Verrat seiner antinazistischen Widerstandsarbeit im November 1934 verhaftet und bis 1935 im Zuchthaus Luckau eingesperrt.

Während der zwölf Jahre der Nazidiktatur wirkten Budzislawski, der 1933 einer Verhaftung durch Flucht

nach Zürich zuvorkam, sowie Hans Teubner, der nach der Entlassung aus dem Luckauer Zuchthaus 1935 über die ČSR und Holland nach Frankreich floh und im Dezember 1936 nach Spanien ging, und Wilhelm Eildermann, der 1937 in die SR emigrierte und von dort nach Paris weiterreiste, wirkten sie – wie die genannten Stationen, denen sich noch viele weitere hinzugesellen sollten, schon anzeigen – zumeist von anderen Ländern aus: aufs Ganze gesehen Eildermann nach Internierungslager Le Verhef (1939–1941) und Arbeitslager in Algerien (1941–1943) vor allem in den Reihen der 3. Ukrainischen Front der Roten Armee in einer Antifaschisten-Schule für deutsche Kriegsgefangene⁴; Budzislawski in Prag mit der »Neuen Weltbühne«, in Paris mit fortgesetzten Volksfrontbemühungen und in den USA unter anderem als Berater und Ghostwriter von Dorothy Thompson und Mitarbeiter der Zeitschrift »Aufbau«; Teubner im spanischen Bürgerkrieg gegen die Franco-Diktatur, an der Spitze des Deutschen Freiheitssenders Kurzwelle 29,8 und schließlich im Schweizer Exil, über das er später ein mit großer Akribie erarbeitetes Buch veröffentlicht hat⁵.

Wegen eines Mannes, dem er in der Schweiz begegnete, mit dem er Gespräche führte und Verabredungen traf, ist Hans Teubner später bei uns in der DDR übel mitgespielt worden, worüber hier nicht mit Schweigen hinweggegangen werden soll. Er hatte zu leiden unter dem berüchtigten Beschluss des ZK der SED vom 24. August 1950 über die sogenannte Angelegenheit Noel H. Field. Ich komme darauf im Zusammenhang mit der Würdigung der Arbeit Hans Teubners an der Fakultät für Journalistik zurück.

Worin das Wesentliche dessen liegt, was Absolventinnen und Absolventen dieser Fakultät in den 50er und 60er Jahren Eildermann, Budzislawski und Teubner verdanken, darüber wird es eine in allen Einzelheiten einheitliche Auffassung kaum geben. Aber einige Annahmen über gemeinsam Empfundenes können doch gewagt werden.

1. Es wirkte auf uns der biographische Hintergrund dieser unserer Professoren, das von ihnen gelebte Leben, genauer im Plural: Die von ihnen gelebten Leben wirkten. In denen wimmelte es nicht von Kampf-Behaupt-

³ Wilhelm Eildermann: *Als Wanderredner der KPD unterwegs. Erinnerungen*. Berlin 1977. ⁴ Hierzu siehe: Wilhelm Eildermann: *Die ANTIFA-Schule. Erinnerungen*. Berlin 1985. ⁵ Hans Teubner: *Exilland Schweiz. Dokumentarischer Bericht über den Kampf emigrierter deutscher Kommunisten 1933–1945*. Berlin 1975.

tungen und -Appellen, sondern da war aufrecht – und aufreibend auch – wirklich gekämpft worden. Auch dass sie selber als Journalisten eine gute Figur machten – vor allem Hermann Budzislawski mit seinen scharfsinnig und treffsicher argumentierenden Kommentaren im Leipziger Rundfunk –, stärkte ihre Autorität.

Budzislawskis Kommentare fanden übrigens bei Hörerinnen und Hörern einen unterschiedlichen Widerhall, woran mich Günther Rücker, der damals beim Leipziger Sender gearbeitet hatte, kürzlich erinnerte. Sowohl das hohe intellektuelle Anspruchsniveau als auch die Sprechweise, in der Budzislawski seine scharfsinnige Argumentation vortrug – klar und scharf artikulierend, was einige als »schneidend« empfanden – riefen, in der Hörerpost nachlesbar, neben Zustimmung auch Ablehnung hervor.

2. Unsere akademischen Lehrer jener Jahre halfen uns zu begreifen, dass eine auf sozialistische Gesellschaftsveränderung orientierte journalistische Arbeit weltanschauliche Grundlagen hat wie zum Beispiel eben die Überzeugung von der Veränderbarkeit der Welt aufgrund ihrer dialektischen Entwicklung; dass dazu ferner die Kenntnis verschiedener Ideologien und ihres Kampfes gegeneinander gehört und nicht zuletzt die Aneignung der politischen Zielsetzungen der in unserer Gesellschaft damals als führende Kraft angesehenen Partei, der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.

Ich habe diesen Gesichtspunkt nicht ganz so, wie er seinerzeit formuliert wurde, hier wiedergegeben, aber doch sehr nahe der Absolutheit, die vorherrschte, ausgedrückt. Ich fand das wichtig nicht nur aus Gründen anzustrebender Realitätsnähe heutigen Redens über damaliges Handeln, sondern auch deswegen, weil das Abschreckende der Absolutheit des Anspruchs ja nicht die Einsicht gleich mit verscheuchen sollte, dass auf Veränderung erpichter Journalismus auch unter abgewandelten Bedingungen in umgebrochenen Verhältnissen erstrebenswert bleibt.

3. Der von Hans Poerschke in seinem Vortrag geschilderte Streit um journalistische Organe als politische Institutionen oder Stätten der Widerspiegelung der Realität hatte – wenn ich mich zutreffend entsinne – einen Auslöser wohl in dem eben erwähnten Streben nach einem aktiv auf die Realität einwirkenden Journalismus.

Aber die Anlage der Fragestellungen kam etlichen an dem Streit Beteiligten – darunter mir – bei nachträglichem Betrachten in späteren Jahren scholastisch vor. Wie konnten wir außer acht lassen: Ideen und Institutionen – sie sind alle beide Gegenstand der Widerspiegelungstheorie? Die Schreibe-Kategorie der Wiedergabe stufenlos auf die Widerspiegelung als philosophische Kategorie zurückzuführen, lief doch darauf hinaus, letztere zu reduzieren. Das war schwach. Ein Blick in Friedrich Engels' Altersbriefe hätte vor solchem Abirren bewahren können. Ich meine jene Passagen in diesen Briefen, in denen Engels von Politik usw. als zwar »in letzter Instanz« von der Ökonomie bestimmt bezeichnete, um dann aber umso deutlicher zu betonen, wie Ideelles und Politisches aufs Ökonomische und Soziale äußerst aktiv zurückwirkten. Er wettete gegen die »Vergessung der Wechselwirkung«⁶, und die bezog sich sowohl auf das Verhältnis Basis-Überbau als auch auf Beziehungen zwischen verschiedenen Faktoren innerhalb dessen, was unter dem Oberbegriff Überbau gefasst wurde.

Ob Budzislawskis Bezugnahme auf Parallelen zwischen journalistischer und schriftstellerischer Arbeit hauptsächlich, wie Hans Poerschke fragt, der taktierenden Erwägung zuzuordnen ist, dass er damit seinen Streitpartnern einen Satz von Shdanow vorhalten konnte als »Autoritätsbeweis« für die Richtigkeit seiner eigenen Ansicht? Das weiß auch ich nicht. Zumindest kann dazu aber etwas anderes bemerkt werden, nämlich: Dass ungeachtet von Zitier-Opportunitäten ja tatsächlich weltweit und in der DDR viele interessante Berührungen zwischen Journalistik und Literatur spürbar wurden. Ich verweise auf die Zunahme des Interesses von Autoren und Lesern an Dokumentarliteratur. Und in dem später von Jurek Becker gebrauchten Wort von der »eingreifenden Literatur« – finden wir darin nicht auch etwas von dem wieder, was Hermann Budzislawski bei seinen Formulierungen Ende der 50er Jahre vor Augen gestanden haben mag?

4. Bei aller Betonung von Weltanschaulichem, Ideologischem, Politischem waren die Vorlesungen und vor allem auch die Seminare und Übungen an der Fakultät für Journalistik an der Ecke Kurt-Eisner-/Wund-/Tieck- und Fockestraße im Leipziger Süden immer auch ein

6 Friedrich Engels: *Brief an Franz Mehring vom 14. Juli 1893*. In: *MEW*. Bd. 39. S. 96–100, hier S. 98.

Hort des Strebens nach hoher beruflicher Qualifikation. Hier wurden die Eigenheiten des journalistischen Beitrags zur Meinungs- und politischen Willensbildung der Menschen erörtert. Hier wurden Sünden wie die Verwischung der Grenzen zwischen den Genres Nachricht und Kommentar gegeißelt. Hier stand selbstverständlich Gründlichkeit als journalistischer Wert nicht einfach »über«, sondern *gegen* schlampige Flüchtigkeit von Sensationshascherei. Wer aber daraus folgern wollte, Journalismus hierzulande könne bedeuten, im Schnecken tempo durch die Zeiten zu kriechen, der durfte sich damit anfreunden, dass in Redaktionsstuben anzutreffende Praktiken dieses Musters bei den wissenschaftlichen Analytikern der Theorie und Praxis der Pressearbeit (wie die Disziplin damals noch ohne Einbeziehung weiterer Medien genannt wurde) keineswegs auf Gegenliebe stießen.

Um noch einen Grundsatz, der in Leipzig gelernt werden konnte, wenigstens zu erwähnen: Recherche geht vor Meinung! Die Assoziationen zu den Verstößen gegen dieses journalistische Gebot – nicht nur bei politischen Gegnern, sondern auch bei Äußerungen unserer Seite – stellen sich vermutlich bei den heute hier Versammelten, ohne dass ich mich in Details ergehe, ein.

5. Budzislawski, Eildermann und Teubner vermitteln uns auf solide historische Faktenkenntnis und persönliche Erfahrung gestützte Einblicke in Grundlagen, »Philosophie« und Funktionieren von Zeitungen und Journalistik überhaupt im Deutschland zurückliegender Jahrhunderte und Jahrzehnte sowie in den USA und in der UdSSR. Das Bild, das wir so vom Wesen kapitalistischen Medienbetriebs gewannen, ist durch die während des Jahrzehnts 1989 bis 1999 gemachten unmittelbaren Erfahrungen keineswegs erschüttert, sondern es erwies sich als zutreffend. Ja, eine Reihe erlebter Praktiken *übertreffen* das Erwartete im Hinblick auf die Einschränkung und Beeinträchtigung von Informations- und Meinungsfreiheit durch Medientrusts.

6. Man konnte, wenn man denn wollte – und konnte! –, mit unseren akademischen Lehrern diskutieren; sie ließen, manchmal zu Beginn zwar etwas unwirsch abweisend, meistens aber Kritiker ermunternd, den Widerspruch geradezu lustvoll herausfordernd, mit sich streiten.

Auch die Folgen waren zuweilen nicht zu verachten oder, anders gesagt, ganz beachtlich. Mir zum Beispiel erging es so, dass ich, als ich eine heftige Kritik an der

Praxisarmut gewisser Vorlesungen, die ich vorher bereits in einem Wandzeitungsartikel publik gemacht hatte, nun auch noch in der Parteiversammlung vortrug, kurze Zeit später als Hilfsassistent angeheuert wurde.

Und Hans Teubner gab den Auftakt zu manchem Gespräch mit dem Satz: »Du hast mich lange nicht kritisiert – bist Du nicht mehr mein Freund?!« Wer Freund sein – und also dem Freund besser zu werden helfen – wollte, konnte sich so zu Kritik fast nötigen aufgefördert fühlen ...

Mit Teubner blieb ich über das Ende seiner und meiner Uni-Zeit hinaus in Verbindung. Wir sahen uns hin und wieder, als er Chefredakteur der »Leipziger Volkszeitung« geworden war, später während seiner Jahre im Institut für Marxismus-Leninismus bzw. für Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und schließlich im Clara-Zetkin-Heim in Berlin-Friedrichshagen. Er war in den letzten Jahren und Tagen wie in der ersten Zeit, da wir uns kennengelernt hatten – glühend, eifrig, ja gelegentlich eifernd in der Erläuterung dessen, was er über die Verwirklichung sozialistischer Visionen heute und künftig dachte. Immer öfter aber kam er zuletzt auch auf den schlimmen Konflikt zurück, der mit dem von mir schon erwähnten Beschluss vom 24. August 1950 zusammenhängt.

Was ihm da widerfahren war, ist übelster Stalinismus. Der Beschluss im Ganzen ist den Teilnehmern des Walter-Markov-Kolloquiums sicher bekannt. Auf Geheiß Berijas wurden im Zusammenhang mit dem Prozess gegen Laszlo Rajk in Budapest in mehreren Ländern Mitglieder der kommunistischen und Arbeiterparteien, die während des zweiten Weltkriegs Kontakt mit dem Amerikaner Noel H. Field gehabt hatten, verdächtigt, auf diese Weise mit US-amerikanischen Geheimdiensten zum Schaden der Arbeiterbewegung zusammengearbeitet zu haben und zum Teil immer noch zusammenzuarbeiten. In Wahrheit hatten Field und seine Frau die in ihrem Marseiller Büro eingerichtete europäische Filiale des in Boston beheimateten Unitarian Service Committee (USC), zu der eine weitere Stelle in Genf hinzukam, genutzt, um Genossen der KPD in Frankreich und in der Schweiz zu helfen.

Hans Teubner gelang es, der ihn inquisitorisch verhörenden Zentralen Parteikontrollkommission zu verbergen, daß zwischen ihm und Field schon 1943 Zusammenarbeit verabredet worden war. Er datierte seine erste Zusammenkunft gegenüber den Fragern auf

Januar 1945 – in einer Hoffnung, die aufging: Dass andere Befragte, auch Field, nicht etwa das tatsächliche Datum des viel früheren Beginns ihrer Begegnungen offenbaren würden. Wäre letzteres geschehen, hätten die Folgen für ihn wohl noch schrecklicher ausgesehen. Sie waren so schon demütigend genug:

Der damals von ihm ausgeübten Funktion als Leiter der Lehrabteilung der Parteihochschule Karl Marx wurde Hans Teubner 1950 enthoben. Man schickte ihn in den Kreis Zittau, wo er in der Buntweberei Seiffhennersdorf als Statistiker arbeitete. 1955 wurde er im Gefolge des XX. Parteitags der KPdSU rehabilitiert und arbeitete 1956 bis 1959 als Professor, Lehrstuhlinhaber und Direktor des Instituts für Theorie und Praxis der Pressarbeit der Fakultät für Journalistik an der Karl-Marx-Universität Leipzig, die ihn auch zu ihrem Prodekan bestimmte.

Was damals in seinem Inneren vor sich gegangenen sein mag, hat wohl weder unter seinen Mitarbeitern noch unter den an der Fakultät Studierenden auch nur eine oder einer gewußt oder geahnt. Wahrscheinlich erscheint mir, dass er, selbst wenn ihn jemand auf das Vorgefallene, ihm Widerfahrene angesprochen hätte, mit einer wegdrängenden Handbewegung geschwiegen oder das Ganze kleinzureden versucht hätte. So machte er sich und uns ärmer. Physisch hatte er überlebt, psy-

chisch aber belastete ihn weiter das Leiden unter dem Gedanken, für gutes Tun von den eigenen Leuten verfolgt worden zu sein. Darüber hat er damals nicht sprechen wollen, später aber doch noch einiges zu sagen gewagt.

Wes Geistes Kind Hans Teubner eigentlich war, das offenbart seine Stellungnahme zu einer Rede, die der Vorsitzende der KP der USA, Earl Browder, 1944 gehalten hat. Browder hatte über das breite antifaschistisch-demokratische Bündnis gesprochen, zu welchem es nach dem Sieg über den Hitler-Faschismus in allen Ländern kommen müsse. In diesem sollten »alle Probleme gelöst werden durch freie Diskussion, freie politische Verbindungen und allgemeines Wahlrecht«. Es gehe für die Kommunisten nicht um eine aus der Theorie abgeleitete Führungsrolle, sondern um den ihnen durch das Wählervotum zugewiesenen Platz in einer den nationalen Interessen der Völker und dem Weltfrieden dienenden Politik. Wie der Historiker Wolfgang Kießling dokumentierte, hat in einem Brief vom 6. August 1944 an die Genossen in Brassecourt Teubner »die Wichtigkeit der Rede Browders« hervorgehoben und gepriesen.⁷ Nachträglich vorgenommenen Abschwächungen zum Trotz ist das eine Positionsbestimmung von dauerhaftem Bestand. Sie gehört zu dem, was von Hans Teubner bleibt.

⁷ Vgl. »Neues Deutschland«, Berlin vom 5. Januar 1993. S. 14.

WERNER MÜLLER

Mein Herz schlug für die Sowjetunion, die marxistisch-leninistische Philosophie bestimmte meinen Lebensweg

Daß und wie ich den elendigen Krieg unverletzt und die sowjetische Kriegsgefangenschaft heil am Körper und aufgewühlt in meiner Seele überlebte, ist einmal einfach Glück gewesen. Zu diesen wie gesagt für mich glücklichen objektiven Umständen kam eine im Kern optimistische Lebenskraft, die mich selbst in schier aussichtslos erscheinenden Situationen niemals resignieren ließ. Gewiß habe ich es auch meiner väterlichen Wegweisung und Erziehung im Jugendalter zu verdanken, daß sich in mir eine Kraft herausgebildet hatte, den Kopf hoch zu halten, Rückschläge zu ertragen, wenn alles fehlzuschlagen schien, nach vorn zu blicken (Ernst Blochs Satz: »Das Unsere liegt nach vorn« bringt es auf den Begriff Hoffnung). Und so war die Totalität meiner Gemütskräfte darauf aus, die Zukunft niemals dem politischen Gegner zu überlassen, mein Leben in die eigenen Hände zu nehmen und aus jeder Situation das Vernünftigste und Beste zu machen. So war mein Sinnen und Trachten von einer optimistischen Grundhaltung bestimmt, wie sie Dietrich Bonhoefer einst auf den Begriff gebracht hatte.

Diese Gedanken gingen mir durch den Kopf, als ich nach einem »Einstieg« suchte, wenn es galt, »mein« Dezzennium vor dem geistigen Auge erstehen zu lassen, wenn von der Geschichte der Leipziger Universität von 1946 bis 1956 die Rede ist. Jeder hat einen eigenen, mehr oder weniger subjektiven Zugang, entsprechende Erinnerungen und Wertungen, wenn man in einen objektiven historischen Prozeß »geworfen« ist und damit so oder so zurecht kommen muß und will.

Drei gravierende Einschnitte prägten meinen Lebensweg als Mitzwanziger bis Mitdreißiger: *Erstens* die sowjetische Kriegsgefangenschaft, aus der ich im Juli 1949 entlassen wurde. *Zweitens* mein Lehrerstudium an der Pädagogischen Fakultät der Universität von 1949 bis 1952. Und *drittens* meine Lehrtätigkeit als »Autodidakt« im Marxistisch-leninistischen Grundlagenstudium und der Beginn meiner wissenschaftlichen Forschungen auf dem Gebiet der Philosophie auf dem Wege zur Promotion.

Mein arger Weg der Erkenntnis in dieser Zeit soll an zwei Problemkreisen verdeutlicht werden: dem festen Willen, die Wahrheit über die Sowjetunion – wie ich sie erlebt hatte und mir und meinen Mitgefangenen als das »russische Wunder« vorgestellt wurde – zu verbreiten und der Glaube an den »Neuen Menschen« als Lebensorientierung. Im Prinzip müsse er freilich zu seinem Glück gezwungen werden – eine zutiefst diktatorische undemokratische Verfahrensweise, die auch eine der Ursachen des Scheiterns des realsozialistischen Experiments ist. Wie problematisch die Indoktrination der marxistischen Weltanschauung und sozialistischen Ideologie war und ist, läßt mit dem gewonnenen Zeitabstand am Ende unseres Jahrhunderts mein kritischer und selbstkritischer Rückblick deutlich werden.

An der Leipziger Universität begann das dritte Jahr nach der Wiedereröffnung, als ich als stud. paed. mich an der Pädagogischen Fakultät in der Gustav-Freytag-Straße immatrikulieren ließ. Katharina Harig hatte mir diesen Weg empfohlen, als ich ihr meine Vorstellungen dargelegt hatte, der heranwachsenden Generation als Lehrer ein wahrheitsgetreues Geschichtsbild zu vermitteln, sie zum Nachdenken zu bringen und sich selbst zur Mitgestaltung eines neuen Deutschland zu erziehen, von dessen Boden niemals wieder Krieg ausgehen möge. So wählte ich als Lehrerstudent die Fachkombination Geschichte und Germanistik in einem dreijährigen Studiengang.

Unter meinen Mitstudenten war ich fast der einzige Spätheimkehrer. Die meisten kamen als Abiturienten oder nach kurzer Neulehrer-Tätigkeit zum Studium. Noch hatte die meisten eine Aufbruchsstimmung für ein neues Leben erfaßt, die zu der faschistischen Vergangenheit eine Alternative im Aufbau einer antifaschistisch-demokratischen Gesellschaftsordnung erblickte und die sich mit Lernwillen und politischem Engagement dafür einzusetzen bereit und willens waren. Bürgerlich-demokratische Wissenschaftler wie der Sprachwissenschaftler Theodor Frings, der Germanist August Hermann Korff, der Mediavist Heinrich Sproemberg und

andere waren meine Lehrer. Mir ist in Erinnerung, wie der spätere Staatssekretär Gerhard Harig uns mahnte, den rationalen Gehalt der Vorlesungen dieser humanistischen Gelehrten ernst zu nehmen, obwohl methodisches Herangehen und Denkweise durch idealistische Weltanschauung geprägt war. Heute sehe ich es als einen günstigen Umstand an, in meiner Studienzeit auch mit anderen als marxistischen Positionen bekannt gemacht worden zu sein. Natürlich waren die meisten wie auch ich sehr angetan von der vom Marxismus geprägten Lehrtätigkeit der Historiker Walter Markov und Auguste Cornu, des Germanisten Hans Mayer, der Philosophen Gerhard Harig und Hermann Ley, an deren Lippen wir als Wißbegierige förmlich hingen. Das betrifft auch meine Lehrer auf pädagogischem Gebiet wie den Historiker Ernst Eichler – bei dem ich vor allem wissenschaftliches Arbeiten lernte – sowie den Systematiker Walter Wolf, den Didaktiker Hugo Müller und die Methodiker Walter Reißmann und Kurt Wagner. Aus dem Konzentrationslager, dem antifaschistischen Widerstand oder der Emigration waren die Kommunisten und Antifaschisten gekommen. Andere hatten ihre humanistische und demokratische Gesinnung in der Reformpädagogik in ihren verschiedenen Strömungen gelebt. Fürwahr waren in dem genannten Zeitraum diese Hochschullehrer prägend für die geistige Atmosphäre an dieser Universität, die sich seit 1953 den verpflichtenden Namen Karl Marx zugelegt hatte. Dabei ist nicht zu verschweigen, daß sie diesem Anspruch mit dem wachsenden Dogmatisieren nicht gerecht werden konnte. Marxens Lieblingswort, daß an allem zu zweifeln sei, wurde mit der »allmächtigen, weil wahren Lehre« des im politischen Interesse pragmatisch zurechtgebogenen dialektischen und historischen Materialismus der Boden entzogen – wie ich heute auch selbstkritisch feststellen muß.

Übrigens war es eine kluge Idee von ehemaligen Absolventen der Pädagogischen Fakultät, des 50. Jahrestages ihrer Gründung zu gedenken, ohne daß Wunden bloß gelect wurden, nach vorn zu blicken. In einem weiteren Kolloquium wurde der einstigen Lehrer mit zum Teil humorigen Erinnerungen gedacht. Dabei entstand ein gediegenes, differenziertes Bild unserer widerspruchsvollen Vergangenheit, die durch gründliches Hinterfragen nicht nur wesentliche Mängel, Schwächen und Fehler bloßlegte, sondern auch auf bewahrenswerte soziale Errungenschaften aufmerksam machte.

Meine fünfjährige sowjetische Kriegsgefangenschaft als Waldarbeiter im Ural, als Jugendleiter eines antifaschistischen Lagerkomitees sowie vor allem mein viermonatiger Besuch der Antifaschistischen Zentralschule 999 in Krasnogorsk bei Moskau hatten mein Interesse am Sowjetland geweckt und geformt. In speziellen Zirkeln wurden wir – freilich ohne je von den Moskauer Schauprozessen und den ungeheuerlichen Verbrechen Stalins zu erfahren – darüber belehrt, »wie die Arbeiter und Bauern Rußlands die Sowjetmacht errichteten«. Auf der Suche nach einer Alternative zum Hitlerfaschismus hatte sich hier meine antifaschistische Gesinnung herausgebildet, die durch die am eigenen Leben erfahrene Politik des Nationalkomitees Freies Deutschland wesentlich beeinflußt wurde. Dadurch wurde in gewissem Maße verdeckt, daß ich mir einen wesentlich sektiererischen Antifaschismus angeeignet hatte, der mit einer stalinistisch deformierten Sicht auf das »russische Wunder« verbunden war. Als ich als 27-Jähriger den Boden meiner Heimatstadt Leipzig wieder betrat, wollte ich meine als wahrhaftig empfundenen Eindrücke, die durch meine humane Behandlung als Woennoplenny entscheidend beeinflußt waren, einfach anderen mitteilen – gemäß der damaligen Hauptlosung »Von der Sowjetunion lernen, heißt siegen lernen«.

So nahm ich mit engagierten Beiträgen als stud. paed. am Hauptseminar Walter Markovs teil. »Das Jahr 1917« wurde anhand von Schriften Lenins und Stalins in unserer Gedanken- und Gefühlswelt rekonstruiert, wobei sich die Überzeugung festigte, hier hat ein neues Zeitalter der Menschheitsgeschichte begonnen. Wie wißbegierig wir waren, belegt auch die Tatsache, wir fanden nichts dabei, daß Walter Markov seine »Geschichte der UdSSR« wortwörtlich aus dem Lehrbuch der A.M. Pankratowa vorlas. Das war eben noch die Zeit, als eigene Forschungen auf neuen Gebieten fehlten, die aber unbedingt Gegenstand einer zeitgemäßen akademischen Ausbildung sein mußten. Da es mich im Innersten zutiefst bewegte, die Wahrheit über die Sowjetunion – wie ich sie damals begriff – der jungen Generation nahezubringen, engagierte ich mich während meiner dreijährigen Studienzeit in der »Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft«, deren Hochschulgruppe ich 1950 mitgründen half. In meiner Erinnerung ist die von mir geleitete Großveranstaltung 1951 in der vollbesetzten Kongreßhalle zum Jahrestag der Oktoberrevolution unauslöschlich eingeprägt, auf der Magnifizenz Georg

Mayer eine seiner mitreißenden Reden hielt. Freilich schlug mein Engagement zuweilen derart über die Stränge, daß ich heute nicht ohne Scham daran zu denken vermag. So hatte ich »organisiert«, daß bei der Immatrikulation der neuen Studenten des Jahrgangs 1950 im Rektorat jeder als Mitglied der DSF geworben werden sollte. Zu schmal war der Durchgang an unseren Tischen, so daß gewiß nur wenige sich dieser Nötigung entziehen konnten. Das indoktrinäre Prinzip, man müsse notfalls die Menschen zu ihrem Glück zwingen, lag auch dieser Handlungsweise zugrunde. Es gab eben eine Freiheit des Andersdenkenden im Prinzip nicht. Das lastet auch heute noch auf meinem Gewissen, wenn ich mein Verhältnis zu Rußland überdenke, angesichts der Tatsache, daß Rußland und seine Zukunft fürwahr im Dunkeln liegen. Die Zeiten sind vergangen, als mein Herz für die Sowjetunion als dem »Vaterland aller Werktätigen« schlug.

Und wie steht es mit der marxistisch-leninistischen Weltanschauung heute, die einst meinen persönlichen, politischen und beruflichen Lebensweg bestimmte? Das ist ein weites Feld widerspruchsvoller Entwicklungen – Sackgassen und Holzwege inklusive. Das Dezennium 1946 bis 1956 an der Leipziger Universität ist weltanschaulich vorrangig dadurch gekennzeichnet, daß der Marxismus-Leninismus immer dominanter in Lehre, in Ausbildung und Erziehung, Forschung und gesellschaftspolitischen Aktivitäten wurde. Der Übergang von der antifaschistisch-demokratischen zur sozialistischen Revolution im gesellschaftlichen und politischen Leben der DDR erforderte eine Hochschulpolitik, die – vor allem in den gesellschaftswissenschaftlichen Disziplinen – sich von einer praktikablen und praktizierten wissenschaftlichen Weltanschauung leiten ließ. Als diese wurde der Marxismus-Leninismus in allen seinen Bestandteilen angesehen, der philosophisch im dialektischen und historischen Materialismus fundiert war. Mit der II. Hochschulreform 1952 wurde das gesetzliche Fundament gelegt, zusammen mit der russischen Sprache für alle Studierenden das Marxistisch-leninistische Grundlagenstudium (MLG) obligatorisch zu machen.

Gewiß wurden auch vordem Lehrveranstaltungen von Gerhard Harig und Hermann Ley in Philosophie und Fritz Behrens u. a. in Politischer Ökonomie angeboten, die auch ich mit anderen Kommilitonen besuchte. Aber das obligatorische Studium des Marxismus-Leninismus mit Zwischen-, Abschluß- und Doktorprüfun-

gen erforderte zuallererst Lehrkräfte, die dazu willens und fähig waren. Die meisten Anwärter waren Studenten und Absolventen der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät (Gewifa). Schon 1951 waren in dem legendären Eberswalder Lehrgang in kürzester Zeit von wenigen Wochen »Dozenten« herangebildet worden. Und dann setzte noch eine Werbung, besser »Verpflichtung« ein, bei der bestimmten Studenten fast aller gesellschaftswissenschaftlicher Fachrichtungen eine neue Perspektive mit schneller Graduierung eröffnet wurde. Auch mich betraf dies, dem statt Schuldienst in der Mittelstufe eine neue Berufsorientierung gegeben wurde. Da in der DDR bekanntlich ideologische Indoktrination generalstabsmäßig geführt wurde, bekam ich als junger Genosse – seit 1949 Kandidat der SED – den Parteauftrag, im Marxistisch-leninistischen Grundlagenstudium als Beginner zu wirken und an der Pädagogischen Fakultät, später an der Philosophischen Fakultät die entsprechende Abteilung aufzubauen.

War ich denn darauf in irgendeiner Weise vorbereitet? Um nicht einfach festzustellen, daß ich eigentlich bei Null angefangen habe, fällt mir ein, in Krasnogorsk Lektionen von Nikolai Janzen in Philosophie und von Robert Naumann in Politischer Ökonomie gehört zu haben. Aber ein systematisches Studium war das keinesfalls, zumal Nikolai Janzen, auf »Begriffsklopferei« bewußt verzichtend, seine Einführung in die marxistische Philosophie an Problemen des Alltagslebens veranschaulichte. Dabei verstand er es geschickt, die Erfahrungswelt von uns Kriegsgefangenen anzusprechen. Das imponierte uns sehr und hinterließ auch gefühlsmäßig überzeugende Spuren. Die Methodik der historisch-materialistischen Denkweise erfuhr und erlebte ich an der Universität bei Walter Markov wie bei Hans Mayer in ihrer Anwendung auf geschichtswissenschaftliche und literaturwissenschaftliche Fragestellungen, wie auch bei Ernst Eichler auf dem Gebiet der Geschichte der Pädagogik. Da mich der Lebensweg von Marx und Engels von Anfang an interessierte, schrieb ich mich im Examensjahr mit noch vier anderen in ein Spezialseminar des französischen Kommunisten Auguste Cornu ein, dessen Forschungsarbeit ihn als international geschätzten, wenngleich nicht unumstrittenen Biographen der jungen Marx und Engels ausgewiesen hatte. Allerdings waren dies nur eklektische, keineswegs ausreichende Voraussetzungen, in einer Lehrtätigkeit (Vorlesungen wie Seminaren) Studierende in die Systeme

matik der marxistischen Philosophie einführen zu können.

So beginne ich im Herbst 1952 gänzlich unvorbereitet an der Pädagogischen Fakultät mit einer geschichtlichen Darlegung der Entstehung des Marxismus und einer knappen Charakteristik der als Vorläufer begriffenen klassischen bürgerlichen deutschen Philosophie, der französischen Utopisten und der englischen Ökonomen. Wie abenteuerlich dieses ganze Vorhaben für mich war, kann eine Episode verdeutlichen: Mit Hans Steußloff, der wie ich zu den »Beginnern« gehörte, freilich in Eberswalde darauf in gewissem Maße vorbereitet worden war, tauschte ich Erfahrungen über Lehrhalte, Aufgeschlossenheit der Studenten und dergleichen aus. So kamen wir auch darauf zu sprechen, daß nächstens das Thema »Wahrheit« zu behandeln sei. Ja, sagte er, da gehe es ja auch um absolute und relative Wahrheit. Was ist denn das, erwiderte ich, hatte ich doch bisher niemals davon gehört. Mein Start wäre gewiß nicht so glücklich verlaufen, hätte mir nicht Joseph (Jupp) Schleifstein regelmäßig einen Durchschlag seiner Grundlagen-Vorlesungen, die er an der Philosophischen Fakultät hielt, zukommen lassen. So konnte ich mich daran halten, und mit eigenen Ergänzungen dazu bin ich bei den Studierenden insgesamt wohl »gut angekommen« – wie ich meinte und auch an diesem Urteil nicht rütteln lasse. Übrigens war die damalige Studentengeneration (bis etwa 1956) in einem besonderen Maße wißbegierig und willens, sich mit der marxistisch-leninistischen Weltanschauung und Ideologie zu befassen. Im ersten Jahrzehnt der Leipziger Universitätsgeschichte konsolidierten sich die fortschrittlichen Kräfte und wurde das MLG immer mehr zu einem respektierten, wenn auch nicht selten zu einem heiß umstrittenen, nicht von allen Fachwissenschaftlern geliebten Zweig des allgemeinen Studienbetriebs.

Wir »Grundlagen-Leute« arbeiteten von Anfang an nach einem einheitlichen Themenplan, der zentral vorgegeben und an den jeweiligen Universitäten präzisiert wurde (mit Genugtuung denke ich an einen Berliner Lehrgang von über vier Wochen zurück, wo uns die Aufgabe gestellt war, ein neues Lehrprogramm zu diskutieren und auszuarbeiten. Mit welcher Hingabe und Ernst gingen wir an diese von der Partei gestellte Aufgabe! Gern erinnere ich mich des herzerfrischenden Meinungsstreites in den Frühsommertagen 1954 mit Herta Scherf und Martin Ruhnnow, Reinhold Miller und Heinz

Quitsch, Ekkehard Saueremann, Harro Ullmann und anderen aus unserer Fünfzehner-Gruppe.

Seit 1952 war es üblich, die Umsetzung der Direktiven anhand ausgewählter Vorlesungen und Seminare zu diskutieren. Hospitationen dienten dem Erfahrungsaustausch – obwohl diese auch gefürchtet waren, wurden doch nicht selten beckmesserische Zensuren verteilt. Da wurden Rückschlüsse von der Aufmerksamkeit der Studierenden und von Lücken in ihrer Anwesenheit auf die Darstellungsweise des »Lesenden« gezogen, oft wurde eine »scharfe« Parteidiskussion angeschlossen. Ich entsinne mich, heftig kritisiert worden zu sein, weil ich als Prüfender mit meinen Hilfsassistenten nicht genügend »erzieherische« Vieren und Fünfen verteilt hatte. Als ich in späteren Jahren in einer Vorlesung das dialektische Grundgesetz des Umschlagens von Quantität in Qualität am Beispiel der ausfallenden Kopfhare bis zur Glatze verständlich zu machen versuchte, wurde mir dies ebenso als »Verunglimpfung« der Dialektik angekreidet wie meine Frage – als Waldarbeiter im Ural entsprach dies ja auch meiner Erfahrungswelt –, wieviel Bäume müssten denn aus einem Wald geschlagen worden sein, daß man nicht mehr von »Wald« sprechen könne. Gewiß simple Beispiele, aber dagegen mit solchem Kaliber zu schießen, war schon seltsam, doch leider kein Einzelfall. Mehr belustigt als beleidigt denke ich an die »prinzipielle« Parteidiskussion, als ich wegen des »diffamierenden« Ausdrucks »Grundlagen-Fritze«, wie ich uns gelegentlich scherzhaft nannte, in die Mitte genommen wurde – wie es bei A. S. Makarenko bekanntlich heißt. Wer sich nicht selbst zum Besten halten kann, der ist gewiß nicht von den Besten.

Jedenfalls eigene Forschungsarbeit lag in den ersten Jahren dieses schweren Anfangs bei keinem von uns vor. So lehrten wir den dialektischen und historischen Materialismus anhand von J. W. Stalins Schrift, die er in die »Geschichte der KPdSU (B). Kurzer Lehrgang« eingefügt hatte. Das galt lange Zeit allgemein als treffliche populäre Darstellung der drei Grundzüge des Materialismus und der vier der Dialektik. An ihr wurde eine ganze Generation von Propagandisten erzogen, war es doch einfach, die marxistische Philosophie so dogmatisiert dem heranzubildenden »neuen Menschen« einzupfropfen. Kritische Bemerkungen von Iring Fetscher oder Gustav Andreas Wetter wurden nicht ernst genommen, kamen sie doch aus dem bürgerlichen antikommunistischen Lager und waren somit suspekt. Es soll-

ten noch Jahre vergehen, bis sich die Philosophen der DDR von der Sowjetphilosophie in mancher Hinsicht emanzipierten, die so oder so festgeschrieben hatte, daß und wie marxistische Weltanschauung und sozialistische Ideologie zu propagieren seien. Allerdings gab es die Möglichkeit, die Schriften von Marx, Engels und Lenin wie auch von Stalin und Mao Tse-tung in Publikationen des Dietz-Verlages selbst zu lesen. Jedoch wurde ein vorurteilsfreies, unvoreingenommenes Lesen dadurch deformiert, daß entsprechende »Anleitungen« (wie sie letztlich auch die sowjetischen Lehrbücher boten) nur einen sektiererisch zurechtgestutzten, dogmatisierten, zu praktisch-politischem Gebrauch vereinsseitigen Marxismus zutage fördern ließen. Ich entsinne mich genau der schweren Jahre des Anfangs, als für selbständige tiefer schürfende Überlegungen einfach keine Zeit blieb. Deutschsprachige marxistisch-leninistische Lehrbücher gab es nicht. So griff ich eben auf die vorliegenden russischsprachigen sowjetischen Lehrbücher zurück. Nächtelang übersetzte ich die für bare Münze gehaltenen Texte als der Weisheit letzter Schluß für mich, um daraus meine Vorlesungen zu gestalten. Eigene Gedanken betrafen vor allem aktuelle Beispiele aus dem politischen Alltag, um die philosophischen Fragestellungen zu illustrieren. Ihr klassenkämpferischer Gehalt war mit einer undifferenzierten Sicht auf die wegen ihres Antikommunismus über einen Leisten geschlagenen Thesen des objektiven und subjektiven Idealismus verbunden, wie sie vom Neothomismus und/oder Existentialismus, Positivismus sowie der Lebensphilosophie vertreten wurden. Auch hier schloß ich mich den gängigen stalinistischen Vorlagen an. Mein selbständiges Urteil zu alledem entwickelte sich erst in dem Maße, wie ich an meiner Dissertation über Theodor Litts Geschichtsphilosophie unter dem Thema »Wege und Irrwege geschichtlichen Denkens« zu arbeiten begann. Sie zwangen mich, nichtmarxistische Auffassungen gründlicher zu studieren, in deren Gedankenwelt anhand von Quellenstudium vorzudringen und schließlich um ein weitgehend eigenes Urteil bemüht zu sein. Mit dem Abstand von vierzig Jahren weiß ich, daß meine damals subjektiv ehrliche Sicht durch das Schema der dogmatisierten Interpretation des Marxismus-Leninismus letztlich »gebrochen« wurde. »Der Marxismus ist allmächtig, weil er wahr ist«. Diese praktizierte These »begründete« die Abgrenzung nicht nur von allen gegnerischen Auffassungen der zeitgenössischen bürgerlichen

Philosophie und Ideologie, sondern machte auch Front gegen Abweichler in den eigenen Reihen, die beispielsweise als Linksozialisten wie Max Adler, Otto Bauer, Paul Levi u.a. eine zunehmende Alternativbewegung zwischen radikal-revolutionären und den evolutionär-reformistischen Strömungen der sozialistischen Arbeiterbewegung dargestellt hatten. Für die einen war dieser Linksozialismus zu bolschewistisch, für die anderen zu revisionistisch, weil er mit Erstarrung und Dogmatisierung nichts im Sinne hatte. Der Zusammenbruch des realsozialistischen Experiments hat mich wie andere engagierte Zeitgenossen betroffen, nachdenklich, schuldbewußt und in vielem ratlos gemacht.

Wurde die Marxistisch-leninistische Philosophie und Weltanschauung als Anleitung zum Handeln begriffen, so ist aus heutiger Sicht verständlich, warum Helmut Seidels »Philosophie der Praxis« in unsäglicher Parteidiskussion zu Leibe gerückt wurde: An dem dogmatisierten Marxismus durfte nicht gerüttelt und gezweifelt werden. Vordergründig war die Marxistisch-leninistische Philosophie als weltanschauliches Fundament der Strategie und Taktik der Partei der Arbeiterklasse zurechtgebogen worden. Dauerhaft prägten drei Prämissen den Weg des deutschen und des Weltkommunismus, die auch so oder so das Theoriengebäude des ML durchdrangen: das Vertrauen in den bevorstehenden Zusammenbruch des Kapitalismus, die Vorstellung von der russischen Revolution als Auftakt einer Weltrevolution sowie der Glaube an die langfristige wirtschaftliche und politische Überlegenheit des Sozialismus und sei es nur in einem Lande. Diese Ausgangspositionen erwiesen sich immer weniger als haltbar, real und sinnerfüllt. Daran ist auch zu messen, in welcher Hinsicht kritisch und selbstkritisch mit der Tätigkeit des MLG überhaupt umzugehen ist. Das sind prinzipielle Fragen, die nicht zu umgehen oder zu verschweigen sind, soll unsere heutige kritische Sicht nicht in positivistischem Sande versickern.

Noch etwas bewegt mich, wenn ich die Leipziger Universitätsjahre 1946 bis 1956 überdenke: Wie mit ehrlichen Kommunisten und verdienstvollen Wissenschaftlern seitens der SED umgesprungen wurde. Es seien nur die Namen von Walter Markov und Hans Mayer, Fritz Behrens, Joseph Schleifstein und Ernst Bloch genannt. Ich entsinne mich, wie wir als Geschichtsstudenten vom Ausschluß Walter Markovs 1951 aus der SED als »Parteifeind« hörten. Das war für uns Studierende

jedoch kein Anlaß, seine Lehrveranstaltungen irgendwie zu sabotieren, da Markov seine politischen Überzeugungen nicht preisgab. Wegen der Gediegenheit seiner weltgeschichtlichen Betrachtungen, die stets auch interessante kulturelle Probleme einschlossen, waren diese Vorlesungen für mich wie andere äußerst anregend. Noch heute denke ich dankbar an die Fülle prägender Gedanken, die in abgezogenen Skripten nachgelesen werden konnten. Auch erblickte er in der DDR, ungeachtet ihrer Defizite, im Gegensatz zur BRD eine positive Alternative zur bisherigen deutschen Misere. Besonders erschüttert hatte mich auch, daß mit dem Juden Joseph Schleifstein, der aktiv am antifaschistischen Widerstand teilgenommen hatte, 1952 wegen angeblich »jüdisch-bundistischer Umtriebe« ein Parteiverfahren geführt wurde. Überhaupt war das Mißtrauen, das unter dem Vorwand der Klassenwachsamkeit sogenannten Westemigrantenent gegengebracht wurde, allgemein beklemmend. Das ging schließlich so weit, daß bei dieser oder jener »gelegentlichen Einschätzung« über mein »weiches« oder »liberales Verhalten« zu bedenken sei, daß ich ja aus kleinbürgerlichen Verhältnissen stamme. Stalinistische Prinzipien der Kaderpolitik erlebten und erfuhren wir – wie die Verhaftung Helmut Warmbiers zeigt – auch als Lehrkräfte des MLG.

Abschließend möchte ich feststellen: Mein Herz schlägt nach wie vor dankbar für die sowjetischen Menschen, die uns vom Hitlerfaschismus befreiten, mich als Woenoplenny human behandelten und im Gespräch und persönlichen wissenschaftlichen Kontakt meine engagierten Partner und Mitstreiter waren. Die Anfangs-

jahre an der Leipziger Universität haben meinen persönlichen beruflichen und wissenschaftlichen, Lebensweg entscheidend geprägt. Das Verständnis meiner gesellschaftlichen Umwelt, die anstehenden politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Probleme wie die sich daraus ergebenden moralischen Anforderungen für die Bewußtseinsbildung wurden durch eigene Studien der Geschichte der Philosophie sowie vor allem dank meiner Forschungsarbeit auf dem Gebiet der marxistischen Sozialphilosophie, des historischen Materialismus, vertieft und bildeten eine vorzügliche Grundlage für mein kritisches und selbstkritisches Verständnis heutigen marxistischen Philosophierens. An die Stelle »eherner« gesellschaftlicher Gesetzmäßigkeit ist die Offenheit der Geschichte getreten. Statt sektiererischer und dogmatischer Verkrustungen ist das dialektische Prinzip, daß alles mit allem im Zusammenhang steht und an allem zu zweifeln ist, produktiv wirksam zu machen. Meine Leipziger Jahre widerspiegeln in meinem Denken, Fühlen und Verhalten – trotz aller Einschränkungen und subjektiver Eigenheiten – nolens volens den damaligen Zeitgeist. So hat die Philosophie, auch wie wir sie als Grundlagen-Leute lehrten, unsere Zeit in Gedanken erfaßt, wobei wir uns als Sieger der Geschichte fühlten und begriffen. Nun hat der meines Erachtens unvermeidliche Zusammenbruch des realsozialistischen Experiments Fragen aufgeworfen, die an die Realitätsnähe und Wissenschaftlichkeit marxistischen Herangehens höchste Anforderungen stellen, denen auch ich mich verpflichtet fühle.

HELMUT SEIDEL

Die Einführung des Arbeiter- und Bauernstudiums – ein Akt sozialer Gerechtigkeit?

Vorbemerkung

Wenn hier und heute von der Leipziger »Universität im Aufbruch« die Rede ist, dann dürfen Gedanken über die Vorstudienanstalt und die Arbeiter- und Bauernfakultät (ABF) auf keinen Fall fehlen. Vor einigen Wochen fand in Halle(Saale) anlässlich des 50. Jahrestages der Gründung der Arbeiter- und Bauernfakultäten eine Zeitzeugenkonferenz statt. Ich war gebeten worden, den Einführungsvortrag zu übernehmen. Ernst Bloch hat gesagt, daß er sich so lange wiederholen werde, bis er verstanden werde. Das macht mir Mut, auch die in Halle vorgebrachten Gedanken zu wiederholen.

1. Eine Veranstaltung einzuberufen, die an die vor einem halben Jahrhundert erfolgte Gründung der Arbeiter- und Bauernfakultät erinnert, war – wie ich finde – eine gute Idee. Für die meisten von uns, die wir hier versammelt sind, war die ABF das Tor, das uns den Zugang zu Wissenschaft, Kultur und Politik eröffnete. Sie stand am Anfang eines selbstbewußten und eines relativ selbstbestimmten Lebens. Sie hat uns nicht nur Kenntnisse vermittelt, sondern auch Mut gemacht, uns unseres eigenen Verstandes zu bedienen. Dies aber ist – nach den Worten von Immanuel Kant (auf den Hermann Kant komme ich gleich zu sprechen) – eine Grundforderung der Aufklärung.

Für sinnvoll halte ich weiterhin, daß wir unsere heutige Veranstaltung nicht – wie es bei Jubiläen üblich ist – als Festveranstaltung begehen, sondern als Zeitzeugenkonferenz. Zeugen haben vor Gericht die Wahrheit und nichts als die Wahrheit zu sagen. Wer aber ist unser Richter? Ich halte es mit dem Hegel-Wort: »Die Weltgeschichte ist das Weltgericht!« Deren Urteile aber sind veränderbar wie sie selbst.

Der Charakter einer Zeitzeugenkonferenz enthebt mich der Aufgabe, eine Festrede halten zu müssen. Nach Hermann Kants »Aula« wäre dies für mich sowieso unmöglich gewesen. Es gibt zwar heute vereinzelt Stimmen, die meinen, dieser Roman sei »verlogen«. Das kann ich nicht nachvollziehen. Bezeugen aber kann ich, daß

dieses literarische Werk genau den Geist eingefangen hat, der mich und viele meiner Freunde, die gleich mir die Schrecken des Krieges und des Nachkrieges erleben, beseelt hat. Wenn wir damals sangen: »... und wurden früh schon alt« und trotzdem: »Das neue Leben muß anders werden als dieses Leben und diese Zeit« – so waren dies keine leicht hingeträllerten Songs; es lagen ihnen bittere Erfahrungen zugrunde.

2. Wie aus meinen einleitenden Bemerkungen schon entnommen werden konnte, bin ich Philosophiehistoriker. Ich will zunächst auch bei meinen Leisten bleiben und die These begründen, daß die Idee der ABF, deren Kern ja die reale Brechung des Bildungsmonopols eines Standes der Gesellschaft ist, aus dem Aufklärungsgedanken hervorgeht und mit dessen Forderung nach Gleichheit und Gerechtigkeit in Verbindung steht. Arbeiterbewegung und Marxismus haben diese Idee übernommen. Das Experiment, eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen, ist zwar aus vielfältigen Ursachen heraus gescheitert, aber die in Angriff genommene Realisierung dieser Aufklärungsidee gehört zu den bleibenden positiven Resultaten dieses Versuchs.

Anstelle eines akademischen Vortrages über die Bildungskonzeption der Aufklärung möchte ich eine kurze Geschichte erzählen und dazu einige Anmerkungen machen. Die Geschichte könnte aus einem Märchen stammen, das die Überschrift trägt: »Der Gänsehirt und das Barockschloß«. Sie spielt in der Mitte der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts in Rammenau. Der damals 31jährige Freiherr von Miltitz hatte – möglicherweise nach einer durchzechten Nacht – den sonntäglichen Gottesdienst verschlafen. Er wollte aber wissen, was der Pastor denn gepredigt habe. Also fragte er die Dorfbewohner. Diese schüttelten den Kopf; das könnten sie ihm nicht sagen. Er solle jedoch den Sohn des Bandwebers Fichte fragen, der hat eine leichte Auffassungsgabe und merke sich alles. Also wurde nach Johann Gottlieb geschickt; und der wiederholte fast wortgetreu den Wortlaut der Predigt. Der Freiherr war beeindruckt. Da er offensichtlich vom Geist der Aufklärung angeweht war,

sorgte er für Fichtes Ausbildung, ohne die es sicherlich den bedeutenden Philosophen nicht gegeben hätte.

Walter Jens, der ehemalige Präsident der Akademie der Künste, berichtete in einem Fernsehinterview, daß er in Tübingen mit Ernst Bloch über diese Geschichte geredet habe. Er, also Jens, habe von einem Glücksfall gesprochen; Bloch aber habe »Hm, hm« gebrummt, an seiner Pfeife gezogen, und dann gepoltert: Eigentlich ist dies eine traurige Geschichte. Von einem nichtigen Zufall hängt ein gut Teil der deutschen Philosophiegeschichte ab. Beide wären sich darin einig gewesen, daß mit der Gründung der ABF ein bemerkenswerter Versuch unternommen wurde, diese »Traurigkeit« zu überwinden.

Überhaupt waren es sogenannte »Linke«, die ihre Sympathie dem Arbeiter- und Bauernstudium gegenüber ausgedrückt haben. Als Zeitzeuge erinnere ich mich an ein Gespräch, das anlässlich eines Aristoteles-Kongresses in Thessaloniki stattfand. Mein Gesprächspartner war Hans-Georg Gadamer, der erste gewählte Rektor der Leipziger Universität, heute der Nestor der philosophischen Wissenschaften in Deutschland. Gadamer beklagte keineswegs die Einrichtung des Arbeiter- und Bauernstudiums. Im Gegenteil! Es lag ein gewisser Stolz in seiner Stimme, als er sagte, daß unter seinem Rektorat die Vorstudienanstalt gegründet wurde. Was er beklagte war, daß sich nicht immer die richtigen Leute für dieses Studium bewarben. Häufig wären es ehemalige Offiziere gewesen, die sich unter dieser Decke den Zugang zur Universität verschaffen wollten. Wie allen bekannt, gab es natürlich verbissene Gegner der ABF, die um ihren Einfluß und um ihre Pfründe bangten. Bedeutende Köpfe des deutschen Geistesleben gehörten nicht dazu.

3. Die Einführung des Arbeiter- und Bauernstudiums und die Gründung der ABF waren Akte sozialer Gerechtigkeit. Über diese wird ja heute überall geredet. Es ist aber ein Unterschied zwischen Recht und Gerechtigkeit. Recht muß für alle gelten. Es ist allgemein und deshalb notwendig abstrakt. Gerechtigkeit aber ist wie die Wahrheit konkret. Davon zeugt folgende kleine Geschichte, für deren Wahrheitsgehalt ich mich verbürge: In den unteren Klassen einer schlesischen Dorfschule, die keine acht Klassen hatte, in der Physik und Chemie Fremdworte waren und in der sich Geschichtsunterricht auf die drei schlesischen Kriege reduzierte, saß neben einem Schüler, der aus bescheidenen Verhältnissen kam,

der Sohn des Direktors einer Fabrik, die Holz zu Möbel verarbeitete. Dem Fabrikantensohn fiel das Lernen schwer. Dafür konnte er nichts; und da er sonst eine normaler Junge war, nahm ihm das in der Klasse keiner übel. Aber es paßte nicht ins gesellschaftliche Bild. Um dies zu korrigieren, wurden Hauslehrer bestellt. Es nützte kaum etwas. Da kam man auf den Gedanken, daß der neben ihm sitzende Schüler, dem das Lernen keine sonderliche Mühe machte, die Anforderungen waren ja auch nicht hoch, ihm helfen könnte. Das klappte auch einigermaßen. Für den Nachhilfestunden gebenden Schüler war das kein Problem; eher wurde seine Eitelkeit bestärkt. Zum Problem wurde es, als wenig später die Frage stand, wer denn von der Klasse zum Gymnasium geschickt werden solle. Natürlich traf es den Fabrikantensohn, der die für ihn große Tortur durchlaufen mußte. Das Geld hatte entschieden. Der andere Schüler aber bekam erstmals ernsthafte Zweifel, ob das Geld richtig entschieden habe. Ist es ein Wunder, daß er später seine Delegation an die ABF als wiedergutmachende Gerechtigkeit ansah?

Ich erzähle diese Geschichte immer dann, wenn jemand von den Privilegien der Arbeiterkinder spricht und die in der DDR übliche Zulassungspolitik kritisiert. Meist verstummt man dann. Nur einer stellt die Frage, ob denn nicht die wiedergutmachende Gerechtigkeit notwendig neue Ungerechtigkeiten gebiert. Das ist allerdings ein Problem, das in die Geschichte und Theorie der Dialektik gehört.

4. Über die Demokratie-Defizite in der DDR wird viel geredet, vielfach zu Recht, aber auch in nicht wenigen Fällen zu Unrecht. An der ABF, wie ich sie erlebt habe, gab es eher zu viel Demokratie als zu wenig. Es gab hier nichts, was ohne die Mitwirkung der Studenten unternommen wurde. Und was wichtiger war: Die Studenten wirkten nicht nur mit, sie entschieden auch. Das nahm mitunter extreme Formen an. Einige hier im Saal werden sich daran erinnern, daß wir eine Delegation wählten, die eine Unterrichtsstunde eines Historikers begutachten und darüber entscheiden sollten, ob er geeignet sei, uns in Geschichte zu unterrichten. Die Delegation befand, daß dies nur in Maßen der Fall sei. Er kam dann trotzdem zu uns und die Zusammenarbeit wurde fruchtbar und vertrauensvoll. Als ich im Jahre 1968, die Zeit, in der ich unter Revisionismusverdacht gefallen war, die Forderungen der westdeutschen Studentenbewegung las, dachte ich manchmal, die hatten

wir doch an der ABF längst erfüllt. Leider ging unserer Aufbruchsstimmung in den sich verfestigenden Verhältnissen mehr und mehr die Luft aus.

5. Es ist der ABF vorgeworfen worden, daß sie nur Halbbildung vermittelt hätte, die schlimmer sei als gar keine Bildung. Das ist blanker Unsinn. Die so reden, glauben im Besitz der ganzen Bildung zu sein. Ein Gang durch eine gute Bibliothek könnte sie belehren, daß sie selber auf vielen Gebieten Dilletanten sind. Die Zeit eines Aristoteles oder auch eines Leibniz, in der noch der Kosmos der Wissenschaften und der Künste halbwegs zu überschauen war, ist längst vorbei. Der Weg zur Bildung hat kein Ende, aber er beginnt mit dem ersten Schritt. Diesen gemacht zu haben, verdanken wir eben der ABF. Wahr ist allerdings, daß dieser Weg für uns beschwerlicher war, weil uns die besten Jahre, in denen der Verstand am bildungsfähigsten ist, genommen waren.

6. In diesem Zusammenhang wollen wir uns in Dankbarkeit unserer Lehrer erinnern. Ohne sie hätte es das vertrauensvoll-demokratische Verhältnis nicht gegeben, das eben kein Verhältnis von Erzieher und Zögling und schon gar nicht von Führer und Gefolgschaft war. Wir waren Partner, derselben Sache verschrieben, nur daß der eine dem anderen auf seinem Gebiete Schritte voraus war und den anderen nachzog. Das galt besonders für die jüngeren Lehrer, die selber noch an Fachfakultäten studierten. Das galt aber ebenso für die älteren Lehrer, die unsere mitunter avantgardistischen Attitüden lächelnd und verständnisvoll wegsteckten. Ernsthafte Konflikte gab es wenige. An einen erinnere ich mich, weil ich ihn selbst provozierte. Es war ziemlich am Anfang, als uns unser Physiklehrer die Hebelgesetze des Archimedes beibrachte. Ich habe diese fleißig gelernt, meinte dann aber, daß man doch auch über die Hebel sprechen müsse, mit denen wir die Welt aus den Angeln heben wollten. Das hat den alten Herrn schwer getroffen. Noch heute schäme ich mich für meinen Blödsinn. Obwohl ich weiß, daß Sartre die Scham zu einer anthropologischen Kategorie erhoben hat, finde ich, wenn ich zurückblicke, nur wenige Handlungen, derentwegen ich mich zu schämen hätte. Natürlich weiß ich, daß ich oft geirrt habe. Ich weiß aber auch, daß ich nicht irren wollte. Über solche Irrtümer muß man sich nicht schämen.

Wenn über unsere Lehrer gesprochen wird, dann möchte ich eine Frau besonders hervorheben: Rosema-

rie Sacke-Gaudig, Direktorin der Leipziger Vorstudienanstalt und Gründungsdirektorin der Leipziger ABF. Im engeren Sinn war sie nicht meine Lehrerin. Ich hatte nie Unterricht bei ihr. Aber sie war die Seele des Vereins. Antifaschistin, voll innerer Leidenschaft, ohne falsches Pathos, aber voller Vertrauen und Toleranz hat sie sich der Förderung des Arbeiter- und Bauernstudiums gewidmet. Sie war das Gegenteil von dem, was man heute schändlicherweise »Power-Frau« nennt. Wenn sie einem Schmerz zufügen mußte, litt sie am meisten. Eine wahrhaftige Humanistin der Tat.

7. Das Gericht könnte zu der Auffassung gelangen, daß meine Zeugenaussage über die ABF zu subjektiv sei, daß sie von der Erinnerung an die Jugendzeit, die ja immer eine gewisses Maß an Verklärung einschließt, geprägt ist. Das mag sein. Aber heute, wo die Geschichte der DDR zumeist nur Grau in Grau gemalt wird, sollten die Sonnenseiten nicht in Vergessenheit geraten. Brecht liebte es, aus Liedern zu zitieren. In einem heißt es: »Bruder, laß den Kopf nicht hängen, kannst ja nicht die Sterne sehen.« Also KOPF HOCH und weiter selbständig denken; NICHT DIE HÄNDE in den Schoß legen. »Wer seine Selbständigkeit verloren hat,« so heißt es bei Fichte, »hat zugleich das Vermögen verloren einzugreifen in den Zeitfluß und den Inhalt desselben frei zu bestimmen.« Er wird »abgewickelt« (Originaltext Fichte!) durch fremde Gewalt. Und an anderer Stelle: »Noch niemals hat ein Sieger Neigung oder Kunde genug gehabt, um die Überwundenen gerecht zu beurteilen. Je mehr er sie herabwürdigt, desto gerechter steht er selbst da.« Geben wir also Kunde, damit die gerechte Beurteilung auf den Weg gebracht werden kann.

8. Lassen sich aus den Erfahrungen mit der ABF Schlüsse für heutige linke Bildungspolitik ziehen? Unmittelbar kaum, da Politik immer von der Analyse der gegenwärtigen Verhältnisse auszugehen hat. Diese aber sind von denen, in der die ABF wirkte, grundverschieden. In vermittelter Form aber schon. Die Geschichte bestätigt es eindeutig, das jedes real existierende Bildungssystem von den gesamtgesellschaftlichen Verhältnissen geprägt war. Die Kritik an einem Bildungssystem enthielt deshalb auch immer Gesellschaftskritik. Das wird auch so bleiben.

Nach dem 2. Weltkrieg war unser Bildungshunger fast ebenso groß wie unser physiologischer Hunger. Die Jagd nach Essen korrespondierte mit der Jagd nach Wissen. In Zeiten der Sättigung änderte sich dies allmählich.

Heute wird der Wissensdurst vielfach durch den Drang zum schnellen Geld verdrängt. Ich kenne Gymnasialklassen, in denen keiner mehr zum Studium will. Was sollen wir das akademische Proletariat vergrößern!? – ist das Argument. Außerdem brauchen wir Geld jetzt und nicht im hohen Alter. Und viele, die zur Universität gehen, betrachten das Studium vor allem als Mittel zu eben diesem Zweck. Diesen jungen Leuten ist kein Vorwurf zu machen. Sie leben in einer Gesellschaft, die ihnen das entfremdete Zweck-Mittel-Verhältnis tagtäglich

einbläut. Der heute vielfach beklagte Werteverfall hat doch hier seine Wurzel. Wird Bildung nicht als »Wert an sich« betrachtet, sondern nur als Mittel, dann wird sich ein Verdummungsprozeß fortsetzen, der gleichzeitig das sicherste Mittel ist, die Macht des Geldes zu befestigen.

Linke Bildungspolitik muß selbstverständlich heute bestehende und heute auch veränderbare Ungerechtigkeiten der Kritik unterwerfen und sie zu überwinden versuchen. Das grundlegende Ziel aber, dem die ABF verpflichtet war, sollte sie nicht aus dem Auge verlieren.

Personenverzeichnis

- Abendroth, Wolfgang 36, 60, 61, 109
 Abusch, Alexander 26, 58
 Achufusi, Modilim 113
 Ackermann, Anton 107
 Ackermann, Wilhelm 42
 Adenauer, Konrad 45
 Adler, Max 149
 Albers, Hans 19
 Alt, Albrecht 34
 Alverdes, K. 84
 Anderle, Alfred 77
 Araktschejew 28
 Archimedes 153
 Aristoteles 16, 153
 Arkenau, Aurelius 119
 Astel, Karl 51
- Baetke, Walter 35
 Bartel, Walter 69
 Bauer, Otto 149
 Bauer, Roland 64
 Baumgarten, Arthur 10, 59
 Bebel, August 71
 Becher, Johannes R. 26
 Becker, Henrik 39, 130, 131
 Becker, Jurek 142
 Becker, Philipp August 34
 Behrens, Friedrich 7, 19, 20, 25–27, 31, 32, 35–37, 59–61, 87, 95, 97–99, 107, 147, 149
 Beimler, Hans 55
 Benary, Arne 31
 Benjamin, Walter 23
 Bense, Max 48
 Bergner, Elisabeth 57
 Berija, L. P. 145
 Bernstein, Eduard 21
 Besenbruch, Walter 44
 Beyer, Hans 100
 Beygang, Friedrich 77
 Billik, W. I. 64 65
 Bismarck, Otto von 62, 68
 Bittorf, Alexander 80
 Bloch, Ernst 7, 9, 20, 23, 35, 37, 42, 60, 124, 145, 149, 151, 152
- Boehnheim, Felix 35, 36
 Boenheim, Felix 58, 80
 Bonhoefer, Dietrich 145
 Börner, Armin 77
 Braeuer, Walter 36
 Brandler, Heinrich 53, 54
 Braun, Friedrich 73
 Braun, Maximilian 73
 Brecht, Bertolt 23, 58, 63, 153
 Browder, Earl 144
 Brugsch, Theodor 82
 Bubner, Rüdiger 12
 Bucharin, N. I. 61
 Buchheim, Karl 40
 Budgin 43
 Budzislawski, Hermann 35, 37, 60, 134, 135, 138–143
 Bürger, M. 81, 84
 Burkhardt, Felix 95, 97–99
 Burkhardt-Osadnik, Lucie 99
- Caden, Gert 55
 Chaßchatschich, F. I. 47
 Clausewitz, Carl von 71
 Conrady, August 88, 89, 93
 Cornu, Auguste 35, 37, 146, 147
 Czinner, Paul 57
- Dahlem, Franz 55
 Deiters, Heinrich 26
 Diesterweg, Adolf 121, 124
 Dilthey, Wilhelm 122, 123
 Donath 130, 133
 Dornseiff, Franz 34
 Doser, Johanna 130
 Dostojewski, F. M. 30
 Drabkin, J. S. 64
 Dressel, Ernst 81
 Drögemöller, Alfred 103
 Duken, Johann 51
 Duncker, Hermann 58
- E. Reichenbach 81
 Ebeling, Hans 55
 Ehrhard, Ludwig 103

- Eichler, Ernst 119, 130, 133, 146, 147
 Eilderemann, Wilhelm 134, 137, 140, 141, 143
 Eisler, Gerhart 58
 Elsner, H. 85
 Emmrich, Rolf 98
 Enderle, August 53
 Engelberg, Ernst 60, 68–71, 74, 100, 104, 106, 107
 Engels, Friedrich 19, 21, 22, 24, 35, 42, 71, 87, 103, 106, 142, 147, 149
 Erkes, Eduard 35, 38, 87–94, 133
 Eschwege, Helmut 62
- Fallada, Hans 42
 Feistmann, Rudolf 54, 57
 Fetscher, Iring 148
 Feuchtwanger, Lion 57
 Feuerbach, Ludwig 42
 Fichte, Johann Gottlieb 151, 153
 Field, Noel H. 141, 143
 Fischer, Christian 130
 Fischer, Kurt 132
 Fischer, Ruth 58
 Fontane, Theodor 40
 Fontius, Martin 24
 Forssmann 130
 Forster, Georg 140
 Franck, Sebastian 39
 Frank, Alfred 119
 Franz, Georg 130
 Freiligrath, Ferdinand 38
 Freyer, Hans 72, 74, 75, 127, 133
 Friedrich 133
 Friedrichs, Rudolf 132
 Frings, Theodor 26, 34, 127, 133, 145
 Fröhlich, Paul 36, 37, 101, 107, 108
 Frölich, Paul 53
 Fuchs, Emil 7, 35, 37
- Gabelentz, Georg von der 88, 91
 Gäbler, Walther 132
 Gadamer, Hans-Georg 9–17, 20, 34, 35, 40, 122, 127, 128, 131, 135, 152
 Geisen, Hermann 55
 Gentzen, Felix-Heinrich 47, 78
 Gentzsch, Erich 119, 130, 133
 Girnus, Wilhelm 40
 Goebbels, Joseph 62
- Goerdeler, Carl Friedrich 11
 Goethe, Johann Wolfgang von 41, 87
 Gomulka, Wladislaw 29
 Gorbatschow, M. S. 108
 Gorski, Günter 77
 Görttler, Victor 51
 Grabowsky, Adolf 59
 Gramsci, Antonio 52
 Granach, Alexander 57
 Griewank, Karl 46
 Gross, Hermann 73
 Grossmann, Henryk 35, 37, 60
 Grotewohl, Otto 28
 Gruber, Otto 130
 Günther, Hans 51
 Günzler, Claus 41
- Habermas, Jürgen 15
 Hager, Kurt 49, 66
 Hamann, Johann Georg 39
 Hannig, Erich 130
 Häntzsche 133
 Harich, Wolfgang 26, 29, 31, 44, 49
 Harig, Gerhard 19, 20, 25, 26, 35, 36, 60, 108, 146, 147
 Harig, Katharina 116, 119, 145
 Häßler, Erich 51
 Hauenstein, K. 81
 Hauschild, F. 84
 Häußler, Helmut 100
 Havemann, Robert 44
 Heartfield, John 140
 Hegel, Georg Wilhelm Friedrich 9, 22, 49, 151
 Hegeman, Margot 78
 Heidegger, Martin 9, 10
 Heine, Heinrich 140
 Heinrich, Gertraud 115
 Heinz, Johannes Horn 21
 Heinze, Carsten 39
 Heise, Wolfgang 44
 Heller, Ernst 82, 85, 86
 Hellweg, Martin 20
 Henning, Hans Martin 90, 91, 94
 Herbart, Johann Friedrich 119, 121, 123, 124
 Herder, Johann Gottfried 11, 38, 111
 Hermlin, Stephan 26
 Herrle, Theo 130
 Herrnstadt, Rudolf 30

- Hertwig, Manfred 31
 Herzfelde, Wieland 35, 37, 100, 101, 140
 Hesse, Hermann 40
 Hettner, Hermann 49
 Hilbert, David 42
 Hitler, Adolf 54, 56, 57, 103
 Hobsbawm, Eric 76
 Hochrein, Max 81
 Hoernle, Edwin 53
 Hoffmann, Ernst 65
 Hölderlin, Friedrich 9
 Holldack 127, 133
 Holtzauer, Helmut 129, 130, 133
 Holz, Georg 114
 Homer 140
 Hongzhe, Song 91
 Hubertus Prinz zu Löwenstein 56
 Huchel, Peter 26
 Hueck, Werner 81, 82
 Hund 127, 133
- Ibrahim, Jussuf 51
 Iljitschow, Leonid 66
- Jacobi, Erwin 35
 Jahn, Johannes 35
 Jan Robert Bloch 15
 Janka, Walter 31
 Janzen, Nikolai 147
 Jauß, Hans Robert 24, 28
 Jens, Walter 152
 Jess, Adolf 81
 Jessner, Leopold 57
 Joos, Anton 62
 Jopke, Walter 43
 Jünger, Ernst 41
 Jungmann, Erich 103
- Kaiser, Ewald 103
 Kalisch, Johannes 77
 Kant, Hermann 45, 151
 Kant, Immanuel 38, 39, 123, 151
 Karlstadt, Andreas von 39
 Kautsky, Karl 21
 Kiess, Oskar 82
 Kießling, Wolfgang 144
 Kihn, Berthold 51
- Klaus, Georg 42–44, 46, 47, 49
 Klein, Fritz 66, 75
 Kleist, Heinrich von 40
 Klemperer, Victor 26, 29, 40
 Klingner 127, 133
 Kofler, Leo 36
 Kohl, Helmut 12
 Köhler, Erich 29
 Konfuzius 90
 Korfes, Otto 71
 Korff, August Hermann 34, 133, 145
 Kortner, Fritz 57
 Kostoff, Todor 101
 Kötschau, Joachim 100
 Kötzschke, Rudolf 34, 133
 Krauss, Werner 7, 10, 11, 18–29, 32, 33, 35–37, 61
 Kretzschmar, Hellmut 34
 Kube, Paul 130
 Kuczynski, Jürgen 40
 Kuczynski, Thomas 99
 Kusch, Horst 69
 Küttler, Wolfgang 71
- Lambertz, Maximilian 75, 78, 118, 127, 129–131
 Lange, I.M. 28, 29
 Lao-tse 91
 Lautenbach, Otto 130
 Lehmann 133
 Leibniz, Gottfried Wilhelm 153
 Leisegang, Hans 48
 Lekebusch, Käte 11
 Lemke, Rudolf 51
 Lendle 74
 Lenhard, Wilhelm 132
 Lenin, W. I. 21
 22, 24, 31, 64, 103, 106, 109, 138, 146, 149
 Leonhardt, Rudolf Walter 40, 56
 Leonhardt, Paul 113
 Leskien, August 73
 Leutner, Mechthild 93
 Levi, Paul 53, 149
 Lewin, Günter 92, 93
 Ley, Hermann 39, 46, 119, 124, 133, 146, 147
 Liebknecht, Wilhelm 71
 Liebknecht, Karl 109, 140
 Linke, Paul F. 45, 46
 Lips, Julius 35, 37, 60

- List, Friedrich 95
Litt, Theodor 10, 34, 38–41, 119, 121–123, 127–130, 132, 149
Loschinski, Hannamaria 97
Lübeck, Else 107
Luft, Christa 110
Lukács, Georg 9, 33, 49
Luxemburg, Rosa 103
- Makarenko, A. S. 148
Mann, Heinrich 57
Mann, Thomas 50
Mao Tse-tung 88, 149
Marcuse, Herbert 60
Markert, Werner 73
Markov, Irene 75
Markov, Walter 7, 10, 19, 20, 25, 26, 29, 30, 32, 33, 35, 36, 60, 61, 69, 70, 72–78, 87, 94, 103, 113, 146, 147, 149
Marr, N. I. 28
Marx, Karl 19, 21, 22, 24, 35, 38, 39, 42, 45, 71, 87, 103, 106, 146, 147, 149
Matern, Hermann 27, 28
Matthes, Eva 38, 41
Matzen, P. 84
Mayer, Georg 35, 60, 95, 146
Mayer, Gustav 68
Mayer, Hans 7, 20, 35, 37–41, 61, 68, 116, 146, 147, 149
Mehring, Franz 103, 104
Menke-Glückert 133
Menzel, Alfred 119, 121–123, 130, 131
Merker, Paul 58, 62
Merrem, G. 84
Mestschaninov 28
Meusel, Alfred 59, 62, 64, 68, 70
Mielke, Erich 27, 28
Miersch, Otto 119, 130
Miller, Reinhold 148
Miltitz, Freiherr von 151
Modrow, Hans 110
Morou, Guo 90
Mosler, Lothar 69
Mühlestein, Hans 25
Müller, Eva 98
Müller, Hugo 118, 120, 146
Müller, Kurt 103
Müller, Werner 61, 135
Müntzer, Thomas 39
- Napoleon III. 43
Naumann, Manfred 24
Naumann, Robert 147
Neubert 26
Neuhaus, Manfred 98
Neumann, Franz L. 60
Neuttsch, Erik 38
Nietzsche, Friedrich 12, 38
Nimtz, Walter 65
Norden, Albert 58
- Oncken, Hermann 68
Orlamünder, Marianne 130
Ossietzky, Carl von 141
Otto, Carl 99
- Pankratowa, A. M. 47, 146
Payr, Erwin 85
Pestalozzi, Johann Heinrich 39
Petersen, Peter 119
Petzelt, Alfred 121–123, 130
Petzold, Joachim 65
Pfeiffer, Richard A. 82, 86
Pflugk, Gernot 113
Pieck, Wilhelm 28
Platon 9
Polak, Karl 60
Preller, Hugo 46
Pressl, Rudolf 130, 133
Prusek, Jaroslav 90
- Qian, Sima 88
Quitsch, Heinz 148
- Raddatz, Fritz J. 40
Raditschschew, A. N. 114
Rajk, Laszlo 26, 101, 143
Ratchnevski 91
Reißmann, Walter 119, 120, 130, 133, 146
Remer, Claus 78
Remmele, Karl 114
Renneberg, Werner 119, 130, 133
Reuther, Hermann 130
Rieder, W. 81
Riemann, Robert 130
Rilke, Rainer Maria 40
Roth, Roman 127, 129–131, 133

- Rousseau, Jean Jacques 38, 39
 Rubiner, Frida 21
 Rücker, Günther 142
 Rüdiger, Hermine 150
 Ruge, Wolfgang 65
 Ruhnow, Martin 148
- Sacke, Georg 75
 Sacke-Gaudig, Rosemarie 155
 Saenger, Mathilde 150
 Sartre, Jean Paul 155
 Saueremann, Ekkehard 148
 Schalck-Golodkowski, Alexander 114
 Schaller, Herbert 87, 97
 Scheler, Hermann 44, 46
 Scherf, Herta 148
 Schiller, Friedrich 39, 40
 Schleifstein, Joseph 69, 102–110, 148–150
 Schleifstein, Mary 103, 106
 Schleifstein, Max 102, 105
 Schleifstein, Trude, geb. Löwenstein 105
 Schmidt, Dietrich 154, 156, 158
 Schmidt, Johann Adolph Erdmann 114
 Schmidt, Johannes 95
 Schmitt, Carl 41
 Schneider, Friedrich 46
 Schneller, Ernst 129, 135, 141
 Scholz, Gerhard 33
 Scholz, Heinrich 49
 Schramm, Percy E. 30
 Schreiner, Albert Hermann 19, 20, 25, 52–67
 Schreiner, Emma, geb. Hermann 53
 Schreiner, Helga 60
 Schreiner, Sonja 60
 Schröder, R. 81, 84
 Schröder, Ralf 30
 Schröder, Winfried 28
 Schröter, Karl 49, 50
 Schubert 91
 Schulz, Otto Theodor 35
 Schulz, Robert 100
 Schumacher, Ernst 40
 Schumacher, Kurt 47, 105
 Schumann, Max 150
 Schwarz, Hermann 48
 Schwarz, Otto 51
 Schweitzer, Bernhard 10, 81, 127, 135
- Seidel, Helmut 22, 149
 Selbmann, Fritz 132
 Seyfert, Richrad 125
 Shdanow, A. A. 138
 Simon, Heinrich 44
 Simon, Maria 44
 Sindermann, Horst 27, 61
 Sitte, Alma 150
 Skutsch, Felix 82
 Slánsky, Rudolf 108
 Smirnow 127, 129, 150, 153
 Sommerlath, Ernst 34
 Sperling, Fritz 105
 Spranger, Eduard 128
 Sproemberg, Heinrich 34, 68, 145
 Stadtmüller, Georg 75
 Stalin, J.W. 18, 28, 30, 53, 60, 65, 64, 92, 156, 146, 148, 149
 Stampfer, Friedrich 58
 Steinberger, Bernhardt 26, 31
 Steiner, Helmut 98
 Steinmüller-Hermann, Eva 78
 Stern, Leo 62, 68
 Steußloff, Hans 148
 Stiehl 124
 Stoecker, Helmuth 61
 Streckler 133
 Strittmatter, Erwin 92
 Sun Yat-sen 88, 93
- Taube, Erika 92
 Teichmann, Curt 95, 96
 Tesch, Joachim 98
 Teubner, Hans 140, 141, 143, 144
 Thalheim, Hans 99
 Thalheimer, August 55
 Thälmann, Ernst 53
 Thalmann, Hans 95, 97–99
 Thompson, Dorothy 141
 Thows, Wilhelm 55
 Tillich, Paul 57
 Tokarew, S. A. 91
 Trautmann, Reinhold 43
 Troebst, Stefan 75, 76
 Trotzki, L. D. 106
 Trufanow, N.J. 133
- Uebermuth, Herbert 84, 85

- Uhle, Reinhard 132
Ulbricht, Lotte 66
Ulbricht, Walter 30–32, 61, 64–66, 106
Ullmann, Harro 148
Unger, Ulrich 92
- Viertel, Berthold 57
Voegt, Hedwig 140
Voigt, Gerd 77
Voss, Hermann 51
Voß, Johann Heinrich 140
- Wachenheim, Hedwig 58
Wachs, Erich 85
Wädekin 77
Wagenhaus, Manfred 45
Wagner 133
Wagner, Kurt 146
Wagner, Paul 119, 120
Walcher, Jacob 53, 58
Walser, Martin 105
Walther, Willy 139
Wandel, Paul 59, 60, 61, 121
Wander, Karl Friedrich Wilhelm 119, 121
Warmbier, Helmut 150
Wegner, Michael 45
Weigand, Gustav 75
- Weinberger, Siegfried 102
Weinhold, H. 85
Weißpfennig, Ellen 107
Weller 133
Werner 133
Werner, Karl 119, 130
Wessel, Harald 47
Wetter, Gustav Andreas 148
Wiedenfeld 73
Wildführ, G. 84
Wille, Willi 55
Winckelmann 39
Woldt, Richard 132
Wolf, Friedrich August 39, 121
Wolf, Hanna 65
Wolf, Horst 130, 131
Wolf, Walter 119, 146
Wolfgramm, Eberhard 78
Wollgast, Siegfried 44
Woodman, Dorothy 54, 55
- Zaisser, Wilhelm 30
Zeigner, Erich 74, 133
Zimmermann, Susanne 50
Zinnitz, Fritz 81
Zweiling, Klaus 44

Autorenverzeichnis

Prof. Dr. Werner Berthold
Straße des 18. Oktober 8a/13
04105 Leipzig

Prof. Dr. Joachim Biener
Karl-Heine-Straße 2
04229 Leipzig

Prof. Dr. Alexander Bolz
Löbniger Straße 43
04275 Leipzig

Dr. Volker Caysa
Heinrich-von-Kleist-Straße 50
48161 Münster

Prof. Dr. Rolf Emmrich
Heinrich-Budde-Straße 19
04157 Leipzig

Prof. Dr. Erhard Hexelschneider
Paul-Grüner-Straße 21a
04107 Leipzig

Klaus Höpcke
Nettelbeckufer 20
99089 Erfurt

Prof. Dr. Walter Jahn
Hans-Marchwitza-Straße 22
04279 Leipzig

Prof. Dr. Ernstgert Kalbe
Paul-Grüner-Straße 68
04107 Leipzig

Dr. Mario Keßler
Wartiner Straße 14
13057 Berlin

Prof. Dr. Konrad Krause
Thaerstraße 48
04129 Leipzig

Prof. Dr. Thomas Kuczynski
Erich-Weinert-Str. 9
10439 Berlin

Dr. Franz Lemmens
Klostergasse 7
04109 Leipzig

Prof. Dr. Eva Müller
Hedwigstraße 12
04425 Taucha

Prof. Dr. Werner Müller
Schweitzerbogen 11
04289 Leipzig

Prof. Dr. Hans Poerschke
Lidicer Straße 2
04207 Leipzig

Dr. Helga Scherner
Rosa-Luxemburg-Straße 19
15566 Schöneiche

Dr. Winfried Schröder
Bergastraße 33
12437 Berlin

Prof. Dr. Helmut Seidel
Straße des 18. Oktober 8/17
04105 Leipzig

Prof. Dr. Gottfried Uhlig
Löbauer Straße 60
04108 Leipzig

Dr. Helmut Warmbier
William-Zipperer-Straße 74
04105 Leipzig

Prof. Dr. Rolf Weber
Nonnenstraße 5a
04229 Leipzig

Prof. Dr. Dieter Wittich
Schulstraße 3-4
15370 Bruchmühle

UNIVERSITÄT IM AUFBRUCH

BEITRÄGE DES SIEBTEN WALTER-MARKOV-KOLLOQUIUMS

